



T. germ.

Lass

112.5

Karl Schmid

Appt.

Ordnungsbuch. 44/III

Haftpflichtrecht
und
Reichsversicherungsgesetzgebung.

Zum praktischen Gebrauche

bearbeitet

von

Gerichts-Assessor Dr. jur. Ludwig Lass,
Privatdozent an der Universität zu Marburg.

MARBURG.

Druck und Verlag von Oscar Ehrhardt,
Universitäts-Buchhändler.

1890.

gæ



Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Einleitung	1
1. Abschnitt. Das Haftpflichtrecht in seinem Bestande vor der Reichsversicherungsgesetzgebung.	
§ 1. Allgemeiner Ueberblick	7
§ 2. Das gemeine Recht	8
§ 3. Das preussische allgemeine Landrecht	15
§ 4. Das rheinisch-französische Recht	22
§ 5. Das sächsische Recht	26
§ 6. Das bayerische Recht	30
§ 7. Das württembergische Recht	31
§ 8. Das badische Recht	33
§ 9. Das Reichshaftpflichtgesetz	37
§ 10. Verschiedene andere Reichsgesetze	41
§ 11. Kontraktliche Entschädigungsansprüche	44
2. Abschnitt. Die haftpflichtrechtlichen Bestimmungen der Reichsversicherungsgesetze.	
§ 12. Allgemeiner Ueberblick	46
<i>Kapitel 1.</i> Die Haftpflicht des Unternehmers und seiner Beamten gegenüber dem Verletzten bzw. dessen Hinterbliebenen.	
§ 13. Das industrielle Unfallversicherungsgesetz	52
§ 14. Das land- u. forstwirtschaftliche Unfallversicherungs- gesetz	85
§ 15. Das Bau-Unfallversicherungsgesetz	96
§ 16. Das See-Unfallversicherungsgesetz	102
§ 17. Das Beamten-Unfallfürsorgegesetz	108
<i>Kapitel 2.</i> Die Haftpflicht des Unternehmers und seiner Beamten gegenüber den Berufsgenossenschaften bzw. Betriebsverwaltungen und Krankenkassen.	
§ 18. Das industrielle Unfallversicherungsgesetz	115
§ 19. Das land- u. forstwirtschaftliche Unfallversicherungs- gesetz	129
§ 20. Das Bau-Unfallversicherungsgesetz	132
§ 21. Das See-Unfallversicherungsgesetz	135
§ 22. Das Beamten-Unfallfürsorgegesetz	136

<i>Kapitel 3.</i>	Die Haftpflicht Dritter.	
§ 23.	Das industrielle Unfallversicherungsgesetz	137
§ 24.	Das land- u. forstwirtschaftliche Unfallversicherungsgesetz	147
§ 25.	Das Bau-Unfallversicherungsgesetz	148
§ 26.	Das See-Unfallversicherungsgesetz	149
§ 27.	Das Beamten-Unfallfürsorgegesetz	150
3. Abschnitt.	Inwieweit ist das Haftpflichtrecht durch die Reichsversicherungsgesetzgebung unberührt geblieben?	
§ 28.	A. in seinem gesamten Umfang	153
§ 29.	B. in beschränktem Umfang	156
4. Abschnitt.	Das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz.	
§ 30.	Allgemeiner Ueberblick	158
§ 31.	Das Verhältnis des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes zu dem allgemeinen Haftpflichtrecht	160
§ 32.	Das Verhältnis des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes zu der Unfallversicherungsgesetzgebung	161
Schluss		165
Literatur		167—177

Einleitung.

Infolge der immer mehr gesteigerten Benutzung von elementaren Kräften (Gas, Dampf, Electricität u. s. w.), von Maschinen und gefährlichen chemischen Stoffen in der modernen Industrie, sowie infolge der durch die neue Produktionsweise gänzlich veränderten wirtschaftlichen und sozialen Zustände, waren schon vor Neubegründung des Deutschen Reiches Verhältnisse entstanden, denen gegenüber die Bestimmungen des bürgerlichen Rechtes über die Verpflichtung zum Schadenersatz im Falle der Tötung und Körperverletzung eines Menschen sich als nicht mehr ausreichend erwiesen.

Die mit den riesigen Fortschritten der Industrie stets wachsende Zahl von Unglücksfällen, von welchen namentlich die arbeitenden Klassen betroffen wurden, hatte im Laufe der Zeit bei der Unzulänglichkeit des bürgerlichen Rechts zu einem wahren Notstand für die Arbeiterwelt geführt.¹⁾

Anfänglich bemühten sich Doktrin und Praxis, durch möglichst weitgehende Auslegung des geltenden Rechts dem entstandenen Bedürfnis zu genügen, ohne einen durchgreifenden Erfolg zu erzielen.

Dann suchte auch die Gesetzgebung des neu erstandenen Deutschen Reiches Abhülfe zu schaffen. Das erstrebte Ziel glaubte man erreicht zu haben durch das hochwichtige Reichsgesetz, betreffend die Verbindlichkeit zum Schadenersatz für die bei dem Betriebe von Eisenbahnen, Bergwerken, Steinbrüchen, Gräbereien und Fabriken herbeigeführten Tötungen und Körperverletzungen, welches unter dem 7. Juni 1871 erlassen wurde.

¹⁾ Lehmann, Gust. Der Notstand des Schadenprozesses. Leipzig 1865. Derselbe, Körperverletzungen und Tötungen auf deutschen Eisenbahnen und die Unzulänglichkeit des Rechtsschutzes. Erlangen 1869.

Dieses Gesetz regelte für eine beschränkte Anzahl der mit besonderer Gefahr verbundenen Unternehmungen die Schadenersatzpflicht bezüglich der bei dem Betriebe vorkommenden Unfälle. Eine allgemeine Umgestaltung der Vorschriften des bürgerlichen Rechts über die Verpflichtung zum Schadenersatz trat mit demselben nicht ein.

Allein auch dieses Gesetz führte nicht zu einer befriedigenden Lösung der Frage, wie die Arbeiter gegen die wirtschaftlichen Folgen der Unglücksfälle nach Möglichkeit zu sichern seien. Nach verschiedenen Richtungen hin zeigten sich gar bald die Mängel des Gesetzes. Der verletzte Arbeiter hatte nach diesem Gesetze in sehr ausgedehntem Masse überhaupt keinen Anspruch auf Entschädigung. Bei allen Unfällen — ausser bei Eisenbahnunfällen — war jeder Anspruch ausgeschlossen, wenn sie durch ein Verschulden des Mitarbeiters des Beschädigten, wenn sie durch Zufall, durch höhere Gewalt oder durch die eigene Fahrlässigkeit des Verletzten verursacht worden waren. Denn das Gesetz gewährte — abgesehen von dem Eisenbahnbetrieb — einen Entschädigungsanspruch nur, wenn dem Unternehmer oder einem seiner Beamten ein Verschulden nachgewiesen wurde. Dieser Nachweis, welcher dem Verletzten oblag, war aber in den seltensten Fällen zu erbringen. Ganz abgesehen von grossen Massenunfällen, wie sie z. B. infolge einer Grubenexplosion, des Springens eines Dampfkessels vorkommen, und bei welchen alle Zeugen des Unfalls ihr Leben einbüssen, mithin der Nachweis eines Verschuldens überhaupt nicht zu führen ist, sind in den meisten Fällen die einzigen Zeugen des Unfalls Leute, welche zu dem Unternehmer oder dessen Beamten in einem Abhängigkeitsverhältnisse stehen und aus diesem Grunde leicht geneigt sind, zu Gunsten ihres Brotherrn oder ihrer Vorgesetzten mit der Wahrheit zurückzuhalten. Dieses alles sind Fälle, in welchen „non jus deficit sed probatio.“ Ungünstig wirkte auch der Umstand, dass die in der Regel mit grosser Erbitterung geführten Prozesse ein sehr gespanntes Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeiter im Gefolge hatten. -- Begründung des Entwurfs zum industr. Unfallversicherungsgesetz v. 1881 (Drucksachen des Reichstages Nr. 41). — Das konnte auf die Dauer nicht so bleiben.

Immer mehr Stimmen wurden laut, welche nach einer Verbesserung der Haftpflichtgesetzgebung verlangten. Die Notwendigkeit einer solchen Verbesserung wurde von allen massgebenden Persönlichkeiten anerkannt, allein über die

Mittel und Wege zur Erreichung dieses Zieles gingen die Ansichten auseinander. Der Bevollmächtigte zum Bundesrat Falk vertrat bei der Beratung des Haftpflichtgesetzes die Meinung, dass die Abhülfe einzig und allein durch Ausdehnung der Haftpflicht des Unternehmers für das Verschulden seiner Leute geschaffen werden und auf keinem anderen Wege erreicht werden könne.¹⁾ — Stenogr. Ber. I. Sess. 1871, Bd. I, S. 204. — Noch im Jahre 1882 versuchten die vereinigten liberalen Parteien des Reichstags das Ziel durch Erweiterung der Haftpflicht unter Zulassung von Privatversicherungsanstalten zu erreichen.²⁾

Der jüngsten Zeit blieb es vorbehalten, einen neuen Weg zur Lösung der wichtigen sozialen Frage zu finden, nämlich den der öffentlich-rechtlichen Versicherung, welchen die neue Versicherungsgesetzgebung des Deutschen Reiches³⁾ eingeschlagen hat.

Den Weg, die Frage durch eine verschärfte Haftpflicht der Unternehmer zu lösen, hat man deshalb verlassen, weil man einerseits fürchtete, die Industrie zu stark zu belasten und in ihrer Entwicklung aufzuhalten, andererseits, weil man ein besseres Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeiter herstellen wollte. Aus der Rechtsfrage, mit welcher man sich beschäftigte, ward eine sozialpolitische Frage.

¹⁾ Diesen Weg haben allerdings eingeschlagen: England in seinem Gesetz, betreffend die Haftpflicht gewerblicher Unternehmer vom 7. September 1880 (Employers' Liability Act — 43 und 44 Vict. Cap. 42); und die Schweiz in ihrem Bundesgesetz, betreffend die Haftpflicht aus Fabrikbetrieb, vom 25. Juni 1881, und ihrem Bundesgesetz, betreffend die Ausdehnung der Haftpflicht und die Ergänzung des soeben erwähnten Bundesgesetzes, vom 25. April 1887, nebst Vollziehungsverordnung vom Dezember 1887. Auch Italien steht auf dem Boden der erweiterten privatrechtlichen Haftpflicht der Betriebsunternehmer, hat aber ausserdem eine öffentliche Unfallversicherungskasse gegründet, welche dem Haftpflichtigen ermöglicht, sich gegen die ihm aus der Haftpflicht erwachsenden Vermögensverluste zu versichern. Gesetz, betreffend die Gründung einer nationalen Unfallversicherungskasse für Arbeiter in Italien, vom 8. Juli 1883 (Gazetta ufficiale vom 17. Juli 1883); Vollzugsverordnung vom 26. März 1884 und Verwaltungsordnung vom 3. Juli 1884.

²⁾ Vgl. Gesetzentwurf der Abgeordneten Dr. Buhl und Genossen, betreffend die Entschädigung bei Unfällen und die Unfallversicherung der Arbeiter. Als Antrag unter dem 10. Januar 1882 eingebracht. (Drucksachen des Reichstags 1881/82 No. 66.)

³⁾ Nach ihm Oesterreich. Gesetz vom 28. Dezember 1887, betreffend die Unfallversicherung der Arbeiter.

Der Zusammenhang zwischen dem Haftpflichtrecht und dem neuen Versicherungsrecht wird durch den § 4 des Reichshaftpflichtgesetzes vermittelt, welcher dem Betriebsunternehmer gewisse Vorteile in Ansehung der Höhe seiner Schadenersatzpflicht bei Unfällen gewährt, falls er sich mit einem gewissen Bruchteil bei den Versicherungen seiner Arbeiter bzw. bei Eintritt derselben in Krankenkassen beteiligt. Diese Bestimmung ist aus der Tendenz der Gesetzgebung hervorgegangen, die Entwicklung der freiwilligen korporativen Versicherung der Arbeiter und Betriebsbeamten gegen Unfälle unter Beteiligung der Betriebsunternehmer an den Lasten der Versicherung (Prämien und Beitragszahlungen) zu begünstigen.

Die neue Versicherungsgesetzgebung¹⁾ des Deutschen Reiches beruht in erster Linie auf sozial-politischen Erwägungen. Sie ist eines der bedeutsamsten Werke der Neuzeit. In keiner Gesetzgebung eines anderen Landes²⁾ fand sich etwas Entsprechendes, was derselben als Vorbild hätte dienen können.

Von dem Grundsatz ausgehend, es sei die Pflicht eines jeden Gemeinwesens, welches auf dem Boden des Christentums beruhe, durch positive Massnahmen die Lage der wirtschaftlich Schwachen zu heben, hat sie tief in das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben des Deutschen Volkes eingegriffen und verlangt daher ein Verständnis für dieses wie wohl kein anderes Rechtsgebiet. Der moderne Staat habe — so führte man aus — „im Gegensatz zu den im Altertume und im Mittelalter geltenden Grundsätzen neben der auf den Schutz der bestehenden Rechte abzielenden Thätigkeit“ die weitere und schwierigere Aufgabe, „durch zweckmässige Einrichtungen und durch Verwendung der zu seiner Verfügung stehenden

¹⁾ Vgl. über die ersten Anfänge der Gesetzgebung die Gesetzentwürfe vom Jahre 1881 (No. 41 der Drucksachen des Reichstags); vom Jahre 1882 (No. 19 der Drucksachen des Reichstags) und den Entwurf vom Jahre 1884, aus welchem das industrielle Unfallversicherungsgesetz vom 6. Juli 1884 hervorgegangen ist.

²⁾ Vgl. über den Rechtszustand, die Entwicklung und die weitere Tendenz der Gesetzgebung in den europäischen Staaten (mit Ausnahme von Spanien, Portugal und den Balkanstaaten): die vorzügliche Abhandlung von T. Boediker, Die Unfallgesetzgebung der europäischen Staaten, in G. Schmollers Staats- und sozialwissenschaftlichen Forschungen Bd. V, 2. Heft. — Vgl. noch über den Rechtszustand in England: W. Hasbach, Das englische Arbeiterversicherungswesen, Geschichte seiner Entwicklung und Gesetzgebung. Leipzig 1883 (in G. Schmollers Staats- und sozialwissenschaftl. Forschungen. Bd. V, 1. Heft).

Mittel der Gesamtheit das Wohlergehen aller seiner Mitglieder, namentlich der ärmeren und hilfsbedürftigen zu fördern.“

Mit der Anerkennung dieser Grundsätze ist die lange Zeit herrschend gewesene individualistische Staatstheorie, welche in der uneingeschränkten, freien und selbstthätigen Entfaltung der Einzelkräfte ihr oberstes Princip erblickt, unterlegen der Lehre von dem sozialen Staat, welche den schrankenlosen Individualismus der einzelnen Personen auf das notwendige Maass einschränkt und dafür in stärkerem Maasse die Interessen der Gesamtheit betont.

Die angeführten neuen Grundsätze sind vornehmlich in der für die sozialpolitische Gesetzgebung des deutschen Reiches grundlegenden Allerhöchsten Botschaft vom 17. November 1881, welche E. v. Woedtke¹⁾ die magna charta der Sozialpolitik des deutschen Reiches nennt, ausgesprochen.

In derselben ist den Hilfsbedürftigen ausdrücklich „ein Anspruch auf grössere Sicherheit und Ergiebigkeit des Bestandes“ und den durch Alter und Invalidität erwerbsunfähig Gewordenen sogar ein „begründeter Anspruch auf ein grösseres Maass staatlicher Fürsorge“ zuerkannt, „als ihnen bisher habe zu teil werden können“²⁾.

Auf dem Boden dieser Allerhöchsten Botschaft ist im Laufe der letzten Jahre eine Reihe von Gesetzen erwachsen, welche sämtlich ein und dasselbe Ziel im Auge haben, nämlich: für die ärmeren Klassen der Bevölkerung eine möglichst auszureichende Fürsorge zu schaffen und die Lage derselben zu verbessern.

Zunächst ist das Krankenversicherungsgesetz entstanden; gefolgt sind verschiedene Unfall - Versicherungsgesetze und schliesslich das Invaliditäts- und Alters-Versicherungsgesetz.

1) E. v. Woedtke, Das Reichsgesetz, betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung. Berlin 1889, S. IX. Dieser Parallelismus ist nur insoweit berechtigt, als die magna charta für die Entwicklung der englischen Gesetzgebung in gleicher Weise wie die Allerhöchste Botschaft für die Entwicklung der sozialpolitischen Gesetzgebung des deutschen Reiches von grundlegender Bedeutung gewesen ist. Nicht zutreffend erscheint dieser Parallelismus insofern, als die magna charta praktische Verfassungs- und Freiheitsrechte enthält, während die kaiserliche Botschaft nur Verheissungen, aber keine praktischen Rechte gewährt.

2) Auch in der Thronrede Kaiser Wilhelms II. vom 22. November 1888 ist mit Bezug auf die Invaliditäts- und Altersversicherung der Arbeiter der allgemeine Satz ausgesprochen, es sei Aufgabe der Staatsgewalt, auf die Linderung vorhandener wirtschaftlicher Bedrängnisse nach Kräften hinzuwirken.“

Sämtliche Gesetze ergänzen sich gegenseitig, greifen vielfach in einander ein und bilden somit ein einheitliches Ganzes. Erschwert wird das Verständnis derselben allerdings dadurch, dass die Gesetzgebung schrittweise vorgegangen ist, indem sie nach einander zuerst die Kranken-, dann die Unfall- und zuletzt die Alters- und Invaliditätsversicherung eingeführt und innerhalb der einzelnen Versicherungen einen Kreis von Personen nach dem anderen der Versicherungspflicht unterworfen hat. Dazu kommt noch, dass die Durchführung der verschiedenartigen Aufgaben der Gesetzgebung nicht einem einheitlichen Organismus, vielmehr fast in einem jeden Gesetz anderen Organen übertragen ist.

Die Reichsversicherungs - Gesetze haben über die Verpflichtung zum Schadenersatz im Falle der Körperverletzung und Tötung eines Menschen für die von ihnen betroffenen Personenkreise Sonderbestimmungen aufgestellt, dagegen an den geltenden Bestimmungen des Reichsrechts und der verschiedenen Landesrechte über diesen Gegenstand¹⁾ grundsätzlich nichts geändert.

Diese Sonderbestimmungen der Reichsversicherungsgesetze haben thatsächlich eine weit grössere Bedeutung, als man wohl annehmen möchte. Denn die Reichsversicherungsgesetzgebung findet auf einen sehr grossen Teil der Bevölkerung Deutschlands Anwendung, und zwar gerade auf den Teil, welcher am meisten der Gefahr der Verunglückung ausgesetzt ist.

Daraus ergibt sich, dass die Sonderbestimmungen der sozialpolitischen Gesetzgebung des deutschen Reiches eine sehr grosse praktische Bedeutung für das Haftpflichtrecht haben.

Um diese Bedeutung der sozialpolitischen Gesetze und deren Einfluss auf das Haftpflichtrecht in ihrer ganzen Tragweite kennen zu lernen, sollen im Folgenden nach einem Ueberblick über das in Deutschland geltende Haftpflichtrecht in seinem Bestande vor der sozialpolitischen Gesetzgebung des deutschen Reiches die Sonderbestimmungen über die Haftpflicht in der letzteren näher erörtert und zum Schlusse kurz darauf hingewiesen werden, wie sich das bürgerliche Gesetzbuch für das deutsche Reich nach dem derzeit vorliegenden Entwurfe zu dem dargestellten Haftpflichtrecht in Zukunft verhalten wird.

¹⁾ Die Rechtssätze über die Verpflichtung zum Schadenersatz im Falle der Tötung und Körperverletzung eines Menschen fassen wir im Folgenden unter dem Begriffe: „Haftpflichtrecht“ zusammen.

I. Abschnitt.

Das Haftpflichtrecht in seinem Bestande vor der Reichs- versicherungsgesetzgebung.

§ 1.

Allgemeiner Ueberblick.

Wenn eine Person körperlich verletzt¹⁾ oder getötet²⁾ worden ist, so können für den Verletzten oder für die Hinterbliebenen des Getöteten je nach Lage des Falles verschiedene Ansprüche in Frage kommen:

1. Der Anspruch auf Alimentation gegenüber einer Person, welche zur Bestreitung der Kosten der Krankheit und des fernerer Unterhalts des Verletzten oder der Hinterbliebenen des Getöteten verpflichtet ist.

2. Der Anspruch aus einem Versicherungsvertrag, welchen der Verletzte zu seinen Gunsten oder zu Gunsten seiner Hinterbliebenen mit einer Versicherungsgesellschaft abgeschlossen hat.

3. Der Anspruch auf Ruhegehalt oder auf Wittwen- und Waisengelder, wenn der Verletzte oder Getötete ein pensionsberechtigter Beamter war.

¹⁾ Unter Körperverletzung ist jede Beschädigung der Gesundheit zu verstehen, welche einen nachweisbaren Schaden zur Folge hat. Es gehören also nicht nur äussere Verletzungen des Körpers, Verwundungen oder Verstümmelungen hierher, sondern auch Störungen der geistigen Funktionen des Menschen, weil mit diesen auch immer eine Störung der physischen Thätigkeit derjenigen Organe, von welchen die geistige Thätigkeit ausgeht (Gehirn, Nerven, Herz u. s. w.) im engsten Zusammenhang steht.

²⁾ Der Begriff der Tötung ist nicht nur dann gegeben, wenn der Tod unmittelbar nach der tötenden Handlung eintritt, sondern schon dann, wenn derselbe erst nach längerer Krankheit eintritt, sofern er nur durch die Körperverletzung herbeigeführt ist. (Sogen. Körperverletzung mit tötlichem Ausgang.)

4. Endlich kann auch die öffentliche Armenpflege in Frage kommen, welche die Kosten der Heilung des Verletzten und der Beerdigung des Getöteten zu tragen, sowie für den weiteren Unterhalt des Verletzten oder der Hinterbliebenen des Getöteten nötigenfalls zu sorgen hat.

Alle diese Fälle kommen vorliegend nicht in Betracht; es handelt sich hier vielmehr nur um die privatrechtlichen Entschädigungsansprüche, welche lediglich auf Grund der Tötung oder Körperverletzung erhoben werden. Diese Ansprüche fallen im Grossen und Ganzen unter diejenigen Forderungen, welche man gemeinrechtlich *obligationes ex delicto vel quasi ex delicto* zu nennen pflegt, und unter die besonderen Bestimmungen des Reichshaftpflichtgesetzes.

Nach der geschichtlichen und territorialen Entwicklung des Haftpflichtrechts im Gebiete des deutschen Reiches lassen sich folgende Rechte von einander unterscheiden: das gemeine Recht, das preussische allgemeine Landrecht, das rheinisch-französische, sächsische, bayrische, württembergische, badische Recht und das Reichsrecht. Die Bestimmungen dieser einzelnen Rechtsgebiete werden in den §§ 2 bis 10 dargestellt werden.¹⁾

§ 2.

Das gemeine Recht.

1. Die allgemeinste Klage auf Schadenersatz, welche auch auf die Tötung und Körperverletzung eines Menschen Anwendung findet, ist die *actio doli*. Diese Klage ist aber nur dann zulässig, wenn ein anderes Rechtsmittel nicht gegeben ist. — l. 1 § 1 D. de dolo malo IV, 3. — „Quae dolo malo facta esse dicentur, si de his rebus alia actio non erit et justa causa esse videbitur, iudicium dabo.“

Die *actio doli* erfordert den Nachweis, dass der Thäter die Körperverletzung oder Tötung mit Vorsatz begangen hat. Der Nachweis einer Fahrlässigkeit genügt nicht, nicht einmal der Nachweis einer groben Fahrlässigkeit, denn der Grund-

¹⁾ Ueber das ältere Haftpflichtrecht, welches hier nicht dargestellt wird, vergl.:

für das römische Recht: Sell, die *actio de rupitiis sarciendis* der 12 Tafeln und ihre Aufhebung durch die *lex Aquilia*. 1877; A. Pernice, Zur Lehre von der Sachbeschädigung nach röm. R. 1867.

für das ältere deutsche Recht: Stobbe, deutsches Privatrecht. Bd. III, S. 377 und die daselbst angeführte Literatur. Ferner: v. Amira, Nordgermanisches Obligationenrecht. Bd. I, S. 389 fg.

satz: „Lata culpa dolo comparatur“ gilt nicht für die Fälle der Haftpflicht ausserhalb bestehender obligatorischer Verhältnisse.

2. Die wichtigste Klage auf Schadenersatz ist die *actio legis Aquiliae*. Diese Klage, deren Anwendung ursprünglich auf die Beschädigung und Vernichtung von Sachen beschränkt war, ist im Laufe der Zeit¹⁾ als *actio utilis* auf den Fall der Körperverletzung und Tötung eines Menschen ausgedehnt worden. — l. 5 § 3, l. 6 l. 7 pr., l. 13 pr. D. ad leg. Aq. IX. 2.

Die Haftpflicht nach den Bestimmungen der *lex Aquilia* wird begründet sowohl durch ein Thun als auch durch ein Unterlassen. Ein Unterlassen besteht aber seinem Begriffe nach nicht in einem blossen Nichthandeln, sondern in einem Nichthandeln trotz vorhandener Pflicht zum Handeln. — § 5 Inst. ad leg. Aquil. IV, 3; l. 6 eod.; l. 8 pr., l. 27 § 9, l. 29 § 7, l. 31 D. ad leg. Aquil. IX, 2; l. 5 Cod. III, 35. — Seuff. Arch. III, 55; X, 164; XIII, 28.²⁾

Dass die Beschädigung durch eine unmittelbare körperliche Handlung (*corpore*) erfolgt sei, verlangt das heutige Recht nicht mehr, vielmehr genügt jede verschuldete Verursachung des Schadens.³⁾

Die Handlung, welche den Schaden hervorgerufen hat, muss eine widerrechtliche gewesen sein (*damnum injuria datum*).

In subjectiver Beziehung genügt zur Begründung des Anspruchs aus der *lex Aquilia* der Nachweis jeder Art der Schuld auf Seiten des Thäters. — In „*lege Aquilia et levissima culpa venit*“. Steht dem Verschulden des Thäters ein gleichartiges Verschulden (Vorsatz oder Fahrlässigkeit) des Beschädigten gegenüber, so ist die Haftpflicht ausgeschlossen. — *Dolus dolo, culpa culpa compensatur*.⁴⁾

Für die durch Zufall herbeigeführten Tötungen und Körperverletzungen haftet nach gemeinem Recht niemand. — *Casus a nullo praestantur*. —

¹⁾ Etwa unter Hadrian. Vgl. Dernburg II, S. 343.

²⁾ A. Hefke, Das Wesen des *damnum injuria datum* (Archiv f. prakt. Rechtswissenschaft N. F. Bd. XIV, S. 241), fasst alle die hier angegebenen Fälle der Unterlassung als positive Handlungen auf. Mit Unrecht.

³⁾ Dernburg II, S. 340.

⁴⁾ v. Weinrich, Die Haftpflicht wegen Körperverletzung und Tötung eines Menschen S. 11 fg. und die daselbst angeführten Quellenstellen. — Demelius, Ueber Compensation der culpa (in v. Gerber und v. Iherings Jahrbüchern V, S. 52 fg.) — Mommsen, Beiträge zum Obligationenrecht II. Abt. S. 157, 259 fg.

Ausser dem Thäter haften nach der lex Aquilia noch andere Personen.

Zunächst ist hier zu nennen der Anstifter der schädigenden Handlung¹⁾, dann auch der Gehülfe bei derselben.²⁾ — Entsch. R.-G. v. 5. Oktbr. 1883. — Bd. X S. 132 fg.

Für den Schaden, welcher auf Befehl einer Person angerichtet ist, haftet der Befehlende allein, wenn der Thäter zu unbedingtem Gehorsam verpflichtet war. — l. 169 D. de reg. jur. L, 17 (quia parere necesse est).

Ist ein Schaden von einer unter der Aufsicht eines Anderen stehenden Person angerichtet, so ist die zur Aufsicht verpflichtete Person für den Schaden haftbar, wenn sie ihre Aufsichtspflicht vernachlässigt hat. — l. 27 § 11 D. ad leg. Aquil. IX, 2. — Seuff. Archiv XVI 220, S. 363.

Mitthäter haften als Gesamtschuldner.

Der Betriebsunternehmer haftet nach römischem Recht für das Verschulden seiner Leute nur dann, wenn ihm ein Verschulden bei Auswahl und Aufsicht derselben (culpa in eligendo et inspiciendo) nachgewiesen werden kann.³⁾ Die culpa in eligendo steht mit der schuldbaren Wahl fehlerhafter Werkzeuge auf einer Linie.⁴⁾

In Betreff der Haftung einer juristischen Person für das Verschulden ihrer Vertreter ist die Rechtsentwicklung schliesslich zu dem Satze gelangt, dass die juristische Person für schuldhafte Handlungen und Unterlassungen, welche ihre Vertreter innerhalb ihres Wirkungskreises vorgenommen haben, in gleicher Weise verantwortlich ist, wie eine natürliche Person für eigene Handlungen und Unterlassungen. Dieser Satz ist — wie auch das Reichsgericht ausgesprochen hat — eine notwendige Folge des Umstands, dass die juristische Person in dem bürgerlichen Rechtsverkehr als Subject zugelassen ist. — Entsch. R.-G. v. 6. April 1888, in der Jurist. Wochenschrift, 1888. S. 212.

¹⁾ Entsch. R.-G. Bd. X, S. 132. A. M. freilich: Windscheid II, § 455, Anm. 27.

²⁾ Wäntig, Haftung für fremde unerlaubte Handlungen S. 28; Dernburg II, S. 342; Pernice, Zur Lehre von der Sachbeschädigung. Weimar 1867. S. 216.

³⁾ Ubbelohde, im Archiv für prakt. Rechtswissenschaft Bd. VII, S. 229 fg. — Derselbe, im Magazin für hannov. Recht Bd. IX, S. 191 fg. — Derselbe, in der Zeitschrift f. d. gesamte Handelsrecht Bd. VII, S. 199—295; insbesondere S. 243 fg. — v. Wyss, Die Haftung für fremde culpa. Zürich 1867.

⁴⁾ Goldschmidt, Ueber die Verantwortlichkeit des Schuldners für seine Gehülfen (in der Zeitschrift f. d. gesamte Handelsrecht Bd. XVI, S. 355).

Jedoch bezieht sich die Haftung der juristischen Person auf ihre Vertreter, nicht auf ihre Bediensteten. — Entsch. R.-G. v. 8. December 1885, in der Jurist. Wochenschrift. 1886. S. 21 und 22.

Die *actio legis Aquiliae* geht im Falle der Körperverletzung auf Ersatz der aufgewendeten Heilungskosten und derjenigen Vermögensnachteile, welche der Verletzte in Folge der durch die Körperverletzung herbeigeführten Erwerbsunfähigkeit oder Minderung der Erwerbsfähigkeit erleidet. Auch steht dem Verletzten ein Anspruch auf Schmerzensgeld¹⁾ zu. Peinliche Halsgerichtsordnung Carls V. Art. 20. Hiernach hat der Richter „dem widerrechtlich Gemarterten seiner schmerzen . . . ergetzung zu thun.“ — Entsch. R.-G. v. 17. Nov. 1882. — Bd. VIII, S. 117; Seuff. Archiv Bd. IV, 227; Bd. XIII, 31.²⁾ Ferner hat nach einem in Deutschland sehr verbreiteten Gewohnheitsrecht der Verunstaltete einen Ersatzanspruch wegen der Verunstaltung, vorausgesetzt, dass dadurch sein Fortkommen wesentlich erschwert wird.³⁾

Die Höhe des Schadens wird nach freiem richterlichen Ermessen festgesetzt. — R. C. P. O. § 260.

Im Falle der Tötung geht die Klage nur auf Ersatz der Kosten der versuchten Heilung und desjenigen Schadens, welcher dem Getöteten selbst noch etwa während der dem Tode vorausgegangenen Krankheit durch die Handlung des Thäters erwachsen ist. Nicht gehören zu diesem Schaden die Kosten der Beerdigung, weil diese, wenn auch in einem späteren Zeitpunkt, immer einmal nötig werden.⁴⁾ — Seuff. Archiv. Bd. VIII, 138; XV, 225.

¹⁾ Der Anspruch auf Schmerzensgeld charakterisiert sich als ein Ersatzanspruch, nicht als Privatstrafe, ist mithin auch nicht infolge des R.-St.-G.-B. weggefallen. Ob die Klage auf Schmerzensgeld als *actio injuriarum* oder als *actio legis Aquiliae utilis* aufzufassen sei, ist bestritten. Vgl. Seitz, Untersuchungen über die heutige Schmerzensgeldklage, S. 178; v. Weinrich a. a. O. S. 65; Wächter, die Busse bei Beleidigungen und Körperverletzungen, S. 73; Seuff. Archiv Bd. XXXII, S. 239.

Der Anspruch auf Schmerzensgeld ist ausgeschlossen in Schwarzburg-Rudolstadt. — Injurienmandat vom 18. Dezember 1820.

²⁾ Vgl. des Näheren: Seitz, a. a. O. S. 111; Stintzing, in der krit. Vierteljahrschrift II, S. 595; Stobbe, III, S. 416 fg.

³⁾ Stobbe Bd. III. S. 415 und 416; Sintenis, Civilrecht § 125 No. 22; Seuff. Archiv Bd. XVIII, 42.

⁴⁾ Dieser Satz ist nicht ganz unbedenklich, da in einem späteren Zeitpunkt die Beerdigungspflicht vielleicht eine andere Person als den Entschädigungsberechtigten treffen kann.

Ein Recht der Angehörigen des Getöteten, welche durch den Tod ihres Ernährers ihre Stütze verloren haben, ist dem reinen römischen Rechte fremd. Indessen hat der Gerichtsgebrauch der Wittve und den Kindern des Getöteten einen Anspruch auf Schadenersatz in dem Masse gewährt, in welchem diesen Personen ein Anspruch auf Unterhalt gegen den Getöteten zustand.¹⁾

— Entsch. R.-G. v. 24. Mai 1888, Bd. XXI, No. 29 S. 174.

Vielfach — und in der neuesten Zeit auch vom Reichsgericht — wird die Ansicht vertreten, dass dieser Entschädigungsanspruch nicht nur der Wittve und den Kindern des Getöteten, sondern allen Angehörigen, namentlich auch den Eltern des Getöteten, wenn diesen ein Recht auf Unterhalt zustand, zu gewähren sei.²⁾

Ob dieser Gerichtsgebrauch als ein selbstständiges Gewohnheitsrecht³⁾ oder als ein Ausfluss der Bestimmungen des älteren deutschen Rechts über das Wergeld oder endlich als eine Fortbildung der Grundsätze der lex Aquilia aufzufassen sei, ist bestritten — Entsch. R.-G. v. 5. October 1883, Bd. X, S. 132 fg.

Der Anspruch der Hinterbliebenen des Getöteten charakterisiert sich rechtlich nicht als Alimentenforderung, sondern als Forderung auf Schadenersatz wegen Verlustes einer Alimentenforderung. Diese Charakterisierung ist wegen der Vorschriften in den §§ 749 No. 2 und 648 No. 6 der Deutschen Civilprozessordnung von praktischer Bedeutung.

Die Erben des Beschädigers haften nach heutigem Recht soweit die Erbschaft reicht.

Die Verjährungszeit der Klage ist die regelmässige — 30 Jahre.

3. Eine weitere Klage, welche auch in dem Falle der Körperverletzung und Tötung eines Menschen Anwendung findet, ist die *actio de effusis vel dejectis*.⁴⁾

Wenn durch Ausgiessen oder Anwerfen aus einem an gangbarem Orte belegenen Gebäude ein Mensch getötet oder körperlich verletzt worden ist, hat der Verletzte eine Klage

¹⁾ Vgl. ferner: Entsch. R.-G. Bd. I, S. 90; III, S. 319 fg.; V, S. 109; VII, S. 139; X, S. 50; Seuff. Arch. Bd. XI, No. 44; XIII, No. 144; XXX, No. 146; XXXI, No. 36.

²⁾ Entsch. R.-O.-H.-G. XII, 23, S. 80; Entsch. R.-G. Bd. I, 25, S. 50; I, 39, S. 90; III, 86, S. 320; VII, 44, S. 141; Seuff. Arch. Bd. XIII 144; XXIV, 116; XXIX, 137; XXX, 146; XXXI, 36; XXXIX, 105 fg. 361. Fenner und Mecke IX, 35, S. 89.

³⁾ Ueber das ältere Recht vgl.: Stobbe Bd. III, S. 410 fg. und von Amira S. 397.

⁴⁾ Vgl. Wäntig, S. 61 fg.; v. Wyss, S. 66 fg.

auf Schadenersatz gegen den Inhaber des Gebäudes oder desjenigen Teiles, von welchem aus der Schaden verursacht worden ist. — l. 5 § 3 D. de his, qui effud. vel dejec. IX, 3.

Der Inhaber des Gebäudes haftet in diesem Falle, mag ihn ein Verschulden treffen oder nicht. Er kann sich von dieser Haftung nur durch den Nachweis befreien, dass weder er selbst noch eine Person, für deren Handlungen er aufzukommen verpflichtet ist, den Schaden verursacht hat. — § 1 Inst. de oblig. quasi ex delicto IV, 5; l. 1 § 4, l. 8, l. 6 § 2 D. de his, qui effud. vel dejec. IX, 3.

Die Haftung des Inhabers des Gebäudes erstreckt sich indessen nicht auf das von einem Handwerker Hinabgeworfene, welcher in dem Gebäude im Auftrage des Inhabers desselben beschäftigt war. — Entsch. R.-G. v. 23. Mai 1885 — Bd. XIII, S. 212.

Eine der *actio de effusis vel dejectis* entsprechende Klage ist gegeben, wenn die Körperverletzung oder Tötung durch Herabfallen ausgestellter oder ausgehängter Gegenstände verursacht worden ist. Die Klage pflegt man in diesem Falle *actio de posito et suspenso* zu nennen. — l. 1 § 3, l. 5 § 12 D. de his, qui effud. vel dejec. IX, 3.

4. Ferner kann in Frage kommen die *actio ex recepto* gegen den Schiffer, Gast- und Stallwirt. Jedoch ist es streitig, ob die genannten Personen auch für Körperverletzungen und Tötungen der aufgenommenen Personen aus dem *receptum*¹⁾ haftbar sind. Dies nimmt v. Weinrich (a. a. O. S. 27 fg.) an; die gemeine Meinung²⁾ spricht sich indessen dahin aus, dass diese Klage nur bei Beschädigung von Sachen Anwendung erleide.

5. Ist eine Körperverletzung oder Tötung durch ein Tier verursacht, so gewährt das gemeine Recht dem Beschädigten einen Entschädigungsanspruch gegen den jeweiligen Eigentümer des Tieres unter der Voraussetzung, dass das Tier den Schaden „*contra naturam sui generis*“ angerichtet hat. — *Actio de pauperie*. Tit. Inst. IV 9; Tit. Dig. si quadrupes pauperiem fecisse dicatur IX 1.

Der Eigentümer des Tieres haftet in diesem Falle für den Schaden ohne Rücksicht darauf, ob ihn ein Verschulden trifft oder nicht. Jedoch muss ihm die gefährliche Eigenart des Tieres bekannt gewesen sein. — Entsch. O. L. G. Kassel — U. 221/87. Seuff. Arch. Bd. 43, S. 275.

¹⁾ Ob diese Personen *ex lege* — wie Goldschmidt in seiner Zeitschrift Bd. III, No. III, S. 58 fg. § 1 annimmt — oder *ex contractu* — wie v. Wyss S. 80 annimmt — haften, ist bestritten.

²⁾ Arndts Pandekten § 289; v. Wyss a. a. O. S. 58; Keysner, in Goldschmidts Zeitschrift Bd. 31, S. 538; Römer, daselbst Bd. 18, S. 4 fg.

Die Klage ist indessen, wenn es sich — wie regelmässig hier — um einen bedeutenden Schaden handelt, nur von geringem praktischen Wert, weil der in Anspruch Genommene sich durch Preisgeben des Tieres, *noxae datio*, von seiner Haftverbindlichkeit befreien kann. — Entsch. R.-G. v. 1. Dezember 1887 — Bd. XX, S. 199 fg. — und v. 11. Dezember 1886 — Bd. XX S. 205 fg.

Der Sachsenspiegel, welcher in den thüringischen Landen und Anhalt noch Geltung hat, enthält einige Modificationen des gemeinen Rechts:

- a. Der Eigentümer verliert die Befugnis der *noxae datio*, wenn er das Tier nach der Schadenzufügung in seinem Gewahrsam behält. (Swes hunt oder bêt oder phert oder ochse, oder wilcherhande vihe ez sî, einen man tötet oder lemet oder ein ander vihe, sîn herre sal den schaden nâh rechteme wergelde oder nâh sîme werde bezzern, ab erz wider an sîne gewere nimt nâh des daz erz ereischet. — Ssp. II 40 § 1.)
- b. Wenn sich das Tier, welches einen Schaden angerichtet, unter der Obhut des Gesindes befunden hat, so haftet nicht der Eigentümer, sondern das Gesinde. (Swilchen schaden aber eines mannes pherde oder sîn vihe tût binnen sînes knechtes oder sînes gesindes hûte, dâ sal der vor antworten, binnen des hûte ez was. — Sp. II 40 § 4.)

Die besondere Klage, welche das Aedilicische Edict für den Fall gewährte, dass eine Person ein gefährliches Tier an einem gangbaren Orte hält, und durch dasselbe Jemand verwundet oder getötet wird, ist als veraltet zu betrachten.

6. Wenn infolge der fehlerhaften Beschaffenheit eines Grundstücks — z. B. infolge des Einsturzes eines Gebäudes — eine Person getötet oder körperlich verletzt worden ist, so ist der Eigentümer oder Inhaber des Grundstücks an sich nicht haftbar. — l. 6, l. 44 pr. D. de damno infecto 39, 2.

Doch kann Ersatz des Schadens verlangt werden, wenn der Besitzer des gefahrdrohenden Grundstücks das ausdrückliche Versprechen gegeben hat, für allen aus der fehlerhaften Beschaffenheit des Grundstücks entstehenden Schaden aufzukommen. — *Cautio damni infecti*.

Dieses Versprechen kann fordern der Eigentümer des bedrohten Grundstücks, ferner jeder andere dinglich Berechtigte, auch der bloß obligatorisch berechtigte Inhaber des Grundstücks.

An sich kann die cautio nur wegen der einem Grundstück drohenden Gefahr gefordert werden, wegen einer lediglich Personen drohenden Gefahr dagegen nicht. Möglicher Weise aber kann indirect Ersatz wegen der Körperverletzung oder Tötung eines Menschen beansprucht werden, wenn nämlich durch den Einsturz des Gebäudes der Berechtigte selbst körperlich beschädigt oder getötet worden ist. Denn der Berechtigte kann bei Eintritt eines Schadens Ersatz seines gesamten Interesses verlangen und mit diesem daher auch den Schaden wegen der Körperverletzung oder Tötung.

Die Haftung des Verpflichteten ist hier ähnlich wie bei der actio de pauperie in der Weise beschränkt, dass sich derselbe durch Preisgeben des Grundstücks von seiner Verbindlichkeit befreien kann. Was dort durch die noxae datio erreicht wird, erfolgt hier durch das eigentümlich geordnete Immissionsverfahren.

Die vorstehend entwickelten Grundsätze sind zum Teil auf den Fall übertragen worden, dass Jemand durch eine auf fremdem Grund und Boden vorgenommene Thätigkeit geschädigt wird. — Windscheid B. II § 460 S. 768.

§ 3.

Das preussische allgemeine Landrecht.

1. Nach dem allgemeinen Landrecht für die preussischen Staaten verpflichtet jeder schuldhafte Eingriff irgend welcher Art in die Rechtssphäre einer anderen Person zur Entschädigung. — A.-L.-R. Tit. VI, Teil I.¹⁾

Charakteristisch ist dem preussischen Landrecht, dass es die Haftung für einen verursachten Schaden je nach dem Grade der Schuld verschieden abstuft, während nach gemeinem Recht — wie wir gesehen — die Forderung bei jedem Grade der Schuld gleich hoch ist.

Das A.-L.-R. unterscheidet folgende Abstufungen der Schuld:

- a) Vorsatz;
- b) grobes Versehen²⁾;
- c) mässiges Versehen³⁾;
- d) geringes Versehen⁴⁾.

— Entsch. R.-G. vom 5. Januar 1881 — Bd. III, S. 319 fg.

¹⁾ Ueber den Begriff „Schaden“ vgl.: §§ 1, 5, und 6 dieses Titels.

²⁾ Ueber den Begriff: „grobes Versehen“ vgl.: A.-L.-R. I₃, § 18.

³⁾ Ueber den Begriff: „mässiges Versehen“ vgl.: A.-L.-R. I₃, § 20.

⁴⁾ Ueber den Begriff: „geringes Versehen“ vgl.: A.-L.-R. I₃, § 22.

Diese Unterscheidung der Schuld steht im Zusammenhang mit den Vorschriften des preussischen Rechts über den Ersatz des mittelbaren und unmittelbaren Schadens ¹⁾.

2. Das Delict der Tötung regelt das A. L.-R. im Besonderen in Teil II und Titel VI §§ 98 bis 110. Die hierher gehörigen Bestimmungen sind folgende:

a) Wenn die Tötung infolge eines nur geringen Versehens verursacht worden ist, besteht die Entschädigung in dem Ersatz der etwaigen Kurkosten, der Begräbnis- und der Trauerkosten. — § 110.

Entschädigungsberechtigt sind die Witwe und die Kinder des Getöteten, nicht auch dessen Erben als solche. — § 98.

b) Wenn die Tötung infolge eines mässigen Versehens verursacht worden ist, so hat der Thäter ausserdem noch der Witwe und den Kindern eine nach dem Verhältnis des Standes des Getöteten zu bemessende notdürftige Verpflegung zu leisten. — § 103. Daneben steht den Kindern ein weiterer Anspruch auf Erziehungsgelder insoweit zu, „als die Kosten dazu aus den Einkünften des hinterlassenen Vermögens und den Beiträgen des Staats oder eines Dritten nicht aufgebracht werden können.“ — § 103. Unversorgte Kinder haben ausserdem noch einen Anspruch auf Ausstattung, wie sie eine solche von dem Getöteten nach Gesetz zu verlangen berechtigt wären. — § 104.

Der Verpflegungsanspruch dauert bei der Witwe so lange, bis sie sich wieder verheiratet oder in eine Lage kommt, „da sie einer solchen Unterstützung füglich entbehren kann“ — § 107; in Ansehung der Kinder so lange, bis sie selbstständig, spätestens bis sie volljährig werden. — § 105. Bis zu demselben Zeitpunkt dauert auch der Anspruch der Kinder auf Erziehungsgelder. — § 105. Körperlich oder geistig schwache Kinder haben einen Anspruch auf Verpflegung bis zu ihrer Wiederherstellung oder bis zu ihrem Tode. — § 107.

Sämtliche Verpflichtungen nehmen ihr Ende, wenn Umstände eintreten, unter denen der Getötete, wenn er noch lebte, davon frei werden würde. — § 108.

c) Wenn die Tötung aus Vorsatz oder infolge eines groben Versehens erfolgt ist, so erhalten die oben erwähnten Ansprüche insofern eine Steigerung, als an Stelle der notdürftigen eine standesgemässe Verpflegung ²⁾, Erziehung und Aus-

¹⁾ Vgl. T. II, Tit. VI, §§ 10 und 15.

²⁾ Dieser Verpflegungsanspruch charakterisiert sich nicht als Alimentsanspruch, sondern als Anspruch auf Schadenersatz. Die Pfändung dieser Ansprüche ist mithin zulässig; die Kompensation

stattung den bezeichneten Berechtigten zu gewähren ist. Hierbei wird auf Unterstützungen, welche den Berechtigten von anderer Seite zufließen, keine Rücksicht genommen. — § 101.

In dieser Bestimmung hat das A. L.-R. merkwürdigerweise die culpa lata dem dolus gleichgestellt.

Ausser den hier angegebenen Ansprüchen können im Falle der Tötung weitere Entschädigungsansprüche, welche sich auf die allgemeinen Vorschriften über Schadenersatz etwa gründen lassen, von dritten Personen nicht erhoben werden. — Entsch. R.-G. vom 15. Januar 1881, Bd. III 86 S. 230 fg. — Entsch. R.-O.-H.-G. XIII 136, S. 426 fg.

Insbesondere steht dem Ehemann ein Anspruch auf Ersatz des ihm durch die Tötung seiner Frau entstandenen Schadens nicht zu. — Entsch. R.-G. vom 5. Januar 1881, Bd. III, S. 319 fg. und vom 9. Juni 1885, Bd. XIV, S. 254.

Einen besonderen Fall der vorsätzlichen Tötung behandelt das A. L.-R. T. I Tit. 11, §§ 621 bis 623. Hiernach können die Erben des Rentengläubigers, welcher von dem Rentenschuldner vorsätzlich getötet worden ist, das Rentenskapital zurückfordern, ohne dass sie zur Rückgewährung der von ihrem Erblasser gezogenen Renten verpflichtet sind.

3. Ueber die Entschädigungsansprüche im Falle der Körperverletzung handeln im Besonderen die §§ 111 bis 129 T. I Tit. VI A. L.-R.

Auch hier ist der Umfang der Ansprüche je nach dem Grade der Schuld verschieden:

a) Ist die Körperverletzung infolge eines geringen Versehens des Thäters eingetreten, so haftet der letztere nur für die Kur- und Heilungskosten. — §§ 118 und 111. Entschädigungsberechtigt ist in diesem Falle der Verletzte selbst.

b) Ist die Körperverletzung durch ein mässiges Versehen herbeigeführt, so ist weiter zu unterscheiden, ob eine dauernde oder vorübergehende Erwerbsunfähigkeit oder nur eine verminderte Erwerbsfähigkeit eingetreten ist.

Bei dauernder Erwerbsunfähigkeit ist ausser den oben unter a) verzeichneten Leistungen Ersatz zu gewähren für den Verlust der Vorteile, deren Erlangung der Beschädigte erwarten konnte. — § 115.

Bei vorübergehender Erwerbsunfähigkeit können nur „Versäumniskosten“ beansprucht werden. — § 120.

nicht ausgeschlossen und das Urteil nicht von Amtswegen für vorläufig vollstreckbar zu erklären. Vgl. Förster-Eccius II, § 151, S. 480.

Bei verminderter oder erschwerter Erwerbsfähigkeit ist die Höhe des Schadens nach richterlichem Ermessen festzustellen. — § 122.

Der Ausmessung dieser Ansprüche ist diejenige Vermögenslage des Beschädigten zu Grunde zu legen, in welcher sich der letztere zur Zeit der Verletzung wirklich befunden hat. — § 117.

c) Ist die Körperverletzung vorsätzlich oder durch grobe Fahrlässigkeit verursacht, so hat der Beschädigte die unter b) aufgezählten Ansprüche. Nur ist bei der Berechnung darauf zu sehen, welche Vorteile der Beschädigte „nach dem gewöhnlichen und natürlichen Lauf der Dinge erwarten konnte.“ — § 116.

Ferner ist im A. L.-R. ein Anspruch auf Schmerzensgeld in dem Falle anerkannt, dass die Körperverletzung aus Vorsatz oder aus grober Fahrlässigkeit verursacht ist. Merkwürdiger Weise steht dieser Anspruch aber nur Personen „vom Bauer- oder gemeinen Bürgerstande“ zu. Bei Personen höheren Standes soll auf die erlittenen Schmerzen nur bei Bestimmung der Strafe Rücksicht genommen werden.

Ausserdem gewährt das A. L.-R. im Falle der Körperverletzung einen Anspruch auf Entschädigung wegen Verunstaltung, sofern die Körperverletzung vorsätzlich oder aus grober Fahrlässigkeit verursacht, und der Beschädigte dadurch in seinem Fortkommen behindert ist. Besonders hoch ist dieser Anspruch zu bemessen bei Verletzung einer unverheirateten weiblichen Person, wenn ihr in Folge der Verunstaltung die Gelegenheit, sich zu verheiraten, erschwert worden ist. — §§ 123—128.

Der Schadenersatz ist, wie jede Entschädigung, der Regel nach in einer ein für alle Mal festgesetzten Kapitalsumme zu leisten. — Entsch. R.-G. v. 12. Juni 1883. Bd. IX, S. 278 fg.

Bezüglich der gegenseitigen Aufrechnung des Verschuldens weicht das A. L.-R. von dem gemeinen Recht insofern ab, als es den *dolus der culpa lata* gleichstellt, im Uebrigen aber ins Einzelne gehende Bestimmungen trifft. — A. L.-R. I, VI §§ 18—21. — Bei gegenseitigen Körperverletzungen ist die Haftpflicht dann ausgeschlossen, wenn die beiden Thäter sich in Ausführung einer unerlaubten Handlung gegenseitig verletzt haben. — A. L.-R. I, VI § 23.

Mitthäter haften nach preussischem Recht als Gesamtschuldner, wenn sie die That vorsätzlich oder aus grobem

Versehen verursacht haben — A. L.-R. I, VI §§ 29 u. 30; bei mässigem oder geringem Versehen tritt die gesamtschuldnerische Haftung nur dann ein, wenn der Anteil der Einzelnen an dem herbeigeführten Erfolg sich nicht mehr ermitteln lässt. — A. L.-R. I, VI §§ 31 u. 32.

Ueber die Haftung für unerlaubte Handlungen anderer Personen bestimmt das A. L.-R. Folgendes:

Der Auftraggeber haftet in der Regel für die schädigenden Handlungen seines Beauftragten nicht, sofern der Auftrag an sich erlaubt war. — § 50. Ausnahmsweise tritt in diesem Falle eine Haftung des Auftraggebers ein, wenn letzterem eine Schuld bei Auswahl des Beauftragten zur Last fällt. Diese Haftung ist aber nur eine subsidiäre. — § 53. Ein unerlaubter Auftrag verpflichtet den Auftraggeber selbst dann, wenn der Vertreter den Auftrag überschritten hat. — § 51.

Wenn auf Befehl einer Person ein Schaden angerichtet ist, so haftet einmal der Befehlende als Anstifter, zum anderen aber auch der Thäter. — §§ 45 u. 46. Letzterer ist von seiner Haftpflicht nur dann befreit, wenn er infolge seines Amts, Standes u. s. w. die Befehle seiner Vorgesetzten ohne Einwendungen zu befolgen verpflichtet ist. — § 47.

Wer die Grenzen des erhaltenen, an sich auf etwas Erlaubtes gehenden Befehles überschreitet, haftet für den angerichteten Schaden stets allein. — § 49.

Was die Haftpflicht der Personen anbelangt, welche die Aufsicht über den Thäter haben, so gehen die diesbezüglichen Vorschriften des A. L.-R. (§§ 59—69) weit über die gemeinrechtlichen Bestimmungen hinaus. Das A. L.-R. stellt im Allgemeinen den Satz auf, dass derjenige für den Schaden verantwortlich ist, welcher wesentlich eine beschädigende That geschehen lässt, wenn er sie verhindern konnte und sollte. — § 59. So haften die Dienstherrschaft, die Handwerksmeister und die Vermieter für den in dem Hause oder in der Werkstatt von den Dienstboten, den Handwerksgesellen und Lehrjungen verursachten Schaden. — §§ 61—69.

Diese Haftpflicht tritt aber nur dann ein, wenn Ersatz aus dem Vermögen des Thäters nicht erlangt werden kann. — § 67. Jedoch tritt eine principale Haftung der Herrschaft, der Meister oder des Hauswirts ein, wenn sie den Thäter nicht nachweisen können. — § 68.

Wenn Wahn- oder Blödsinnige oder Kinder unter sieben Jahren den Schaden verursacht haben, so haftet deren Ver-

mögen, wenn der Beschädigte Ersatz aus dem Vermögen der Aufseher oder Eltern nicht erlangen kann. — §§ 41 u. 42.

Für die Frage nach der Haftpflicht der juristischen Personen oder Korporationen ist von entscheidender Bedeutung, ob ein eignes Versehen der Korporation oder nur ein persönliches Versehen ihrer Vertreter oder Beamten vorliegt. Für ersteres haftet die Korporation gemäss § 82 A. L.-R. II, VI gleich einer physischen Person, für letzteres ist sie nur nach Massgabe der §§ 50—53 I, VI verantwortlich.

Die Annahme eines eignen Versehens der Korporation setzt ein Doppeltes voraus, einerseits dass diejenigen, welche als Vertreter der Korporation gehandelt haben, zu deren Vertretung in Bezug auf Willensakte gesetzlich befugt waren und im speciellen Falle auf Grund ihrer Vertretungsbefugnis und in den Grenzen derselben thätig geworden sind, andererseits, dass der Korporation als solcher die Verpflichtung oblag, Aufmerksamkeit anzuwenden, dass sie den Gesetzen gemäss handle. — §§ 16 u. 17 I, 3. --- Entsch. R.-G. v. 10. November 1887, Bd. XIX No. 67, 348; und v. 15. Oktober 1888, Bd. XXII No. 53, S. 259 fg.

Der Anspruch auf Schadenersatz verjährt in 3 Jahren, von dem Zeitpunkt an gerechnet, in welchem der Verletzte von dem Dasein und dem Urheber des Schadens Kenntniss erhalten hat — § 54 —, spätestens in 30 Jahren vom Zeitpunkt der Schadenszufügung. — § 55.

4. Hervorzuheben ist an dieser Stelle noch ein preussisches Gesetz, welches Bestimmungen über Körperverletzungen und Tötungen enthält, nämlich das Gesetz über die Eisenbahnunternehmungen vom 3. November 1838. Der § 25 dieses Gesetzes bestimmt:

„Die Gesellschaft ist zum Ersatz verpflichtet für allen Schaden, welcher bei der Beförderung auf der Bahn an den auf derselben beförderten Personen . . . oder auch anderer Personen . . . entsteht, und sie kann sich von dieser Verpflichtung nur durch den Nachweis befreien, dass der Schaden entweder durch die eigene Schuld des Beschädigten oder durch einen unabwendbaren äusseren Zufall bewirkt worden ist.“

Das Charakteristische dieser Bestimmung liegt darin, dass im Falle einer Beschädigung ein Verschulden des Unternehmers vermutet wird.¹⁾

¹⁾ Dieselbe Rechtsanschauung findet sich im H.-G.-B. Art. 421, 395, 400 in Ansehung der Güter- (nicht Personen-) Beförderung auf Eisenbahnen.

Der § 25 des preussischen Eisenbahngesetzes gilt auch gegenwärtig noch neben den Vorschriften des Reichshaftpflichtgesetzes vom 7. Juni 1871. — § 9 des Reichshaftpflichtgesetzes. — Entsch. R.-G. v. 5. Januar 1881, Bd. III S. 319.

5. Eine Bestimmung, welche der *actio de effusis vel dejectis* des gemeinen Rechts entspricht, findet sich im T. I Tit. VI § 66 A. L.-R. Es heisst hier:

„Wer wissentlich Mietsleute duldet, die . . . bei dem Auswerfen oder Ausgiessen . . . unvorsichtig und nachlässig zu verfahren gewohnt sind, der haftet für allen durch selbige auf dergleichen Art verursachten Schaden.“

Abweichend von dem Grundsatz des gemeinen Rechts handelt es sich hier nicht um eine Haftung für das Verschulden anderer Leute oder für den Zufall, vielmehr um eine Haftung für eigene Schuld, welche in der Duldung dergleichen Mietsleute zu finden ist.

6. Wenn durch ein Tier ein Mensch körperlich verletzt oder getötet worden ist, so haftet der Eigentümer oder Besitzer des Tieres — abweichend von den Grundsätzen des gemeinen Rechts — für den Schaden nur dann, wenn ihn ein Verschulden trifft. Dieses Verschulden besteht:

a) bei Haustieren in dem Mangel der nötigen Aufsicht. — § 73.

b) bei ihrer Natur nach schädlichen und solchen unschädlichen Tieren, welche in der Haushaltung nicht gebraucht werden, in der blossen Thatsache des Haltens, da durch das Halten an sich eine Gefahr für andere Menschen entsteht. — § 72.

Schädliche Tiere dürfen nach preussischem Recht nur mit obrigkeitlicher Genehmigung gehalten werden. Beim Mangel dieser Genehmigung muss für jeden durch solche Tiere angerichteten Schaden gehaftet werden. Beim Vorhandensein der Erlaubnis haftet der Herr des Tieres nur für den Schaden, welcher infolge der mangelhaften Aufsicht entstanden ist. — § 71.

Neben dem Herrn des Tieres ist derjenige, welcher das Tier gereizt hat, solidarisch für haftbar erklärt. — §§ 76 und 77.

Ferner ist derjenige, welcher weiss, dass ein Tier wider die Natur seiner Art schädlich ist und dennoch die gehörigen Massregeln zur Verhütung von Beschädigungen verabsäumt, dem Verletzten zum vollen Schadenersatz verpflichtet. — § 74.

Der römisch-rechtliche Grundsatz der noxae datio ist im preussischen Recht nicht anerkannt.

7. Eine den Bestimmungen des römischen Rechts über die cautio damni infecti entsprechende Vorschrift findet sich im A. L.-R. T. I Tit. VIII §§ 37 und 60 in Verbindung mit Tit. VI §§ 10, 16 und 26.

Hier ist dem Eigentümer eines Gebäudes die Verpflichtung auferlegt, das Gebäude, soweit es zur Verhütung eines Schadens und Nachteils für das Publikum notwendig ist, in baulichem Stand zu erhalten. Die schuldhafte Versäumung dieser Pflicht verbindet den Eigentümer, Schadenersatz zu leisten. Das dem römischen Rechte eigentümliche Immissionsverfahren ist dem A. L.-R. fremd.

§ 4.

Das rheinisch-französische Recht.

1. Das rheinisch-französische Recht bestimmt ganz allgemein, dass ein Jeder den Schaden zu ersetzen hat, den er einem Andern widerrechtlich und schuldhafter Weise zufügt. Diese Haftung tritt auch dann ein, wenn ein Mensch durch die Schuld eines anderen körperlich verletzt oder getötet worden ist.

Code civil art. 1382: „Tout fait quelconque de l'homme, qui cause à autrui un dommage, oblige celui par la faute duquel il est arrivé, à le réparer.“ Unter den Begriff Schuld (faute) fällt Vorsatz und Fahrlässigkeit. Einen weiteren Unterschied zwischen den einzelnen Arten des Verschuldens, wie er sich in dem preussischen Recht vorfindet, kennt der code nicht.

Art. 1383: „Chacun est responsable du dommage qu'il a causé non seulement par son fait, mais encore par sa négligence ou par son imprudence.“ Im Falle gleichzeitigen Verschuldens des Beschädigers und Beschädigten ist nur der ursachliche Zusammenhang entscheidend, d. h. welches Verschulden als die wirkende Ursache des Unfalls anzusehen ist. — Entsch. R.-G. v. 2. Mai 1884 (Zeitschrift für französisches Civilrecht. Bd. XVI, S. 291).

Besondere Bestimmungen über die Delikte der Körperverletzung und Tötung hat der code nicht aufgestellt.

Der Anspruch auf Schadenersatz steht nach dem code demjenigen zu, dessen Rechte durch das Delikt verletzt worden sind, sowie den Erben des Verletzten.

Ueber die Höhe des Schadens und die einzelnen Bestandteile desselben (Heilungskosten, Begräbniskosten, Verpflegung u. s. w.) enthält der code keine näheren Vorschriften. Dem richterlichen Ermessen ist somit der weiteste Spielraum gewährt.

Unter den Begriff „dommage“ fällt nicht auch der sogen. moralische Schaden (*dommage moral*), d. h. der Schaden, welcher in Verletzung von Gefühlen, z. B. Erregung körperlicher oder psychischer Schmerzen, besteht. — Entsch. R.-G. v. 27. Juni 1882, Bd. VII, S. 295.

Sehr weitgehend sind die Vorschriften des französischen Rechts über die Haftung für Delikte dritter Personen, insbesondere über die Haftung des Geschäftsherrn für den Schaden, welchen seine Beamten und Arbeiter bei Ausführung ihrer geschäftlichen Verrichtungen herbeigeführt haben. Der Haftbare kann sich von seiner Verantwortlichkeit nur durch den Nachweis frei machen, dass er die schädigende That nicht hindern konnte.

In dieser Beziehung bestimmt der code in dem höchst wichtigen Art. 1384¹⁾ Folgendes:

„On est responsable non-seulement du dommage que l'on cause par son propre fait, mais encore de celui qui est causé par le fait des personnes dont on doit répondre, ou des choses que l'on a sous sa garde. — Le père, et la mère après le décès du mari, sont responsables du dommage causé par leurs enfans mineurs habitant avec eux; — Les maîtres et les commettans, du dommage causé par leurs domestiques et préposés²⁾ dans les fonctions auxquelles ils les ont employés. — Les instituteurs et les artisans, du dommage causé par leurs élèves et apprentis pendant le temps qu'ils sont sous leur surveillance.“

„La responsabilité ci-dessus a lieu, à moins que les père et mère, instituteurs et artisans, ne prouvent qu'ils n'ont pu empêcher le fait qui donne lieu à cette responsabilité.“

¹⁾ Ueber den Inhalt und die Tragweite dieses Artikels vgl. insbesondere: Petersen, Die Grundsätze des französ. Rechts über Haftpflicht (Schriften des Vereins f. Sozialpolitik, XIX, S. 53—67); Larombière, Obligations zu Art. 1384 No. 1 u. 8, Bd. V, S. 738 u. 744; Sourdat, traité général de la responsabilité II, No. 884 u. 885; Laurent, principes du droit civil. Bd. XX, S. 588 u. 606.

²⁾ Préposé ist diejenige Person, welcher ein Geschäft übertragen ist, also auch ein einfacher Arbeiter. Vgl.: Erk. des rheinischen Senats des Obertrib. vom 30. Januar 1877 (Puchelt Bd. XI, S. 589). Daher ist die Bestimmung des § 1384 noch strenger als die Bestimmungen des noch zu besprechenden deutschen Haftpflichtgesetzes, da nach diesem Gesetz der Principal für das Verschulden seiner Beamten, nicht aber auch für das Verschulden seiner Arbeiter für haftbar erklärt wird.

So strenge Vorschriften, wie die vorstehenden des Art. 1384, hat kein anderes der deutschen Landesrechte.¹⁾

Nach den Bestimmungen des Art. 1384 regelt sich auch die Haftpflicht juristischer Personen für das Verschulden ihrer Angestellten, indem erstere unter dem Begriff der *commettants*, letztere unter den der *préposés* geordnet werden.

Die Verjährungszeit der Schadenersatzklage ist die gleiche wie die der Strafklage. — R.-Strafgesetzbuch §§ 67 fg.²⁾

2. Eine besondere Klage, welche der gemeinrechtlichen *actio de effusis vel dejectis* entspricht, ist dem französischen Recht unbekannt.

Der dem Staatsrat vorgelegte Entwurf des code enthielt allerdings in Art. 16 und 17 die Grundsätze der *actio de effusis vel dejectis*. Jene Artikel sind indessen gestrichen worden. — Vgl. Zachariae, Handbuch des französischen Civilrechts. 2. Aufl., Bd. II, S. 476, 477.

Das französische Recht begnügt sich in Ansehung der durch diese Klage betroffenen Fälle mit den allgemeinen Grundsätzen über die Schadenersatzpflicht.

3. In Art. 1385 enthält das französische Recht eine Bestimmung, welche den Grundsätzen des gemeinen Rechts über die *actio de pauperie* entspricht. Der Art. 1385 lautet:

„Le propriétaire d'un animal, ou celui qui s'en sert, pendant qu'il est à son usage, est responsable du dommage que l'animal a causé, soit que l'animal fût sous sa garde, soit qu'il fût égaré ou échappé.“

Auch diese Bestimmung des code ist im Vergleich zu anderen Landesrechten sehr streng. Einmal macht der code, abweichend vom gemeinen Recht, keinen Unterschied, ob das Tier den Schaden *contra naturam sui generis* oder *secundum naturam sui generis* verursacht hat. Sodann hat der Haftbare nach französischem Recht nicht die Möglichkeit, sich durch Hingabe des Tieres — *noxae datio* — von seiner Ersatzpflicht zu befreien. Auch insofern findet sich eine Abweichung von dem gemeinen Recht, als der Satz: „*nox a caput sequitur*“, d. h. dass der jeweilige Eigentümer des Tieres der Haftpflichtige ist — in dem code keine Aufnahme gefunden hat. Verpflichtet zum Ersatz des Schadens ist nach französischem Recht einmal der Eigentümer des Tieres (*propriétaire*), dann aber auch derjenige, welcher sich des Tieres bedient (*celui qui s'en sert*).

¹⁾ Diese Strenge entspricht nicht mehr dem deutschen Rechtsbewusstsein. Vgl. Schmidt, Die Grenzen der Haftpflicht der Reichspostverwaltung, S. 7.

²⁾ Vgl. v. Weinrich, S. 113.

Die strenge Vorschrift des gemeinen Rechts, dass der Haftpflichtige ohne Rücksicht auf sein Verschulden für den Schaden verantwortlich ist, findet sich in dem französischen Recht wieder. — Vergl. Entsch. R.-G. v. 11. December 1885, Bd. XIV, S. 316 fg.

4. Bezüglich der Schadenersatzpflicht bei Körperverletzungen und Tötungen infolge des Einsturzes eines Gebäudes oder einer Anlage geht das französische Recht weit über die gemeinrechtlichen Grundsätze der *cautio damni infecti* hinaus.

Der Code bestimmt in Art. 1386 Folgendes: „Le propriétaire d'un bâtiment est responsable du dommage causé par sa ruine, lors qu'elle est arrivée par une suite du défaut d'entretien ou par le vice de sa construction.“

Nach dieser Bestimmung haftet der Eigentümer eines Gebäudes kraft Gesetzes, nicht wie im gemeinen Recht kraft ausdrücklichen Versprechens, wenn das Gebäude infolge eines Fehlers in der Bauart oder infolge nicht gehöriger Instandhaltung einstürzt und dadurch einem Anderen Schaden zugefügt wird.

Die Verpflichtung zum Ersatz des Schadens ist hier ebenso wie nach gemeinem Recht unabhängig von einem Verschulden des Eigentümers. Die Ersatzforderung ist nicht an den Besitz eines Grundstücks geknüpft, vielmehr ist jeder durch den Einsturz Beschädigte zur Geltendmachung der Forderung berechtigt.

Der allgemeine Grundsatz des Art. 1384: „On est responsable . . . du dommage . . . qui est causé par . . . des choses, que l'on a sous sa garde“ kommt hier ebenfalls zur Anwendung. Vgl. Entsch. R.-G. v. 11. Dezember 1885, Bd. XIV, S. 317 fg.

5. Schliesslich ist noch ein für das Haftpflichtrecht bedeutsames Gesetz zu erwähnen, welches auf dem Boden des französischen Rechts zur Zeit der grossen Revolution entstanden ist und von da in den Jahren der Unruhen von 1848 bis 1851 in verschiedenen deutschen Staaten¹⁾ Aufnahme gefunden hat. Dieses Gesetz ist datiert vom 10. vendémiaire des Jahres IV der Republik (2. Oktober 1795) und enthält die Vorschrift,²⁾ dass bei einer Zusammenrottung (*rassemble-*

¹⁾ So in Sachsen-Meiningen am 31. März 1848; Sachsen-Weimar am 14. April und 30. Juni 1848; Schwarzburg-Sondershausen am 17. Mai 1848; Nassau am 15. Juli 1848; Sachsen-Coburg-Gotha am 13. November 1848; Preussen am 11. März 1850; Bayern am 12. März 1850; Braunschweig durch die Städteordnung vom 19. März 1850; Anhalt-Bernburg am 24. März 1850; Baden am 13. Februar 1851.

²⁾ Vgl. L. Fuld, Die Haftpflicht der Gemeinden für Beschädigungen bei Zusammenrottungen nach franz. Recht (in der Zeitschr. f. Franz. Civilrecht Bd. XVI, Beilageheft S. 161 fg.)

ment) oder einem Auflauf von Menschen (attroupement) für die dabei vorgekommenen Verletzungen von Personen (pour les délits envers les personnes) die Gemeinde verantwortlich sei, in deren Bezirk und von deren Angehörigen die Körperbeschädigung vorgekommen bzw. verübt worden ist, falls die Beschädigung in gewaltthätiger Weise geschah (commis à force ouverte ou par la violence).¹⁾

§ 5.

Das sächsische Recht.

1. Die Vorschrift des sächsischen Rechts, welche der actio doli des gemeinen Rechts entspricht, findet sich im § 1504 des bürgerlichen Gesetzbuches für das Königreich Sachsen. Hierin ist die Haftpflicht für den Schaden ausgesprochen, welchen Jemand absichtlich durch Angabe falscher oder durch Vorenthaltung oder Unterdrückung wahrer That-sachen oder durch Erteilung von Ratschlägen, deren Schädlichkeit ihm bekannt war, zufügt.

2. Sodann enthält das sächs. bürg. G.-B. allgemeine Vorschriften über die Verpflichtung zum Schadenersatz wegen rechtswidriger Handlungen. Daneben hat es für einzelne Delikte, so auch für die Körperverletzung und Tötung eines Menschen, noch besondere Bestimmungen getroffen.

Der allgemeine Grundsatz des sächs. bürg. G.-B. lässt sich, wie folgt, ausdrücken: Wer die Rechte eines Anderen widerrechtlich und schuldhafter Weise verletzt, ist verpflichtet, dem Beschädigten dafür Ersatz zu leisten. — Bürg. G.-B. §§ 116, 773, 774.

Unter Verschuldung ist der Vorsatz und die Fahrlässigkeit begriffen, und zwar ohne Unterschied zwischen grober und geringer Fahrlässigkeit. — §§ 776 und 1488.

Mitthäter haften als Gesamtschuldner — § 777; Anstifter und Gehülfen haften für die Folgen der unerlaubten Handlung gleich dem Thäter — § 778.

Ausserdem ist nach sächsischem Recht derjenige für haftbar erklärt, welcher die verletzende Handlung eines Andern hindern konnte und dies ungeachtet einer besonderen Verpflichtung hierzu verabsäumt. — § 779.

Weitere Bestimmungen über die Haftpflicht für das Verschulden einer anderen Person, insbesondere über die Haftung

¹⁾ Ob diese Vorschrift auch bezüglich solcher Gemeinden gilt, in welchen die Polizeiverwaltung nicht Gemeinde-, sondern Staatsangelegenheit ist, erscheint fraglich. Fuld, a. a. O., S. 170 fg.

des Principals für das Verschulden seiner Angestellten und Arbeiter, enthält das sächs. bürgerl. G.-B. nicht. Eine Vorschrift, welche mit dem Art. 1384 des code civil in Parallele gestellt werden könnte, ist dem sächsischen Recht unbekannt.

3. Ueber die Beschädigung eines Menschen enthält das bürgerl. G.-B. im § 1483 den Satz, dass derjenige, welcher einem Anderen an dessen Körper durch eine widerrechtliche Handlung, sei es absichtlich oder fahrlässig, Schaden zufügt, zum Schadenersatz verpflichtet ist.

Das Delikt der Körperverletzung behandelt das bürgerl. G.-B. im Besonderen im § 1489. Er lautet:

„Wer durch seine Verschuldung Jemanden an dessen Körper verletzt, ist verpflichtet, dem Beschädigten die Heilungskosten zu vergüten, ein angemessenes Schmerzensgeld zu bezahlen und wegen des entgangenen, auch, soweit Erwerbsunfähigkeit eintritt, wegen des künftig entgehenden Verdienstes, Schadenersatz nach richterlichem Ermessen zu leisten.“

Ausserdem hat der Verletzte einen Anspruch wegen Verunstaltung oder Verstümmelung, wenn die Körperverletzung diese Folge gehabt hat. — § 1490.

Auch über die Entschädigungsansprüche, welche sich an das Delikt der Tötung knüpfen, enthält das sächs. bürgerl. G.-B. besondere Bestimmungen. Was zunächst die Ansprüche der Erben des Getöteten anbelangt, so bestimmt der § 1491 Folgendes:

„Hat Jemand durch seine Verschuldung den Tod eines Menschen verursacht, so ist er den Erben desselben zur Erstattung der Kosten der versuchten Heilung und der ärztlichen Untersuchung, sowie der Beerdigung des Getöteten verpflichtet.“

Der § 1492 beschäftigt sich mit den Ansprüchen, welche dritten Personen zustehen, deren Rechte auf den Unterhalt gegen den Getöteten in Folge der Tötung erloschen sind. Der § 1492 lautet:

„War der Getötete zur Ernährung eines Anderen verpflichtet, so erstreckt sich der Schadenersatz auch auf den dem Letzteren entgehenden Unterhalt, dessen Höhe nach richterlichem Ermessen zu bestimmen ist.“

Dieser Schadenersatz ist so lange zu leisten, als der Getötete, wenn er gelebt hätte, zur Ernährung der betreffenden Person verpflichtet gewesen wäre, und keinesfalls über die mutmassliche Lebensdauer¹⁾ des Getöteten hinaus.

¹⁾ Vgl. die ins Einzelne gehenden Bestimmungen des sächs. Rechts über die mutmassliche Lebensdauer einer Person im § 35 bürgerl. G.-B.

Bei Bestimmung der Höhe des Schadenersatzes ist auf die Erwerbsfähigkeit des Getöteten zur Zeit der Tötung und auf das Bedürfnis des Ersatzberechtigten Rücksicht zu nehmen.

Insbesondere steht der Anspruch auf diesen Schadenersatz der Witwe des Getöteten bloß soweit, als die Nutzungen ihres eigenen Vermögens, und anderen Personen bloß soweit zu, als die ihnen in Folge des Ablebens des Getöteten etwa zukommenden Vermögensmittel zu deren Unterhalt nicht ausreichen.“

Bemerkenswert ist bei dieser Bestimmung, dass nicht nur denjenigen Personen ein Anspruch auf Schadenersatz gewährt worden ist, deren Recht auf Unterhalt gegen den Getöteten auf dem Gesetz beruht, sondern auch denjenigen Personen, deren Recht auf Unterhalt sich auf ein Rechtsgeschäft (Vertrag) stützt.

Mitthäter haften als Gesamtschuldner. Lässt sich, wenn Mehrere gleichzeitig oder nach einander gehandelt haben, nicht ermitteln, wessen Handlung den Schaden verursacht hat, so haften die Mehreren als Gesamtschuldner. — § 1495.

Besonders hervorzuheben ist hier noch die Vorschrift des § 1496. Darnach haften die Anstifter eines Aufruhrs oder Landfriedensbruches und die Teilnehmer daran für den daraus entstandenen Schaden als Gesamtschuldner, selbst wenn sie nicht bei allen einzelnen Handlungen des Verbrechens mitgewirkt haben, oder wenn dasselbe an verschiedenen Orten zum Ausbruch gekommen ist; die Teilnehmer jedoch nur rücksichtlich des Schadens, welcher nach der Zeit ihrer Teilnahme verursacht worden ist.¹⁾

Von einem besonderen Fall handelt der § 1155 des bürgerl. G.-B. Hier wird den Erben des Leibrentengläubigers das Recht auf Rückforderung des Rentenkapitals ohne die Verpflichtung zur Erstattung der bereits bezogenen Renten gewährt, wenn der Rentenschuldner den Tod der Person, auf deren Leben die Rente gestellt ist, absichtlich herbeigeführt hat.

4. Ueber die Beschädigung durch Ausgiessen und Aushängen u. s. w. von Sachen hat das sächs. Recht besondere Bestimmungen getroffen, welche den Grundsätzen des römischen Rechts über die *actio de effusis vel dejectis* nachgebildet sind. Diese Bestimmungen finden sich in den §§ 1554 bis 1559 des bürgerl. G.-B.²⁾

¹⁾ Vgl. insbes.: Wäntig, Ueber die Haftung für fremde unerlaubte Handlungen. S. 22 und 23.

²⁾ Vgl. Wäntig, a. a. O. S. 64 fg.

Hiernach ist haftbar für den Schaden der Inhaber der Wohnung; mehrere Inhaber derselben Wohnung haften als Gesamtschuldner. — § 1556.

Eine Befreiung von der Haftpflicht tritt nach sächsischem Recht nur ein:

a) wenn der in Anspruch Genommene nachweist, dass er weder selbst noch eine Person, für deren Handlungen er verantwortlich ist, den Schaden verschuldet hat. — § 1554;

b) wenn die Vorübergehenden durch ein erkennbares Zeichen oder durch zeitigen Zuruf gewarnt worden sind. — § 1557.

Ausgeschlossen ist der Anspruch, wenn der Beschädigte den Ort, wo er beschädigt worden ist, unbefugterweise betreten hat. — § 1554.

Die Klage verjährt in 6 Monaten. — § 1559.

5. Bezüglich der Haftung für den durch Tiere angerichteten Schaden unterscheidet das sächsische Recht zwischen wilden Tieren und Haustieren. — Bürg. G.-B. §§ 1560—1564.

Bei ersteren haftet derjenige, welcher die Tiere hält — § 1560; bei letzteren der Eigentümer derselben — § 1561; mehrere Eigentümer haften als Gesamtschuldner. — § 1564.

Die Ersatzpflicht tritt nach sächsischem Recht ohne Rücksicht auf ein Verschulden des Verpflichteten ein. Gemildert wird diese strenge Haftpflicht durch folgende zwei Ausnahmen:

a) Bei wilden Tieren ist die Haftpflicht ausgeschlossen, wenn der Beschädigte selbst den Schaden veranlasst hat. — § 1560.

b) Bei Haustieren steht dem Eigentümer die Befugnis der Ueberlassung des Tieres zu, wenn er nachweist, dass er bei Beaufsichtigung des Tieres nichts verschuldet habe. — § 1561.

6. Die Vorschrift des sächsischen Rechts über die Verpflichtung des Eigentümers eines Gebäudes oder eines Werks findet sich im § 351 des bürg. G.-B., welcher folgendermassen lautet:

„Der Eigentümer eines Bauwerks ist dem Nachbar für den Schaden verantwortlich, welchen die Baufälligkeit desselben verursacht, wenn sie in Fehlern der Bauart oder im Mangel der erforderlichen Erhaltung ihren Grund hat.“

Berechtigt ist hiernach nur „der Nachbar“, nicht auch eine andere Person. Der Anspruch hängt von einem Verschulden des Eigentümers nicht ab, die Verpflichtung knüpft

sich vielmehr lediglich an die Thatsache, dass der Einsturz infolge eines Fehlers in der Bauart oder infolge nicht gehöriger Unterhaltung des Bauwerks eingetreten ist. Dass dieser Mangel der erforderlichen Instandhaltung auf einer Schuld des Eigentümers beruhe, ist nicht erforderlich.

Erweitert gegenüber dem gemeinen Recht ist die Haftpflicht des Eigentümers eines Gebäudes dadurch, dass der Letztere unter den angegebenen Umständen kraft Gesetzes für den Schaden verantwortlich ist, ohne dass es noch eines ausdrücklichen Versprechens seitens des Verpflichteten bedarf.

§ 6.

Das bayrische Landrecht.

In dem Gebiete des Königreichs Bayern gilt teils das gemeine, teils das rheinisch-französische und teils das preussische allgemeine Landrecht.¹⁾

1. Besonders hervorzuheben sind hier nur einige Bestimmungen des bayrischen Landrechts (Codex Maximilianeus bavaricus civilis) vom Jahrs 1756. Dieselben finden sich im vierten Teil, Kapitel 16 §§ 6 bis 8.

Der § 6 handelt von der actio legis Aquiliae, und zwar unter Nr. 4 und 5 von der Körperverletzung und Tötung. Die hier in Betracht kommenden Bestimmungen lauten:

„Der Verwundete muss, wenn anders der Thäter in Dolo vel Culpa ist, nicht nur deren auf die Chur verwendeter Kosten halber, sondern auch um all anderen an seiner Profession und Nahrung etwan dadurch erlittenen Schaden und Entgang satisfacirt werden, immassen 5^{tò} ein gleiches in Casu Homicidii dolosi vel culposi des Entleibten hinterlassenen Weib und Kind, soweit sie etwan durch den Todschlag an der Alimentation verkürzt seynd, ebenfalls gebührt.“

Das Beachtenswerte dieser Bestimmung liegt darin, dass der Ersatzanspruch der Witwe und der Kinder des Getöteten wegen Entziehung ihres Rechts auf Unterhalt hier gesetzlich anerkannt ist, während dasselbe nach gemeinem Recht lediglich auf dem Gerichtsgebrauch beruht.

2. Von der „actio de effuso vel dejecto, posito vel suspenso“ handelt der § 8 desselben Kapitels, dessen Inhalt mit den entsprechenden Bestimmungen des gemeinen Rechts übereinstimmt. Nur ist die Klage ausdrücklich ausgeschlossen:

¹⁾ Vgl. v. Roth, Bayr. Civilrecht §§ 2 fg.

„wenn das Haus mit Aussteckung der gewöhnlichen Bau-Zeichen gebauet oder ausgebessert wird.“

3. Bezüglich des durch Tiere verursachten Schadens bestimmt das bayr. Landrecht im § 7 daselbst:

„Soviel aber den durch das Viehe verursachten Schaden betrifft, wird solcher von demjenigen, welchem dasselbe zugehört, erstattet, und ist kein Unterschied, ob das Viehe ihrer Natur gemäss oder zuwider hierunter gethan hat, wol hingegen hat der Eigenthümer des Viehes annoch heut zu Tag die Wahl, ob er Damnificatum schadlos halten, oder das Viehe Noxae geben, das ist, für den Schaden ausliefern wolle, welches sich sowol von Weid- als all anderen von Natur oder Gewohnheit zahmen Viehe verstehet. Ungezähmt, oder sonst gefährliche böse Thier aber, welche nicht zum Nutzen seynd, ist Damnificatus für seinen Schaden anzunehmen nicht schuldig, sondern muss in anderweg vollständig satisfacirt werden.“

4. Bemerkt wird hier noch, dass in einzelnen Ortschaften Bayerns das österreichische allgemeine bürgerliche Gesetzbuch von 1811 in Geltung ist, deren besondere Bestimmungen über die Haftpflicht wegen des geringen Umfangs ihres Geltungsgebietes hier nicht wiedergegeben werden.¹⁾

§ 7.

Das württembergische Recht.

Die Grundlage des im Königreich Württemberg geltenden bürgerlichen Rechts bildet das württembergische (schwäbische) Landrecht in der Redaktion vom Jahre 1610. Dieses Gesetzbuch hat im Wesentlichen die Grundsätze des römischen bzw. gemeinen Rechts in sich aufgenommen. Hier sollen nur die Abweichungen des württembergischen Rechts von dem gemeinen Recht erörtert werden.

1. Das württembergische Landrecht § 204 hat aus dem Sachsenspiegel den Satz aufgenommen, dass der Eigentümer des Tieres, welches einen Schaden angerichtet hat, das Recht der noxae datio verliert, wenn er von demselben alsbald nach erlangter Kenntniss von dem Schaden keinen Gebrauch macht.

2. Das für das Haftpflichtrecht bei weitem wichtigste württembergische Gesetz, welches die mit ihm in Widerspruch stehenden Vorschriften des Landrechts ausser Kraft gesetzt hat²⁾, ist das Gesetz über die privatrechtlichen Folgen

¹⁾ Vgl. darüber: Oestr. bürgerl. G.-B. §§ 1294 fg.

²⁾ Artikel 34 des Gesetzes.

der Strafen vom 5. September 1839. — Regierungsblatt für das Königreich Württemberg, im Auszuge. Bd. 5, Jahrgang 1839, S. 181 fg.

Die hier in Betracht kommenden Bestimmungen finden sich in den Artikeln 13 und 14 dieses Gesetzes aufgezeichnet. Artikel 13 regelt die privatrechtlichen Folgen der Tötung, Artikel 14 diejenigen der Körperverletzung.

Der Artikel 13 hat folgende Bestimmung: „Bei Tötungen ist, wenn die Handlung des Thäters die wirkende Ursache des erfolgten Todes war, neben dem Ersatze der Kosten der Witwe und den Kindern des Getöteten, sowie überhaupt solchen Personen, welche derselbe zu ernähren verbunden war, wenn und soweit sie durch diese Tötung ihren Lebensunterhalt verlieren, nach dem Ermessen des Richters eine Vergütung in einer Aversalsumme oder auf andere Weise zu leisten.

Der Richter hat hierbei vorzugsweise auf den Stand, das Vermögen und die Bedürfnisse des Beschädigten, auf die Gesundheitszustände und die mutmassliche Lebensdauer des Getöteten sowie auch auf die Erwerbsfähigkeit und die Thätigkeit desselben Rücksicht zu nehmen.

Die Klage findet jedoch nicht statt, wenn der Thäter, im Falle einer fahrlässigen Tötung durch besonders schwere Beleidigungen, Beschimpfungen oder Misshandlungen von Seiten des Getöteten zum Zorne gereizt, und auf der Stelle zu derselben That hingerissen worden ist, welche den Tod zur Folge hatte; ingleichen wenn die Tötung im Zweikampfe sowie, wenn die Tötung auf ernstliches Verlangen des Getöteten geschehen ist.“

Hiernach haben nur diejenigen Personen eine Entschädigung zu fordern, welche durch die Tötung ihren Lebensunterhalt verlieren. Nicht notwendig ist, dass der Anspruch auf Lebensunterhalt gegen den Getöteten unmittelbar aus dem Gesetze hervorgeht. — Entsch. R.-G. v. 5. Januar 1881, Bd. III S. 323. Vgl. auch Entsch. R.-G. v. 9. Juni 1882, Bd. VII S. 143.

Der Artikel 14 hat folgenden Wortlaut:

„Wegen Körperverletzung ist die Forderung eines Schmerzensgeldes unstatthaft. Ist die verletzte Person durch die Misshandlung verunstaltet worden, so muss bei Zuerkennung des Schadenersatzes insoweit auf diesen Umstand besondere Rücksicht genommen werden, als das bessere Fortkommen dieser Person dadurch gehindert werden kann.

Bei Körperverletzungen im Zweikampf findet keine Entschädigung statt.“

§ 8.

Das badische Recht.

1. Die allgemeinen Grundsätze über Schadenersatz sind in den Artikeln 1382 bis 1386 des badischen Landrechts enthalten und stimmen im Wesentlichen mit den Grundsätzen des französischen Rechts überein. Nach den Bestimmungen dieser Artikel verpflichtet jede rechtswidrige Handlung eines Menschen, welche einen Anderen beschädigt, zum Schadenersatz. Wie im französischen Recht genügt auch nach badischem Landrecht zur Begründung des Ersatzanspruchs eine fahrlässige Handlung des Thäters. — Satz 1382 b u. c und 1383 bad. L.-R. Zwar hat das badische Landrecht den Ausdruck Fahrlässigkeit selbst nicht gebraucht, jedoch enthalten die im Satz 1383 gebrauchten Ausdrücke: „Nachlässigkeit oder Unverständigkeit“ nur eine Umschreibung des Begriffes der Fahrlässigkeit. Unverständlich oder unvorsichtig handelt derjenige, welcher es an der Ueberlegung eines sorgfältigen Mannes fehlen lässt. — Entsch. R.-G. v. 6. November 1883, Bd. X S. 288.

Hinsichtlich des Umfangs der Entschädigungspflicht bestimmt das bad. L.-R. (Satz 1383 a, 1150), dass nur derjenige Verlust oder entgangene Gewinn zu erstatten ist, welcher vorausgesehen wurde oder vorausszusehen war.

In Ansehung der Haftpflicht für das Verschulden solcher Personen, für welche man einstehen muss, und solcher Sachen, die man unter seiner Obhut hat, enthält das bad. L.-R. im Wesentlichen dieselben strengen Vorschriften, wie der Code civil. — Satz 1384. — Entsch. R.-G. Bd. XXII No. 74 S. 382.

2. Die Delikte der Tötung und Körperverletzung haben im badischen Recht noch eine besondere Regelung erfahren in dem Gesetz, betreffend die privatrechtlichen Folgen der Verbrechen, vom 6. März 1845. — Grossherzogl. bad. Regierungsblatt No. XV S. 135 Beilagen.

Dieses Gesetz hat den Artikeln 1382 b und 1382 d des bad. Landrechts verschiedene Zusätze hinzugefügt und weiter den Artikel 1382 f aufgehoben.

Es bestimmt für den Fall der vorsätzlichen oder fahrlässigen Tötung, dass der Schuldige verpflichtet sei, „den Abkömmlingen“ des Getöteten als Entschädigung für ent-

gangenen Gewinn die Mittel zum Unterhalt und zur Erziehung zu gewähren. Die Entschädigung darf jedoch:

1. den Betrag nicht übersteigen, dessen die Abkömmlinge nach ihren persönlichen Verhältnissen und mit Rücksicht auf den Ertrag ihres eignen Vermögens jährlich bedürfen;

2. noch auch im Ganzen die Summe dessen, was der Getötete in der Zeit, die er wahrscheinlich noch gelebt hätte, durch seinen persönlichen Verdienst oder durch andere persönliche, bei seinem Tode den Abkömmlingen nicht zufallende Bezüge nach allen Umständen noch erworben haben würde.

— § 3.

„Auch der Ehegatte des Getöteten kann, so lange er sich nicht wieder verheiratet, unter den im § 3 No. 1 und 2 erwähnten Beschränkungen den infolge der vorsätzlichen oder fahrlässigen Tötung verlorenen Lebensunterhalt fordern, und ebenso sind Ahnen, Adoptiveltern und Adoptivkinder im Falle des Bedürfnisses berechtigt, Entschädigung für die Unterstützung zu fordern, welche ihnen der Getötete geleistet hat, oder den Umständen nach in Zukunft geleistet haben würde.

Diese nämliche Unterstützungsforderung kommt auch den Pflegekindern des Getöteten während ihrer Minderjährigkeit zu, und ferner den natürlichen Kindern, sofern sie anerkannt sind, oder sich im Falle des bad. L.-R. S. 762, oder des Zusatzes 762a befinden, endlich den Schwiegereltern, Schwiegersöhnen und Schwiegertöchtern, so lange nicht der Fall des bad. L.-R. S. 206 No. 1 oder No. 2 eintritt.“ — § 4.

„Auch andere, als die in den §§ 3 und 4 bezeichneten Personen erhalten Vergütung des Schadens, den sie dadurch erleiden, dass sie infolge einer an Jemandem verübten Tötung oder Körperverletzung eine ihnen kraft Gesetzes obliegende Verbindlichkeit zu erfüllen haben, die sie sonst gar nicht oder doch erst später zu erfüllen gehabt hätten.“¹⁾ — § 5.

In dem Falle der vorsätzlichen oder fahrlässigen Körperverletzung kann der Verletzte „ausser der Vergütung des erlittenen Verlustes, insbesondere der Heilkosten und des Mehraufwands für Pflege, als Entschädigung für entgehenden Gewinn nicht nur den Ersatz des während der Kur entbehrten, sondern auch des ihm durch Aufhebung oder Verminderung seiner Arbeits- oder Erwerbsfähigkeit künftig entgehenden Verdienstes beanspruchen.“ — § 11.

¹⁾ Z. B. Lebensversicherungsgesellschaften.

Ferner steht dem Verletzten ein Anspruch wegen Verunstaltung zu. — § 14.

Die Ansprüche dritter Personen, welche infolge der Körperverletzung eine ihnen nach dem Gesetz obliegende Verbindlichkeit überhaupt oder früher erfüllen müssen, als es der Fall sein würde, wenn die Körperverletzung nicht eingetreten wäre, sind bereits oben zu § 5 des Gesetzes erwähnt.

Bei Tötungen und Körperverletzungen haften die mehreren Thäter, bei Raufhändeln die mehreren Urheber der Verletzungen als Gesamtschuldner. Das Mass der Entschädigungspflicht anderer Teilnehmer richtet sich nach dem Masse ihrer besonderen Teilnahme am Verbrechen. — § 8.

„Der Urheber einer im Zweikampf oder an einem Einwilligenden begangenen Tötung oder Körperverletzung, sowie der Gehülfe beim Selbstmord ist nur zu derjenigen Entschädigung verpflichtet, welche dritte Personen (§§ 3—5) zu fordern haben.“ — § 13.

Die Grösse der Entschädigung richtet sich nach freiem richterlichen Ermessen, jedoch soll der Richter bei der Feststellung derselben neben Anderem Rücksicht nehmen „auf die Grösse der Verschuldung des Thäters . . und auf den Grad der Bosheit oder Unvorsichtigkeit.“ Diese Bestimmung erinnert an die Vorschriften des preussischen Rechtes über die verschiedenen Grade der Verschuldung. „Nach Beschaffenheit des Falles kann der Richter bei Vergehen aus Fahrlässigkeit, wo eignes Versehen oder Verschulden des Getöteten zu dem Erfolge mitgewirkt haben, sowie bei Verbrechen, wo der Schuldige durch eine rechtswidrige Handlung des Verletzten zu der That in hohem Grade gereizt war, den Angeschuldigten von der Entschädigungsverbindlichkeit ganz freisprechen.“ — § 15.

Die Entschädigung kann in Form einer Rente, unter Umständen auch in Form eines Kapitals zuerkannt werden. — § 16.

Die Entschädigungssumme ist von dem Zeitpunkt der eingetretenen Beschädigung an zu verzinsen. — § 17.

3. Eine besondere Bestimmung enthält das badische Recht im Satz 1381 a c bad. L.-R. Diese Bestimmung regelt die Haftpflicht des sachverständigen Ratgebers und schreibt vor, dass der Sachverständige und der Ratgeber, dessen Hilfe von dem Verletzten in Anspruch genommen werden musste, für ihren schlechten Rat verantwortlich seien. Diese Haftver-

bindlichkeit hat das badische Recht nicht unter die Deliktsobligationen gestellt, sondern unter den rechtlichen Gesichtspunkt der Haftung aus einer Garantieübernahme infolge der Empfehlung einer Person.

4. Abweichend von dem Code civil hat das bad. L.-R. eine besondere Bestimmung getroffen, welche der *actio de effusis vel dejectis* des römischen Rechts entspricht. Diese Bestimmung ist im Art. 1384 a des bad. L.-R. enthalten und schreibt vor, dass der Hauseigentümer oder derjenige Mieter, dem das Ganze überlassen ist, für den Schaden einzustehen hat, „der durch unvorsichtige Handlungen seiner Mieter oder Aftermieter, oder derer, die bei ihnen sind, aus dem Hause oder Stockwerk anderen Vorübergehenden zugefügt wird.“

Die in diesem Artikel ausgesprochene Haftpflicht ist ebenso streng, wie die des gemeinen Rechts. Die dort bezeichneten Personen haften ohne Rücksicht darauf, ob ihnen ein Verschulden zur Last fällt oder nicht; vorbehalten ist ihnen lediglich ein Regressanspruch gegen die wirklichen Schuldigen.

Der Grundsatz, dass beim Bewohnen eines Gebäudes nach Abteilungen der Bewohner desjenigen Teiles haftet, von dem der Schaden ausgegangen ist, findet sich im badischen Recht nicht.

5. Die Bestimmung des bad. L.-R., welche der römisch-rechtlichen *actio de pauperie* entspricht, stimmt im Allgemeinen mit dem Art. 1385 des Code überein. Nur findet sich abweichend von dem französischen Recht, in dem neu hinzugefügten Art. 1385 a des bad. L.-R., der Grundsatz der *noxae datio* mit einer eigenartigen Modification anerkannt. Der Art. 1385 a lautet:

„Wer jedoch das Tier hingiebt oder den höchsten Wert desselben bezahlt, kann zum Ersatz einer höheren Schadenrechnung nicht angehalten werden.“

6. Auch die Vorschrift des französischen Rechts über die Beschädigung infolge Einsturzes eines Gebäudes oder einer Anlage finden wir im Art. 1386 des bad. L.-R. wieder. Neu hat das letztere nur in Anlehnung an die Bestimmungen des gemeinen Rechts über die *cautio damni infecti* im Art. 1386 a dem Nachbar des gefährdenden Grundstücks das Recht zugesprochen, „bei besorglicher Gefahr eines Schadens auf Wegschaffung des Baufälligen oder Sicherheitsleistung für dessen Unschädlichkeit zu dringen.“

§ 9.

Das Reichshaftpflichtgesetz.

1. Das bei weitem wichtigste aller Gesetze, welche die Verpflichtung zum Schadenersatz im Falle der Tötung und Körperverletzung eines Menschen zum Gegenstande haben, ist das Reichshaftpflichtgesetz vom 7. Juni 1871.¹⁾

Das Reichshaftpflichtgesetz beruht auf dem oben S. 20 und 21 angeführten preussischen Eisenbahngesetz vom 3. November 1838, erinnert auch vielfach an die Vorschrift im Artikel 1384 des Code civil, soweit dieselbe von der Haftpflicht der commettants für das Verschulden ihrer préposés²⁾ handelt.

Die Grundgedanken, auf welchen das deutsche Reichshaftpflichtgesetz aufgebaut ist, finden sich in den Gesetzgebungen der verschiedensten Staaten Europas, hier mehr, dort weniger ausgebildet wieder.³⁾

¹⁾ Das Reichshaftpflichtgesetz ist auch in Elsass-Lothringen eingeführt. Gesetz vom 1. November 1872.

²⁾ Vgl. S. 23 d. W.

³⁾ Ueber das Englische Recht vgl.: Simon, A. H., Die Haftpflicht der Eisenbahnen oder das Recht in Bezug auf Unfälle und Unregelmässigkeiten beim Eisenbahnbetriebe in England. (Deutsch von M. v. Weber. Weimar 1868.) Dazu: Haftpflichtgesetz vom 7. September 1880 (Employers' Liability Act. 43 und 44 Vict. C. 42); ferner: v. Bojanowski, Die Haftpflicht gewerbl. Unternehmer nach Engl. R. (Schriften des Vereins für Sozialpolitik XIX S. 17—28). — Ueber das österreichische Recht vgl.: Randa, Ueber die Haftung der Eisenbahnunternehmungen für die durch Eisenbahnunfälle herbeigeführten körperlichen Verletzungen oder Tötungen von Menschen. Wien 1869. Besonders hervorzuheben ist das österreichische Haftpflichtgesetz vom 5. März 1869, ferner der ungarische 18. Gesetzartikel vom Jahre 1874. Vgl. auch: Randa und Braf, Gutachten über die Haftpflichtfrage beim Betriebe gewerblicher Unternehmungen nach österreichischem Rechte (Schriften des Vereins für Sozialpolitik XIX, 1—16). — Ueber das Schweizer Recht (Bundesgesetz, betreffend die Haftpflicht der Eisenbahn- und Dampfschiffahrtsunternehmungen bei Tötungen und Körperverletzungen vom 1. Heumonath 1875; Bundesgesetz, betreffend die Haftpflicht aus Fabrikbetrieb, vom 25. Brachmonath 1881; Bundesgesetz, betr. die Ausdehnung der Haftpflicht und die Ergänzung des soeben erwähnten Bundesgesetzes vom Jahre 1881, vom 25. April 1887): Vgl. Gallati, Haftpflichtgesetze und Unfallversicherung. Vortrag. Glarus. S. 5 fg. Vgl. auch F. v. Wyss, Die Haftpflichtfrage nach dem in der Schweiz geltenden Rechte (Schriften des Vereins für Sozialpolitik XIX, S. 69 fg.). — Ueber das Belgische Recht: M. van der Rest, Ueber Haftpflichtgesetzgebung in Belgien (Aus dem Manuscript übersetzt von L. Erhardt). Schriften des Vereins für Sozialpolitik XIX, S. 29—48. — Ueber das Niederländische

Das Reichshaftpflichtgesetz ist ein Sondergesetz, es gilt nur für gewisse näher bezeichnete Betriebe, welche erfahrungsgemäss mit einer ungewöhnlichen Gefahr für Leib und Leben verbunden sind. Gegenüber den meisten Landesrechten hat es den Kreis der zur Entschädigung berechtigten und den Kreis der zur Entschädigung verpflichteten Personen erweitert. Auch hat es das Mass der Entschädigung für seinen Geltungsbereich genauer festgestellt.

2. Im Einzelnen bestimmt das Gesetz Folgendes:

A. „Wenn bei dem Betriebe¹⁾ einer Eisenbahn²⁾ ein Mensch getötet oder körperlich verletzt wird, so haftet³⁾ der Betriebs-Unternehmer⁴⁾ für den dadurch⁵⁾ entstandenen Schaden, sofern er nicht beweist, dass der Unfall durch höhere Gewalt⁶⁾ oder durch eigenes Verschulden⁷⁾ des Getöteten oder Verletzten verursacht ist.“ — § 1.

Recht vgl.: A. Kerdyk, Ueber Haftpflichtgesetzgebung im Königreich der Niederlande (Schriften des Vereins f. Sozialpolitik, XIX, S. 49—52). — Ueber das Recht der Vereinigten Staaten von Nord-Amerika vgl.: John H. Whiting, Das Recht der Vereinigten Staaten in bezug auf die Haftpflicht von Unternehmern für Verletzungen ihrer Arbeiter (übersetzt von W. Farnam), in den Schriften des Vereins f. Sozialpolitik XIX, S. 95—99.

- 1) Unter Betrieb im Sinne des Haftpflichtgesetzes versteht die Rechtsprechung diejenige Thätigkeit, welche mit den eigentümlichen Gefahren des Eisenbahngewerbes im Zusammenhang steht.
- 2) Dazu gehören auch die Pferdebahnen. Vgl. K. Hilse, Die Haftpflicht der Strassenbahnen, S. 10 und die daselbst Note 2 und 3 angeführte Literatur und Rechtsprechung. Ferner gehören dazu die Eisenbahnen, welche zur Herbeischaffung von Materialien zu einem Baue bestimmt sind. Vgl. Westerkamp, Die Haftpflicht (in Endemanns Handbuch Bd. III) S. 629. Vgl. auch die originelle Definition der Eisenbahn in dem Urteil des Reichsgerichts vom 17. März 1880, Bd. I S. 252.
- 3) Ohne Einrede der Vorklage und Teilung, wenn mehrere Unternehmer oder wenn neben dem Unternehmer noch andere haftpflichtige Personen in Frage kommen. Vgl. Entsch. R.-O.-H.-G. Bd. XXI, S. 361. — Westerkamp S. 646 fg.
- 4) Ueber den Begriff „Betriebs-Unternehmer“ vgl. Westerkamp S. 642 fg.
- 5) Kausalzusammenhang zwischen Schaden und Unfall, ferner zwischen Unfall und Eisenbahnbetrieb erforderlich. Westerkamp S. 631 fg.
- 6) Ueber den Begriff der höheren Gewalt (Causa cui infirmitas humana resistere non potest. Das preuss. Gesetz vom 3. November 1838 spricht von: „unabwendbarem äusseren Zufall“) vgl.: Entsch. R.-O.-H.-G. XIII, S. 71; Entsch. R.-G. vom 23. März 1888, Bd. XXI, No. 4, S. 13 fg. und jurist. Wochenschrift für 1888, S. 197, No. 6. Vgl. auch Exner, Der Begriff der höheren Gewalt (in Grünhuts Zeitschrift S. 497 fg.).
- 7) Vgl. bezüglich der Haftung bei dem Zusammentreffen von einem Verschulden des Verletzten und einem solchen des Unternehmers und seiner Vertreter. Westerkamp S. 660 fg.

Das Charakteristische dieser Bestimmung liegt darin, dass der Eisenbahnunternehmer nicht nur für das Verschulden seiner Beamten, sondern auch für das Verschulden dritter Personen, ja sogar für den Zufall zu haften hat, wenn letzterer nicht unter den Begriff der höheren Gewalt fällt. Diese Haftpflicht ist noch dadurch verschärft, dass dem Verpflichteten die Beweispflicht der ihn befreienden Umstände auferlegt ist.

B. „Wer ein Bergwerk, einen Steinbruch, eine Gräberei (Grube) oder eine Fabrik betreibt, haftet¹⁾, wenn ein Bevollmächtigter oder ein Repräsentant oder eine zur Leitung oder Beaufsichtigung des Betriebs oder der Arbeiter angenommene Person durch ein Verschulden²⁾ in Ausführung der Dienstverrichtungen den Tod oder die Körperverletzung eines Menschen herbeigeführt hat, für den dadurch entstandenen Schaden.“ — § 2.

Will man die Verpflichtung des Unternehmers rechtlich konstruieren, so muss man die Fälle des § 1 und des § 2 auseinander halten.

Nach § 1 haftet der Eisenbahnbetriebsunternehmer unabhängig von einem eignen Verschulden oder von einem Verschulden seiner Leute kraft Gesetzes (*obligatio ex lege*). — Vgl. Eger, Reichshaftpflichtgesetz S. 3 und 4; Westerkamp S. 641.

Dem § 2 liegt folgender Rechtsgedanke zu Grunde: Haftbar ist nicht nur derjenige, welcher durch seine eigene That einen Schaden verursacht hat, sondern auch der, welcher für den Schadenstifter verantwortlich ist. Soweit ein Bevollmächtigter, Repräsentant, Betriebsleiter oder Aufseher in Ausführung der ihm übertragenen Dienstleistung handelt, werden die Delikte dieser Personen³⁾ dem Betriebsherrn zur Last gesetzt. (*Obligatio quasi ex delicto*.)⁴⁾

¹⁾ Natürlich nur für Unfälle, welche mit dem Betriebe im Zusammenhang stehen. Vgl. Westerkamp S. 664, 668 fg.

²⁾ Wenn ein Verschulden des Verletzten mit einem solchen der bezeichneten Angestellten konkurriert, so ist, wie durch zahlreiche Entscheidungen des R.-O.-H.-G. und R.-G. anerkannt ist, die Frage entscheidend, welches Verschulden als die wirkende Ursache des beschädigenden Ereignisses anzusehen ist.

³⁾ Nicht auch die Delikte der Arbeiter, durch deren Verschulden eine grosse Anzahl von Unfällen herbeigeführt wird.

⁴⁾ Wäntig (Haftung für fremde unerlaubte Handlungen S. 83, 87) hält die Verpflichtungen im § 1 und § 2 ihrer inneren Natur nach für deliktsähnliche Obligationen; Endemann (Kommentar S. 22 n. 40 und S. 33 zu 2) verlässt den Gesichtspunkt der Deliktsobligation für beide Fälle und hält nur *obligationes ex lege* für gegeben.

Dieser Rechtsgedanke erinnert an die oben erwähnten sehr strengen Vorschriften des französischen Rechts im Art. 1384 des Code.

Ueber den Umfang der Haftpflicht handelt der § 3 des Gesetzes. Danach ist als Schadenersatz nicht das volle Interesse ¹⁾, es sind vielmehr folgende Einzelbeträge zu leisten:

1. Im Falle der Tötung „Ersatz der Kosten einer versuchten Heilung, der Beerdigung, sowie des Vermögensnachteils, welchen der Getötete während der Krankheit durch Erwerbsunfähigkeit oder Verminderung der Erwerbsfähigkeit erlitten hat.“

2. Im Falle der Körperverletzung „Ersatz der Heilungskosten und des Vermögensnachteils, welchen der Verletzte durch eine in Folge der Verletzung eingetretene zeitweise oder dauernde Erwerbsunfähigkeit oder Verminderung der Erwerbsfähigkeit erleidet.“

In Ansehung der Ansprüche dritter Personen bestimmt der § 3, dass diejenigen, welchen der Getötete zur Zeit seines Todes vermöge Gesetzes verpflichtet war, Unterhalt zu gewähren, insoweit Ersatz fordern können, als ihnen infolge des Todesfalles der Unterhalt entzogen worden ist.

Ueber die Frage, ob ein Schaden entstanden ist, und wie hoch sich derselbe beläuft, hat der Richter zu entscheiden nach freiem Ermessen. — § 260 R.-C.-P.-O. ²⁾

Von der nach § 3 des Haftpflichtgesetzes berechneten Entschädigungssumme ist der Betrag, welchen der Verletzte bzw. seine Hinterbliebenen von einer Versicherungsanstalt, Knappschafts-, Unterstützungs-, Kranken- oder ähnlichen Kasse auf Grund eines Versicherungsvertrages zu fordern haben, unter der Voraussetzung abzusetzen, dass die Mitleistung von Prämien oder anderen Beiträgen durch den Betriebsunternehmer nicht unter einem Drittel der Gesamtleistung beträgt. ³⁾ — § 4 des Gesetzes.

Hinsichtlich der Form, in welcher der Schadenersatz zu gewähren ist, bestimmt der § 7 Abs. 1 des Haftpflichtgesetzes,

¹⁾ Vgl. Westerkamp, S. 679 fg.

²⁾ Der § 6 des Haftpflichtgesetzes ist durch den § 13 Ziff. 3 des Einführ.-G. zur R.-C.-P.-O. ausdrücklich aufgehoben.

³⁾ Hierüber des Näheren: v. Weinrich, S. 183 fg.; Endemann, S. 53 bis 64; Kah, Das Haftpflichtgesetz, S. 96 fg.; Eger, S. 389 fg.; Westerkamp, S. 689 fg. § 387.

Vgl. auch Entsch. R.-G. v. 19. Januar 1886, in den Beilagen zum Reichsanzeiger für 1886, S. 125; ferner Entsch. v. 18. Oktober 1886, daselbst für 1887, S. 92 fg.

dass als Ersatz für den zukünftigen Unterhalt oder Erwerb, wenn nicht beide Teile über die Abfindung in Kapital einverstanden sind, in der Regel eine Rente zuzubilligen sei.

Wegen veränderter Verhältnisse kann jederzeit die Aufhebung, Minderung, Erhöhung oder Wiedergewährung der Rente gefordert werden. — § 7 Abs. 3.

Im Falle der Verschlechterung der Vermögenslage des Verpflichteten kann die Bestellung einer Sicherheit oder die Erhöhung derselben, falls eine solche bereits bestellt war, verlangt werden. — § 7 Abs. 3.

Ueber das Verhältnis des Reichshaftpflichtgesetzes zu dem dargestellten Landesrecht bestimmt der § 9 Folgendes:

„Die Bestimmungen der Landesgesetze, nach welchen ausser den in diesem Gesetz vorgesehenen Fällen der Unternehmer einer in den §§ 1 und 2 bezeichneten Anlage oder eine andere Person, insbesondere wegen eines eigenen Verschuldens für den bei dem Betriebe der Anlage durch Tötung oder Körperverletzung eines Menschen entstandenen Schaden haftet, bleiben unberührt¹⁾).

Die Vorschriften der §§ 3, 4, 6—8 finden auch in diesen Fällen Anwendung, jedoch unbeschadet derjenigen Bestimmungen der Landesgesetze, welche dem Beschädigten einen höheren Ersatzanspruch gewähren“²⁾).

Schliesslich wird noch bemerkt, dass die Verjährungsfrist des Haftpflichtgesetzes zwei Jahre beträgt. Sie beginnt mit dem Tage des Unfalls; mit dem Todestage gegenüber denjenigen Personen, welchen der Getötete Unterhalt zu gewähren hatte. — § 8 des Gesetzes.

§ 10.

Verschiedene andere Reichsgesetze.

1. In engem Zusammenhang mit den eben dargestellten Bestimmungen des Reichshaftpflichtgesetzes stehen die Vorschriften des Reichsgesetzes über das Postwesen des deutschen Reiches vom 28. Oktober 1871.

Nach dem § 11 dieses Gesetzes haftet die Postverwaltung für die bei Reisen mit den ordentlichen Posten vorkommenden

¹⁾ Der Betriebsunternehmer und der eigentliche Thäter haften nach gemeinem Recht solidarisch. — Römer, in der Zeitschrift f. d. gesamte Handelsrecht, Bd. XVIII, S. 1 fg.

²⁾ Vgl. im Einzelnen über die Ausdehnung der den reichsrechtlichen Haftpflichtsachen eigentümlichen Grundsätze auf die landesrechtlichen Haftpflichtsachen: Westerkamp, S. 711 fg.

Körperverletzungen der Reisenden, sofern der Unfall nicht durch höhere Gewalt oder durch eigene Fahrlässigkeit der Verletzten herbeigeführt ist.

Voraussetzung des Entschädigungsanspruches ist die Befolgung der gesetzlichen und reglementarischen Vorschriften seitens der Reisenden.

Die Gründe, welche die Haftpflicht der Postverwaltung ausschliessen, sind von dieser zu beweisen, falls sie sich hierauf beruft.

Der Umfang der Entschädigung beschränkt sich auf die Kur- und Verpflegungskosten.

Der Anspruch gegen die Postverwaltung erlischt mit Ablauf von 6 Monaten vom Tage der Beschädigung an gerechnet. — § 14 a. a. O.¹⁾

2. Weiter gehören hierher die Bestimmungen des Handelsgesetzbuches über die Haftpflicht bei Unfällen auf Segel- und Dampfschiffen.

Hiernach haftet der Rheder²⁾ für den Schaden, welchen eine Person der Schiffsbesatzung einem Dritten durch ein Verschulden bei Ausführung ihrer Dienstverrichtungen zufügt. — Art. 451.³⁾

Diese Haftung ist zwar eine principale⁴⁾ aber nur eine solche mit Schiff und Fracht (der *fortune de mer*)⁵⁾ — Art. 452 fg. — Entscheid. R.-G. Bd. X S. 20; Bd. XIII S. 113. — Entsch. R.-G. v. 10. Februar 1883. Bd. IX S. 158 fg.

Der Rheder haftet natürlich unbeschränkt, wenn ihn eine culpa in eligendo trifft.⁶⁾

Die Klage verjährt in einem Jahre. — H. G. B. Art. 906 Abs. 1.

Ferner ist der Schiffer für haftbar erklärt in Ansehung eines jeden Schadens, welcher infolge seines Verschuldens entstanden ist. Das Verschulden besteht in der Vernachlässigung der Sorgfalt eines ordentlichen Schiffers. Zu dieser Haftung ist der Schiffer nicht nur gegenüber den

¹⁾ Vgl. Dambach, Kommentar zum Postgesetz zu den betr. Paragraphen.

²⁾ Beim Vorhandensein einer Rhederei haften die einzelnen Mitrheder solidarisch. Vgl. Ehrenberg, Die Haftung nach See- und Handelsrecht, S. 242.

³⁾ Vgl. des Näheren: Wäntig, S. 67 fg.

⁴⁾ Der Rheder haftet mit dem eigentlichen Thäter solidarisch. Vgl. Lewis, Seerecht (in Endemanns Handbuch IV) S. 43.

⁵⁾ Ehrenberg (S. 22) vergleicht diese Haftung mit der römischrechtlichen noxae datio.

⁶⁾ Lewis, Seerecht, S. 47.

Reisenden, sondern auch gegenüber der Schiffsbesatzung verpflichtet. — Art. 478, 479. — Vgl. auch Entsch. R.-G. Bd. XV S. 159.

3. Endlich ist hier auch anzuführen die Bestimmung des Reichsstrafgesetzbuches im § 231.

Hiernach kann der Entschädigungsanspruch¹⁾ wegen einer Körperverletzung auch im Wege des Strafverfahrens geltend gemacht werden. Der § 231 bestimmt: „Im Falle der Körperverletzung kann auf Verlangen des Verletzten neben der Strafe auf eine an denselben zu erlegenden Busse bis zum Betrage von 6000 Mark erkannt werden.“

Diese Bestimmung bezieht sich auf alle Körperverletzungen, auf die vorsätzlichen wie auf die fahrlässigen, auf die leichten wie auf die schweren. Insbesondere findet diese Vorschrift auch Anwendung in den Fällen des § 224 R.-St.-G.-B.

Der Anspruch auf Busse muss vom Verletzten im Wege der Nebenklage geltend gemacht werden. — § 443 Abs. 2 R.-St.-P.-O. Der Antrag auf Zuerkennung einer Busse kann bis zur Verkündung des Urteils erster Instanz gestellt werden. — § 444 Abs. 1 R.-St.-P.-O.

Den beanspruchten Betrag muss der Verletzte in bestimmter Summe angeben. — § 445 R.-St.-P.-O.

Der Strafrichter ist bei Ausmessung der Höhe der Busse an die Vorschriften des bürgerlichen Rechts über den Beweis nicht gebunden. Die Busse kann nicht in einer periodisch wiederkehrenden Leistung (Rente) bestehen, sondern nur in einer einmal zu entrichtenden Summe.

Der Anspruch auf Busse ist nicht vererblich. — § 444 Abs. 4 R.-St.-P.-O.

Für die Busse haften die zu derselben Verurteilten als Gesamtschuldner.

Wenn eine Busse zuerkannt worden ist, kann ein weiterer Entschädigungsanspruch wegen derselben Körperverletzung im Wege des Civilprozesses nicht mehr geltend gemacht werden.

Im Falle der Privatklage finden die vorstehenden Bestimmungen entsprechende Anwendung. Für eine Anschlussklärung seitens des Privatklägers ist in diesem Verfahren selbstverständlich kein Raum. — § 446 R.-St.-P.-O.

¹⁾ Vgl. über den rechtlichen Charakter der Busse: v. Liszt, Lehrbuch § 60, S. 235; § 72, S. 263 fg. und die S. 264 Anm. 1 angeführte Literatur.

§ 11.

Kontraktliche Entschädigungsansprüche.

Im Anschluss an die in den §§ 2 bis 10 besprochenen ausserkontraktlichen Entschädigungsansprüche ist hier noch zu erörtern, dass auch in vielen Fällen der Anspruch auf Entschädigung wegen der Körperverletzung oder Tötung eines Menschen mit einer Kontraktsklage, namentlich mit einer Klage aus einem Arbeits-, Dienstmiete- oder Transportvertrag verfolgt werden kann.

Der Inhalt eines solchen Vertrages erschöpft sich nicht mit der Entrichtung des Lohnes auf der einen Seite und mit der Verpflichtung zur Leistung der bedungenen Arbeit auf der anderen Seite. — Entsch. R.-G. vom 6. Juli 1888, in den Beilagen zum Reichsanzeiger für 1888 S. 468. — Vgl. auch Seufferts Archiv Bd. XXXXIII Nr. 266 S. 401.

Wenn zwei Personen in einem Vertragsverhältnis zu einander stehen und durch die Schuld des einen Vertragschliessenden dem anderen ein Schaden zugefügt wird, so ist der Beschädigte berechtigt, mit der Klage aus dem Vertrag Ersatz des Schadens zu beanspruchen.

Das geltende Recht führt, was die Kontraktsklage anbelangt, in Ansehung der rechtlichen Behandlung der Arbeitskraft freier Menschen keineswegs einen bestimmten Grundsatz durch. Es bekennt sich im Allgemeinen nicht zu der Auffassung, dass die menschliche Arbeitskraft rechtlich wie ein Vermögensstück zu behandeln sei, sondern ist noch immer auf dem Standpunkt des römischen Rechts geblieben, wonach „liberum corpus aestimationem non recipit.“ Daher ist die Möglichkeit gegeben, dass jemand im Falle der blossen körperlichen Beschädigung eines Menschen kontraktlich schadenersatzpflichtig ist, für den Fall dessen Todes dagegen von jeglicher Haftpflicht frei wird. Die in dem § 1 erwähnte Durchbrechung des römischrechtlichen Grundsatzes zu Gunsten der Hinterbliebenen des Getöteten gilt nur für die Deliktsklage, nicht für die Kontraktsklage. — Vgl. Entsch. R.-G. vom 24. Mai 1888 Bd. XXI Nr. 29, S. 170 fg.

Die Kontraktsklage kann auch zugleich mit der Delikts- oder Quasideliktsklage begründet sein. Auch kann — was hier erwähnt werden möge — das Bestehen eines obligatorischen Verhältnisses von grossem Einfluss auf die Beurteilung des Rechtsverhältnisses vom Gesichtspunkte der ausserkontraktlichen Haftpflicht aus sein. Insbesondere wird das

Bestehen eines Vertragsverhältnisses bei der Frage nach dem Vorliegen einer Schuld vielfach in Betracht gezogen werden müssen. — Vgl. Pernice, Zur Lehre von der Sachbeschädigung nach röm. Recht, S. 140.

Unter Umständen hat der Verletzte, welcher mit der Kontraktsklage seinen Anspruch auf Schadenersatz verfolgt, ein Verschulden des Beklagten nicht weiter darzuthun. So hat z. B. der Reisende, welcher vertragsmässig sichere Beförderung beanspruchen kann und auf der Fahrt körperlich beschädigt wird, ein Verschulden des beklagten Unternehmers nicht nachzuweisen. Der Beklagte hat vielmehr den Nachweis zu führen, dass ihm im gegebenen Falle ein Verschulden nicht zur Last falle. — Vgl. Westerkamp S. 617, 618.

Wer mittels der Kontraktsklage Schadenersatz erhalten hat, kann wegen desselben Schadens nicht noch einmal eine ausserkontraktliche Klage anstellen. — L. 57 D. de diversis regulis juris L. 17. —

Zum Schlusse soll hier noch gedacht werden der in dieser Richtung höchst wichtigen Bestimmung des § 120 Abs. 3 der Reichsgewerbeordnung, welche für den Inhalt des gewerblichen Arbeitsvertrages von erheblicher Bedeutung ist.

Danach ist der Unternehmer eines Gewerbes verpflichtet, alle diejenigen Einrichtungen herzustellen und zu unterhalten, welche mit Rücksicht auf die besondere Beschaffenheit des Gewerbebetriebs und der Betriebsstätte zu thunlichster Sicherheit der Arbeiter gegen Gefahr für Leben und Gesundheit notwendig sind.

Der Unternehmer ist kraft des Arbeitsvertrages zur Herstellung und Unterhaltung der Sicherungsmassregeln verpflichtet.¹⁾ — Entsch. R.-G. vom 30. März 1881 — Annalen Bd. III, S. 516.

Diese Pflicht liegt allen Unternehmern ob, mögen sie natürliche oder juristische Personen sein. — Entsch. R.-G. vom 5. Mai 1880 — Annalen Bd. II, S. 75.

Wenn der Unternehmer gegen diese Verbindlichkeit verstösst und ein Arbeiter beschädigt wird, so kann der Anspruch auf Schadenersatz mit der Kontraktsklage gegen den Unternehmer verfolgt werden. — Vgl. Entsch. R.-G. vom 14. November 1884, in den Beilagen zum Reichsanzeiger für 1885, S. 52; vgl. auch Entsch. R.-G. vom 9. Januar 1885, daselbst S. 170, und vom 7. März 1885, daselbst S. 248.

¹⁾ Vgl. auch Förster-Eccius, Bd. II, § 151, S. 484.

II. Abschnitt.

Die haftpflichtrechtlichen Bestimmungen der Reichsversicherungsgesetze.

§ 12.

Allgemeiner Ueberblick.

1. Das Haftpflichtrecht, welches wir in den §§ 2—11 besprochen haben, hat eine tiefgreifende Aenderung erfahren durch die sozialpolitische Gesetzgebung des deutschen Reiches (die Reichsversicherungsgesetzgebung).

Die Reichsversicherungsgesetzgebung bezieht sich einerseits auf Arbeiter und gering besoldete Beamte, andererseits auf die Arbeitgeber.

Als Ausnahmerecht regelt sie die rechtlichen Bestimmungen über Schadenersatz nicht im Allgemeinen, sondern nur für die von ihr betroffenen Kreise von Personen. Folglich bleibt das dargestellte Haftpflichtrecht insoweit in Kraft, als nicht die Reichsversicherungsgesetzgebung eingegriffen hat.

Das Streben der Reichsversicherungsgesetzgebung geht dahin, „alle Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitern über Entschädigungsansprüche, welche den letzteren aus Unfällen erwachsen“, nach Möglichkeit zu beseitigen. — Begründung des Gesetzentwurfs S. 89 (in den Verhandlungen des deutschen Reichstags 1884, Bd. III Nr. 4.)

Zu diesem Zwecke ist das bisherige Recht in Ansehung der Haftpflicht des Unternehmers und seiner Beamten gegenüber den versicherten Arbeitern nahezu aufgehoben. Letztere haben als Entschädigung für die Beseitigung ihrer bisherigen Ansprüche gegen den Betriebsunternehmer und dessen Beamte neue gesetzliche Ansprüche auf Unfallentschädigung, Krankenunterstützung und auf Fürsorge im Falle des Alters und der Invalidität enthalten.

Der bisher eingenommene Standpunkt der privatrechtlichen Verpflichtung des Unternehmers zur Entschädigung seines verunglückten Arbeiters ist hiermit verlassen und an deren Stelle die öffentlich¹⁾ rechtliche Verpflichtung zur Fürsorge seitens sozialer Organisationen gesetzt. Die Verpflichtung zur Entschädigung trifft nicht mehr — wie nach dem Haftpflichtgesetz — den einzelnen Unternehmer, sondern die Berufsgenossenschaft, die Gesamtheit der Unternehmer verwandter Betriebe. Für die ersten Wochen nach dem Unfall treten wieder andere Organe, nämlich die verschiedenen Arten der Krankenkassen, ein.

Der Gegenstand der Unfallversicherung ist der nach Massgabe der einzelnen Gesetze zu bemessende Ersatz des Schadens, welcher durch Körperverletzung und Tötung entsteht. Den gleichen Gegenstand hat anscheinend auch das Haftpflichtrecht. In der That sind indessen die neuen Versicherungsansprüche der Regel nach niedriger bemessen als die Ansprüche aus dem Haftpflichtrecht.²⁾ Allein der den Verletzten hierdurch erwachsende Nachteil wird durch viele Vorteile der neuen Gesetzgebung wieder aufgewogen.

Während nach dem Haftpflichtrecht — ausser bei Eisenbahnunfällen — die Ansprüche des Verletzten bzw. dessen Hinterbliebenen von einer ganzen Reihe schwer zu erkennen- und schwer zu beweisender Voraussetzungen abhängig sind und daher in den meisten Fällen erst auf gerichtlichem Wege nach langwierigen Untersuchungen gegenüber dem Verpflichteten zur Geltung gebracht werden können, sind im Gegensatz hierzu die neuen Versicherungsansprüche der Verletzten bzw. der Hinterbliebenen an ganz einfache, leicht

1) Die Verpflichtungen der Krankenkassen und Berufsgenossenschaften beruhen nicht auf Privatwillkür, sondern auf dem gesetzlichen Zwang. Das Versicherungsverhältnis wird ohne, ja gegen den Willen der Beteiligten hergestellt. Der Inhalt des Rechtsverhältnisses ist allerdings derselbe wie bei der privatrechtlichen Versicherung. Vgl. Bornhak C., Preuss. Verwaltungsrecht, 2. Bd., IV., 6. Anhang, 455 fg. — In neuester Zeit hat A. Menzel den Nachweis versucht, dass die Ansprüche aus den Reichsgesetzen über die Kranken- und Unfallversicherung der Arbeiter nicht öffentlich-rechtlicher, sondern privatrechtlicher Natur, nämlich obligationes ex lege (gesetzliche Versicherungsansprüche) seien. — (Archiv für bürgerliches Recht. Herausgegeben v. Kohler und Ring. Berlin 1889. Bd. I S. 327 fg.)

2) Es wäre daher entsprechender gewesen, wenn das Unfallversicherungsgesetz: die Fürsorge im Falle der Körperverletzung und Tötung, nicht den Schadenersatz als Gegenstand der Versicherung hingestellt hätte.

festzustellende Voraussetzungen geknüpft und daher für die versicherten Personen vollkommen sicher, so dass eine Er-
kämpfung im Prozesswege meist nicht erforderlich sein wird.

Der grösste Vorteil, welchen die arbeitenden Klassen durch die neue Gesetzgebung erlangt haben, besteht darin, dass die Versicherungsansprüche eine Schuld des Unternehmers oder seiner Angestellten überhaupt nicht zur Voraussetzung haben, dass vielmehr die Versicherung erfolgt gegen die Folgen der Betriebsunfälle schlechthin, ohne Unterschied, ob der Unfall durch höhere Gewalt, durch Zufall oder durch die eigene Fahrlässigkeit des Verletzten verursacht worden ist.

Die einzige Ausnahme der Entschädigungspflicht ist nur die, dass der Unfall durch den Verletzten vorsätzlich herbeigeführt ist, in welchem Falle weder diesem noch seinen Hinterbliebenen ein Anspruch aus der Reichsversicherung zusteht.

Es kommen Fälle vor, in welchen der einzelne Versicherte durch die neue Gesetzgebung gegen früher schlechter gestellt ist, allein diese Einzelfälle kommen gegenüber der Allgemeinheit der Arbeiter, deren Lage durch die neue Gesetzgebung verbessert ist, nicht in Betracht. Diejenigen Personen, welche einen höheren Anspruch nach dem Haftpflichtrecht geltend machen konnten, müssen im Interesse der Gesamtheit sich mit dem niedrigeren Versicherungsanspruch begnügen.

Die Gegenleistung der Betriebsunternehmer für die weitgehende Befreiung von ihrer Haftpflicht besteht darin, dass sie zu den Kosten der Versicherung beizutragen haben.

Mit dieser neuen Regelung der Fürsorge für die arbeitenden Klassen hat sich ein dem deutschen Rechtsgefühl vollkommen entsprechender Rechtsgedanke durchgerungen.

Dieser Rechtsgedanke in etwas veränderter Gestalt schlummerte bereits in dem Reichshaftpflichtgesetz. Wir haben gesehen, wie verschiedene Ansichten über die rechtliche Konstruktion der Ansprüche aus dem § 1 des Haftpflichtgesetzes aufgestellt sind. Keine der versuchten Konstruktionen (*obligatio ex lege*, oder *ex delicto vel quasi*) vermochte recht zu befriedigen. Man konnte sich von den althergebrachten Grundsätzen des römischen Rechts nicht losringen. In der That brach sich, wenn auch noch nicht klar und offen, der Rechtsatz Bahn, dass derjenige, welcher ein mit besonderen Gefahren verbundenes Unternehmen in Betrieb setzt, auch für die durch dasselbe verursachten Unfälle ohne Rücksicht

auf ein Verschulden einzustehen habe. Der Rechtsgrund der Haftpflicht liegt hiernach in der blossen Thatsache der Inbetriebsetzung eines mit Gefahren verknüpften Unternehmens.¹⁾

Dieser Rechtsgedanke erscheint in der sozialen Gesetzgebung in etwas veränderter Gestalt als beim Haftpflichtgesetz. In letzterem handelte es sich um die Haftung des einzelnen Unternehmers für die Unfälle in seinem Unternehmen gegenüber dem einzelnen Arbeiter; in der sozialpolitischen Gesetzgebung um die Haftung der ganzen Industrie, der Gesamtheit der Unternehmer, gegenüber dem Arbeiterstand.

Das Haftpflichtsystem, wie es in dem Reichshaftpflichtgesetz enthalten ist, bildet mithin den Uebergang von dem allgemeinen Recht über die Schadenersatzpflicht zu dem Versicherungssystem im Sinne der sozialpolitischen Gesetzgebung des deutschen Reiches.

2. Der Rechtsweg wegen der Ansprüche der Versicherten und deren Hinterbliebenen einerseits und der Berufsgenossenschaften andererseits gegen den Betriebsunternehmer und seine Beamten ist durch die Reichsversicherungsgesetzgebung grundsätzlich nicht ausgeschlossen. Bei der Frage, ob ein Anspruch von den ordentlichen Gerichten oder von besonderen Behörden zu entscheiden ist, muss man im allgemeinen davon ausgehen, dass für die Entscheidung aller privatrechtlichen Ansprüche im Zweifel die ordentlichen Gerichte zuständig sind. Wenn durch das Gesetz die Erledigung bestimmter Streitigkeiten gewissen anderen Organen zugewiesen ist, so sind dieselben allerdings unter Ausschluss der ordentlichen Gerichte zuständig. — Entsch. R.-G. v. 14. Mai 1887. — Bd. XIX S. 67 fg.

Die Reichsversicherungsgesetzgebung hat den Rechtsweg in Ansehung der Streitigkeiten²⁾ über die neu eingeführten Versicherungsansprüche gegenüber den Berufsgenossenschaften durch die Vorschriften über die Art der Geltendmachung dieser Ansprüche ausgeschlossen.³⁾ — Entsch. R.-G. v. 5. Juli 1888 — in den Beilagen zum deutschen Reichsanzeiger 1888, S. 465 fg.

Ferner ist der Rechtsweg ausgeschlossen bezüglich der Streitigkeiten über Regressansprüche der Krankenkassen gegen

¹⁾ Mataja, Das Recht des Schadenersatzes vom Standpunkt der National-
öconomie, S. 85 fg. besonders n. 1 S. 88.

²⁾ Vgl. jedoch § 63 Abs. 2 u. 3 indust. U.-G.

³⁾ Nicht ausdrücklich, sondern nur stillschweigend.

dritte Entschädigungsberechtigte — K. G. § 58 Abs. 2 — und bezüglich der Streitigkeiten über Ersatzansprüche der Gemeinden aus § 10 des landw. U.-G. — § 12 Abs. 2 landw. U.-G.

Dagegen ist durch keine Bestimmung der Versicherungsgesetze die Entscheidung über die Ansprüche auf Schadenersatz, welche die Versicherten oder deren Hinterbliebene auf Grund des Haftpflichtrechts — soweit solches durch die Versicherungsgesetzgebung überhaupt noch in Kraft geblieben ist — gegen den Betriebsunternehmer und dessen Beamte sowie gegen dritte Personen geltend machen können, ingleichen die Regressansprüche der Berufsgenossenschaften und Krankenkassen gegen den Betriebsunternehmer den ordentlichen Gerichten entzogen worden. Daher gehören die Ansprüche, welche wir hier des Näheren betrachten werden, zur ordentlichen streitigen Gerichtsbarkeit.

3. Die neue Gesetzgebung ist noch nicht abgeschlossen¹⁾. Die Ausdehnung der Unfallversicherung auf noch weitere arbeitende Klassen der Bevölkerung steht noch aus. Ferner ist eine dem Bedürfnis entsprechende Fürsorge für Witwen und Waisen noch nicht geschaffen.

Bis jetzt sind folgende Gesetze ergangen:

1. Das Reichsgesetz, betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter, vom 15. Juni 1883 mit Novelle vom 28. Januar 1885. — Später citiert: K.-G.

2. Das Unfallversicherungsgesetz vom 6. Juli 1884. — Später citiert: industr. U.-G.

¹⁾ Ueber die Bestrebungen, welche der Reichsversicherungsgesetzgebung vorangingen, vgl.: G. Lehmann, Körperverletzungen und Tötungen auf Deutschen Eisenbahnen und die Unzulänglichkeit des Rechtsschutzes. Erl. 1869 und 1871. — Gallus, Das Gesetz der Haftpflicht und die Assecuranz. 1871. — Jäger, Beiträge zur Frage der Versicherung der Arbeiter in ihrem Beruf. 1873. — L. Jacobi, Die Fabrikgesetzgebung des Deutschen Reiches und der Einzelstaaten. 1873. — Die Haftpflichtfrage, Gutachten und Berichte, veröffentlicht vom Verein für Sozialpolitik. Leipzig 1880. — Grothe, Haftpflicht und Arbeiterversicherung. 1880. — Steiner, Zur Haftpflichtfrage. 1881. — Blum, Die erste Frucht des Deutschen Sozialismus. 1881. — U. Schwanck, Die Deutsche Haftpflichtfrage und ihre Lösung. Düsseldorf. 1881. — O. Arendt, Die Reichsunfallversicherung. Leipzig 1881. — Derselbe, Allgemeine Staatsversicherung und Versicherungssteuer. 1881. — Fr. Kretschmann, Die Altersversorgung der Arbeiter in Deutschland. Leipzig 1882. — Ferd. Hahn, Haftpflicht und Unfallversicherung. Leipzig 1882. — K. Flesch, Haftpflicht, Unfallversicherung und Normalarbeitstag. 1883.

3. Das Reichsgesetz über die Ausdehnung der Unfall- und Krankenversicherung vom 28. Mai 1885. — Später citiert: Ausd. G.

4. Das Reichsgesetz, betreffend die Fürsorge für Beamte und Personen des Soldatenstands infolge von Betriebsunfällen, vom 15. März 1886. — Später citiert: Beam.-U.-G.

5. Das Reichsgesetz, betreffend die Unfallversicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen, vom 5. Mai 1886. — Später citiert: landw. U.-G.

6. Das Reichsgesetz, betreffend die Unfallversicherung der bei Bauten beschäftigten Personen, vom 11. Juli 1887. — Später citiert: Bau-U.-G.

7. Das Reichsgesetz, betreffend die Unfallversicherung der Seeleute und anderer bei der Schifffahrt beteiligten Personen, vom 13. Juli 1887. — Später citiert: See-U.-G.

8. Das Reichsgesetz, betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung, vom 22. Juni 1889. — Später citiert: Inval.-G.¹⁾

Bei Erörterung der Vorschriften der angeführten Gesetze über den hier zu behandelnden Gegenstand lassen sich dreierlei Rechtsverhältnisse unterscheiden:

1. Die Haftpflicht des Unternehmers und seiner Beamten gegenüber dem Verletzten und dessen Hinterbliebenen.

2. Die Haftpflicht des Unternehmers und seiner Beamten gegenüber den Genossenschaften bzw. Betriebsverwaltungen und Krankenkassen.

3. Die Haftpflicht dritter Personen gegenüber dem Verletzten oder dessen Hinterbliebenen einerseits und den Berufsgenossenschaften, Betriebsverwaltungen und Krankenkassen andererseits.

Die Besprechung dieser Rechtsverhältnisse wird den Gegenstand der folgenden drei Kapitel bilden. In jedem Kapitel werden wir nach einander die einschlägigen Bestimmungen der oben bezeichneten Gesetze erörtern.

¹⁾ Eine Novelle zum Krankenversicherungsgesetz steht weiter in Aussicht. Dieses Gesetz soll — soviel bis jetzt in die Oeffentlichkeit gedrungen ist — das Verhältnis zwischen der Kranken- und Unfallversicherung möglichst organisch so gestalten, dass beide zum Wohle der Arbeiter mehr, als es bisher möglich gewesen ist, in einander greifen. Auch das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz dürfte auf die Gestaltung der Novelle eine wesentliche Rückwirkung ausüben.

Vorher wird jedoch folgendes bemerkt:

Die Reichsversicherungsgesetzgebung beruht auf dem durch alle Gesetze sich hindurchziehenden Grundgedanken, dass die Kranken- und die Unfallversicherung sich gegenseitig ergänzen sollen. Ueberall finden wir einen Unterschied gemacht zwischen der Fürsorge für die ersten 13 Wochen nach dem Unfall und der Fürsorge für die spätere Zeit. Während des ersteren Zeitraums — der sogen. Karenzzeit — soll in der Regel die Krankenversicherung eingreifen und erst für die spätere Zeit die Unfallversicherung.

Das Krankenversicherungsgesetz wird daher nicht abgesondert für sich, sondern in Verbindung mit den Bestimmungen der einzelnen Unfallversicherungsgesetze behandelt werden. Auch das Ausdehnungsgesetz vom 28. Mai 1885 kann nicht für sich besonders Gegenstand der Besprechung sein, da dasselbe nur als eine Erweiterung des industriellen Unfallversicherungs- und des Krankenversicherungsgesetzes anzusehen ist.

Wir werden mithin innerhalb der einzelnen Kapitel die industrielle Unfallversicherung, die land- und forstwirtschaftliche Unfallversicherung, die Bau-Unfallversicherung, die See-Unfallversicherung und die Beamten-Unfallfürsorge betrachten. In einem weiteren Abschnitt werden wir die Frage prüfen, inwieweit das Haftpflichtrecht durch die Reichsversicherungsgesetzgebung unberührt geblieben ist, und in dem letzten Abschnitt werden wir das Verhältnis des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes zu dem allgemeinen Haftpflichtrecht einerseits und zu der Unfallversicherungsgesetzgebung andererseits erörtern.

Kapitel I.

Haftpflicht des Unternehmers und seiner Beamten gegenüber dem Verletzten beziehungsweise dessen Hinterbliebenen.

§ 13.

Das industrielle Unfallversicherungsgesetz.

Literatur:

- Döhl, C.* Die Unfallversicherung der gewerblichen, Fabrik- und Betriebs-Arbeiter. Leipzig 1886.
Ebert, A. Gesetzgebung über die Unfallversicherung der Arbeiter. Hannover 1885.

- Eger, Georg.* Die Unfall- und Krankenversicherungs-Gesetze. Breslau 1886.
- Engelmann, Jul.* Das Unfallversicherungsgesetz vom 6. Juli 1884 nebst Ausdehnung vom 28. Mai 1885. Erlangen 1886.
- Förster-Eccius.* Theorie und Praxis. Bd. II, § 146, S. 426 fg.
- Förster, Oscar.* Rechte und Pflichten der Betriebsunternehmer und deren Beamten- und Arbeiterpersonals gegenüber den Berufsgenossenschaften. Düsseldorf 1885.
- Gräf, C.* Das Unfallversicherungsgesetz vom 6. Juli 1884 nebst dem Reichsgesetz über die Ausdehnung der Unfall- und Krankenversicherung vom 28. Mai 1885 und dem bayrischen Ausführungsgesetz vom 3. Dezember 1885. 2. Aufl. Ansbach 1886.
- Grünewald, E. und Haas, R.* Unfallversicherungsgesetz vom 6. Juli 1884. Berlin 1884.
- Dieselben.* Ausdehnungsgesetz vom 28. Mai 1885. Berlin 1886.
- Hoinghaus, R.* Unfallversicherungsgesetz vom 6. Juli 1884. 2. Auflage. Berlin 1885.
- Landmann, Rob.* Das Unfallversicherungsgesetz vom 6. Juli 1884 nebst den Gesetzen vom 28. Mai 1885 und 15. März 1886. Nördlingen 1886.
- Linkelmann II, K.* Die Unfallversicherung. Hannover 1886.
- Nienholdt, Alb.* Die Unfallversicherung. Leipzig 1886.
- Reuss, Herm.* Das Unfallversicherungsgesetz vom 6. Juli 1884. Ein Vortrag. Ansbach 1886.
- Rohr, v.* Unfallversicherungsgesetz vom 6. Juli 1884, 22. Januar 1885, 28. Mai 1885. 2. Aufl. Berlin 1886.
- Schenkel.* Das Unfallversicherungsgesetz. Ein Vortrag. Karlsruhe 1886.
- Schlossmacher, J.* Die öffentlich-rechtliche Unfallversicherung im Zusammenhang mit der Sozialreform. Minden 1886.
- Schmitz, J.* Das Reichsgesetz betreffend die Ausdehnung der Unfall- und Krankenversicherung vom 28. Mai 1885. Berlin 1888.
- Seltsam, F.* Die Gesetze über die Unfall- und Krankenversicherung. Wien 1889.
- Woedtke, E. v.* Unfallversicherungsgesetz vom 6. Juli 1884 und Ausdehnungsgesetz vom 28. Mai 1885. 3. Aufl. Berlin 1887.
- Zeller, W.* Unfallversicherungsgesetz für das Deutsche Reich. Nördlingen 1884.

Die für das Rechtsverhältnis des Verletzten bzw. dessen Hinterbliebenen zu dem Betriebsunternehmer und seinen Beamten massgebenden Bestimmungen des industr. U.-G. finden sich in dem Abschnitt, welcher von der „Haftpflicht der Betriebsunternehmer und Betriebsbeamten“ handelt, und zwar in den §§ 95—97.

Diese Bestimmungen finden auch im Geltungsbereich des Ausdehnungsgesetzes entsprechende Anwendung. — Ausd.-G. §§ 1 u. 3.

Der § 95 lautet folgendermassen:

„Die nach Massgabe dieses Gesetzes versicherten Personen und deren Hinterbliebene können einen Anspruch auf Ersatz des in Folge eines Unfalls erlittenen Schadens nur gegen diejenigen Betriebsunternehmer, Bevollmächtigten oder Repräsentanten, Betriebs- oder Arbeiteraufseher geltend machen,

gegen welche durch strafgerichtliches Urteil festgestellt worden ist, dass sie den Unfall vorsätzlich herbeigeführt haben.

In diesem Falle beschränkt sich der Anspruch auf den Betrag, um welchen die den Berechtigten nach den bestehenden gesetzlichen Vorschriften gebührende Entschädigung diejenige übersteigt, auf welche sie nach diesem Gesetze Anspruch haben.“

1. Die Berechtigten nach § 95.

Der § 95 bezieht sich zunächst nur auf:

- a) die gegen Unfälle versicherten Personen,
- b) deren Hinterbliebenen.

Der Begriff der „versicherten“ Personen deckt sich mit dem Begriff der „versicherungspflichtigen“ Personen, weil nach dem Prinzip des Versicherungszwanges, worauf die Reichsversicherungsgesetzgebung beruht, alle versicherungspflichtigen Personen mit dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes ohne weiteres auch versichert sind.

Die versicherungspflichtigen Personen lassen sich in zwei Gruppen teilen:

1. in Arbeiter,
2. in gering besoldete Betriebsbeamte.

Zu 1.: Der Begriff des Arbeiters erfordert, dass dieser in einem Dienstverhältnis zu seinem Arbeitgeber, dem Betriebsunternehmer, steht. Dieses Dienstverhältnis wird meistens auf einem Dienstvertrag (*locatio conductio operarum*) beruhen. — Rekursentscheidung vom 1. Februar 1887 — in Stupps Handb. III, S. 129 fg.

Unerheblich ist es, ob das Dienstverhältnis ein dauerndes oder bloß vorübergehendes ist. Nicht gehören zu den Arbeitern die selbständigen, für eigene Rechnung arbeitenden Handwerker, z. B. der Glaser, der in einer Fabrik neue Fensterscheiben einsetzt oder der Schreiner, der daselbst eine Treppe ausbessert. Ferner gehören nicht zu den Arbeitern die sog. Hausindustriellen, welche selbständig in eigener Betriebsstätte im Auftrag und für Rechnung anderer Personen gewerbliche Erzeugnisse herstellen. — Rekursentscheidung vom 1. Febr. 1887 — in Stupps Handb. III, S. 130.

Zu 2.: Betriebsbeamte sind im allgemeinen solche Personen, denen in kleinerem oder grösserem Umfange ein Recht zu befehlen zusteht oder welchen die Aufsicht über die Arbeiter übertragen ist. Allgemein gültige Merkmale der Beamteneigenschaft lassen sich nicht aufstellen. Zu den Betriebsbeamten gehören nur die technischen Beamten, nicht

etwa auch solche Beamte, die mit dem Betriebe nichts zu thun haben, z. B. Buchhalter, Korrespondenten. (Kommissionsbericht S. 1070 der Anlagen z. d. Verhandl. des Reichstags. — Entsch. d. Reichsversicherungsamts v. 24. Oktober 1884. (Amtl. Nachr. No. 1; vgl. auch Arbeiter-Versorg. I, S. 432.)

Welche Arbeiter und Betriebsbeamten sind nun versicherungspflichtig? Der Kreis der versicherungspflichtigen Personen ist in dem Gesetze genau begrenzt. Versicherungspflichtig sind:

a) Alle in Bergwerken, Salinen, Aufbereitungsanstalten, Steinbrüchen, Gräbereien (Gruben), auf Werften und Bauhöfen, sowie in Fabriken¹⁾ und Hüttenwerken beschäftigten Arbeiter und Betriebsbeamte²⁾, letztere sofern ihr Jahresarbeitsverdienst³⁾ an Lohn oder Gehalt 2000 Mark nicht übersteigt. — Industr. U.-G. § 1 Abs. 1.

Diesen Betrieben stehen diejenigen gleich, „in welchen Dampfkessel oder durch elementare Kraft (Wind, Wasser, Dampf, Gas, heisse Luft u. s. w.) bewegte Triebwerke zur Verwendung kommen, mit Ausnahme der land- und forstwirtschaftlichen nicht unter den Absatz 1 fallenden Nebenbetriebe, sowie derjenigen Betriebe, für welche nur vorübergehend eine nicht zur Betriebsanlage gehörige Kraftmaschine benutzt wird.“ — Industr. U.-G. § 1 Abs. 3.

Durch Bundesratsbeschluss kann die Versicherungspflicht für solche der aufgezählten Betriebe ausgeschlossen werden, welche mit Unfallgefahr für die darin beschäftigten Personen nicht verknüpft sind. — Industr. U.-G. § 1 Abs. 7.

Versicherungspflichtig sind ferner:

b) Arbeiter und Betriebsbeamte, welche von einem Gewerbetreibenden, dessen Gewerbebetrieb sich auf die Ausführung von Maurer-, Zimmer-, Dachdecker-, Steinhauer- und Brunnenarbeiten erstreckt, in diesem Betriebe beschäftigt werden, sowie von den im Schornsteinfegergewerbe beschäftigten Arbeitern. — Industr. U.-G. § 1 Abs. 2.

¹⁾ Ueber den Begriff: „Fabrik“ enthält das industr. U.-G. in § 1, Abs. 4 und 5, nähere Vorschriften.

²⁾ Ausgenommen sind die in unfallversicherungspflichtigen Betrieben des Reiches beschäftigten Beamten, welche den Bestimmungen des Beamt. U.-G. vom 15. März 1886 unterworfen sind. Dasselbe gilt für die Bundesstaats- und die Kommunalbeamten, falls durch Gesetz bzw. Statut für dieselben eine dem Beamt. U.-G. gleichwertige Fürsorge getroffen ist. — Vgl. § 17 d. W.

³⁾ Auch über die Art und Weise, wie der Jahresarbeitsverdienst zu ermitteln ist, enthält das Gesetz im § 3 ausführliche Bestimmungen.

Arbeiter und Betriebsbeamte in anderen, nicht unter Abs. 2 fallenden, auf die Ausführung von Bauarbeiten sich erstreckenden Betrieben können durch Beschluss des Bundesrats¹⁾ für versicherungspflichtig erklärt werden. — Industr. U.-G. § 1 Abs. 8.

c) „Auf gewerbliche Anlagen, Eisenbahn- und Schifffahrtsbetriebe, welche wesentliche Bestandteile eines der vorbezeichneten Betriebe sind, finden die Bestimmungen des Unfallversicherungsgesetzes ebenfalls Anwendung. — Industr. U.-G. § 1 Abs. 6.

d) Durch Bestimmung des Statuts der Berufsgenossenschaft kann „die Versicherungspflicht auf Betriebsbeamte mit einem 2000 Mark übersteigenden Jahresarbeitsverdienst erstreckt werden“. — Industr. U.-G. § 2 Abs. 1.

e) „Durch Statut kann ferner bestimmt werden, dass und unter welchen Bedingungen Unternehmer der nach § 1 versicherungspflichtigen Betriebe berechtigt sind, sich selbst oder andere nach § 1 nicht versicherungspflichtige Personen gegen die Folgen von Betriebsunfällen zu versichern.“ — Industr. U.-G. § 2 Abs. 2.

f) Ferner ist die Versicherungspflicht durch das Ausd.-G. v. 28. Mai 1885 erstreckt auf: „den gesamten Betrieb der Post-, Telegraphen- und Eisenbahnverwaltungen sowie sämtliche Betriebe der Marine- und Heeresverwaltungen,²⁾ und zwar einschliesslich der Bauten, welche von diesen Verwaltungen für eigene Rechnung³⁾ ausgeführt werden;

den Baggereibetrieb;

den gewerbsmässigen Fuhrwerks-, Binnenschifffahrts-, Flösserei-, Prahm- und Fährbetrieb, sowie den Gewerbebetrieb des Schiffziehens (Treidelei);

den gewerbsmässigen Speditions-, Speicher- und Kellereibetrieb;

den Gewerbebetrieb der Güterpacker, Güterlader, Schaffer, Bracker, Wäger, Messer, Schauer und Stauer.“ — Ausd.-G. § 1.

¹⁾ Vgl. Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 22. Januar 1885 (R.-Ges.-Bl. S. 13) und vom 27. Mai 1886 (R.-Ges.-Bl. S. 190); Vgl. ferner: unten sub f, sowie die Bestimmungen des Bau-U.-G., § 15 d. Abhandlg.

²⁾ Hier ist nur der technische und Oeconomiebetrieb gemeint. Reichsbeamte und preuss. Beamte sind ausgenommen durch das Beamt.-U.-G. Vgl. § 17 d. W.

³⁾ Sogen. Regiebauten, d. h. Bauarbeiten, welche der Bauherr für eigene Rechnung durch von ihm unmittelbar angenommene Arbeiter ausführen lässt.

Die Bestimmung, dass die Versicherungspflicht auf Betriebsbeamte mit einem 2000 Mark übersteigenden Jahresarbeitsverdienst ausgedehnt werden könne -- oben unter d) —, kehrt auch für den Geltungsbereich des Ausdehnungsgesetzes wieder. Nur treten hier bezüglich der Reichs- und Staatsverwaltungen und -betriebe an Stelle des Genossenschaftsstatuts die Ausführungsvorschriften der Ausführungsbehörden. — Ausd.-G. § 4 Ab. 2.

Ausdrücklich ausgeschlossen von der Versicherungspflicht sind die Personen des Soldatenstandes — Ausd.-G. § 4 Abs. 1 — und die Beamten, welche in Betriebsverwaltungen des Reichs, eines Bundesstaates oder eines Kommunalverbandes mit festem Gehalt und Pensionsberechtigung angestellt sind.¹⁾ — Industr. U.-G. § 4.

Ferner sind als Berechtigte im § 95 ausser den Versicherten selbst die Hinterbliebenen derselben aufgeführt.

Der Begriff der Hinterbliebenen im Sinne des U.-G. deckt sich nicht mit dem Begriffe der Hinterbliebenen in dem gewöhnlichen Sinne, es gehören vielmehr hierher nur diejenigen Verwandten des Getöteten, welche nach § 6 des indust. U.-G. einen Anspruch auf Entschädigung haben. Dieses sind:

1) Die Witwe des Getöteten.

Witwe ist diejenige Frau, welche mit dem Getöteten in rechtmässiger Ehe verheiratet war, sofern diese Ehe bis zu dem Tode des Getöteten fortgedauert hat. (Vgl. jetzt: Gesetz über die Beurkundung des Personenstands und die Eheschliessung v. 6. 2. 1875.)

2) Die Kinder des Getöteten.

Zu den Kindern gehören ausser den ehelichen Kindern auch die nach den verschiedenen Landesrechten den ehelichen gleichgestellten Kinder, z. B. die an Kindesstatt angenommenen Kinder, die legitimierten Kinder, die Kinder in der Einkindschaft, die Brautkinder. Nicht aber gehören hierher Stief- und Pflegekinder. — Rekursentsch. v. 7. Febr. 1887, in Stupps Handbuch, III, S. 144.

Dagegen sind die unehelichen Kinder einer verunglückten Arbeiterin in gleicher Weise berechtigt wie ihre ehelichen Kinder. Zu den „Kindern“ im Sinne des industr. U.-G. gehören sämtliche Descendenten.²⁾

¹⁾ Vgl. hierzu die Weiterbildung dieser Bestimmung im Beamt.-U.-G. — § 17 d. Abh.

²⁾ Vgl. v. Woedtke, § 6 No. 9 a. E.

3) Die Ascendenten des Getöteten, diese aber nur in dem Falle, wenn der Verstorbene ihr einziger Ernährer war.

2. Die Verpflichteten nach § 95.

Zur Entschädigung verpflichtet sind nach § 95 industr. U.-G. die „Betriebsunternehmer, die Bevollmächtigten, Repräsentanten, und die Betriebs- und Arbeiteraufseher.“

Es handelt sich hier selbstverständlich nur um Unternehmer, Bevollmächtigte, Repräsentanten und Aufseher in demjenigen Betriebe, in welchem sich der Unfall ereignet hat.

Als Unternehmer im Sinne des industr. U.-G. gilt derjenige, für dessen Rechnung der Betrieb erfolgt. — Industr. U.-G. § 9 Abs. 2. — Diejenigen Personen, welche durch das Unternehmen einen Gewinn, den Unternehmergewinn im Sinne der Volkswirtschaftslehre, erzielen wollen, sind die Unternehmer. Ob thatsächlich aus demselben ein Gewinn gezogen wird, ist für den Begriff des Unternehmers gleichgültig. Ausser diesem rein wirtschaftlichen Merkmal erfordert der Begriff des Unternehmers im Sinne des § 95 ferner, dass er mit dem Versicherten in einem Vertragsverhältnis steht (Arbeitsvertrag beim Arbeiter; Engagementsvertrag beim Betriebsbeamten). Dieses letztere Erfordernis unterscheidet ihn von dem Betriebsunternehmer im Sinne des Reichshaftpflichtgesetzes, wie wir später noch sehen werden. Der Begriff des Unternehmers erfordert nicht, dass das Unternehmen auch in dem Namen des Unternehmers betrieben wird. Auch braucht der Unternehmer nicht Eigentümer des Unternehmens zu sein. Der Eigentümer, welcher z. B. seinen Steinbruch verpachtet hat, ist nicht mehr Unternehmer, als solcher gilt vielmehr der Pächter. Bei einem Betriebe, welcher dem Niessbrauch einer Person unterliegt, ist der Niessbraucher als Unternehmer anzusehen. Ob der Unternehmer in Person dem Unternehmen vorsteht, oder ob er es durch Bevollmächtigte, Prokuristen oder andere Beamte betreiben lässt, ist ebenfalls unerheblich. Ferner ist es für den Begriff des Unternehmers bedeutungslos, ob der Betrieb für Rechnung einer physischen oder juristischen Person erfolgt. Unternehmer kann danach auch das deutsche Reich, ein Bundesstaat oder ein Kommunalverband sein.

Bevollmächtigter ist diejenige Person, welche zur Vertretung des Unternehmers nach Aussen hin legitimiert ist. Zwar liegt der Vollmacht in der Regel ein Auftragsverhältnis

zwischen Unternehmer und dem Bevollmächtigten zu Grunde, doch ist dieses nicht immer erforderlich. Die Vollmacht kann vielmehr auch von einer Behörde (z. B. Bergbehörde, Gericht) erteilt, oder auch in einem Amt begründet sein. Zu den Bevollmächtigten gehören z. B. der Vorstand einer Aktiengesellschaft, die Liquidatoren einer Handelsgesellschaft, die Prokuristen, Disponenten, Korrespondenthrheder und andere mehr. Unter den Begriff der Bevollmächtigten fallen auch die Betriebsbeamten in staatlichen Werken.

Wie verhält es sich mit der Haftpflicht des Bevollmächtigten, wenn er die Grenzen seiner Vollmacht überschritten hat und infolge dessen eine versicherte Person getötet oder körperlich verletzt worden ist? Man könnte in diesem Falle annehmen, der Bevollmächtigte verliere durch die Ueberschreitung seiner Vollmacht die Eigenschaft als Bevollmächtigter und müsse infolge dessen als ein Dritter im Sinne des § 98 industr. U.-G. behandelt werden. Eine Interpretation in diesem Sinne würde allerdings von grosser praktischer Bedeutung sein, indem unter Umständen der Bevollmächtigte nicht in den engen Grenzen des § 95, sondern nach § 98 unbeschränkt haften würde. Allein nach richtiger Ansicht haftet der Bevollmächtigte nur dann in den Schranken des § 95, wenn er nicht über den ihm zugewiesenen Wirkungskreis hinausgegriffen hat. Das Verschulden des Bevollmächtigten muss also innerhalb der Sphäre liegen, welche die Thätigkeit des Bevollmächtigten ausfüllen soll. Die beschädigende Handlung selbst liegt natürlich niemals in dem aufgetragenen Wirkungskreis des Bevollmächtigten, denn sonst würde der Unternehmer als Miturheber des Schadens, als Anstifter u. s. w. haften.

Der Begriff der Repräsentanten ist zweifelhaft. Schon bei Auslegung des § 2 des Reichshaftpflichtgesetzes, welcher auch von den Repräsentanten des Unternehmers spricht, ist man verschiedener Ansicht über die Bedeutung dieser Kategorie von Beamten gewesen. Die einen¹⁾ wollen einen grundsätzlichen Unterschied zwischen Bevollmächtigten und Repräsentanten nicht anerkennen, andere²⁾ erblicken in dem Repräsentanten einen Bevollmächtigten für den Gesamtbetrieb des Unternehmens. Repräsentant bedeutet so viel wie Stellvertreter. Beruht die Vertretungsbefugnis auf einer Vollmachtserteilung,

¹⁾ So: Kah, Das Haftpflichtgesetz, S. 73 Anm. 1 a. E.; Endemann, Die Haftpflicht der Eisenbahnen, Bergwerke u. s. w., S. 36, 66.

²⁾ So: Eger, Reichshaftpflichtgesetz, S. 231.

so ist allerdings Repräsentant dasselbe wie Bevollmächtigter. Die Vertretungsbefugnis kann sich aber auch auf andere juristische Thatsachen als auf eine Vollmachtserteilung gründen, z. B. auf das eigene Recht des Stellvertreters. In dieser Weise haben z. B. die einzelnen Mitglieder einer Firma das Recht, die letztere zu vertreten, falls nicht deren Vertretungsbefugnis ausdrücklich ausgeschlossen ist.¹⁾ — Entsch. R.-O.-H.-G., Bd. XVIII, S. 216.

Unter Betriebs- und Arbeiteraufsehern sind im § 95 solche Personen verstanden, welche mit der Aufsicht über den Betrieb, einzelne Teile desselben oder über die Arbeiter betraut sind. Die Aufseher müssen eine gewisse Selbstständigkeit in Ausübung ihrer Dienstverrichtungen haben.

Häufig wird Streit darüber entstehen, ob eine Person als Aufseher oder als gewöhnlicher Arbeiter anzusehen ist, z. B. wenn ein einfacher Arbeiter in einem Einzelfalle mit der Aufsicht des Betriebs betraut wird. In diesen Fällen hat der Richter nach Lage der Umstände zu entscheiden.

Zu bemerken ist hier noch, dass im § 95 industr. U. G. nicht die „zur Leitung des Betriebes oder der Arbeiter angenommenen Personen“ aufgeführt sind, welche der § 2 des Reichshaftpflichtgesetzes erwähnt. Indessen gehören diese Personen ebenfalls hierher, da sie zu den Betriebsbeamten zu rechnen sind. Der § 95 will die Betriebsbeamten überhaupt treffen, ohne ein grosses Gewicht auf die einzelnen hervorgehobenen Kategorien von Beamten zu legen. Häufig werden sich die erwähnten Beamten unter den Begriff der Bevollmächtigten oder Repräsentanten subsumieren lassen.

3. Die Regel des § 95.

Die Regel, welche der § 95 enthält, lässt sich dahin ausdrücken, dass alle Ersatzansprüche, welche in Veranlassung eines Betriebsunfalls den oben aufgezählten Gläubigern (den Versicherten und deren Hinterbliebenen) gegen die bezeichneten Schuldner (den Unternehmer und dessen Beamte) auf Grund des vor der Reichsversicherungsgesetzgebung in Geltung gewesenen Haftpflichtrechts zustanden, beseitigt sind.

Diese Regel enthält einen Satz, dessen Tragweite offenbar über die ursprünglichen Ziele der Unfallversicherungsgesetzgebung hinausgeht. Anfänglich dachte man nur an das

¹⁾ Wer die offene Handelsgesellschaft nicht als juristische Person, sondern als Societät auffasst, muss die Mitglieder der Firma als Unternehmer ansehen.

Reichshaftpflichtgesetz; man wollte an Stelle dieses, das sich nicht bewährt hatte, neues Recht schaffen. An Stelle der zu beseitigenden Haftpflicht des Unternehmers für das Verschulden seiner Leute sollte die öffentlich-rechtliche Entschädigung aus der Unfallversicherung treten. Man schoss aber nach zwei Richtungen hin über das Ziel hinaus.

- 1) Man beschränkte auch die Haftpflicht des Unternehmers für eigenes Verschulden.
- 2) Man stellte die Leute des Unternehmers mit dem letzteren auf gleiche Stufe, indem man auch deren Haftpflicht für eigenes Verschulden in gleicher Weise beschränkte wie die des Unternehmers.

Die Einschränkung der Haftpflicht des Betriebsunternehmers ist allerdings dadurch gerechtfertigt, dass letzterer zu den Kosten der Versicherung beizutragen hat. Dagegen ist die Einschränkung der Haftpflicht der Betriebsbeamten ohne alle Gegenleistung erfolgt.

Weggefallen in dem angegebenen Umfange sind „alle Ansprüche auf Ersatz des in Folge eines Unfalls erlittenen Schadens.“

Es fragt sich, ob unter diese Ansprüche neben den ausserkontraktlichen auch die auf Vertrag beruhenden Entschädigungsforderungen (vgl. § 11 d. W.) fallen. Diese Frage dürfte zu bejahen sein, da zwischen gesetzlichen und vertragsmässigen Ansprüchen auf Schadenersatz in dem Gesetze nicht unterschieden wird.

Ob die Ersatzansprüche im Wege des Civilprozesses oder als Busse im Wege des Strafprozesses geltend gemacht werden können, ist für die Anwendbarkeit des § 95 bedeutungslos.

Im Wege des Strafprozesses kann der Ersatzanspruch nur bei Körperverletzungen nach § 231 R.-St.-G.-B. geltend gemacht werden, nicht auch bei Tötungen.

Mag nun die Busse als blosser Ersatzforderung¹⁾ oder — wie die herrschende Meinung annimmt — als Ersatzforderung und Strafe zugleich oder endlich als ein Mittelding zwischen beiden — als Genugthuung — sich charakterisieren²⁾, jeden-

¹⁾ Nach dem Standpunkt des Reichsstrafgesetzbuches ist dies der Fall,

a) weil die Busse neben der Strafe erkannt werden soll, also etwas Anderes als Strafe sein muss;

b) weil die Geltendmachung eines weiteren Entschädigungsanspruchs durch die Zuerkennung einer Busse ausgeschlossen ist, also die Busse ebenfalls eine Entschädigung sein muss.

²⁾ Vgl. die Literatur über diese Streitfrage in v. Schwarze, Kommentar zum St.-G.-B. f. d. Deutsche Reich (5. Aufl.) S. 558 n. 1.

falls liegt in dem Antrag auf Zuerkennung einer Busse auch die Geltendmachung eines civilrechtlichen Entschädigungsanspruches.

Daraus ergibt sich die interessante Thatsache, dass die Reichsversicherungsgesetzgebung auch in das Reichsstrafgesetzbuch eingegriffen hat. Denn nach § 231 R.-St.-G.-B. kann dem Verletzten auch in dem Falle einer fahrlässigen Körperverletzung eine Busse zugesprochen werden. Diese Bestimmung ist dem Betriebsunternehmer und seinen Beamten gegenüber für den Geltungsbereich der Unfallversicherung durch § 95 als beseitigt zu betrachten. Der nach Massgabe des industr. U.-G. Versicherte kann jetzt nur noch in dem Falle eine Busse beanspruchen, wenn er von dem Unternehmer oder dessen Beamten vorsätzlich körperlich verletzt worden ist. Aber auch in diesem Falle wird der Strafrichter bei Zumessung der Busse darauf Rücksicht zu nehmen haben, dass der Verletzte bereits auf Grund der Versicherungsgesetze eine Entschädigung erhält. Der Strafrichter wird daher von dem Betrage, welchen er als Busse für angemessen hält, den Betrag der Versicherungsentschädigung in Abzug zu bringen haben. Wegen des letzteren ist der Thäter, wie wir später — in Kap. 2 d. W. — noch sehen werden, den Berufsgenossenschaften und Krankenkassen regresspflichtig. Diese können ihre Regressansprüche natürlich nicht als Busse im Strafverfahren geltend machen, sondern müssen sie stets im Wege des Civilprozesses verfolgen.¹⁾ — R.-St.-P.-O. § 435 fg.

Der Schaden muss erlitten sein „infolge eines Unfalls.“²⁾

Zu dem Begriff des Unfalls gehört ein zeitlich bestimmtes, zeitlich nachweisbares Ereignis, wodurch die Körperverletzung oder der Tod verursacht worden ist. Rosin³⁾ definiert den

Insbesondere: Dochow, Die Busse im Strafrecht und Strafprozess S. 16; K. Hilse, Einfluss der Kranken- und Unfallfürsorge auf den Ersatzanspruch des Verletzten gegen den Beschädiger. Ein Rechtsgutachten, Berlin 1888, S. 15 fg.; v. Liszt, Lehrbuch § 60, S. 235 und § 72, S. 263. v. Weinrich, S. 128, konstruiert die Busse als „Zwangsabfindung.“

¹⁾ A. M.: K. Hilse (S. 24 fg.), gestützt auf die Eigenschaft der Unteilbarkeit der Busse. Eine solche Unteilbarkeit, wie Hilse sie annimmt, besteht aber nicht.

²⁾ Vgl. des Näheren über den Begriff des Betriebsunfalls: Rosin, Heinr., Der Begriff des Betriebsunfalls als Grundlage des Entschädigungsanspruches nach den Reichsgesetzen über die Unfallversicherung. (Archiv für öffentliches Recht, Bd. III, S. 291 fg.) — Vgl. auch Roser, W., Wie entstehen die Brüche? Ist ein Unterleibsbruch als Unfall zu betrachten? Marburg 1889.

³⁾ Rosin, S. 332.

Unfall wie folgt: Unfall ist „diejenige körperschädigende, plötzliche und von dem Betroffenen nicht beabsichtigte Einwirkung eines äusseren Thatbestandes auf einen Menschen, welche durch die besondere, d. h. über die Unfallgefahr des gewöhnlichen Lebens hinausgehende Gefahr der Betriebe verursacht ist.“ Der Relativsatz drückt die Ansicht Rosins aus, dass der Unfall mit den besonderen Gefahren der einzelnen Betriebe im Zusammenhang stehen müsse. Damit ist eine alte Streitfrage aus dem Gebiete des Haftpflichtgesetzes auf das der Reichsversicherungsgesetzgebung herübergenommen. Das Reichsversicherungsamt scheint indessen den Standpunkt Rosins in der That zu vertreten. — Vgl. z. B. Rekursentsch. 476 (Amtl. Nachrichten 1888, S. 176).

Die sich allmählich entwickelnden, die sogenannten gewerblichen Krankheiten, z. B. chronische Bleivergiftung in Bleihütten oder Bleiweissfabriken, chronische Phosphornekrose in Zündholzfabriken, die Knochenentzündung der Perlmutterarbeiter, fallen nicht unter den Begriff der „Betriebsunfälle“ im Sinne des industr. U.-G. — Rekursentsch. v. 2. Mai 1887 (in Stupp's Handbuch III, S. 135); Entsch. R.-G. v. 6. Juli 1888 — Bd. XXI S. 77.

Der Schaden muss die Folge des Unfalls gewesen sein. Damit ist der Grundsatz aufgestellt, dass zwischen dem Unfall und dem Schaden (Verlust des Ernährers; dem Entstehen von Kosten für die Heilung und Beerdigung) ein ursachlicher Zusammenhang bestehen muss. Dass der Unfall die allein wirkende Ursache des Schadens gewesen sei, ist nicht erforderlich. Das Mitwirken anderer Thatfachen, z. B. das Vorhandensein einer besonderen Disposition, schliesst den Kausalzusammenhang nicht immer aus. — Rekursentsch. 202, 213, 237, 258, 323. (Amtl. Nachrichten 1886, S. 228, 251, 291; u. 1887, S. 17, 133).

Bei welcher Gelegenheit der Unfall vorgekommen und wie er beschaffen sein muss, darüber spricht sich der § 95 nicht weiter aus. Ohne Zweifel ist aber hier nur ein solcher Unfall gemeint, gegen dessen Folgen das industr. U.-G. versichert. Die Unfälle, um welche es sich in diesem Gesetz handelt, sind die „bei dem Betriebe sich ereignenden Unfälle.“ — § 1 industr. U.-G. Diese Auslegung rechtfertigt sich aus dem Sinn und der Absicht des Gesetzes. Das industr. U.-G. will die Schadenersatzansprüche der Versicherten und deren Hinterbliebenen nur insoweit beseitigen, als den Berechtigten ein Anspruch auf Entschädigung aus

den Versicherungsgesetzen zusteht. Für Unfälle aber, welche sich nicht als Betriebsunfälle charakterisieren, wird kein Anspruch aus der Versicherung gewährt.

Die Richtigkeit dieser Auslegung ergibt sich ferner aus dem Abs. 2 des § 95. Danach setzt die Anwendbarkeit des § 95 voraus, dass der Verletzte bzw. dessen Hinterbliebene auf Grund des industr. U.-G. einen Anspruch auf Entschädigung haben, denn der Betrag dieser Entschädigung soll von der ihnen nach den bestehenden gesetzlichen Vorschriften gebührenden Entschädigung in Abzug gebracht werden. Da ein solches Abzugsverfahren nach den Eingangsworten des Abs. 2: „in diesem Falle“ stets dann eintreten soll, wenn der § 95 Anwendung findet, und da ferner ein Versicherungsanspruch nur im Falle eines bei dem Betriebe sich ereignenden Unfalls gegeben ist, so ist die Annahme berechtigt, dass die Bestimmung des § 95 zur Voraussetzung das Vorliegen eines Unfalls hat, gegen dessen Folgen der Verletzte nach Massgabe des industr. U.-G. versichert ist, also eines „bei dem Betriebe der versicherungspflichtigen Anlagen und Gewerbe sich ereignenden Unfalls.“ Mithin greift das allgemeine Haftpflichtrecht dann Platz, wenn ein solcher Unfall nicht vorliegt.

Ein Betriebsunfall ist nur dann vorhanden, wenn ein ursachlicher Zusammenhang¹⁾ zwischen dem Unfall und dem Betriebe besteht. Dies folgt aus dem Begriffe: „Betriebsunfall.“ Der bloß zeitliche oder örtliche Zusammenhang genügt nicht.²⁾ Ein unmittelbarer Zusammenhang des Unfalls mit dem Betriebe ist nicht erforderlich, es genügt ein mittelbarer Zusammenhang.³⁾

Fuld⁴⁾ dagegen ist der Meinung, dass der bloß zeitliche oder örtliche Zusammenhang des Unfalls mit dem Betriebe genüge. Mit Unrecht, denn das Wörtchen „bei“ verlangt, wie nach dem Reichshaftpflichtgesetz, einen ursachlichen Zusammenhang zwischen Unfall und Betrieb. Auch will das

¹⁾ Also ist zu merken: Ursachlicher Zusammenhang

a) des Schadens mit dem Unfall;

b) des Unfalls mit dem Betriebe.

²⁾ So: Woedtke, S. 50 fg. Rosin, Bd. III, S. 321 fg. Ferner: Rekursentsch. 214, 215 (Amtliche Nachrichten 1886, S. 252) und 446 (Amtl. Nachr. 1887, S. 407).

³⁾ Vgl. hierüber des Näheren: Just, Die Unfallversicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter. S. 8 fg.

⁴⁾ Fuld, Reichsgesetz, betreffend die Unfallversicherung der bei Bauten beschäftigten Personen. S. 18 fg.

Gesetz die Arbeiter und Betriebsbeamten nur gegen diejenigen Gefahren schützen, welche ihnen durch die den industriellen Betrieben innewohnenden Gefahren drohen, nicht aber gegen alle möglichen Gefahren, welche mit dem Betriebe selbst in keiner Verbindung stehen. Das Gegenteil folgt auch nicht, wie Fuld meint, aus der allgemeinen Begründung des Gesetzes, da in der letzteren zur näheren Bezeichnung der die Versicherung umfassenden Unfälle die Worte: „alle beim Betriebe vorkommenden Unfälle“ gebraucht sind, ohne eine Auslegung derselben zu geben.

Auf dem hier vertretenen Standpunkt steht auch das Reichsversicherungsamt.

Demselben hat — um ein Beispiel anzuführen — folgender Fall zur Entscheidung vorgelegen:

Ein Maurergeselle, welcher mit Eindecken eines Ziegeldaches, auf einem in nächster Nähe eines See's gelegenen Neubau, auf einem Gerüst in erhöhter Lage stehend, beschäftigt war, wurde vom Blitz erschlagen. In der Rekursinstanz wurde dessen Hinterbliebenen die gesetzliche Entschädigung mit folgender Begründung zugesprochen: „Die Wirkung des Blitzschlages ist in der Regel nicht als Unfall im Betriebe anzusehen. Ob und wann eine Ausnahme von dieser Regel Platz greift, lässt sich nur nach Lage der Verhältnisse des einzelnen Falles feststellen, wobei zunächst zu erwägen ist, ob die Beschaffenheit des Betriebes die Gefahr des Blitzschlages erhöht, und ob durch diese erhöhte Gefahr ein kausaler Zusammenhang des Blitzstrahls mit dem Betriebe gefunden werden kann. Eine solche Erhöhung der Gefahr liegt hier vor.“ — Rekursentsch. vom 21. März 1887 (Stupp's Handb. III, S. 133).

4. Die Ausnahme von der Regel des § 95.

Die im § 95 enthaltene Regel ist nicht ohne Ausnahmen.

Die Ausnahme besteht darin, dass der Entschädigungsanspruch dennoch geltend gemacht werden kann, wenn durch strafgerichtliches Urteil festgestellt worden ist, dass der in Anspruch genommene Schuldner — der Betriebsunternehmer, Bevollmächtigte, Repräsentant, Betriebs- und Arbeiteraufseher — den Unfall vorsätzlich herbeigeführt hat.

Die Geltendmachung des hier zugelassenen Entschädigungsanspruchs hat selbstverständlich zur Voraussetzung, dass dem Beschädigten nach allgemeinem Haftpflichtrecht oder nach dem Reichshaftpflichtgesetz ein Anspruch auf Schadenersatz gegen

den Thäter gegeben ist. Dieses ist aber bei der vorsätzlichen Verursachung des Unfalls nach allen in Deutschland geltenden Civilrechten der Fall. Hiermit soll nur zum Ausdruck gebracht werden, dass der nach § 95 ausnahmsweise zugelassene Entschädigungsanspruch nicht durch den § 95 neu geschaffen wird, vielmehr seine Quelle in dem jeweiligen Civilrecht zu suchen ist.

Die nächste Voraussetzung des ausnahmsweise zugelassenen Entschädigungsanspruchs ist das Vorliegen eines strafgerichtlichen Urteils.

Das industr. U.-G. verfolgt das Ziel, den Unternehmer, Bevollmächtigten, Repräsentanten u. s. w. nach Möglichkeit vor Prozessen zu schützen. Ein in seinem Erfolg nicht zu unterschätzendes Mittel zur Erreichung dieses Zieles liegt darin, dass eine civilprozessuale Feststellung der vorsätzlichen Herbeiführung des Unfalls, welche möglicherweise auf Grundlage eines formalen Beweises beruht, zur Geltendmachung eines Entschädigungsanspruches gegen die genannten Personen nicht genügen soll, dass vielmehr der Strafrichter, bei welchem ein formales Beweisverfahren ausgeschlossen ist, die Feststellung durch Urteil vorzunehmen habe.

Wird bei einer Entschädigungsklage gegen die im § 95 bezeichneten Personen das strafgerichtliche Urteil nicht nachgewiesen, so ist die Klage abzuweisen.

Der § 95 setzt nicht voraus, dass der Unfall von einer der bezeichneten Personen vorsätzlich herbeigeführt, sondern dass eine Bestrafung durch den Strafrichter wegen vorsätzlicher Herbeiführung erfolgt sei.

Die strafgerichtliche Feststellung bildet die Voraussetzung der Geltendmachung der Entschädigungsansprüche nach Massgabe des § 95. Damit soll aber nicht gesagt sein, dass, wenn diese Feststellung in der Zeit zwischen Zustellung der Klage und dem Verhandlungstermine erfolgt, trotzdem die Klage abzuweisen sei. Die strafgerichtliche Feststellung bildet sonach nicht die Voraussetzung für die Erhebung der Klage, worauf allerdings der Wortlaut des Gesetzes („können einen Anspruch nur geltend machen“) hinzudeuten scheint, sondern eine Voraussetzung des Anspruchs selbst. Für die Frage, ob der Anspruch selbst begründet ist oder nicht, ist die Zeit der Urteilsfällung, nicht diejenige der Erhebung der Klage, zu Grunde zu legen.

Das Vorliegen eines strafgerichtlichen Urteils ist nur dann nicht erforderlich, wenn die Verurteilung des Thäters

„wegen des Todes oder der Abwesenheit des Betreffenden oder aus einem anderen, in der Person desselben liegenden Grunde nicht erfolgen kann.“ — § 97 industr. U.-G.

Solche Gründe, welche in der Person des Thäters liegen, sind z. B. strafrechtliche Unzurechnungsfähigkeit; Strafunmündigkeit¹⁾ — absolute (§ 55 R.-St.-G.-B.) und individuelle (§ 56 R.-St.-G.-B.) —; Taubstummheit des Thäters; Mangel der zur Erkenntnis der Strafbarkeit erforderlichen Einsicht (§ 58 R.-St.-G.-B.); ferner die Verjährung der Strafverfolgung, letztere, weil sie lediglich den Strafanspruch des Staates, nicht aber die strafbare Handlung selbst und die vom Civilrecht an diese geknüpften Folgen aufhebt. Die in den Fällen der §§ 56 und 58 R.-St.-G.-B. erfolgende Freisprechung steht der Anwendbarkeit des § 97 industr. U.-G. nicht entgegen, weil die Voraussetzung des § 97, dass die Verurteilung wegen eines in der Person des Thäters liegenden Umstandes nicht erfolgen konnte, stets dann vorliegt, wenn die Freisprechung lediglich wegen der mangelnden Einsicht des Thäters ausgesprochen worden ist.

Kann die strafgerichtliche Verurteilung des Thäters aus einem anderen als in der Person desselben liegenden Grunde nicht erfolgen, z. B. wenn es an genügendem Beweismaterial mangelt, so ist die Geltendmachung eines weiteren civilrechtlichen Anspruchs ausgeschlossen.

Der Umstand, dass der civilrechtliche Entschädigungsanspruch von einem vorgängigen Strafverfahren abhängig gemacht ist, hat allerlei Missstände²⁾ im Gefolge. Zunächst ist hier zu erwähnen, dass es zu einer strafgerichtlichen Verurteilung des Thäters überhaupt nicht kommen kann, wenn die Staatsanwaltschaft die Sache nicht verfolgt. Hiergegen giebt es allerdings wieder Bestimmungen, welche dem Verletzten zu seinem Recht verhelfen können. Lehnt der Staatsanwalt auf einen bei ihm angebrachten Antrag die Erhebung

¹⁾ In diesen Fällen wird freilich meist auch ein die Klage abweisendes Urteil ergehen müssen; aber nicht aus dem Grunde, dass die vom Gesetz im § 95 geforderte strafgerichtliche Verurteilung nicht vorliegt, sondern weil es an einem civilrechtlichen Verschulden, welches dem Thäter zugerechnet werden könnte, mangelt.

²⁾ Diesen Unzuträglichkeiten ist die österreichische Gesetzgebung aus dem Wege gegangen, indem sie den Anspruch des Verletzten bzw. der Hinterbliebenen von einer strafgerichtlichen Verurteilung des Thäters nicht abhängig macht. — Oesterreich. Unfallversicherungsgesetz § 46. Dies ist als ein Vorzug der österr. Gesetzgebung gegenüber der deutschen zu betrachten.

der öffentlichen Klage gegen den Thäter ab, oder verfügt er nach dem Abschlusse der Ermittlungen die Einstellung des Verfahrens, so hat der Verletzte, wenn er den Antrag gestellt hat, hiergegen binnen zwei Wochen nach der Bekanntmachung des Bescheides die Beschwerde an den vorgesetzten Beamten der Staatsanwaltschaft, gegen dessen ablehnenden Bescheid ihm binnen einem Monat nach der Bekanntmachung der Antrag auf gerichtliche Entscheidung zusteht. — R.-St.-P.-O. § 170.

Das strafgerichtliche Urteil muss die Rechtskraft beschritten haben.

Dieser Satz ist zwar nicht ausdrücklich im Gesetze ausgesprochen, er folgt aber daraus, dass das Gesetz eine strafgerichtliche Feststellung verlangt. Eine endgültige Feststellung liegt aber erst dann vor, wenn das Urteil rechtskräftig geworden ist.

Wollte man annehmen, dass ein verurteilendes Erkenntnis, welches die Rechtskraft noch nicht beschritten hat, zur Geltendmachung des Anspruchs genüge, so würde man zu dem Ergebnis kommen, dass, wenn im Laufe des Prozesses der beklagte Unternehmer oder Betriebsbeamte von dem Strafrichter der höheren Instanz freigesprochen würde, der Civilprozess plötzlich abgebrochen und die Klage abgewiesen werden müsste, nachdem vielleicht eine umfangreiche Beweisaufnahme stattgefunden hat. Die Verwickelungen, welche eintreten könnten, wenn erst nach rechtskräftiger Verurteilung des Beklagten im Civilprozess eine Freisprechung desselben durch das Strafgericht höherer Instanz erfolgen würde, lassen sich kaum absehen.

Auch aus diesem praktischen Grunde ist anzunehmen, dass der § 95 das rechtskräftige Urteil eines Strafgerichts voraussetzt.

Von der Rechtskraft des Urteils muss sich der Kläger, der einen Entschädigungsanspruch gegen den Betriebsunternehmer oder dessen Beamte geltend machen will, selbst Kenntnis zu verschaffen suchen. Dies wird in manchen Fällen allerdings mit Schwierigkeiten¹⁾ verknüpft sein, da die Einsichtnahme der Strafakten²⁾ nicht Jedermann gestattet ist.

¹⁾ Eine weitere Uuzuträglichkeit infolge des Umstands, dass der Entschädigungsanspruch von einer strafgerichtlichen Verurteilung abhängig gemacht ist.

²⁾ Vgl. R.-St.-P.-O. § 147. Ist der Kläger im Strafverfahren als Privatkläger oder als Nebenkläger aufgetreten, so hat er allerdings das Recht der Akteneinsicht, kann solches aber nur durch seinen Anwalt ausüben. — § 425 St.-P.-O.

Strafgerichtliche Verurteilung des Beklagten.

Liegt ein Urteil, wie es § 95 verlangt, vor, so steht damit noch nicht fest, dass auch die Klage unter allen Umständen durchdringen muss, denn:

1. ist der Civilrichter nicht an den Inhalt des Strafurteils gebunden (E.-G. C.-P.O. § 14 Ziff. 1), auch dann nicht, wenn der Verletzte in der Strafsache als Nebenkläger aufgetreten ist (R.-G. v. 29. November 1886, in der Jur. Wochenschrift 1887, S. 3). Er kann daher die Sache von neuem prüfen, von neuem Beweis erheben. Dass die wiederholte Prüfung ein von dem Inhalt des Strafurteils abweichendes Ergebnis haben kann, ist selbstverständlich. In der Praxis wird indessen eine vollständig neue Prüfung der Schuldfrage wohl selten vorkommen, vielmehr wird in den weitaus meisten Fällen nach kurzem Vortrag des Strafverfahrens alsbald über die Höhe des Schadens verhandelt werden können.
2. Ferner darf man nicht ausser Acht lassen, dass die Ersatzverbindlichkeit des § 95 ihren Grund nicht in dem Strafrecht, sondern in dem Civilrecht hat. Ein Anspruch auf Schadenersatz soll — auch wenn ein Strafurteil im Sinne des § 95 vorliegt — nur dann gewährt werden, wenn die „bestehenden gesetzlichen Vorschriften“ einen solchen zulassen (arg. § 95 Abs. 2 industr. U.-G.). Der Richter hat daher weiter zu prüfen, ob ein zum Schadenersatz verpflichtendes Verschulden im Sinne des Civilrechts (es genügt sogar Aquilische culpa) vorliegt. Die Begriffe des strafrechtlichen Vorsatzes und des civilrechtlichen dolus decken sich nicht.¹⁾

Inhalt des strafgerichtlichen Urteils.

Das strafgerichtliche Urteil muss den Inhalt haben, dass der Beklagte den Unfall vorsätzlich herbeigeführt habe. Bestrafung wegen fahrlässiger Körperverletzung und Tötung genügt nicht, auch dann nicht, wenn der Thäter die Handlung begangen hat unter Ausserachtlassung derjenigen Aufmerksamkeit, zu welcher er vermöge seines Amtes, Berufes oder Gewerbes besonders verpflichtet war. Der gemeinrechtliche Satz: „In lege Aquilia et levissima culpa venit“ hat daher in dem Bereiche des Unfallversicherungsgesetzes seine Geltung verloren.

¹⁾ v. Liszt, Lehrbuch § 38 n. 1.

Eine vorsätzliche Handlung liegt dann vor, wenn der Thäter bei seiner Handlung sich bewusst war, dass dieselbe die Körperverletzung oder den Tod eines Menschen im Gefolge haben werde.¹⁾

Weiter ist erforderlich, dass der Beklagte den Unfall herbeigeführt habe.

Derjenige führt einen Unfall herbei, welcher eine That-
sache — eine Bedingung — setzt, welche den Unfall zur Folge hat. Dies thut nicht nur der Thäter, sondern auch der Mitthäter, Anstifter und Gehülfe. Dass der Mitthäter durch den § 95 betroffen wird, ist unzweifelhaft, da seine Teilnahme an der That — wenn man überhaupt die Mitthäterschaft als Form der Teilnahme auffassen will²⁾ — mit der Handlung des Thäters gleichwertig ist. Zweifelhaft ist es mit dem Anstifter und Gehülfen. — §§ 48 und 49 R.-St.-G.-B. — Vom Standpunkt des Strafrechts muss man allerdings sagen, dass nur der Thäter und Mitthäter den Unfall „herbeiführen“ kann. Der Anstifter und Gehülfe verursachen den Erfolg nicht unmittelbar, da zwischen ihrer Handlung und dem Erfolg die vorsätzliche freie Handlung des Thäters liegt, welche letztere als die alleinige Ursache des Unfalls vom Standpunkt des Strafrechts aus angesehen wird. Der Begriff des „Herbeiführens“ im § 95 dürfte aber nicht ein so enger sein, wie der Begriff der Thäterschaft. Er umfasst wohl nicht nur die unmittelbare Verursachung des Unfalls — Thäterschaft und Mitthäterschaft —, sondern auch die mittelbare Verursachung — die Anstiftung und Beihilfe. Diese Auslegung dürfte sich auch deshalb empfehlen, weil anderenfalls der Unternehmer und seine Leute im Falle ihrer Anstiftung und Beihilfe überhaupt von jeder Haftpflicht frei sein würden, was jedenfalls nicht die Absicht des Gesetzes sein kann.

Die Begünstigung (§ 257 R.-St.-G.-B.), an welche man ferner noch denken könnte, gehört nicht hierher, weil sie dem Herbeiführen des Unfalls zeitlich nachfolgt. Sie erscheint rechtlich nicht als eine Form der Teilnahme. Die Bestimmung des § 257 R.-St.-G.-B. Abs. 3, wonach die Begünstigung unter Umständen als Beihilfe zu bestrafen ist, hat den Begriff der Beihilfe nicht erweitert.³⁾

¹⁾ Anders die gemeine Meinung: Danach besteht der Vorsatz in dem Willen, etwas zu thun, was das Gesetz im Allgemeinen unter Strafe gestellt hat. Nach Binding, Normen II 403, besteht der Vorsatz in „dem bewusst rechtswidrigen Willen“.

²⁾ Dies thut das R.-St.-G.-B. § 47.

³⁾ So: v. Liszt, Lehrbuch § 48 III, S. 207.

Die Entschädigungsforderung kann gegen jede der bezeichneten Personen — Thäter, Mitthäter, Anstifter und Gehülfen — ganz eingeklagt werden, falls diese sämtlich bestraft worden sind. Nach den Grundsätzen des Civilrechts haften diese Personen als Miturheber eines und desselben Schadens dem Verletzten als Gesamtschuldner.

Beseitigung der Haftpflicht des Unternehmers für seine Leute.

Nach § 95 kann nur derjenige in Anspruch genommen werden, welcher selbst den Unfall herbeigeführt hat. Hierin ist eine Bestimmung von der grössten Tragweite für das Haftpflichtrecht zu erblicken. In dem Geltungsbereich des industr. U.-G. und Ausd.-G. ist ein Jeder nur für seine eignen Handlungen verantwortlich. Die weitgehende Haftpflicht des Unternehmers für das Verschulden seiner Leute, wie sie vornehmlich in dem Reichshaftpflichtgesetz und dem Art. 1384 des code civil ausgesprochen, ist für den Bereich der Reichsversicherung beseitigt. Auch die Haftung des Unternehmers wegen eines Versehens bei Auswahl seiner Leute wird jetzt in dem Bereich der Reichsversicherungsgesetze wohl kaum noch vorkommen.

Haftung juristischer Personen.

Ein Anspruch gegen den Unternehmer ist ganz ausgeschlossen, wenn letzterer nicht eine natürliche Person, sondern eine juristische Person, ein Personenverein oder eine Societät mit beschränkter Rechtssubjectivität ist, da diese strafrechtlich nicht verfolgt werden können. (*Societas delinquere non potest.*¹⁾)

Die dem Haftpflichtgesetze eigentümliche strenge Haftung des Eisenbahnfiskus oder der Eisenbahngesellschaften ist sonach innerhalb der Unfallversicherung weggefallen. Der Verletzte und dessen Hinterbliebene können sich daher wegen ihrer Entschädigungsansprüche nur an den Beamten halten, welcher den Unfall vorsätzlich herbeigeführt hat. In gleicher Weise ist die Haftpflicht der offenen Handelsgesellschaft, der

¹⁾ Vgl. Binding, Handbuch des Strafrechts. I S. 310. — Auf einem anderen Standpunkt steht das österreichische U.-G. vom 28. Dezember 1887. Danach haftet eine Aktiengesellschaft, eine Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaft oder anderer Verein oder eine offene Handelsgesellschaft, wenn ein Vorstandsmitglied, ein Liquidator oder ein zur Geschäftsführung berechtigter Gesellschafter den Unfall vorsätzlich herbeigeführt hat. — § 46 des Gesetzes.

Kommanditgesellschaft, der Aktiengesellschaft und der Kommandit-Aktiengesellschaft, welche ein der Versicherungspflicht unterliegendes Geschäft betreiben, beseitigt. Es haften die Gesellschafter, bzw. die Mitglieder des Vorstandes nur in ihrer Eigenschaft als Bevollmächtigte oder Repräsentanten.

Ob den nach Massgabe des § 95 in Anspruch genommenen Bevollmächtigten, Repräsentanten, Aufsehern u. s. w. ihrerseits wieder ein Rückgriff gegen den Unternehmer zusteht, ist eine Sache für sich und nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen zu entscheiden. — Vgl. Motive zum industr. U.-G. S. 89 (Verhandlungen des deutschen Reichstags 1884, Bd. III Nr. 4).

5. Die Höhe der Entschädigung in den Ausnahmefällen des § 95.

In Ansehung der Höhe des Entschädigungsanspruchs, soweit ein solcher nach § 95 ausnahmsweise zugelassen ist, bestimmt der Abs. 2 des genannten Paragraphen folgendes:

„In diesem Falle beschränkt sich der Anspruch auf den Betrag, um welchen die den Berechtigten nach den bestehenden gesetzlichen Vorschriften gebührende Entschädigung diejenige übersteigt, auf welche sie nach diesem Gesetze Anspruch haben.“

Der Anspruch auf Schadenersatz besteht hiernach in der Differenz zwischen dem Entschädigungsbetrage, welchen der Verletzte oder die Hinterbliebenen des Getöteten nach bisherigem Recht beanspruchen konnten (Minuendus) und der Unfallsentschädigung nach dem industr. U.-G. (Subtrahendus).

Der Minuendus. Die Höhe des Entschädigungsbetrages nach dem bisherigen Recht haben wir im 1. Abschnitt d. W. näher kennen gelernt. Die einzelnen Bestandteile der Entschädigung (Heilungskosten, Begräbnis-, Trauerkosten, Schmerzensgeld u. s. w.) sind in den verschiedenen Rechten — wie wir gesehen haben — hier mehr, dort weniger ins Einzelne gehend geregelt.

Bei der Berechnung der Differenz soll nach den Worten des § 95 als Minuendus zu Grunde gelegt werden der Betrag, welcher „nach den bestehenden gesetzlichen Vorschriften“ den Berechtigten gebührt. Bei dieser Ausdrucksweise des Gesetzes entsteht die Frage, wie es mit den gewohnheitsrechtlichen Ansprüchen (z. B. dem Anspruch auf Schmerzensgeld oder vor allen Dingen dem Anspruch der Hinterbliebenen des Getöteten nach gemeinem Recht) gehalten werden soll. Man pflegt dem Gesetzrecht das Gewohnheits-

recht gegenüberzustellen. Sollen nun die auf Gewohnheitsrecht beruhenden Ansprüche bei der Berechnung der Entschädigung nach § 95 Abs. 2 überhaupt keine Berücksichtigung finden? Die Frage dürfte wohl zu verneinen sein. Es ist nicht erfindlich, warum hier gerade das Gewohnheitsrecht dem Gesetzesrechte nachstehen sollte? Auch die Verhandlungen zu dem industr. U.-G. geben keinen Anhalt dafür, dass der Gesetzgeber hier die gewohnheitsrechtlichen Ansprüche von der Berücksichtigung ausschliessen wollte. Deshalb ist anzunehmen, dass die Worte: „nach den bestehenden gesetzlichen Vorschriften“ soviel bedeuten sollen wie: „nach dem bestehenden Recht“.

Unterstützt wird diese Ansicht noch dadurch, dass nach den neueren Reichsjustizgesetzen unter „Gesetz“: „jede Rechtsnorm“ verstanden wird. — E.-G. z. C.-P.-O. § 12; E.-G. z. St.-P.-O. § 7; E.-G. z. K.-O. § 2.

Für den Begriff der Rechtsnorm ist es aber gleichgültig, ob sie auf geschriebenen oder ungeschriebenen Rechtsquellen beruht. — Entsch. R.-G. v. 6. November 1880, Bd. II, S. 182 fg.

Der Subtrahendus. Von der nach den bestehenden Vorschriften der einzelnen Rechte gewährten Entschädigungssumme ist in Abzug zu bringen der Betrag, welcher den Verletzten oder den Hinterbliebenen des Getöteten nach Massgabe des industr. U.-G. zusteht.

Bei der Berechnung dieses Betrages haben wir neben dem industr. U.-G. auch das Krankenversicherungsgesetz zu berücksichtigen, weil die Bestimmungen dieser beiden Gesetze derart in einander greifen, dass der Umfang der den Berechtigten nach dem industr. U.-G. zustehenden Ansprüche ohne gleichzeitige Betrachtung beider Gesetze nicht klar zu übersehen ist. Dabei sind aber die Bestimmungen der beiden Gesetze wieder streng auseinanderzuhalten, da in Gemässheit des § 95 Abs. 2 nur die den Berechtigten nach dem industr. U.-G. zustehende Entschädigung in Abzug gebracht werden soll.

1. Die Bestimmungen des industr. U.-G. über den Umfang der Versicherungsentschädigung sind folgende:

A. Im Falle der Körperverletzung soll der Schadenersatz bestehen:

1. „in den Kosten des Heilverfahrens, welche vom Beginn der vierzehnten Woche¹⁾ nach Eintritt des Unfalls an entstehen;

¹⁾ Eine Körperverletzung, deren Folgen sich nicht über 13 Wochen hinaus erstrecken, erscheint daher im Sinne der Reichsversicherungs-

2. in einer dem Verletzten vom Beginn der vierzehnten Woche nach Eintritt des Unfalls an für die Dauer der Erwerbsunfähigkeit zu gewährenden Rente.“ — § 5 Abs. 2. „Die Rente beträgt:

- a) im Falle völliger Erwerbsunfähigkeit für die Dauer derselben sechshundsechzig zwei drittel Prozent des Arbeitsverdienstes;
- b) im Falle teilweiser Erwerbsunfähigkeit für die Dauer derselben einen Bruchteil der Rente unter a, welcher nach dem Masse der verbliebenen Erwerbsfähigkeit zu bemessen ist.“ — § 5 Abs. 6.

„Von Beginn der fünften Woche nach Eintritt des Unfalls bis zum Ablauf der dreizehnten Woche ist das Krankengeld, welches den durch einen Betriebsunfall verletzten Personen auf Grund des Krankenversicherungsgesetzes gewährt wird, auf mindestens zwei Drittel des bei der Berechnung desselben zu Grunde gelegten Arbeitslohnes zu bemessen. Die Differenz zwischen diesen zwei Dritteln und dem gesetzlich oder statuten-gemäss zu gewährenden niedrigeren Krankengelde ist der beteiligten Krankenkasse (Gemeinde-Krankenversicherung) von dem Unternehmer desjenigen Betriebes zu erstatten, in welchem der Unfall sich ereignet hat.“ — § 5 Abs. 9.¹⁾

„Den nach § 1 versicherten Personen, welche nicht nach den Bestimmungen des Krankenversicherungsgesetzes versichert sind, hat der Betriebsunternehmer die in den §§ 6 u. 7 des Krankenversicherungsgesetzes vorgesehenen Unterstützungen einschliesslich des aus dem vorhergehenden Absatze sich ergebenden Mehrbetrages für die ersten 13 Wochen aus eigenen Mitteln zu leisten.“ — § 5 Abs. 10.

Bezüglich der Berechnung des Arbeitsverdienstes hat das industr. U.-G. im § 5 Abs. 3, 4 und 5 ausführliche Bestimmungen getroffen.

B. Im Falle der Tötung ist als Schadenersatz ausserdem zu leisten:

- 1. „als Ersatz der Beerdigungskosten das zwanzigfache des nach § 5 Abs. 3—5 für den Arbeitstag ermittelten Verdienstes, jedoch mindestens dreissig Mark;
- 2. eine den Hinterbliebenen des Getöteten vom Todestage an zu gewährende Rente, welche nach den Vorschriften des § 5 Abs. 3—5 zu berechnen ist. Dieselbe beträgt:

gesetzgebung nicht als Unfall, sondern als blos vorübergehende Krankheit.

¹⁾ Bekanntmachung des Reichs-Versicherungsamts vom 30. September 1885. (A. N. I, S. 283.)

- a) für die Witwe des Getöteten bis zu deren Tode oder Wiederverheiratung zwanzig Prozent, für jedes hinterbliebene vaterlose Kind¹⁾ bis zu dessen zurückgelegtem fünfzehnten Lebensjahre fünfzehn Prozent und wenn das Kind auch mutterlos ist oder wird, zwanzig Prozent des Arbeitsverdienstes.

Die Renten der Witwen und der Kinder dürfen zusammen sechzig Prozent des Arbeitsverdienstes nicht übersteigen; ergibt sich ein höherer Betrag, so werden die einzelnen Renten in gleichem Verhältnisse gekürzt.²⁾

Im Falle der Wiederverheiratung erhält die Witwe den dreifachen Betrag ihrer Jahresrente als Abfindung.

Der Anspruch der Witwe ist ausgeschlossen, wenn die Ehe erst nach dem Unfälle geschlossen worden ist.

- b) Für Ascendenten des Verstorbenen, wenn dieser ihr einziger Ernährer war, für die Zeit bis zu ihrem Tode oder bis zum Wegfall der Bedürftigkeit zwanzig Prozent des Arbeitsverdienstes.

Wenn mehrere der unter b) benannten Berechtigten vorhanden sind, so wird die Rente den Eltern vor den Grosseltern gewährt.

Wenn die unter b) bezeichneten mit den unter a) bezeichneten Berechtigten konkurrieren, so haben die ersteren einen Anspruch nur, soweit für die letzteren der Höchstbetrag der Rente nicht in Anspruch genommen wird.

Die Hinterbliebenen eines Ausländers, welche zur Zeit des Unfalls nicht im Inlande wohnten, haben keinen Anspruch auf die Rente“ — § 6.

C. Ferner haben wir hier die Vorschrift des § 7 industr. U.-G. anzuführen, welche sich noch auf den Fall der Körperverletzung bezieht, aber an dieser Stelle erst Erwähnung finden kann, weil dieselbe die Kenntnis des § 6 industr. U.-G.

¹⁾ Unter Kinder sind auch Kindeskinde, überhaupt Abkömmlinge zu verstehen. — Vgl. v. Woedtke § 6 n. 9.

²⁾ Fallen später Entschädigungsberechtigte weg, so wachsen die ausfallenden Anteile den übrigen Entschädigungsberechtigten so lange zu, bis die den einzelnen Berechtigten zu zahlenden Renten den gesetzlich zulässigen Höchstbetrag von 20 und 15 Prozent erreicht haben. — Entsch. des Reichsversicherungsamts v. 5. März 1886. (Vgl. Schmitz, Reichsgesetz betr. die Unfall- und Krankenvers. d. i. land- und forstwirtsch. Betrieben beschäft. Personen, § 7 Anm. 2, S. 12 und 13.)

(welche von der Entschädigung im Falle der Tötung handelt) voraussetzt. Die Bestimmung lautet:

„An Stelle der im § 5 vorgeschriebenen Leistungen kann¹⁾ bis zum beendigten Heilverfahren freie Kur und Verpflegung in einem Krankenhause gewährt werden, und zwar:

1. für Verunglückte, welche verheiratet sind oder bei einem Mitgliede ihrer Familie wohnen, mit ihrer Zustimmung oder unabhängig von derselben, wenn die Art der Verletzung Anforderungen an die Behandlung oder Verpflegung stellt, denen in der Familie nicht genügt werden kann;
2. für sonstige Verunglückte in allen Fällen.

Für die Zeit der Verpflegung des Verunglückten in dem Krankenhause steht den im § 6 Ziff. 2 bezeichneten Angehörigen desselben die daselbst angegebene Rente insoweit zu, als sie auf dieselbe im Falle des Todes des Verletzten einen Anspruch haben würden.“

Die Leistungen, welche nach den angeführten Bestimmungen des industr. U.-G. dem Verletzten oder den Hinterbliebenen des Getöteten zustehen, ergeben die Summe (den Subtrahendus), welche von dem durch das bisherige Recht dem Verletzten gewährten Betrage in Abzug zu bringen ist.

Die Differenz. Das Ergebnis des Abzugsverfahrens wird je nach den verschiedenen rechtlichen Bestimmungen über die Höhe des Minuendus ein verschiedenes sein.

Ob der hiernach sich ergebende Entschädigungsbetrag (die Differenz) in Form einer Rente oder in Form eines einmal zu zahlenden Kapitals festzustellen ist, richtet sich nach den Vorschriften der einzelnen Landesrechte bzw. nach dem Reichsrecht. In der Regel wird das richterliche Ermessen entscheidend sein.

Für die Berechnung der Differenz, ebenso wie für die Anstellung der Differenzklage aus § 95 industr. U.-G. ist es ohne Einfluss, ob die in dem industr. U.-G. bezeichneten Leistungen auch in der That von den Genossenschaften oder Krankenkassen aufgewendet worden sind, denn es sollen nach der ausdrücklichen Vorschrift des § 95 Abs. 2 nicht etwa die geleisteten Beträge in Abzug gebracht werden, sondern diejenigen, auf welche die Berechtigten nach dem industr. U.-G. „Anspruch haben.“ Wird den letzteren die ihnen nach dem industr. U.-G. gebührende Entschädigung nicht oder nicht

¹⁾ Darüber entscheiden die Organe der Genossenschaft.

vollständig gewährt, so können sie sich deswegen nur an die Genossenschaft oder Krankenkasse halten.

2. Das Krankenversicherungsgesetz.

Literatur:

- Balck, C. W. A.*, Die Krankenversicherung der Arbeiter nach Gesetz und Praxis. Wismar 1885.
- Ebert, A.*, Gesetzgebung über die Krankenversicherung der Arbeiter. Hannover 1884.
- Eger, Georg*, Die Unfall- und Krankenversicherungsgesetze. Breslau 1886.
- Engelmann, Jul.*, Das Reichsgesetz betr. die Krankenversicherung der Arbeiter. Erlangen 1886.
- Friedemann, E.*, Das Krankenversicherungsgesetz (Soziale Zeitfragen, Heft 6). Minden i. Westf.
- Haagen, G.*, Die Reichsgesetze über die Krankenversicherung der Arbeiter, die eingeschriebenen Hilfskassen und die Unfallversicherung. Schw. Gmünd 1884.
- Haepe, G.*, Das Krankenversicherungsrecht nach dem Gesetz vom 15. Juni 1883. Leipzig 1885.
- Hoinghaus, R.*, Reichsgesetz betr. die Krankenversicherung der Arbeiter. 3. Aufl. Berlin 1885.
- Köhne, Paul*, Das Reichsgesetz betr. die Krankenversicherung der Arbeiter vom 15. 6. 1883 nebst dem Gesetz vom 28. 1. 1885. Stuttgart 1886.
- Mahlitz, Rich.*, Das Reichsgesetz betr. die Krankenversicherung der Arbeiter vom 15. 6. 1883.
- Müller, L. A. von*, Die Krankenversicherung der Arbeiter. 2. Aufl. Nördlingen 1885.
- Ohly, Albr.*, Die Krankenversicherung der Arbeiter. Darmstadt 1884.
- Reger, A.*, Das Reichsgesetz betr. die Krankenversicherung der Arbeiter vom 15. Juni 1883 nebst Novelle vom 28. Januar 1885 und bayerischem Ausführungsgesetze vom 28. Februar 1884. 4. Aufl. Ansbach 1885.
- Schicker, K.*, Die Reichsgesetze über die Krankenversicherung der Arbeiter und die eingeschriebenen Hilfskassen. Stuttgart 1884.
- Schmitz, J.*, Reichsgesetz betr. die Krankenversicherung der Arbeiter vom 15. Juni 1883. 3. Aufl. Berlin 1888.
- Woedtke, E. von*, Das Reichsgesetz betr. die Krankenversicherung der Arbeiter. 3. Aufl. Berlin 1885.
- Zeller, W.*, Das Reichsgesetz betr. die Krankenversicherung der Arbeiter Nördlingen 1883.
- Bezügl. der Krankenversicherung in Land- und Forstwirtschaft vgl.: die Literatur über das landw. U.-G. § 14 d. W.

Wegen der Bestimmungen im § 5, Abs. 9 u. 10 industr. U.-G., in welchen auf das Krankenversicherungsgesetz Bezug genommen wird, muss hier kurz auf dieses Gesetz eingegangen werden.

Die Krankenversicherung erfolgt nach dem K.-G. und dessen Ergänzungen im Ausd.-G. entweder durch besondere Kassen, die Orts-, Betriebs- (Fabrik-), Bau-, Innungs-, Knapp-

schafts-, eingeschriebene Hülfskassen¹⁾ oder durch die Gemeindekrankenversicherung.

Versicherungspflichtig sind:

- a) Personen, welche gegen Gehalt oder Lohn beschäftigt sind
1. in Bergwerken, Salinen, Aufbereitungsanstalten, Brüchen und Gruben, in Fabriken und Hüttenwerken, beim Eisenbahn- und Binnendampfschifffahrtsbetriebe, auf Werften und bei Bauten,
 2. im Handwerk und in sonstigen stehenden Gewerbebetrieben,
 3. in Betrieben, in denen Dampfkessel oder durch elementare Kraft (Wind, Wasser, Dampf, Gas, heisse Luft etc.) bewegte Triebwerke zur Verwendung kommen, sofern diese Verwendung nicht ausschliesslich in vorübergehender Benutzung einer nicht zur Betriebsanlage gehörenden Kraftmaschine besteht,

mit Ausnahme der im § 2 unter Ziffer 2—6 aufgeführten Personen, sofern nicht die Beschäftigung ihrer Natur nach eine vorübergehende oder durch den Arbeitsvertrag im Voraus auf einen Zeitraum von weniger als einer Woche beschränkt ist.

Betriebsbeamte unterliegen der Versicherungspflicht nur, wenn ihr Arbeitsverdienst an Lohn oder Gehalt²⁾ sechs zwei Drittel Mark für den Arbeitstag nicht übersteigt. — § 1 Abs. 1 u. 2.

b) Ferner ist die Krankenversicherungspflicht durch das Ausd.-G. § 15 erstreckt auf:

- „1. den gesamten Betrieb der Post-, Telegraphen- und Eisenbahnverwaltungen, sowie sämtliche Betriebe der Marine- und Heeresverwaltungen, und zwar einschliesslich der Bauten, welche von diesen Verwaltungen für eigene Rechnung ausgeführt werden;
2. den Baggereibetrieb;
3. den gewerbsmässigen Fuhrwerks-, Binnenschifffahrts-, Flösserei-, Prahm- und Fährbetrieb; sowie den Gewerbebetrieb des Schiffsziehens (Treidelei);
4. den gewerbsmässigen Speditions-, Speicher- und Kellereibetrieb;

¹⁾ Vgl. Gesetz über die eingeschriebenen Hülfskassen vom 7. April 1876 mit den Abänderungen durch das Reichsgesetz vom 1. Juni 1884. (Vgl. Schicker, S. 301 fg.)

²⁾ Als Lohn und Gehalt gelten auch Tantiemen und Naturalbezüge — § 1 Abs. 3.

5. den Gewerbebetrieb der Güterpacker, Güterlader, Schaffer, Bracker, Wäger, Messer, Schauer und Stauer.“ — Ausd.-G. § 1.

c) Durch statutarische Bestimmung¹⁾ einer Gemeinde für ihren Bezirk, oder eines weiteren Kommunalverbandes für seinen Bezirk oder Teile desselben, kann die Versicherungspflicht ausgedehnt werden:

1. auf diejenigen in § 1 K.-G. bezeichneten Personen, deren Beschäftigung ihrer Natur nach eine vorübergehende oder durch den Arbeitsvertrag im voraus auf einen Zeitraum von weniger als einer Woche beschränkt ist;
2. auf Handlungsgehilfen und Lehrlinge, Gehilfen und Lehrlinge in Apotheken;
3. auf Personen, welche in anderen als den im § 1 bezeichneten Transportgewerben²⁾ beschäftigt werden;
4. auf Personen, welche von Gewerbetreibenden ausserhalb ihrer Betriebsstätten beschäftigt werden;
5. auf selbständige Gewerbetreibende, welche in eigenen Betriebsstätten im Auftrage und für Rechnung anderer Gewerbetreibender mit der Herstellung oder Bearbeitung gewerblicher Erzeugnisse beschäftigt werden (Hausindustrie);
6. auf die in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigten Arbeiter. — § 2.

d) Eine Befreiung von der Versicherungspflicht tritt auf Antrag ein für solche Personen, welche im Krankheitsfalle mindestens für dreizehn Wochen auf Verpflegung in der Familie des Arbeitgebers oder auf Fortzahlung des Gehaltes oder des Lohnes Anspruch haben. — § 3 Abs. 2.

e) Ausgeschlossen von der Versicherungspflicht sind:

1. Beamte, welche in Betriebsverwaltungen des Reichs, eines Bundesstaates oder eines Kommunalverbandes mit festem Gehalt angestellt sind. — § 3 Abs. 1;
2. Personen des Soldatenstandes, sowie solche in Reichs- oder Staatsbetrieben beschäftigte Personen, welche dem Reich oder dem Staate gegenüber in Krankheitsfällen einen Anspruch auf Fortzahlung des Gehaltes oder des Lohnes oder auf eine den Bestimmungen des § 6 a. a. O. entsprechende Unterstützung mindestens für 13 Wochen nach der Erkrankung haben. — Ausd.-G. § 15 Abs. 2.

¹⁾ Welche der Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde bedarf und in gehöriger Weise zu veröffentlichen ist. — § 2 Abs. 3.

²⁾ Die Mehrzahl der Transportbetriebe ist durch § 15 Ausd.-G. gesetzlich dem Versicherungszwange unterworfen.

Die versicherungspflichtigen Personen müssen entweder einer der besonderen Kassen oder der Gemeindekrankenversicherung beitreten.

Bezüglich dieser besonderen Kassen hat sich das K.-G. mit der Aufstellung bestimmter Normativbestimmungen begnügt und im Uebrigen den Kassen freie Hand in der Verwaltung und Regelung ihrer Angelegenheiten gelassen. Die Normativbestimmungen betreffen die Grundzüge der Organisation, den Massstab, die Berechnung und die Höhe der Lohn- und Gehaltssätze, die Höhe der Kassenbeiträge und die Minimal- und Maximalleistungen der einzelnen Kassen.

Es ist also — worauf es hier allein ankommt — den besonderen Kassen bezüglich des Umfangs der Krankenunterstützungen ein gewisser Spielraum gewährt.

Nur bezüglich der Gemeindekrankenversicherung hat das K.-G. genaue Vorschriften über den Umfang der Leistungen getroffen. Die hierher gehörigen Bestimmungen sind die folgenden:

„Als Krankenunterstützung ist zu gewähren:

1. vom Beginn der Krankheit ab freie ärztliche Behandlung¹⁾, Arznei, sowie Brillen, Bruchbänder und ähnliche Heilmittel;
2. im Falle der Erwerbsunfähigkeit, vom dritten Tage²⁾ nach dem Tage der Erkrankung ab für jeden Arbeitstag ein Krankengeld in Höhe der Hälfte des ortsüblichen Tagelohns³⁾ gewöhnlicher Tagearbeiter.“ — § 6 Abs. 1.

„Die Krankenunterstützung endet spätestens mit dem Ablauf der dreizehnten Woche nach Beginn der Krankheit.“ — § 6 Abs. 2.

„Das Krankengeld ist wöchentlich postnumerando zu zahlen.“ — § 6 Abs. 4.

An Stelle der im § 6 vorgeschriebenen Leistungen kann unter den im § 7 Abs. 1 industr. U.-G. bestimmten und oben angeführten Voraussetzungen „freie Kur und Verpflegung in einem Krankenhause“ gewährt werden. — K.-G. § 7 Abs. 1.

Ausserdem steht den Angehörigen des Erkrankten, deren Unterhalt letzterer bisher aus seinem Arbeitsverdienste be-

¹⁾ Als solche gilt auch die Behandlung von Wundärzten und unter Umständen auch von Hebammen. — Balck S. 13.

²⁾ Die sogen. Karenzzeit in der Krankenversicherung. Um diese ausfallenden Tage ist die Zeit von 13 Wochen mithin stets zu kürzen.

³⁾ Ueber die Feststellung des ortsüblichen Tagelohns enthält der § 8 K.-G. nähere Vorschriften.

stritten hat, ein Anspruch auf die Hälfte des im § 6 festgesetzten Krankengeldes zu. — § 7 Abs. 2.

In Ansehung der Orts-, Betriebs- (Fabrik-), Bau-, Innungs-, Knappschafts- und eingeschriebenen Hilfskassen bestimmt das K.-G., dass deren Leistungen mindestens diejenigen der Gemeindekrankenversicherung erreichen müssen. — K.-G. §§ 20, 64, 72, 73 und 74.

Blicken wir nach der Erörterung der Bestimmungen des K.-G. wieder einmal auf unseren § 95 industr. U.-G.!

Nach Abs. 2 dieses Paragraphen soll in Abzug gebracht werden nur diejenige Entschädigung, auf welche die gegen Unfälle versicherten Personen „nach diesem Gesetze“, d. h. nach dem industr. U.-G., Anspruch haben. Darüber, dass die Entschädigung, welche der Versicherte etwa auf Grund des K.-G. erhält, gleichfalls in Abzug gebracht werden solle, enthält der § 95 keine Bestimmung. Danach möchte es den Anschein gewinnen, als ob die nach Massgabe des industr. U.-G. versicherten Personen, welche auch gegen Krankheit versichert sind, die aus den Krankenkassen bzw. aus der Gemeindekrankenversicherung erhaltenen Krankenunterstützungen noch einmal von dem verurteilten Unternehmer bzw. Betriebsbeamten einfordern könnten. Dem ist aber nicht so, denn hier greifen wieder andere Bestimmungen ein, welche dafür Sorge tragen, dass der Verletzte nicht von zwei Seiten Ersatz des Schadens erhält, welcher bereits aus der Krankenkasse ersetzt worden ist. Der Anspruch des Verletzten gegen den Unternehmer bzw. dessen Beamte, soweit er überhaupt nach § 95 industr. U.-G. noch begründet ist, geht nämlich in Höhe der von den Krankassen geleisteten Unterstützungen kraft Gesetzes auf die Krankenkassen über. — K.-G. §§ 57 Abs. 4, 65 Abs. 5, 72 Abs. 2, 73 Abs. 1; industr. U.-G. § 96.

Was die gegen Krankheit nicht versicherten Personen anbelangt, so können auch diese die während der ersten 13 Wochen nach dem Unfall in Gemässheit des § 5 Abs. 10 empfangenen Beträge von dem verurteilten Betriebsunternehmer und seinen Beamten nicht noch einmal beanspruchen, weil die erwähnten Beträge in dem industr. U.-G. ihren Grund haben und daher auch nach § 95 Abs. 2 in Abzug zu bringen sind.

So kommen wir zu dem Ergebnis, dass die nach Massgabe des industr. U.-G. versicherten Personen, mögen sie gegen Krankheit versichert sein oder nicht, für die ersten 13 Wochen

ihrer Krankheit versorgt sind, entweder auf Kosten der Krankenkassen oder auf Kosten der Betriebsunternehmer¹⁾, und dass die Versicherten in keinem Falle berechtigt sind, die während der ersten 13 Wochen empfangenen Beträge noch einmal auf Grund des § 95 von dem Betriebsunternehmer und seinen Beamten zu verlangen.

Trotz der genauen Vorschriften über den Umfang der Unfallentschädigung wird das Gericht wohl schwerlich in der Lage sein, die Berechnung der in Abzug zu bringenden Unfallentschädigung selbst vorzunehmen. Falls die Parteien über die Höhe dieser Entschädigung nicht einig sind oder das nötige Material zur Berechnung derselben nicht vorlegen, wird es sich für das Gericht empfehlen, sich an die betr. Berufsgenossenschaft²⁾ und Krankenkasse bzw. die Feststellungsbehörden um Mitteilung des für die Entscheidung erforderlichen Materials zu wenden.

Veränderung der Verhältnisse.

Wie verhält es sich mit dem Differenzanspruch der Verletzten und deren Hinterbliebenen, wenn in den Verhältnissen, welche für die Feststellung der Entschädigung massgebend gewesen sind, eine wesentliche Veränderung eintritt? Es gewinnt z. B. ein für erwerbsunfähig oder für nur teilweise erwerbsfähig Erklärter im Laufe der Zeit die volle Erwerbsfähigkeit wieder; oder es tritt nachträglich der Tod des Verletzten ein u. s. w.

In dieser Richtung schreibt das industr. U.-G. im § 65 vor, dass bei Eintritt einer wesentlichen Veränderung in den Verhältnissen auf Antrag oder von Amtswegen eine anderweite Feststellung der Versicherungsentschädigung erfolgen solle.

Es fragt sich, ob die spätere Erhöhung oder Ermässigung der Versicherungsentschädigung auch eine entsprechende Veränderung der Differenz nach sich führen kann. Steht einerseits den Beschädigten das Recht zu, im Falle der Herabsetzung der Versicherungsentschädigung die Erhöhung des ihnen nach § 95 Abs. 2 zugesprochenen Betrages zu fordern, und kann andererseits im Falle der Erhöhung der Versicherungsentschädigung der Verpflichtete die Herabsetzung des Betrages, zu deren Zahlung er verurteilt ist, verlangen?

Diese Frage ist nach den verschiedenen Rechten verschieden zu beantworten.

¹⁾ Vgl. Entsch. R.-G. v. 14. März 1887 — Bd. XIX, S. 84.

²⁾ Organ derselben ist der Genossenschaftsvorstand.

Abgesehen von positiven Vorschriften folgt aus dem Wesen des Urteils, dass der in demselben rechtskräftig zuerkannte Entschädigungsbetrag nicht nachher wegen Aenderung der Verhältnisse, welche das Urteil damals rechtfertigten, erhöht oder verringert werden kann. Das Urteil setzt die Entschädigung definitiv fest, der Anspruch des Beschädigten erhält durch das Urteil seine definitive Gestaltung.

Einer Klage auf Erhöhung oder Erniedrigung des durch rechtskräftiges Urteil festgestellten Betrages würde mit Recht die *exceptio rei judicatae* entgegengehalten werden können.

Die Folge hiervon ist, dass allerdings Unbilligkeiten entstehen, da die Unfallrente nicht um den vollen Betrag der nachträglichen Erhöhung oder Verminderung des Schadens, sondern nur um eine Quote (etwa $\frac{2}{3}$) derselben erhöht oder herabgesetzt wird. Wenn z. B. der Schaden ursprünglich 1000 Mark, die Unfallentschädigung $666\frac{2}{3}$ Mark und die Differenz $333\frac{1}{3}$ Mark beträgt, und sich im Laufe der Zeit der Schaden um 100 Mark, also auf 1100 Mark, erhöht, so würde die Unfallrente nur um $66\frac{2}{3}$ Mark, also auf $733\frac{1}{3}$ Mark, erhöht werden. Der Beschädigte würde mithin, falls die Differenz unverändert bliebe, im Ganzen nur $1066\frac{2}{3}$ Mark erhalten, also $33\frac{1}{3}$ Mark weniger, als ihm zukommen würde. Vermindert sich der Schaden um 100 Mark (im Ganzen also auf 900 Mark), so würde die Unfallrente um $66\frac{2}{3}$ Mark erniedrigt, also auf 600 Mark herabgesetzt werden müssen. Der Beschädigte würde mithin, falls die Differenz unverändert bliebe, $933\frac{1}{3}$ Mark, demnach $33\frac{1}{3}$ Mark mehr erhalten, als er nach Billigkeit zu beanspruchen hätte.

Anders liegt die Sache nach den Rechten, welche eine nachträgliche anderweite Feststellung der Entschädigung ausdrücklich zulassen.¹⁾ Dieses geschieht im preussischen Recht²⁾ (A. L.-R. I, 6, §§ 101, 102, 105, 107 und 110), im sächs. B.-Gesetzbuch § 1864 und im Reichshaftpflichtgesetz § 7, Abs. 2.

Dagegen lässt z. B. das französische Recht eine Abänderung der Feststellung nicht zu. — Entsch. O.-L.-G. Köln I Sen. v. 24. März 1885 (in der Zeitschrift für franz. Civilrecht Bd. XVI. S. 577). Auch auf dem Gebiet des Reichshaftpflichtgesetzes ist die Abänderung der ursprünglichen Fest-

¹⁾ Ueber die Frage, von welchem Zeitpunkt ab dem Abänderungsurteil Wirksamkeit zu geben ist, vgl.: R.-O.-H.-G., Bd. XXIV, S. 366 fg., und die abweichende Ansicht Westerkamps, S. 701, 702.

²⁾ Westerkamp, S. 699.

stellung ausgeschlossen, wenn der Haftpflichtige zur Zahlung eines Kapitals verurteilt ist.¹⁾

Zu bemerken ist hier noch, dass für die landesrechtlichen Ansprüche des Verletzten oder dessen Hinterbliebenen gegen den Unternehmer eines in den §§ 1 und 2 des Haftpflichtgesetzes bezeichneten Anlage oder gegen eine andere Person, welche wegen eignen Verschuldens für den bei dem Betriebe der Anlage durch Tötung oder Körperverletzung eines Menschen entstandenen Schadens haftet, der § 7 Abs. 2 des Haftpflichtgesetzes ebenfalls massgebend ist. — § 9 Abs. 2 daselbst. — Vgl. hierzu Entsch. R.-G. v. 17. Dezember 1884 (in der Jurist. Wochenschrift 1885, S. 73).

Um der ober angeführten Unbilligkeit, welche sich durch die spätere Erhöhung oder Erniedrigung der Unfallrente ergeben kann, vorzubeugen, wird es sich empfehlen, auf die Möglichkeit einer späteren Veränderung der Verhältnisse in dem auf die Differenzklage ergehenden Urteil Rücksicht zu nehmen und einen entsprechenden Vorbehalt im Urteil zu machen. Vor allen Dingen haben auf diesen Umstand die Parteianwälte bei Formulierung ihrer Klaganträge Rücksicht zu nehmen, da das Gericht an diese Anträge gebunden ist.

Verjährung der Differenzklage.

Ueber die Verjährung des dem Verletzten oder dessen Hinterbliebenen gegen den Betriebsunternehmer oder dessen Beamte zustehenden Differenzanspruches hat der § 95 industr. U.-G. besondere Bestimmungen nicht getroffen. Es bleibt daher in dieser Beziehung bei dem bestehenden Recht. Nach diesem beginnt die Verjährung mit dem Tage, an welchem dem Berechtigten die rechtliche Möglichkeit der Geltendmachung gegeben ist. Da nun nach § 95 die Geltendmachung des Ersatzanspruches vor der rechtskräftigen Verurteilung des Betriebsunternehmers oder der Betriebsbeamten ausgeschlossen ist, so kann auch die Verjährung erst mit dem Tage der Rechtskraft des Strafurteils beginnen.

Es entsteht hier die Frage, ob vielleicht nach französischem Recht und nach dem Reichshaftpflichtgesetz in dieser Richtung etwas Besonderes gilt. Nach ersterem beginnt die Verjährung mit dem Tage zu laufen, an welchem die Handlung begangen ist, welche die Körperverletzung

¹⁾ Vgl. auch die Bestimmung im § 119 I 6 A. L.-R. Die Ermässigung tritt hier kraft Gesetzes ein. Seuff. Arch. XXXV, S. 308.

oder Tötung verursacht hat.¹⁾ Nach letzterem wird die Verjährungszeit von dem Tage des Unfalls, bezüglich des Ersatzanspruchs wegen Tötung des Ernährers (§ 3 Nr. 1 des Haftpflichtgesetzes) von dem Todestage an gerechnet. Die Verjährungszeit der Forderungen aus dem Haftpflichtgesetz ist eine kurze (2 Jahre), während die Verjährungszeit nach dem französischen Recht nicht gerade kurz genannt werden kann.²⁾ In den meisten Fällen wird innerhalb dieser Zeit das strafgerichtliche Verfahren gegen den Thäter wohl erledigt sein. Indessen sind doch Fälle denkbar, in welchen die Verurteilung des Thäters innerhalb der Verjährungszeit nicht erfolgen kann, z. B. wenn der Thäter flüchtig ist und erst kurz vor Ablauf der Verjährungszeit festgenommen wird. Verliert nun der Verletzte seinen Anspruch auf die Differenz des § 95 industr. U.-G., wenn innerhalb der mit den oben bezeichneten Tagen beginnenden Verjährungszeit die strafgerichtliche Feststellung nicht erfolgt? Dieses dürfte nicht der Fall sein, da die Vorschriften über das Ruhen der Verjährung hier Platz greifen. Die Verjährung wird in ihrem Ablaufe durch rechtliche Hindernisse aufgehalten, welche der Anstellung der Klage entgegenstehen. — *Agere non valenti non currit praescriptio*;³⁾ — vgl. auch preuss. A. L.-R. I, 9, 516. — Als ein solches Hindernis muss die Nichterledigung des Strafverfahrens angesehen werden.

§ 14.

Das land- und forstwirtschaftliche Unfallversicherungsgesetz.

Literatur:

- Eberts, E.* Gesetz, betreffend die Unfall- und Krankenversicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen, vom 5. Mai 1886. Trier 1886.
- Engelmann, Jul.* Das Reichsgesetz, betreffend die Unfall- und Krankenversicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen, vom 5. Mai 1886. Erlangen 1886.
- Förster, O.* Darstellung des Unfall- und Krankenversicherungsgesetzes f. Land- und Forstwirtschaft. Düsseldorf 1886.
- Fuld, Ludw.* Reichsgesetz, betr. die Unfall- und Krankenversicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen, vom 5. Mai 1886, Berlin 1886.

¹⁾ Vgl. v. Weinrich, a. a. O. S. 115.

²⁾ Sie beträgt bei Körperverletzungen 5, 10, 15 Jahre; bei Tötungen 5, 15, 20 Jahre.

³⁾ Vgl. hierüber: P. v. Roth, System des deutschen Privatrechts, T. I § 87 II, 3 S. 469.

- Gräf-Trutzer.* Das Reichsgesetz, betr. die Unfall- und Krankenversicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen, vom 5. Mai 1886. 2. Aufl. Ansbach 1888.
- Haagen, G.* Die land- und forstwirtschaftliche Unfall- und Krankenversicherung im Königreich Württemberg. Tübingen 1888.
- Hoinghaus, R.* Reichsgesetze, betr. die Unfall- und Krankenversicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen. 2. Aufl. Berlin 1887.
- Just.* Die Unfallversicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen. Berlin 1888.
- Lange, E.* Reichsgesetz, betr. die Unfall- und Krankenversicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen, nebst dem Ausführungsgesetz f. Preussen. Berlin 1887.
- Meyer.* Die land- und forstwirtschaftl. Unfallversicherung in Oldenburg. Oldenburg 1889.
- Rasp, Carl.* Die land- und forstwirtschaftliche Unfall- und Krankenversicherung nach dem Reichsgesetz vom 5. Mai 1886 und dem Bayr. Ausführungsgesetz vom 5. März 1888. Nördlingen 1889.
- Reuss, Herm.* Die landwirtschaftliche Unfallversicherung nach dem Reichsgesetz vom 5. Mai 1886. Ein Vortrag. Ansbach 1889.
- Rumpelt, A.* Unfall- und Krankenversicherung für Land- und Forstwirtschaft im Königreich Sachsen. Dresden 1888.
- Schmitz, J.* Reichsgesetz, betr. die Unfall- und Krankenversicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen. Berlin 1888.
- Tzschoppe, W. v.* Die landwirtschaftliche Unfallversicherung in der Provinz Hannover. 4. Aufl. Hannover 1888.
- Tzschoppe, W. v.* Die landwirtschaftliche Unfallversicherung in der Provinz Schlesien. Breslau 1888.
- Woedtke, E. v.* Unfallversicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen. (Als Kommentar bearbeitet.) 2. Aufl. Berlin 1888.

1. Die Bestimmungen des Reichsgesetzes, betreffend die Unfallversicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter, vom 5. Mai 1886, welche sich mit der Haftpflicht des Betriebsunternehmers und seiner Beamten gegenüber dem Verletzten und dessen Hinterbliebenen beschäftigen, stimmen mit dem § 95 des industr. U.-G. wörtlich überein. — § 116 Abs. 1 und 2.

Eine neue Bestimmung, welche das industr. U.-G. nicht kennt, enthält der Absatz 3 des § 116 landw. U.-G. Diese Bestimmung lautet folgendermassen: „Die auf landesgesetzlichen Bestimmungen beruhenden Ansprüche eines Verletzten auf Ersatz des in Folge des Unfalls erlittenen Schadens für die Dauer der ersten dreizehn Wochen nach dem Unfälle bleiben vorbehalten, wenn nicht durch die Landesgesetzgebung oder durch statutarische Bestimmung eine den Vorschriften der §§ 6 und 7 des Krankenversicherungsgesetzes vom 15. Juni 1883 bzw. der §§ 137 ff. dieses Gesetzes mindestens gleich-

kommende Fürsorge für den Verletzten und seine Angehörigen getroffen ist oder der Verletzte auf Grund des § 136 dieses Gesetzes von der Krankenversicherungspflicht befreit ist.“

2. Die Berechtigten. Ebenso, wie wir oben bei Erörterung des industr. U.-G. zunächst den Kreis derjenigen Personen feststellen mussten, welche nach Massgabe dieses Gesetzes versicherungspflichtig sind, so ist es auch hier unsere nächste Aufgabe, den Kreis der nach dem landw. U.-G. versicherten Personen kennen zu lernen. Denn die Bestimmung des § 116 landw. U.-G. über die Haftpflicht des Betriebsunternehmers und der Betriebsbeamten bezieht sich — entsprechend der Bestimmung des § 95 industr. U.-G. — auf die Entschädigungsansprüche der „nach Massgabe dieses Gesetzes — d. i. des landw. U.-G. — versicherten Personen.“

Nach diesem Gesetze sind folgende Personen versicherungspflichtig:

a. „Alle in land- oder forstwirtschaftlichen Betrieben¹⁾ beschäftigten Arbeiter und Betriebsbeamten²⁾, letztere, sofern ihr Jahresarbeitsverdienst³⁾ an Lohn oder Gehalt 2000 Mark nicht übersteigt.“ — § 1 Abs. 1.

1) Das Reichsversicherungsamt entscheidet im Zweifelsfalle, welche Betriebszweige im Sinne des landw. U.-G. „als land- oder forstwirtschaftliche Betriebe anzusehen sind.“ — § 1 Abs. 6. „Als landwirtschaftlicher Betrieb des landw. U.-G. gilt auch der Betrieb der Kunst- und Handelsgärtnerei, dagegen nicht die ausschliessliche Bewirtschaftung von Haus- und Ziergärten.“ — § 1 Abs. 5.

2) Wer im Sinne des landw. U.-G. als „Betriebsbeamter“ anzusehen ist, soll durch statutarische Bestimmung der Berufsgenossenschaft für ihren Bezirk festgestellt werden. — § 1 Abs. 4 u. § 22 Ziff. 12. So erklärt z. B. das schlesische Genossenschaftsstatut vom 21. Dezember 1887 und 16. Januar 1888 für Betriebsbeamte: Inspektoren, Verwalter, Schäfermeister, Molkereimeister, Förster, Waldwärter, Obergärtner u. desgl. — Vgl.: Tzschoppe, S. 5. — Das Statut der land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft für das Königreich Sachsen vom 22. Juni u. 3. Juli 1888 § 23 bestimmt, dass als Betriebsbeamte diejenigen Personen anzusehen sind, welche entweder als leitende bzw. beaufsichtigende Organe, auch niederer Ordnung, wirken, oder als Bevollmächtigte bzw. gesetzliche Vertreter, sei es ausschliesslich, sei es teilweise, für den Wirtschaftsbetrieb fungieren; insbesondere: Gutsverwalter, Forstverwalter, Forst- und Jagdaufsichtsbeamte, Vögte, Wirtschaftserinnen, Vormünder, Massenverwalter, unbesoldete Gemeindevertreter, denen eine land- oder forstwirtschaftliche Verwaltung amtlich übertragen ist. — Rumpelt, Nachtrag S. 55 u. 56.

3) Ueber die Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes hat das landw. U.-G. ins Einzelne gehende Bestimmungen getroffen. — §§ 3 u. 2 Abs. 3.

„Dasselbe gilt von Arbeitern und Betriebsbeamten in land- und forstwirtschaftlichen, nicht unter § 1 des Unfallversicherungsgesetzes vom 6. Juli 1884 fallenden Nebenbetrieben.“ — § 1 Abs. 2.

b. Die Versicherungspflicht kann durch die Landesgesetzgebung ausgedehnt werden auf die Unternehmer der im § 1 Abs. 1 angeführten Betriebe.

Aber auch eingeschränkt kann sie werden, nämlich in der Weise, dass Familienangehörige, welche in dem Betriebe des Familienhauptes beschäftigt sind, von der Versicherung ausgeschlossen werden. — § 1 Abs. 3.

c. Ausserdem können noch andere nach § 1 nicht versicherte, in dem Betriebe beschäftigte Personen, z. B. Volontäre, Forstlehrlinge, Schreiber, Rechnungsführer, durch die Unternehmer der unter § 1 fallenden Betriebe versichert werden. Die Unternehmer sind auch, sofern ihr Jahresarbeitsverdienst 2000 Mark nicht übersteigt, berechtigt, sich selbst zu versichern. — § 2 Abs. 1.

Es besteht also neben dem Versicherungszwang noch die Möglichkeit einer freiwilligen Unfallversicherung.

Die Berechtigung der freiwilligen Versicherung der Unternehmer kann durch Statut auf Unternehmer mit einem 2000 Mark übersteigenden Jahresarbeitsverdienst erstreckt werden. — § 2 Abs. 1 a. E.

Auch kann durch Statut¹⁾ die Versicherungspflicht auf Betriebsbeamte mit einem 2000 Mark übersteigenden Jahresarbeitsverdienst und auf Betriebsunternehmer ausgedehnt werden, deren Jahresarbeitsverdienst 2000 Mark nicht übersteigt. — § 2 Abs. 2.

d. Keine Anwendung findet das landw. U.-G. auf die im § 1 des Gesetzes, betreffend die Fürsorge für Beamte und Personen des Soldatenstandes in Folge von Betriebsunfällen, vom 15. März 1886 bezeichneten Personen; auf Beamte, welche in Betriebsverwaltungen eines Bundesstaates oder eines Kommunalverbandes mit festem Gehalt und Pensionsberechtigung angestellt sind, sowie auf andere Beamte eines Bundesstaats oder Kommunalverbandes, für welche die in § 12 a. a. O. vorgesehene Fürsorge in Kraft getreten ist. — § 4.

¹⁾ Vgl. z. B. Statut der schlesischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft vom 21. Dezember 1887 und 16. Januar 1888; — Tzschope, S. 1. Ebenso: Statut der hannoverschen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft vom 20. Dezember 1887 und 2. Februar 1888. — Tzschope, S. 7.

3. Die Verpflichteten. Verpflichtet sind nach dem landw. U.-G., gleichwie nach dem industr. U.-G., der Betriebsunternehmer und seine Beamten.

Es gelten daher die Erörterungen des vorigen Paragraphen über den Begriff des Betriebsunternehmers auch hier. Betriebsunternehmer ist hier derjenige, für dessen Rechnung der land- und forstwirtschaftliche Betrieb erfolgt. So sind auch Tagelöhner, welche ein Stückchen Land zu Eigen, als Nutzniesser oder Pächter besitzen und bewirtschaften, als Unternehmer im Sinne des landw. U.-G. zu betrachten.

Auch inbetreff der Betriebsbeamten (der Bevollmächtigten, Repräsentanten, Betriebs- und Arbeiteraufseher) wird auf die Erörterungen im vorigen Paragraphen Bezug genommen. Es möge hier nur noch bemerkt werden, dass in Gemässheit des § 1 Abs. 4 die Berufsgenossenschaft durch statutarische Bestimmung für den Umfang ihres Bezirkes festzustellen hat, wer als Betriebsbeamter im Sinne des landw. U.-G. anzusehen ist. Daher ist die Möglichkeit gegeben, dass die Begriffsbestimmung dieser Personen im deutschen Reiche eine sehr verschiedene und schwankende ist, zumal die Grenze zwischen land- und forstwirtschaftlichen Arbeitern und Betriebsbeamten — z. B. einem gewöhnlichen Knecht und einem Oberknecht — häufig nicht klar festgestellt werden kann.

4. Die Regel und die Ausnahme des § 116. Die Ausführungen des vorigen Paragraphen über die Beseitigung der Schadenersatzansprüche und die ausnahmsweise Zulassung derselben zu Gunsten der nach Massgabe des landw. U.-G. versicherten Personen, sowie die Voraussetzungen ihrer Zulassung finden hier — vorbehaltlich der gleich zu erwähnenden Sonderbestimmungen des landw. U.-G. — in gleicher Weise Anwendung, wie bei dem industr. U.-G.

5. Die Sonderbestimmungen des landw. U.-G. Die Abweichungen des landw. U.-G. von den Bestimmungen des industr. U.-G. bezüglich der Haftpflicht des Unternehmers und seiner Beamten sind die folgenden:

Nach dem industr. U.-G. sind die Entschädigungsansprüche der Versicherten und ihrer Hinterbliebenen gegenüber dem Betriebsunternehmer und seinen Leuten, vorbehaltlich der im § 95 industr. U.-G. ausdrücklich zugelassenen Ausnahmen, beseitigt. Dagegen unterscheidet das landw. U.-G. zwischen dem Schaden, welcher während der ersten 13 Wochen nach dem Unfalle entstanden, und demjenigen Schaden, welcher nach dieser Zeit eingetreten ist. Den Anspruch auf Ersatz

des ersteren lässt das landw. U.-G. der Regel nach bestehen, während es die Ansprüche auf Ersatz des letzteren der Regel nach ebenso beseitigt, wie das industr. U.-G.

Der Gesetzgeber war in der Lage, für den Geltungsbereich des industr. U.-G. die Entschädigungsansprüche der nach Massgabe dieses Gesetzes versicherten Personen in ihrer ganzen Höhe zu beseitigen, weil für diese Personen während der ersten 13 Wochen ihrer Krankheit in jedem Falle gesorgt ist. Das landw. U.-G. konnte dagegen soweit nicht gehen, denn einmal besteht nach dem K.-G. für land- und forstwirtschaftliche Arbeiter ein Versicherungszwang¹⁾ nicht, zum anderen enthält das landw. U.-G. keine dem § 5 Abs. 10 industr. U.-G. analoge Bestimmung, wonach der Betriebsunternehmer aus eignen Mitteln für die nicht gegen Krankheit versicherten land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter und versicherungspflichtigen Betriebsbeamten während der ersten 13 Wochen zu sorgen hat.

Zwar hat das landw. U.-G. in seinem § 10 für die ersten 13 Wochen nach dem Unfall die notwendigste Fürsorge für die nicht gegen Krankheit versicherten Arbeiter getroffen. Diese Fürsorge erstreckt sich aber, wie hier gleich bemerkt werden möge, nicht auf die Betriebsbeamten.²⁾ Nach dieser Bestimmung hat während der ersten 13 Wochen nach dem Unfall eines Arbeiters die Gemeinde bzw. der selbstständige Gutsbezirk, in deren Bezirk der Verletzte beschäftigt war, freie ärztliche Behandlung, Arznei, Brillen, Bruchbänder und ähnliche kleine Heilmittel, — aber kein Krankengeld — zu gewähren. Allein diese Fürsorge der Gemeinden fällt weg, wenn dem Verletzten auf Grund der Landesgesetze ein Anspruch auf eine gleiche Fürsorge zusteht.

Da also für die Zeit der ersten 13 Wochen nach dem Unfall für den verunglückten land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter irgend welche Fürsorge für den Fall nicht getroffen ist, dass er auf Grund des Landesrechts entschädigungsberechtigt ist, so hat der Absatz 3 des § 116 landw. U.-G.

¹⁾ Ein solcher Zwang kann durch die Landesgesetzgebung oder durch statutarische Bestimmung von Gemeinden und weiteren Kommunalverbänden eingeführt werden. Landesgesetzlich ist dies geschehen in Sachsen (Ausf.-G. 22. März 1888 § 25); Baden (Ausf.-G. 4. März 1888 § 14); Hessen (Ausf.-G. 4. April 1888 Art. 24); Weimar (Ges. 4. April 1888); Schwarzburg-Sondershausen (Gesetz 20. Dezember 1887 § 2); Schwarzburg-Rudolstadt (Ges. 16. Dezember 1887).

²⁾ Die nicht gegen Krankheit versicherten Betriebsbeamten haben mithin während der ersten 13 Wochen für sich allein zu sorgen.

die landesgesetzlichen Ansprüche auf Schadenersatz für die ersten 13 Wochen nach dem Unfall bestehen gelassen.

Von der Regel des § 116 Abs. 3, dass die landesgesetzlichen Ansprüche auf Ersatz des Schadens für die ersten 13 Wochen vorbehalten bleiben, giebt es drei Ausnahmen:

1. Wenn durch die Landesgesetzgebung eine den Vorschriften der §§ 6 und 7 K.-G. bzw. den § 137 ff. landw. U.-G. mindestens gleichkommende Fürsorge für den Verletzten und seine Angehörigen getroffen ist;

2. Wenn durch statutarische Bestimmung eine derartige Fürsorge getroffen ist;

3. Wenn der Verletzte von der Krankenversicherungspflicht auf Grund des § 136 befreit ist.

Liegt einer dieser drei Ausnahmefälle vor, so kommen die Bestimmungen des § 116 Abs. 1 und 2 wieder zur Anwendung.

Die erste Ausnahme betrifft den Fall, dass die Landesgesetzgebung die nach dem landw. U.-G. versicherten Personen der Krankenversicherungspflicht unterwirft. — Vgl. § 133. Die Landesgesetzgebung ist nämlich durch das K.-G. nicht gehindert, ihrerseits in Beziehung auf die Krankenversicherung Bestimmungen zu treffen, welche selbstverständlich aber mit den auf diesem Gebiete erlassenen reichsrechtlichen Vorschriften nicht in Widerspruch treten dürfen.¹⁾

Die zweite Ausnahme hat den Fall im Auge, dass nach § 2 K.-G. durch statutarische Bestimmung eine Gemeinde für ihren Bezirk oder ein weiterer Kommunalverband für seinen Bezirk oder Teile desselben den Versicherungszwang für land- und forstwirtschaftliche Arbeiter eingeführt hat. — K.-G. § 2 Ziff. 6; landw. U.-G. § 133 fg.

Diese beiden Ausnahmen setzen voraus, dass dem Versicherten oder dessen Angehörigen eine den Vorschriften der §§ 6 und 7 des K.-G. oder der §§ 137 fg. des landw. U.-G. mindestens gleichkommende Fürsorge gewährt wird.

Der Umfang der Leistungen, welche nach den §§ 6 und 7 K.-G. zu gewähren sind, ist S. 80 fg. d. W. bereits angegeben. Daher haben wir hier nur noch die Bestimmungen der §§ 137 fg. landw. U.-G., soweit sie hier in Betracht kommen, zu besprechen.

Die §§ 137 fg. landw. U.-G. treffen nähere Vorschriften für den Fall, dass die versicherten land- und forstwirtschaft-

¹⁾ Vgl. über den Stand der verschiedenen Landesgesetzgebungen: Rasp, a. a. O. S. 20 fg.

lichen Arbeiter auf Grund und für die Geltungsdauer ihres Arbeitsvertrages gegen ihre Arbeitgeber einen Rechtsanspruch auf Fortgewährung der als Lohn bedungenen Naturalleistungen¹⁾ für mindestens 13 Wochen nach der Erkrankung haben.

Das Gesetz geht davon aus, dass in solchen Fällen der Bezug der vollen Krankenunterstützung zur wirtschaftlichen Sicherstellung der Arbeiter und ihrer Familien nicht erforderlich sei, und bestimmt daher, dass den bezeichneten Personen im Falle einer Krankheit kein Krankengeld²⁾, sondern nur freie ärztliche Behandlung, Arznei und kleine Heilmittel gewährt werden sollen. Die Bestimmung bezweckt die in vielen Teilen Deutschlands noch bestehende Naturalwirtschaft zu erhalten. Nach diesem Wirtschaftssystem wird der Lohn der Arbeiter nicht in Geld, sondern in Naturalien — gewissen Quantitäten Frucht, freier Wohnung, in Ueberlassung von Land zur selbstständigen Bebauung, sogen. Kartoffelland u. dergl. — gewährt.

Die wesentlichsten hier inbetracht kommenden Bestimmungen sind die folgenden:

„Für versicherungspflichtige Personen, welche erweislich auf Grund eines mindestens für die Dauer eines Jahres abgeschlossenen Arbeitsvertrages

1. jährliche Naturalleistungen mindestens im 300fachen Werte des von der Gemeindekrankenversicherung bzw. Krankenkasse für einen Krankentag zu zahlenden Krankengeldes beziehen, oder für den Krankentag einen Arbeitslohn an Geld oder Naturalleistungen erhalten, welcher dem von der Gemeindekrankenversicherung bzw. Krankenkasse zu zahlenden täglichen Krankengelde mindestens gleichkommt, und
2. auf Fortgewährung dieser Leistungen innerhalb der Geltungsdauer des Arbeitsvertrages für mindestens 13 Wochen nach der Erkrankung einen Rechtsanspruch haben,

tritt auf Antrag des Arbeitsgebers während der Geltungsdauer des Arbeitsvertrags eine Ermässigung der Versicherungsbeiträge ein, wogegen das Krankengeld in Wegfall kommt.“
— § 137 Abs. 1.

¹⁾ In Ansehung der Höhe dieser Leistungen erfordert das Gesetz (§ 137 Abs. 1 pos. 1) einen bestimmten Mindestbetrag.

²⁾ Dafür tritt eine Ermässigung der Versicherungsbeiträge ein. — § 137 Abs. 1.

„Der Wert der Naturalbezüge wird nach Durchschnittspreisen von der unteren Verwaltungsbehörde festgestellt.“ — § 140.

Eine ähnliche Bestimmung ist im § 138 getroffen für solche Versicherte, welche in Krankheitsfällen auf Grund ihres Arbeitsvertrages einen geringeren Lohn oder geringere Naturalleistungen beziehen, als solche im § 137 Abs. 1 vorgesehen sind. In diesem Falle soll nicht das volle Krankengeld, sondern nur ein verhältnismässiger Teil desselben in Wegfall kommen. Die Anordnung erfolgt durch Statut einer Gemeinde oder eines weiteren Kommunalverbandes.

Ferner können durch statutarische Bestimmung einer Gemeinde oder eines weiteren Kommunalverbandes für seinen Bezirk oder Teile desselben nicht ständige, d. h. nicht berufsmässige land- und forstwirtschaftliche Arbeiter für diejenige Zeit, in welcher eine Beschäftigung gegen Lohn nicht stattfindet, und solange sie nicht zu einer die Versicherungspflicht begründenden Beschäftigung in einen anderen Erwerbszweig übergehen, der Krankenversicherungspflicht unterworfen werden. — § 142.

Die dritte Ausnahme von der im § 116 Abs. 3 ausgesprochenen Regel betrifft den Fall, dass der Verletzte auf Grund des § 136 von der Versicherungspflicht befreit ist.

Der § 136 lautet, insoweit er vorliegend in Betracht kommt, folgendermassen:

„Personen, welche erweislich mindestens für 13 Wochen nach der Erkrankung dem Arbeitgeber gegenüber einen Rechtsanspruch¹⁾ auf eine den Bestimmungen des § 6 des Krankenversicherungsgesetzes entsprechende oder gleichwertige Unterstützung haben, sind auf den Antrag des Arbeitgebers von der Versicherungspflicht zu befreien, sofern die Leistungsfähigkeit desselben genügend gesichert ist.“

Solche Rechtsverhältnisse zwischen Arbeiter und Arbeitgeber, — welche der § 136 zur Voraussetzung hat — kommen gerade in der Land- und Forstwirtschaft mehr wie in irgend einem anderen Erwerbszweige vor.

Abweichend von der oben besprochenen Bestimmung des § 137 darf hier die Verpflichtung des Arbeitgebers auf Ge-

¹⁾ Es genügt nicht, dass durch Sitte oder Herkommen eine solche Unterstützung gewährt wird; der Anspruch muss vielmehr im Wege der Klage verfolgbar sein. — Vgl. Fuld, S. 152.

währung der Krankenunterstützung nicht auf die Geltungsdauer des Arbeitsvertrages beschränkt sein, muss vielmehr über die Zeit des Vertragsverhältnisses hinaus fort dauern.

Unter die Ausnahmen des § 116 Abs. 3 landw. U.-G. gehört nicht der Fall, dass ein land- oder forstwirtschaftlicher Arbeiter auf Grund des § 4 Abs. 2 K.-G. freiwillig der Gemeindekrankenversicherung beitrifft, da derselbe weder nach der Landesgesetzgebung noch nach statutarischer Bestimmung versicherungspflichtig ist. Einem solchen wird der Ersatzanspruch durch den § 116 Abs. 3 nicht genommen, und zwar deshalb nicht, weil der Arbeitgeber für die freiwilligen Mitglieder der Gemeindeversicherung zu Beitragsleistungen nicht verpflichtet ist.

Der Entschädigungsanspruch dieser Personen geht indessen nach Massgabe der Vorschrift des § 57 Abs. 4 K.-G. in Höhe der von der Krankenkasse geleisteten Unterstützung auf die letztere über.

6. Die Höhe des Differenzanspruchs im landw. U.-G. Zum Schlusse ist die Höhe des Betrages zu besprechen, welche die nach Massgabe des landw. U.-G. versicherten Personen oder deren Hinterbliebene von dem Betriebsunter- bzw. dessen Beamten unter den im § 116 angeführten Voraussetzungen beanspruchen können.

Ebenso wie bei dem industr. U.-G. geht hier der Anspruch auf den Betrag, um welchen die den Berechtigten nach den bestehenden gesetzlichen Vorschriften gebührende Entschädigung diejenige übersteigt, auf welche sie nach dem landw. U.-G. Anspruch haben. — § 116 Abs. 2.

Der Umfang des Entschädigungsbetrages, welcher dem Verletzten bzw. dessen Hinterbliebenen auf Grund der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen zusteht, ist im 1. Abschnitt d. W. erörtert worden.

Daher ist hier nur noch zu besprechen, welche Entschädigung den Versicherten oder deren Hinterbliebenen auf Grund des landw. U.-G. gebührt.

Das landw. U.-G. enthält über die Höhe der Entschädigung im Wesentlichen dieselben Bestimmungen wie das industr. U.-G. Die Vorschriften in dem § 6 Abs. 1 und 2, den §§ 7 und 8 stimmen wörtlich mit den Vorschriften des § 5 Abs. 2 und 6 und der §§ 6 und 7 des industr. U.-G. überein. Letztere sind oben Seite 73 fg. wörtlich angeführt, und wird hierauf Bezug genommen.

Ueber die Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes hat das landw. U.-G. im § 6 Abs. 3—6 nähere Bestimmungen getroffen, welche hier in ihren Einzelheiten nicht interessieren.

Neu und der land- oder forstwirtschaftlichen Unfallversicherung eigentümlich sind die Bestimmungen in den §§ 9 und 10.

Der § 9 bezweckt ebenso wie der § 137 landw. U.-G. die vielfach noch bestehende Naturalwirtschaft zu erhalten. Die Vorschrift des § 10 haben wir ihrem Inhalt nach oben schon kurz andeuten müssen.

Der Wortlaut der beiden §§ ist folgender:

§ 9. „Durch das Statut kann bestimmt werden, dass die Rente solchen versicherten Personen, welche ihren Lohn oder Gehalt herkömmlich ganz oder zum Teil in Form von Naturalleistungen (z. B. Wohnung, Feuerung, Nahrungsmittel, Landnutzung, Kleidung u. s. w.) beziehen, sowie den Hinterbliebenen oder Angehörigen solcher Personen, nach Verhältnis ebenfalls in dieser Form gewährt wird.“

§ 10. „Während der ersten dreizehn Wochen nach dem Unfälle eines Arbeiters hat die Gemeinde, in deren Bezirk der Verletzte beschäftigt war, demselben die Kosten des Heilverfahrens in dem im § 6, Abs. 1, Ziff. 1, des Krankenversicherungsgesetzes vom 15. Juni 1883 bezeichneten Umfange zu gewähren. Diese Verpflichtung besteht nicht, insoweit die Verletzten auf Grund landesgesetzlicher Bestimmungen oder auf Grund der Krankenversicherung Anspruch auf eine gleiche Fürsorge haben oder nach § 136 dieses Gesetzes von der Versicherungspflicht befreit sind, oder sich im Auslande aufhalten. Soweit aber solchen Personen die in § 6, Abs. 1, Ziffer 1, des Krankenversicherungsgesetzes bezeichneten Leistungen von den zunächst Verpflichteten nicht gewährt werden, hat die Gemeinde dieselben mit Vorbehalt des Ersatzanspruches zu übernehmen. Die zu diesem Zweck gemachten Aufwendungen sind von den Verpflichteten zu erstatten.“

Für ausserhalb des Gemeindebezirkes wohnhafte versicherte Personen hat die Gemeinde ihres Wohnortes die im Abs. 1 bezeichneten Leistungen unter Vorbehalt des Anspruches auf Ersatz der aufgewendeten Kosten zu übernehmen.“

Eine dem § 9 entsprechende Bestimmung findet sich in dem industr. U.-G. nicht. Dagegen lässt sich der § 10 landw. U.-G. wohl dem § 5 Abs. 10 industr. U.-G. an die Seite stellen. Beide Bestimmungen haben das Gemeinschaftliche, dass sie eine Fürsorge während der ersten 13 Wochen be-

zwecken für diejenigen Verunglückten, welche nicht gegen Krankheit versichert sind.

Die Streitigkeiten über Ersatzansprüche aus dem § 10 landw. U.-G. werden nicht von dem ordentlichen Richter, sondern im Verwaltungsstreitverfahren und, wo ein solches nicht besteht, von der Aufsichtsbehörde der in Anspruch genommenen Gemeinde, Gemeinde-Krankenversicherung oder Krankenkasse entschieden. — § 12 Abs. 2.

Schliesslich ist noch hervorzuheben, dass der § 116 Abs. 3 nur die landesgesetzlichen Bestimmungen erwähnt. Auf welchem Grunde die Beschränkung auf das Landesrecht beruht, ist nicht erfindlich. Wahrscheinlich war der Gesetzgeber der Ansicht, dass reichsrechtliche Vorschriften hier nicht in Frage kommen könnten. In der That sind aber sehr wohl Fälle denkbar, dass reichsrechtliche Ansprüche solchen Personen zustehen, welche gegen Unfälle, aber nicht gegen Krankheit versichert sind. Sed lex ita scripta!

Inbetreff der Veränderung der Verhältnisse, welche für die Höhe der festgesetzten Unfallentschädigung massgebend gewesen sind, und der daraus erwachsenden Folgen enthält das landw. U.-G. in § 70 dieselbe Bestimmung wie der § 65 industr. U.-G. Die oben Seite 82–84 entwickelten Grundsätze gelten daher für die land- und forstwirtschaftliche Unfallversicherung in gleicher Weise wie für die Unfallversicherung in der Industrie.

§ 15.

Das Bau-Unfallversicherungsgesetz.

Literatur:

Fuld, Ludw. Reichsgesetz, betr. die Unfallversicherung der bei Bauten beschäftigten Personen. Vom 11. Juli 1887. Berlin 1887.

Haagen, G. Das Reichsgesetz, betr. die Unfallversicherung der bei Bauten beschäftigten Personen. Vom 11. Juli 1887. Stuttgart 1888.

Mugdan, L. Das Reichsgesetz, betr. die Unfallversicherung der bei Bauten beschäftigten Personen. Vom 11. Juli 1887. Berlin 1888.

Mosthaf. Ueber die Unfallversicherung der bei Bauten beschäftigten Arbeiter (in dem Amtsblatt des württemberg. Ministeriums des Innern von 1887 No. 33 S. 461 fg.)

Zeller, W. Reichsgesetz, betr. die Unfallversicherung der bei Bauten beschäftigten Personen. Nördlingen 1887.

1. Das Gesetz, betreffend die Unfallversicherung der bei Bauten beschäftigten Personen, vom 11. Juli 1887, enthält über die Haftpflicht folgende Bestimmung:

§ 49. „Für Arbeiter, welche bei Bauarbeiten der im § 4 Ziff. 4 Abs. 1 bezeichneten Art beschäftigt, aber nicht nach

den Bestimmungen des K.-G. gegen Krankheit versichert sind, bleiben die auf landesgesetzlichen Bestimmungen beruhenden Ansprüche auf Ersatz des infolge eines Unfalls erlittenen Schadens für die Dauer der ersten 13 Wochen nach dem Unfälle vorbehalten. — Abs. 1.

Im übrigen finden die Vorschriften der §§ 95—109 des Unfallversicherungsgesetzes entsprechende Anwendung.“

Die Bestimmungen des § 49 gelten auch für Baugewerbetreibende bei den im Geltungsbereiche des industr. U.-G. errichteten Berufsgenossenschaften. — § 48.

Hinsichtlich der Haftpflicht des Betriebsunternehmers und seiner Beamten gegenüber dem Verletzten und dessen Hinterbliebenen ist

- a) der § 95 industr. U.-G. in seiner Anwendung auf die Bau-Unfallversicherung, und sodann
- b) die Sonderbestimmung des § 49 Abs. 1 Bau-U.-G. zu erörtern.

Den Inhalt der Bestimmungen im § 95 industr. U.-G. kennen wir bereits. Daher ist hier nur zu untersuchen, inwieweit diese Bestimmungen entsprechend auf die Bau-Unfallversicherung anzuwenden sind.

2. Die Berechtigten. Zunächst haben wir diejenigen Personen zu bezeichnen, welche nach der entsprechenden Anwendung des § 95 industr. U.-G. in dem Bereiche der Bau-Unfallversicherung berechtigt und welche hiernach verpflichtet sind.

Berechtigt sind die nach Massgabe des Bau-U.-G. versicherten Personen und deren Hinterbliebene. Nach dem Bau-U.-G. sind nachfolgende Personen gegen die Folgen der bei „Bauarbeiten“¹⁾ sich ereignenden Unfälle versicherungspflichtig:

- a) Arbeiter, welche bei der Ausführung von Bauarbeiten beschäftigt und nicht schon auf Grund eines anderen Reichsunfallversicherungsgesetzes versichert sind.²⁾ — § 1 Abs. 1.

„Dasselbe gilt von den bei derartigen Bauarbeiten beschäftigten Betriebsbeamten, sofern ihr Jahresarbeitsverdienst an Lohn oder Gehalt 2000 Mark nicht übersteigt.“ — § 1 Abs. 2.

¹⁾ Der Ausdruck des Gesetzes „bei diesen Arbeiten“ soll bedeuten: „Bei dem Betriebe der Bauarbeiten“. — Vgl. Fuld, S. 18.

²⁾ Die Maurer, Zimmerleute, Dachdecker und Steinhauer sind bereits nach § 1 Abs. 2 des industr. U.-G. versicherungspflichtig; ferner die auf Grund des § 1 Abs. 8 industr. U.-G. durch Beschluss des Bundesrats für versicherungspflichtig erklärten Bauarbeiter; ferner die Arbeiter bei sog. Regiebauten nach § 1 Ziff. 1 Ausd.-G.

„Auf die im § 1 des Gesetzes, betreffend die Fürsorge für Beamte und Personen des Soldatenstandes infolge von Betriebsunfällen, vom 15. März 1886, bezeichneten Personen, auf Beamte, welche in Betriebsverwaltungen eines Bundesstaates oder eines Kommunalverbandes mit festem Gehalt und Pensionsberechtigung angestellt sind, sowie auf andere Beamte eines Bundesstaates oder eines Kommunalverbandes, für welche die im § 12 a. a. O. vorgesehene Fürsorge in Kraft getreten ist, findet dieses Gesetz keine Anwendung. Die Ausführung von Bauarbeiten gilt als Betrieb im Sinne des Gesetzes vom 15. März 1886.“ — § 1 Abs. 3.

„Die laufenden Reparaturen an den zum Betriebe der Land- und Forstwirtschaft dienenden Gebäuden und die zum Wirtschaftsbetriebe gehörenden Bodenkultur- und sonstigen Bauarbeiten, insbesondere die diesem Zweck dienende Herstellung oder Unterhaltung von Wegen, Dämmen, Kanälen und Wasserläufen, gelten als Teile des land- und forstwirtschaftlichen Betriebes, wenn sie von Unternehmern land- und forstwirtschaftlicher Betriebe ohne Uebertragung an andere Unternehmer¹⁾ auf ihren Grundstücken ausgeführt werden²⁾.“ — § 1 Abs. 4.

b) „Unternehmer von Bauarbeiten (§ 1 Abs. 1) sind berechtigt, andere nach § 1 nicht versicherte, bei der Bauausführung beschäftigte Personen und, sofern ihr Jahresarbeitsverdienst 2000 Mark nicht übersteigt, sich selbst zu versichern.“ — § 2 Abs. 1.

„Auch kann durch Statut die Versicherungspflicht auf Betriebsbeamte mit einem 2000 Mark übersteigenden Jahresarbeitsverdienste und auf Gewerbetreibende ausgedehnt werden, welche nicht regelmässig wenigstens einen Lohnarbeiter beschäftigen.“ — § 2 Abs. 2.

Da der Betriebsunternehmer nach § 2 die Möglichkeit hat, sich selbst zu versichern, so kann er auch im Falle eines Unfalls als Entschädigungsberechtigter in Betracht kommen, denn er gehört zu den „nach Massgabe des Gesetzes versicherten Personen.“

Hinsichtlich des Betriebsunternehmers kann es sich natürlich nur um Ansprüche gegen seine Bevollmächtigten, Repräsentanten, Betriebs- und Arbeiteraufseher handeln.

¹⁾ Sogen. Regiebauten.

²⁾ Durch sämtliche Reichsversicherungsgesetze geht der Gedanke, dass der Nebenbetrieb da versicherungspflichtig ist, wo es der Hauptbetrieb ist.

Andere als die aufgeführten, bei der Ausführung von Bauarbeiten beschäftigte Personen, so z. B. gehalts- und pensionsberechtigte Beamte in öffentlichen Betrieben, gehören nicht hierher. Auf letztere finden allerdings die Bestimmungen des Gesetzes vom 15. März 1886 — Seite 108 fg. — Anwendung.

3. Die Verpflichteten. Verpflichtet sind nach § 49 Bau-U.-G. bzw. § 95 industr. U.-G. „die Betriebsunternehmer, Bevollmächtigten, Repräsentanten, Betriebs- und Arbeiteraufseher.“

Als Betriebsunternehmer im Sinne des Bau-U.-G. gilt:

- a) bei Bauarbeiten, welche in einem gewerbsmässigen Baubetriebe ausgeführt werden, der Baugewerbetreibende, für dessen Rechnung dieser Betrieb erfolgt;
- b) bei anderen Bauarbeiten derjenige, für dessen Rechnung dieselben ausgeführt werden. — § 3.

Betriebsunternehmer kann auch eine juristische Person, z. B. das deutsche Reich, ein Bundesstaat, ein Kommunalverband oder sonstige Korporation sein.

Da im übrigen die Ausführungen des vorigen Paragraphen über die Verpflichteten hier in gleicher Weise zutreffen, wie bei dem industr. U.-G., erübrigt es sich, auf weitere Einzelheiten hier noch einzugehen.

4. Die Sonderbestimmung des Bau-U.-G. Die Sonderbestimmung des Bau-U.-G. im § 49 Abs. 1 entspricht dem § 116 Abs. 3 des landw. U.-G. Es handelt sich hier, wie dort, um Arbeiter, welche gegen Krankheit nicht versichert und daher bei Eintritt eines Unfalls während der ersten 13 Wochen nicht versorgt sind. Aus diesem Grunde ist durch das Bau-U.-G. bestimmt, dass solche Arbeiter ihre auf Landesgesetz beruhenden Entschädigungsansprüche für die Dauer der ersten 13 Wochen nach dem Unfall behalten sollen.

Der § 49 Abs. 1 erwähnt nur die „landesgesetzlichen“ Bestimmungen und die darauf beruhenden Ansprüche. Nicht ausdrücklich aufrecht erhalten sind die reichsrechtlichen Vorschriften über Schadenersatz, obwohl solche auch hier in Betracht kommen können. Wenn z. B. bei einem Regiebau eine als Nebenbetrieb zu betrachtende kleine Feldeisenbahn errichtet wird, und beim Betrieb derselben ein nicht dem K.-G. unterliegender (etwa ein nur vorübergehend beschäftigter) Arbeiter verunglückt, würde der § 1 des Reichshaftpflichtgesetzes zur Anwendung kommen. — Vgl. Mugdan S. 93. Sollen die

reichsrechtlichen Ansprüche der in § 49 Abs. 1 bezeichneten Arbeiter in Geltung bleiben oder nicht? Diese Frage dürfte zu bejahen sein, da nach dem Sinne des Gesetzes die civilrechtlichen Ansprüche nur dann aufgehoben werden sollen, wenn dem Arbeiter ein Anspruch auf Krankengeld zusteht.

Der § 49 Abs. 1 erwähnt nur solche Arbeiter, „welche bei Bauarbeiten der im § 4 Ziff. 4 Abs. 1 bezeichneten Art beschäftigt sind.“ Diese Gesetzesbestimmung handelt von Bauarbeiten, deren Ausführung

- a) entweder von anderen Verbänden und Korporationen als von dem Reich, einem Bundesstaat, einem Kommunalverband oder einer sonstigen öffentlichen Korporation,
- b) oder deren Ausführung nicht gewerbsmässig erfolgt.

Ausdrücklich wird noch bemerkt, dass die Bestimmung des § 49 Abs. 1 in gleicher Weise wie der § 116 Abs. 3 landw. U.-G. nur für Bauarbeiter, nicht auch für Betriebsbeamte gilt.

5. Betrag der Differenz nach dem Bau-U.-G. Was die Höhe des Differenzanspruchs anbelangt, so gilt hier bezüglich des Minuendus dasselbe wie in dem industr. U.-G.; dagegen bestimmt sich der Subtrahendus hier nach dem Betrag, welcher dem Versicherten auf Grund des Bau-U.-G. zusteht.

Das Bau-U.-G. hat im § 6 bestimmt, dass der Umfang der Entschädigung, vorbehaltlich der Vorschriften in den §§ 7 und 8, ebenso bemessen werden soll wie nach dem industr. U.-G.

Der Inhalt der Bestimmungen des industr. U.-G. über den Umfang der Entschädigung ist bereits oben Seite 73 fg. besprochen.

Die §§ 7 und 8 des Bau-U.-G. enthalten folgende hier in Betracht kommende Sonderbestimmungen:

„Bei Unfällen eines Arbeiters, welche sich bei Bauarbeiten der im § 4 Ziff. 4 Abs. 1 bezeichneten Art ereignen, finden die Bestimmungen des § 5 Abs. 9—11 des Unfallversicherungsgesetzes keine Anwendung.“

Bei derartigen Unfällen hat die Gemeinde, in deren Bezirk der verletzte Arbeiter beschäftigt war, demselben während der ersten 13 Wochen nach dem Unfälle die Kosten des Heilverfahrens in dem im § 6 Abs. 1 Ziff. 1 des K.-G. bezeichneten Umfange zu gewähren, sofern nicht der verletzte

Arbeiter sich im Auslande aufhält oder auf Grund der Krankenversicherung oder anderer Rechtsverhältnisse Anspruch auf eine mindestens gleiche Fürsorge hat. Soweit aber solchen Personen die im § 6 Abs. 1 Ziff. 1 des K.-G. bezeichneten Leistungen von den zunächst Verpflichteten nicht gewährt werden, hat die Gemeinde dieselben mit Vorbehalt des Ersatzanspruchs zu übernehmen. Die zu diesem Zweck gemachten Aufwendungen sind von den Verpflichteten zu erstatten.

Für ausserhalb des Gemeindebezirks wohnhafte versicherte Personen hat auf Verlangen der verpflichteten Gemeinde die Gemeinde ihres Wohnortes die im Abs. 2 bezeichneten Leistungen unter Vorbehalt des Anspruchs auf Ersatz der Kosten zu übernehmen.

Die Versicherungsanstalt (§ 16) ist befugt, die im Abs. 2 bezeichneten Leistungen selbst zu übernehmen.“ — § 7 Abs. 1 — 4.

„Streitigkeiten über Ersatzansprüche, welche aus den Bestimmungen des § 7 entstehen, werden im Verwaltungsstreitverfahren, wo ein solches nicht besteht, von der Aufsichtsbehörde der in Anspruch genommenen Gemeinde, Gemeindekrankenversicherung oder Krankenkasse entschieden. Gegen die Entscheidung der letzteren findet der Rekurs nach Massgabe der Vorschriften der §§ 20, 21 der Gewerbeordnung statt.

Der Landeszentralbehörde bleibt überlassen, vorzuschreiben, dass anstatt des Rekursverfahrens die Berufung auf den Rechtsweg mittelst Erhebung der Klage stattfindet.“ — § 8 Abs. 2 und 3.

Den vorstehend angeführten Sondervorschriften des Bau-U.-G. liegt derselbe Gedanke zu Grunde wie den Bestimmungen der §§ 10 und 12 Abs. 2 und 3 des landw. U.-G. — Vgl. Seite 95 fg. Namentlich ist bemerkenswert, dass die Vorschriften des § 5 Abs. 9 und 10 des industr. U.-G., ebenso wie bei dem landw. U.-G., hier keine Anwendung finden sollen.

6. Veränderung der Verhältnisse. Ueber die Folgen, welche durch die Veränderung der für die Feststellung der Unfallentschädigung massgebend gewesenen Verhältnisse eintreten, bestimmt der § 38 Bau-U.-G., dass die Vorschrift des § 65 industr. U.-G. entsprechende Anwendung finden soll. Es gelten also auch hier die Ausführungen Seite 82 fg.

§ 16.

Das Seeunfallversicherungsgesetz.

Das Gesetz, betreffend die Unfallversicherung der Seeleute und anderer bei der Seeschiffahrt beteiligter Personen, vom 13. Juli 1887 bestimmt über die Haftpflicht des Betriebsunternehmers und seiner Beamten dem Verletzten und dessen Hinterbliebenen gegenüber im § 109 folgendes:

„Die nach Massgabe dieses Gesetzes versicherten Personen und deren Hinterbliebene können einen Anspruch auf Ersatz des infolge eines Unfalls erlittenen Schadens gegen den Betriebsunternehmer, gegen einen Mitheder, Lootsen, Bevollmächtigten oder Repräsentanten, Betriebs- oder Arbeiteraufseher, oder eine Person der Schiffsbesatzung desjenigen Fahrzeuges, zu dessen Besatzung der Verletzte gehört hat, sowie desjenigen Fahrzeuges bzw. Betriebes, in welchem der Unfall sich ereignet hat, nur dann geltend machen, wenn durch strafgerichtliches Urteil festgestellt worden ist, dass der in Anspruch Genommene den Unfall vorsätzlich herbeigeführt hat.

In diesem Falle beschränkt sich der Anspruch auf den Betrag, um welchen die den Berechtigten nach den bestehenden gesetzlichen Vorschriften gebührende Entschädigung diejenige übersteigt, auf welche sie nach diesem Gesetze Anspruch haben.

Auf die durch Artikel 523 fg. des Handelsgesetzbuches, §§ 48 fg. der Seemannsordnung und § 10 dieses Gesetzes begründete Fürsorgepflicht findet diese Bestimmung keine Anwendung.“

In dieser Bestimmung finden wir den § 95 des industr. U.-G. wieder, der den besonderen Verhältnissen der Seeschiffahrt angepasst worden ist.

1. Die Berechtigten. Als Berechtigte kommen nach dem See-U.-G. in Betracht die nach Massgabe dieses Gesetzes versicherten Personen und deren Hinterbliebene. Dieses sind: „Personen, welche

- a) auf deutschen Seefahrzeugen¹⁾ als Schiffer, Personen der Schiffsmannschaft, Maschinisten, Aufwärter oder in anderer Eigenschaft zur Schiffsbesatzung gehören (Seeleute), Schiffer jedoch nur, sofern sie Lohn oder Gehalt beziehen,

¹⁾ Ueber den Begriff: „deutsches Seefahrzeug“ enthält das See-U.-G. genauere Bestimmungen. — Vgl. § 2 des Gesetzes.

b) in inländischen Betrieben schwimmender Docks und ähnlicher Einrichtungen, sowie in inländischen Betrieben für die Ausübung des Lootsendienstes, für die Rettung oder Bergung von Personen oder Sachen bei Schiffbrüchen, für die Bewachung, Beleuchtung oder Instandhaltung der dem Seeverkehr dienenden Gewässer beschäftigt sind.“ — § 1 Abs. 1.

„Seeleute unterliegen den Bestimmungen dieses Gesetzes nicht, wenn sie zur Besatzung von Fischerfahrzeugen, oder wenn sie zur Besatzung solcher Seefahrzeuge gehören, die nicht mehr als 50 Kubikmeter Brutto-Raumgehalt haben und dabei weder Zubehör eines grösseren Fahrzeuges, noch auf Fortbewegung durch Dampf oder andere Maschinenkräfte eingerichtet sind.“ — § 1 Abs. 2.

„Auf Personen in Seeschiffs- und anderen unter Abs. 1 fallenden Betrieben, welche wesentliche Bestandteile eines der Unfallversicherung unterliegenden sonstigen Betriebes sind, findet dieses Gesetz keine Anwendung.¹⁾ Von den Bestimmungen der §§ 2 fg. des gegenwärtigen Gesetzes sind ferner ausgeschlossen die im § 1 des Gesetzes, betreffend die Fürsorge für Beamte und Personen des Soldatenstandes infolge von Betriebsunfällen, vom 15. März 1886 bezeichneten Personen, Beamte, welche in Betriebsverwaltungen eines Bundesstaates oder eines Kommunalverbandes mit festem Gehalt und Pensionsberechtigung angestellt sind, sowie andere Beamte eines Bundesstaates oder Kommunalverbandes, für welche die im § 12 a. a. O. vorgesehene Fürsorge in Kraft getreten ist.“ — § 1 Abs. 3.

„Durch Beschluss des Bundesrats können Personen, welche nach den Bestimmungen des Absatzes 2 von den Vorschriften dieses Gesetzes ausgeschlossen sind, für versicherungspflichtig erklärt werden.“ — § 1 Abs. 5.

„Rheder . . Lootsen, . . sowie die Unternehmer der übrigen nach § 1 versicherten Betriebe sind berechtigt, sich selbst oder andere in dem Betriebe beschäftigte, nach § 1 nicht versicherte Personen . . . zu versichern.“ — § 4.

„Die Versicherung erstreckt sich auf einen Jahresarbeitsverdienst bis einschliesslich 2000 Mark.²⁾ Durch das Statut kann die Versicherung auf einen höheren Jahresarbeitsverdienst erstreckt werden.“ — § — 5.

¹⁾ Im Zweifel entscheidet das Reichsversicherungsamt. — § 1 Abs. 4.

²⁾ Der Jahresarbeitsverdienst wird nach dem See-U.-G. nach bestimmten Grundsätzen ermittelt und berechnet. — §§ 6 und 7.

2. Die Verpflichteten. Neben den Personen, deren Haftpflicht in den übrigen Unfallversicherungsgesetzen geregelt ist, zählt das See-U.-G. noch folgende auf:

- a) die Mitrheder;
- b) die Lootsen;
- c) die Personen der Schiffsbesatzung desjenigen Fahrzeuges, zu dessen Besatzung der Verletzte gehört hat;
- d) die Betriebsunternehmer, Mitrheder, Lootsen, Bevollmächtigten oder Repräsentanten, Betriebs- oder Arbeiteraufseher und Personen der Schiffsbesatzung desjenigen Fahrzeuges bzw. Betriebes, in welchem der Unfall sich ereignet hat.

Mitrheder ist der Eigentümer einer Schiffspart und daher insofern Teilhaber an einem Seeschiffahrtsbetriebe. Er gilt aber nicht als Unternehmer im Sinne des See-U.-G. und musste aus diesem Grunde ausdrücklich aufgeführt werden, wenn er für haftbar erklärt werden sollte.

Unternehmer im Sinne des See-U.-G. ist derjenige, für dessen Rechnung der Betrieb erfolgt, bei Seeschiffahrtsbetrieben der Rheder. — § 16 Abs. 2. Als Rheder gilt nun wieder im Sinne des See-U.-G. der Eigentümer eines der unter das Gesetz fallenden Fahrzeuge¹⁾ und, sofern eine Rhederei besteht, die letztere. — § 2 Abs. 4.

Unter Rhederei versteht man eine Mehrheit von Personen, welche ein ihnen gemeinschaftlich gehörendes Schiff zum Erwerb durch die Seefahrt für gemeinschaftliche Rechnung verwendet. Die Rhederei ist mithin eine eigentümliche seerechtliche Gesellschaft.²⁾ — H.-G.-B. Art. 456.

Der Rheder ist nicht als Betriebsunternehmer zu betrachten, weil er Eigentümer des Schiffes ist, sondern weil er Inhaber des Rhedereigewerbes, des Schiffahrtsbetriebes, ist. Als Unternehmer des Seeschiffahrtsbetriebes muss also auch derjenige betrachtet werden, welcher ein ihm nicht eigentümlich zustehendes Schiff zum Erwerbe durch die Seeschiffahrt verwendet.³⁾ Für den Begriff des Rheders ist es unerheblich, ob er das Geschäft selbst betreibt oder es durch Bevollmächtigte oder sonstige Beamte betreiben lässt.

Da die Rhederei als solche strafrechtlich — wie es der § 109 verlangt — nicht herangezogen werden kann, sind die

¹⁾ Nach deutschem Seerecht ist Rheder „der Eigentümer eines ihm zum Erwerb durch die Seefahrt dienenden Schiffs“ (H.-G.-B. Art. 450).

²⁾ Lewis, Seerecht in Endemanus Handbuch IV, S. 58.

³⁾ Vgl. Lewis a. a. O. S. 41.

einzelnen Mitglieder dieser Gesellschaft im § 109 der Haftpflicht unterworfen worden.

Die weiter unter den Verpflichteten aufgeführten Lootsen sind den Betriebsbeamten an die Seite zu stellen. Die Lootsen sind Seeleute, welche gewerbemässig die Führung fremder Schiffe beim Passieren gewisser Fahrwasser übernehmen.¹⁾ Unter gewissen Voraussetzungen ist der Schiffer gesetzlich verpflichtet, einen Lootsen anzunehmen (Zwangslootsen). Der Zwangslootse übernimmt mit dem Betreten des Schiffes behufs Ausübung seiner Dienstverrichtungen das Kommando und damit die volle Verantwortlichkeit für das Schiff. Während der Zeit, in welcher er das Kommando führt, ist der Lootse Führer des Schiffes und ist deshalb mit Recht in Ansehung der Haftpflicht dem Schiffer an die Seite gestellt. Der von dem Schiffer freiwillig angenommene Lootse ist, wenn ihm nicht das Kommando abgetreten wird, als Gehülfe des Schiffers für die Zeit, während er seine dienstlichen Funktionen ausübt, anzusehen und aus diesem Grunde den Schiffsbeamten gleichgestellt.

Ferner ist die Haftpflicht der Personen der Schiffsbesatzung durch § 109 beschränkt worden. Die Schiffsbesatzung umfasst nicht allein den Schiffer (Schiffsführer, Schiffskapitän) und die Schiffsmannschaft, d. h. die zum Schiffsdienst angestellten Personen²⁾ (Schiffsoffiziere, Matrosen, Schiffsjungen), sondern auch andere auf dem Schiffe angestellte Beamte, z. B. den Schiffsarzt, Proviantmeister, Zahlmeister, das Maschinenpersonal (Ingenieur, Maschinisten, Maschinist-Assistenten, Heizer und Feuerleute), die Aufwärter und Köche u. s. w. — H.-G.-B. Art. 445.

Von der grössten Bedeutung für die Seeunfallversicherung ist die Vorschrift, dass Unternehmer, Beamte und Schiffsbesatzung nicht nur desjenigen Fahrzeuges oder Betriebes von der Bestimmung des § 109 betroffen werden, zu deren Besatzung der Verletzte gehört hat, sondern auch desjenigen Fahrzeuges bzw. Betriebes, in welchem der Unfall sich ereignet hat.

Diese weitgehende Vorschrift erklärt sich daraus, dass die nach Massgabe des See-U.-G. versicherten Personen nicht nur gegen Unfälle, welche ihnen auf ihrem eigenen Fahrzeuge zugestossen, versichert sind, sondern auch gegen solche Un-

¹⁾ Vgl. Lewis a. a. O. S. 117.

²⁾ Reichs-Seem.-O. § 3. — Nicht gehören hierher nur vorübergehend auf dem Schiffe beschäftigte Arbeiter. — Ehrenberg a. a. O. S. 221.

fälle, welche sie auf einem anderen deutschen Fahrzeuge, auf welchem sie beschäftigt sind, ohne dass sie zu der Besatzung desselben gehören, bei dem Betriebe erleiden. — § 3.

3. Gegen welche Unfälle versichert das See-U.-G.? Die besonders grossen Gefahren der Seeschifffahrt erfordern, dass der Kreis der Unfälle, gegen welche das Gesetz versichert, hier ein grösserer ist, als der der übrigen Unfallversicherungsgesetze. Nach dem See-U.-G. tritt die Versicherung nicht nur ein gegen die Folgen der bei dem Betriebe sich ereignenden Unfälle, sondern auch gegen die Folgen derjenigen Unfälle, welche während des Betriebes durch Elementarereignisse eintreten. — § 1 Abs. 1. Die Versicherung erstreckt sich ferner auch auf Unfälle, welche die nach § 1 versicherten Personen auf einem deutschen Seefahrzeuge, auf welchem sie beschäftigt sind, ohne zur Besatzung desselben zu gehören, bei dem Betriebe erleiden. — § 3. Endlich versichert das See-U.-G. auch gegen solche Unfälle, welche deutsche Seeleute bei der auf Grund des H.-G.-B., oder der Seemannsordnung vom 27. Dezember 1872, oder des Gesetzes, betr. die Verpflichtung deutscher Kaufahrteischiffe zur Mitnahme hilfsbedürftiger Seeleute, vom 27. Dezember 1872 ihnen gewährten freien Zurückbeförderung oder Mitnahme auf deutschen Seefahrzeugen erleiden. — § 3.

„Ausgeschlossen von der Versicherung sind Unfälle, welche der Versicherte während des Urlaubs oder während einer Zeit erleidet, in welcher er sich pflichtwidrig von Bord entfernt hatte.“ — § 3 Abs. 2.

4. Der Betrag des Differenzanspruchs nach dem See-U.-G. Die Höhe des Minuendus ist bei sämtlichen Unfallversicherungsgesetzen die gleiche, verschieden ist nur der Subtrahendus. Ueber die Höhe des letzteren enthält das See-U.-G. im wesentlichen dieselben Bestimmungen, wie das industr. U.-G. Hier sollen nur die Abweichungen des See-U.-G. von den oben Seite 73 fg. erörterten Bestimmungen des industr. U.-G. angeführt werden. Die Abweichungen sind folgende:

a) Im Falle der Körperverletzung sollen diejenigen Kosten des Heilverfahrens von der Berufsgenossenschaft getragen werden, welche nach Beendigung der gesetzlichen Fürsorgepflicht des Rheders oder soweit eine solche nicht besteht, vom Beginn der 14. Woche nach Eintritt des Unfalls an entstehen. — § 9 Ziff. 1.

Die Rente soll von demselben Zeitpunkt ab gewährt werden. — § 9 Ziff. 2.

Die Höhe der Rente wird ebenso bemessen wie die Rente nach dem industr. U.-G. — §§ 9 und 10.

b) Neben der im § 7 des industr. U.-G. enthaltenen Vorschrift hat das See-U.-G. noch die Bestimmung getroffen, dass „mit Zustimmung des Verunglückten an Stelle der freien Kur und Verpflegung in einem Krankenhause freie Kur und Verpflegung an Bord eines Fahrzeuges gewährt werden“ kann. — § 9 Abs. 5.

c) Die dem § 5 Abs. 10 des industr. U.-G. entsprechende Bestimmung des See-U.-G., welche im § 10 Abs. 2 enthalten ist, hat in Berücksichtigung der eigentümlichen see-rechtlichen Verhältnisse folgende Fassung erhalten:

„Den nach § 1 versicherten Personen, welchen in Krankheitsfällen ein gesetzlicher Anspruch auf Krankenfürsorge weder gegen Rheder noch gegen Krankenkassen zusteht, hat in Fällen ihrer durch einen Betriebsunfall herbeigeführten Verletzung der Betriebsunternehmer während der ersten 13 Wochen nach Eintritt des Unfalls aus eigenen Mitteln Fürsorge zu gewähren. Das Mass dieser Fürsorge richtet sich bei Seeleuten nach den Bestimmungen der Artikel 523 fg. des Handelsgesetzbuchs und der §§ 48 fg. der Seemannsordnung, bei den sonstigen nach § 1 versicherten Personen nach den Bestimmungen der §§ 6 und 7 des K.-G. und den Bestimmungen des vorstehenden Absatzes — § 10 Abs. 1 — über den bei Unfällen zu gewährenden Mehrbetrag des Krankengeldes.“

Bemerkt wird hier noch ausdrücklich, dass das See-U.-G. in seinem § 10 Abs. 1 eine dem § 5 Abs. 9 des industr. U.-G. entsprechende Vorschrift besitzt.

Ueber Streitigkeiten, welche aus Anlass der in dem § 10 enthaltenen Bestimmungen entstehen, entscheiden, soweit es sich um Ansprüche von Seeleuten handelt, das Seemannsamt, im Uebrigen die Aufsichtsbehörden. — § 12 Abs. 2.

d) Was die Unfallentschädigung im Falle der Tötung anbelangt, so enthält das See-U.-G. folgende von dem industr. U.-G. abweichende Bestimmung:

An Stelle des § 6 Ziff. 1 industr. U.-G. tritt folgende Vorschrift: „Im Falle der Tötung ist als Schadenersatz ausserdem zu leisten:

sofern nicht nach Art. 524 des Handelsgesetzbuchs oder § 51 der Seemannsordnung der Rheder die Bestattungskosten

zu tragen hat, und sofern die Bestattung auf dem Lande erfolgt, als Ersatz der Beerdigungskosten für Seeleute zwei Drittel des nach § 6 für den Monat ermittelten Durchschnittsverdienstes, für die übrigen nach § 1 versicherten Personen der fünfzehnte Teil des nach § 7 für das Jahr ermittelten Durchschnittsverdienstes, jedoch mindestens 30 Mark.“ — § 13 Ziff. 1.

Die Höhe der Rente, welche den Hinterbliebenen des Getöteten zu gewähren ist, stimmt im übrigen mit den Vorschriften des § 6 industr. U.-G. überein.

Dagegen bestimmt der § 13 a. E. See-U.-G. bezüglich der Beerdigungskosten, abweichend von der entsprechenden Bestimmung des industr. U.-G., dass der Anspruch auf Ersatz derselben demjenigen zusteht, welcher die Beerdigung besorgt hat.

e) Den Angehörigen des Versicherten steht der Anspruch auf Rente auch dann zu, wenn das Fahrzeug, auf welchem sich der Versicherte befunden hat, untergegangen oder nach den Bestimmungen der Artikel 866, 867 des Handelsgesetzbuchs als verschollen anzusehen ist und seit dem Untergange bzw. seit den letzten Nachrichten von dem Fahrzeuge ein Jahr verflossen ist, ohne dass von dem Leben des Vermissten glaubhafte Nachrichten eingegangen sind. — § 14.

5. Die Schlussbestimmung des § 109 See-U.-G. Der § 109 Abs. 3 des See-U.-G. hält die nach dem Handelsgesetzbuch bzw. der Seemannsordnung dem Rheder auferlegte Fürsorgepflicht, welche im Falle der Erkrankung oder Verwundung eines Seemanns oder des Schiffers eintritt, ausdrücklich aufrecht.

Die in den angeführten Bestimmungen vorgesehene Fürsorgepflicht stellt sich nicht als eine Entschädigungspflicht dar, um welche es sich hier allein handelt. Deshalb schafft der Absatz 3 des § 109 nicht neues Recht, sondern verfolgt lediglich den Zweck, Missverständnisse zu vermeiden. — Vgl. Begründung des Gesetzentwurfs zu §§ 110—113. — Stenogr. Bericht über die Verhandlungen des Reichstags 1886/87, Bd. III, Drucks. No. 6.

§ 17.

Das Beamten-Unfallfürsorgegesetz.

Literatur:

Braun, F. Die Pensionierung der Staatsbeamten und die Fürsorge für die Hinterbliebenen derselben unter Berücksichtigung der neuesten gesetzlichen Vorschriften über die Fürsorge f. Beamte infolge von Betriebsunfällen. 4. Aufl. Berlin 1889.

Gräf, C. Reichsgesetz, betr. die Fürsorge für Beamte und Personen des Soldatenstandes infolge von Betriebsunfällen vom 15. März 1886. Ansbach 1886.

Landmann, Rob. Das Unfallversicherungsgesetz vom 6. Juli 1884 nebst den Gesetzen vom 28. Mai 1885 und 15. März 1886. Nördlingen 1886.
Zeller, W. Reichsgesetz, betr. die Fürsorge für Beamte und Personen des Soldatenstandes infolge von Betriebsunfällen. Vom 15. März 1886. Nördlingen 1886.

Das Reichsgesetz, betreffend die Fürsorge für Beamte und Personen des Soldatenstandes infolge von Betriebsunfällen, vom 15. März 1886 enthält über die Haftpflicht der Betriebsverwaltungen und Betriebsbeamten dem Verletzten oder den Hinterbliebenen des Getöteten gegenüber folgende Vorschriften:

§ 8. „Die in den §§ 1 und 2 bezeichneten Personen können einen Anspruch auf Ersatz des durch den Unfall erlittenen Schadens gegen die Betriebsverwaltung, in deren Dienst sie den Unfall erlitten haben, überhaupt nicht, und gegen deren Betriebsleiter, Bevollmächtigte oder Repräsentanten, Betriebs- oder Arbeiteraufseher nur dann geltend machen, wenn durch strafgerichtliches Urteil festgestellt worden ist, dass diese den Unfall vorsätzlich herbeigeführt haben.

Der hiernach zulässige Anspruch ermässigt sich um denjenigen Betrag, welcher den Berechtigten nach dem gegenwärtigen Gesetze zusteht.“

§ 9. „Die in dem § 8 bezeichneten Ansprüche können, auch ohne dass die daselbst vorgesehene Feststellung durch strafgerichtliches Urteil stattgefunden hat, geltend gemacht werden, falls diese Feststellung wegen des Todes oder der Abwesenheit des Betreffenden oder aus einem anderen in der Person desselben liegenden Grunde nicht erfolgen kann.“

1. Die Berechtigten. Die in den §§ 1 und 2 des Beamt. U.-G. bezeichneten Personen, für welche die vorstehenden Bestimmungen gelten, sind folgende:

a) Beamte ¹⁾ der Reichs-Civilverwaltung, des Reichsheeres ²⁾ und der Kaiserlichen Marine und Personen ³⁾ des Soldatenstandes ²⁾, welche in reichsgesetzlich der Unfallversicherung unterliegenden Betrieben ⁴⁾ beschäftigt sind. — § 1.

¹⁾ Hierher gehören nicht nur etatsmässig angestellte, sondern auch kommissarisch und diätarisch beschäftigte Beamte (Motive S. 11). Wer als Beamter anzusehen, ist nach allgemeinen dienstpragmatischen Vorschriften zu entscheiden.

²⁾ Unter „Beamten des Reichsheeres und Personen des Soldatenstandes“ sind diejenigen Personen verstanden, welche nach § 38 des Militärgesetzes vom 2. Mai 1874 zum aktiven Heere gehören. — Vgl. auch Ges. vom 6. Mai 1880 und 31. März 1885.

³⁾ Unerheblich ist, ob diese Personen bereits auf Grund anderweiter Gesetze (Reichsbeamtengesetz, Militärpensionsgesetz) Pension zu beanspruchen haben oder nicht.

⁴⁾ Dies sind hauptsächlich: Reichs-Post-, -Telegraphen-, und -Eisenbahnverwaltungen.

b) Die Hinterbliebenen dieser Personen, sofern letztere infolge eines im Dienst erlittenen Betriebsunfalls gestorben sind. — § 2.

Auf diese Personen finden die reichsgesetzlichen Bestimmungen¹⁾ über die Unfallversicherung keine Anwendung. — § 11. — Entsch. R.-G. vom 31. Mai und 14. Juni 1888, Bd. XXI, S. 53.

c) Die oben angeführten Bestimmungen finden auch Anwendung auf Staats- und Kommunalbeamte und deren Hinterbliebene, für welche durch die Landesgesetzgebung oder durch statutarische Festsetzung gegen die Folgen eines im Dienste erlittenen Betriebsunfalls eine den Vorschriften des Beamten-U.-G. mindestens gleichkommende Fürsorge getroffen ist.²⁾

Für diese Personen gelten indessen die angeführten Bestimmungen nur in Ansehung ihrer reichsrechtlichen Ansprüche auf Schadenersatz. — § 12.

Alle anderen Beamten und Personen des Soldatenstandes oder deren Hinterbliebene haben im Falle eines Unfalls nur Anspruch auf Pension, Wittwen- und Waisengelder nach Massgabe der allgemeinen dienstpragmatischen Gesetze.³⁾

¹⁾ Ein Teil der oben genannten Beamten war bereits durch das industr. U.-G. und das Ausd.-G. der Versicherungspflicht unterworfen, nämlich: Reichs-, Staats- und Kommunalbeamte in versicherungspflichtigen Betrieben, welche ohne festes Gehalt und ohne Pensionsberechtigung angestellt sind und nicht mehr als 2000 Mark Dienst Einkommen jährlich beziehen oder bei höherem Dienst Einkommen durch Statut bzw. durch Ausführungsvorschriften der Versicherungspflicht unterworfen waren.

²⁾ So: Preuss. Gesetz, betr. die Fürsorge für Beamte infolge von Betriebsunfällen, vom 18. Juni 1887 (Ges.-Sammlung S. 282). — Sächs. Gesetz, die Fürsorge für Beamte infolge von Betriebsunfällen betreffend, vom 9. April 1888 (Ges.- u. Verord.-Bl. S. 113). — Hess. Gesetz, die Fürsorge für Beamte und deren Hinterbliebene infolge von Betriebsunfällen betr., vom 18. Juni 1887 (Reg.-Bl. S. 99). — Oldenburg. Gesetz, betr. die Fürsorge für Staatsdiener und deren Hinterbliebene infolge von Betriebsunfällen, vom 24. Februar 1888 (Ges.-Bl. S. 93). — Elsass-Lothr. Ges., betr. die Fürsorge für Beamte infolge von Betriebsunfällen, vom 8. Mai 1888 (Ges.-Bl. S. 41).

³⁾ Z. B.: Gesetz, betr. die Rechtsverhältnisse der Reichsbeamten vom 31. März 1873; Abänderungen dieses Gesetzes vom 21. April 1886 und 25. Mai 1887. — Gesetz, betr. die Fürsorge für die Wittwen und Waisen der Reichsbeamten der Civilverwaltung vom 20. April 1881; Abänderung dieses Gesetzes vom 21. April 1886. — Gesetz, betr. die Pensionierung und Versorgung der Militärpersonen des Reichsheeres und der kaiserlichen Marine, sowie die Bewilligungen für Hinterbliebene solcher Personen vom 27. Juni 1871; Abänderung und Ergänzung dieses Gesetzes vom 4. April 1874; Gesetz

Auch finden die in dem Beamten-U.-G. enthaltenen Vorschriften keine Anwendung auf in versicherungspflichtigen Betrieben des Reiches, eines Bundesstaates oder Kommunalverbandes beschäftigten Arbeiter. Für letztere bleibt das industr. U.-G. und Ausd.-G. nach wie vor in Geltung.

2. Die Verpflichteten. Als Verpflichtete zählt das Beamten-U.-G. im § 8 auf:

a) die Betriebsverwaltung, in deren Dienst der Verletzte oder Getötete den Unfall erlitten;

b) deren Betriebsleiter, Bevollmächtigte oder Repräsentanten, Betriebs- oder Arbeiteraufseher.

Entgegen den Bestimmungen der übrigen Unfallversicherungsgesetze sind in dem Beamten-U.-G. unter den Berechtigten nicht aufgeführt „die Betriebsunternehmer“, dafür sind neu aufgenommen: „die Betriebsverwaltung und die Betriebsleiter.“

Bezüglich der Betriebsverwaltung ist dann weiter, abweichend von den übrigen Unfallversicherungsgesetzen, ausdrücklich bestimmt, dass gegen dieselbe ein Ersatzanspruch der Verletzten und deren Hinterbliebenen überhaupt ausgeschlossen sein soll. In dieser — anscheinend dem Beamten-U.-G. eigentümlichen Bestimmung — liegt indessen nicht etwa ein neuer Rechtsgedanke, welcher der übrigen Versicherungsgesetzgebung des deutschen Reiches fremd ist. Der Gedanke ist vielmehr in allen übrigen Unfallversicherungsgesetzen indirekt enthalten. Die Betriebsverwaltung — als das Rechtssubjekt der Betriebe gedacht — fällt unter den Begriff des „Betriebsunternehmers“ im Sinne der Unfallversicherungsgesetzgebung. An Stelle des „Betriebsunternehmers“ konnte das Beamten-U.-G. die „Betriebsverwaltung“ setzen, weil in sämtlichen unter das Gesetz fallenden Betrieben nicht eine natürliche, sondern eine juristische Person — das Reich, der Staat, der Kommunalverband — also eine Verwaltung, Betriebsunternehmer ist. Da nun die Betriebsverwaltung strafrechtlich nicht verfolgbar, und deshalb Ansprüche der Verletzten oder deren Hinterbliebenen, welche von einer vorgängigen strafgerichtlichen Verurteilung abhängig, gegen dieselbe überhaupt nicht denkbar sind, so konnte das Beamten-U.-G., ohne eine neue materielle Be-

vom 21. April 1886 und vom 24. März 1887; Ausdehnung desselben auf Elsass-Lothringen durch Gesetz vom 8. Februar 1875. — Gesetz, betr. die Fürsorge für die Wittwen und Waisen von Angehörigen des Reichsheeres und der kaiserl. Marine, vom 17. Juni 1887.

stimmung zu treffen, vorschreiben, dass Schadenersatzansprüche wegen eines Betriebsunfalls gegen die Verwaltung als solche überhaupt ausgeschlossen seien.

Neben der „Betriebsverwaltung“ werden in dem Beamten-U.-G. unter den Verpflichteten weiter besonders erwähnt: die Betriebsleiter. Aber auch hierin haben wir eine Neueuerung des Beamten-U.-G. nicht zu erblicken. Der Betriebsleiter wird durch die Bestimmungen der übrigen Unfallversicherungsgesetze in gleicher Weise getroffen wie hier. Der Unterschied besteht nur darin, dass er hier ausdrücklich erwähnt, dort unter den Begriff des „Bevollmächtigten“ oder „Repräsentanten“ zu stellen ist. Für das Beamten-U.-G. lag es nahe, den „Betriebsleiter“ besonders zu nennen, da hier — wie bereits erwähnt — stets eine nicht natürliche Person Unternehmer ist, mithin stets ein Betriebsleiter vorhanden sein muss. In den Betrieben dagegen, welche die übrige Unfallversicherungsgesetzgebung im Auge hat, nimmt in den meisten Fällen die natürliche Person des Unternehmers zugleich auch die Stelle des Betriebsleiters ein.

3. In welchen Fällen tritt die Beamtenunfallfürsorge ein? Voraussetzungen des Differenzanspruchs nach § 8. Die in dem Beamten-U.-G. vorgesehene Fürsorge tritt ein, wenn eine der berechtigten Personen infolge eines im Dienste erlittenen Betriebsunfalls dienstunfähig wird. Die Dienstunfähigkeit kann entweder eine dauernde oder vorübergehende sein.

Im letzteren Falle unterscheidet man dann wieder zwischen einer völligen und einer teilweisen Erwerbsunfähigkeit.

Ist eine der berechtigten Personen infolge eines im Dienste erlittenen Betriebsunfalls gestorben, so tritt die Fürsorge für die Hinterbliebenen ein.

Die Unfallfürsorge aus dem Beamt.-U.-G. fällt fort, wenn der Verletzte den Unfall vorsätzlich oder durch ein Verschulden herbeigeführt hat, wegen dessen auf Dienstentlassung oder auf Verlust des Titels und Pensionsanspruchs gegen ihn erkannt oder wegen dessen ihm die Fähigkeit zur Beschäftigung in einem öffentlichen Dienstzweige aberkannt worden ist. — § 5.

Das Beamt.-U.-G. ist in dieser Beziehung strenger als die übrigen Unfallversicherungsgesetze, nach welchen der Fortfall der Rente nur bei vorsätzlichen Herbeiführung des Unfalls eintritt.

Die Voraussetzungen des Differenzanspruchs, welcher den Verletzten bzw. deren Hinterbliebenen gegen die oben be-

zeichneten Verpflichteten — mit Ausnahme der Betriebsverwaltung — zustehen (vorsätzliche Herbeiführung des Unfalls, das Vorliegen eines strafgerichtlichen Urteils, dessen Inhalt u. s. w.), sind in dem Bereich des Beamt.-U.-G. dieselben wie in den übrigen Unfallversicherungsgesetzen.

4. Der Betrag des Differenzanspruches nach dem Beamt.-U.-G. Der nach § 8 Beamt.-U.-G. unter den angegebenen Voraussetzungen zulässige Anspruch auf Schadenersatz ermässigt sich — in gleicher Weise wie bei den übrigen Unfallversicherungsgesetzen — um denjenigen Betrag, welcher dem Berechtigten nach dem Beamt.-U.-G. zusteht. Die Höhe des letzteren Betrages ist hier noch näher zu besprechen.

Die oben genannten Personen erhalten, „wenn sie infolge eines im Dienst erlittenen Betriebsunfalls dauernd dienstunfähig werden, als Pension¹⁾ 66²/₃ Prozent ihres jährlichen Dienst Einkommens²⁾, soweit ihnen nicht nach anderweiter reichsgesetzlicher Vorschrift ein höherer Betrag zusteht.

Personen der vorbezeichneten Art erhalten, wenn sie infolge eines im Dienst erlittenen Betriebsunfalls nicht dauernd dienstunfähig geworden, aber in ihrer Erwerbsfähigkeit beeinträchtigt worden sind, bei ihrer Entlassung aus dem Dienste als Pension:

1. im Falle völliger Erwerbsunfähigkeit für die Dauer derselben den im ersten Absatze bezeichneten Betrag;
2. im Falle teilweiser Erwerbsunfähigkeit für die Dauer derselben einen Bruchteil der vorstehend bezeichneten Pension, welcher nach dem Masse der verbliebenen Erwerbsfähigkeit zu bemessen ist.

Steht solchen Personen nach anderweiter reichsgesetzlicher Vorschrift³⁾ ein höherer Betrag zu, so erhalten sie diesen.

Nach dem Wegfall des Dienst Einkommens sind den Verletzten ausserdem die noch erwachsenden Kosten des Heilverfahrens zu ersetzen.“ — § 1.

„Die Hinterbliebenen solcher in § 1 bezeichneten Personen, welche infolge eines im Dienst erlittenen Betriebsunfalls gestorben sind, erhalten:

- 1) Der Anspruch charakterisiert sich also nicht, wie in den übrigen Unfallversicherungsgesetzen, als Schadenersatz, sondern als Pension (Ruhegehalt).
- 2) Die Bestimmungen über die Berechnung des Dienst Einkommens finden sich in § 7 Beamt.-U.-G.
- 3) Z. B. Militärpensionsgesetz, Reichsbeamten-gesetz.

1. als Sterbegeld¹⁾, sofern ihnen nicht nach anderweiter Bestimmung Anspruch auf Gnadenquartal²⁾ oder Gnadenmonat zusteht, den Betrag des einmonatigen Dienstinkommens bzw. der einmonatigen Pension des Verstorbenen, jedoch mindestens 30 Mark;
2. eine Rente³⁾. Dieselbe beträgt
 - a) für die Witwe bis zu deren Tode oder Wiederverheiratung 20 Prozent des jährlichen Dienstinkommens des Verstorbenen, jedoch nicht unter 160 Mark und nicht mehr als 1600 Mark;
 - b) für jedes Kind bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres oder bis zur etwaigen früheren Verheiratung, sofern die Mutter lebt, 75 Prozent der Witwenrente, und sofern die Mutter nicht lebt, die volle Witwenrente;
 - c) für Ascendenten des Verstorbenen, wenn dieser ihr einziger Ernährer war, für die Zeit bis zu ihrem Tode oder bis zum Wegfall der Bedürftigkeit 20 Prozent des Dienstinkommens des Verstorbenen, jedoch nicht unter 160 Mark und nicht mehr als 1600 Mark; sind mehrere derartig Berechtigte vorhanden, so wird die Rente den Eltern vor den Grosseltern gewährt.

Die Renten dürfen zusammen 60 Prozent des Dienstinkommens nicht übersteigen. Ergiebt sich ein höherer Betrag, so haben die Ascendenten nur insoweit einen Anspruch, als durch die Renten der Witwe und der Kinder der Höchstbetrag der Rente nicht erreicht wird. Soweit die Renten der Wittwe und Kinder den zulässigen Höchstbetrag überschreiten, werden die einzelnen Renten in gleichem Verhältnisse gekürzt.

Steht nach anderweiter reichsgesetzlicher Vorschrift den Hinterbliebenen ein höherer Betrag zu, so erhalten sie diesen.

Der Anspruch der Witwe ist ausgeschlossen, wenn die Ehe erst nach dem Unfall geschlossen worden ist.“ — § 2.

„Der Bezug der Pension beginnt mit dem Wegfall des Dienstinkommens, der Bezug der Witwen- und Waisenrente mit dem Ablauf des Gnadenquartals oder Gnadenmonats, oder, soweit solche nicht gewährt werden, mit dem auf den Todestag des Verunglückten folgenden Tage.

¹⁾ Das Sterbegeld entspricht den Beerdigungskosten der übrigen Unfallversicherungsgesetze.

²⁾ Z. B. Reichsbeamten-gesetz §§ 7 und 31.

³⁾ Die Unter- und Obergrenzen der Rente sind dem Reliktengesetz vom 20. April 1881 § 8 Abs. 2 entnommen.

Gehört der Verletzte auf Grund gesetzlicher oder statutarischer Verpflichtung einer Krankenkasse oder der Gemeinde-Krankenversicherung an, so wird bis zum Ablauf der 13. Woche nach dem Eintritt des Unfalls die Pension und der Ersatz der Kosten des Heilverfahrens um den Betrag der von der Krankenkasse oder der Gemeinde-Krankenversicherung geleisteten Krankenunterstützung gekürzt. Der Anspruch auf das Sterbegeld (§ 2 Abs. 1 Ziff. 1), und vom Beginne der 14. Woche ab auch der Anspruch auf die Pension und auf den Ersatz der Kosten des Heilverfahrens (§ 1) geht bis zum Betrage des von der Krankenkasse gezahlten Sterbegeldes bzw. bis zum Betrage der von dieser gewährten weiteren Krankenunterstützung auf die Krankenkasse über. Als Wert der freien ärztlichen Behandlung, der Arznei und der Heilmittel (§ 6 Abs. 1 Ziff. 1 des K.-G.) gilt die Hälfte des gesetzlichen Mindestbetrages des Krankengeldes.“ — § 4.

Kapitel II.

Die Haftpflicht des Unternehmers und seiner Beamten gegenüber den Berufsgenossenschaften bzw. Betriebsverwaltungen und Krankenkassen.

§ 18.

Das industrielle Unfallversicherungsgesetz.

Litteratur: Siehe Seite 52 und 53.

Ueber das Verhältniß des Betriebsunternehmers und seiner Beamten zu den Berufsgenossenschaften und Krankenkassen bestimmt der § 96 industr. U.-G. folgendes:

„Diejenigen Betriebsunternehmer, Bevollmächtigten oder Repräsentanten, Betriebs- oder Arbeiteraufseher, gegen welche durch strafgerichtliches Urteil festgestellt worden ist, dass sie den Unfall vorsätzlich oder durch Fahrlässigkeit mit Ausserachtlassung derjenigen Aufmerksamkeit, zu der sie vermöge ihres Amtes, Berufes oder Gewerbes besonders verpflichtet sind, herbeigeführt haben, haften für alle Aufwendungen, welche infolge des Unfalls auf Grund dieses Gesetzes oder des Gesetzes, betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter, vom 15. Juni 1883 von den Genossenschaften und Krankenkassen gemacht worden sind.

In gleicher Weise haftet als Betriebsunternehmer eine Aktiengesellschaft, eine Innung oder eingetragene Genossenschaft für die durch ein Mitglied ihres Vorstandes, sowie eine Handelsgesellschaft, eine Innung oder eingetragene Genossenschaft für die durch einen der Liquidatoren herbeigeführten Unfälle.

Als Ersatz für die Rente kann in diesen Fällen deren Kapitalwert gefordert werden.

Der Anspruch verjährt in 18 Monaten von dem Tage, an welchem das strafrechtliche Urteil rechtskräftig geworden ist.“

Diese Vorschrift findet auch in dem Geltungsbereich des Ausd.-G. Anwendung. — Ausd.-G. §§ 1 u. 3.

Durch die Bestimmung im § 96 industr. U.-G. ist die Regresspflicht des Unternehmers und seiner Beamten den Berufsgenossenschaften und Krankenkassen gegenüber geregelt.

1. Die Berechtigten. Regressberechtigt nach Massgabe des § 96 sind die Berufsgenossenschaften und die Krankenkassen.

Die Berufsgenossenschaft ist:

- a) eine Genossenschaft, und zwar eine gesetzlich normierte, korporative Genossenschaft von öffentlich-rechtlichem Charakter;
- b) eine Vereinigung von Unternehmern solcher gewerblichen Betriebe, welche auf wirtschaftlichem Gebiet im allgemeinen gleiche oder verwandte Interessen und Vorbedingungen des Betriebes haben¹⁾.

Die Berufsgenossenschaften sind für bestimmte geographische Bezirke zu bilden (§ 9 Abs. 1), können sich nach freier Wahl der Betriebsunternehmer auch über das ganze Reich erstrecken²⁾.

An Stelle der Berufsgenossenschaft tritt das Reich oder der Staat bei denjenigen Betrieben, welche für deren Rechnung geführt werden. — Ausd.-G. § 2 Abs. 1.

Zu den Krankenkassen gehören ausser den Orts-, Betriebs- (Fabrik-), Bau- und Innungskrankenkassen auch die Knappschaftskassen, die eingetragenen Hülfskassen und die Gemeinde-Krankenversicherung; denn das Gesetz hat bei Auf-

¹⁾ Begründung des Gesetzentwurfs S. 38.

²⁾ Anders die land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften. Vgl. überhaupt: Rosin, H. Das Recht der öffentlichen Genossenschaft. Freiburg i. B. 1886.

stellung der Vorschrift des § 98 jede, im K.-G. bezeichnete Kasse im Auge gehabt, welche den versicherten Personen Krankenunterstützung gewährt.

Begründung des Gesetzentwurfs S. 78.

Die Berufsgenossenschaften und in gleicher Weise die Krankenkassen sind zwar, streng genommen, als juristische Personen nicht anzusehen; das Gesetz hat ihnen jedoch die wesentlichsten Attribute einer juristischen Person in der Form beigelegt, wie dies in modernen Gesetzen vielfach geschehen ist. Die Berufsgenossenschaften und Krankenkassen können unter ihrem Namen Rechte erwerben und Verbindlichkeiten eingehen, vor Gericht klagen und verklagt werden. Sie können daher auch die ihnen nach § 98 gewährten Regressansprüche gegenüber dem Betriebsunternehmer und seinen Beamten selbstständig vor Gericht verfolgen. — § 9 Abs. 4; K.-G. §§ 25, 64 und 72.

Nicht bei einem jeden Betriebsunfall erwachsen zugleich einer Berufsgenossenschaft und einer Krankenkasse Regressansprüche. Von einem Anspruch der letzteren kann z. B. dann nicht die Rede sein, wenn der Unfall einer gegen Krankheit nicht versicherten Person zugestossen ist.

2. Die Verpflichteten. Regresspflichtig sind der Betriebsunternehmer und seine Beamten, „die Bevollmächtigten, Repräsentanten, Betriebs- und Arbeiteraufseher.“ Die Betriebsleiter und die zur Leitung der Arbeiter angenommenen Personen, von denen § 2 des Reichshaftpflichtgesetzes spricht, sind hier nicht erwähnt, indessen gehören diese Personen auch hierher, da sie zu den Beamten des Betriebsunternehmers gerechnet werden müssen. Die Bestimmung des § 96 soll sich — wie aus der Begründung des Gesetzentwurfes hervorgeht — auf die Angestellten des Betriebsunternehmers überhaupt beziehen, nicht etwa auf gewisse Klassen derselben. Die Aufzählung der haftpflichtigen Personen im § 96 ist daher, ebenso wie im § 95, keine erschöpfende. Uebrigens können die Betriebsleiter und die zur Leitung der Arbeiter angenommenen Personen meistens schon unter irgend eine der angeführten Klassen von Beamten subsumiert werden, da die Begriffe derselben sehr dehnbar und einer weitgehenden Auslegung fähig sind.

3. Die Voraussetzungen der Regressansprüche.

a) *Aufwendungen der Berechtigten.* Die Regressansprüche haben zur nächsten Voraussetzung, dass die Berufsgenossenschaften

und Krankenkassen die dem Verletzten oder dessen Hinterbliebenen gebührenden Versicherungsbeträge ausbezahlt haben.

Diese Beträge müssen „auf Grund des Unfall- oder Krankenversicherungsgesetzes“ geleistet sein. Fraglich könnte hier erscheinen, ob auch diejenigen Mehrleistungen, welche verschiedene Krankenkassen über den in den §§ 6 bis 8 K.-G. für die Gemeindekrankenversicherung vorgeschriebenen Umfang der Krankenunterstützung hinaus gewähren, im Wege des Regresses von dem Unternehmer bzw. dessen Beamten zurückgefordert werden können. Diese Frage dürfte zu bejahen sein, sofern die Mehrleistungen den in dem K.-G. §§ 21, 64, 72 und 73 bezeichneten Höchstbetrag nicht überschreiten.

Ferner könnte man darüber zweifelhaft sein, ob die auf Grund des Statuts gemachten Aufwendungen von den Krankenkassen zurückgefordert werden können, da der § 98 von Aufwendungen spricht, welche auf Grund der bezeichneten Gesetze gemacht worden sind. Während nämlich die Leistungen der Gemeinde-Krankenversicherung unmittelbar auf dem Gesetze beruhen, gründet sich die Verpflichtung der übrigen Krankenkassen auf das Statut.

Dieser Fall dürfte dahin zu entscheiden sein, dass auch die auf Statut beruhenden Leistungen von den Krankenkassen nach § 96 zurückgefordert werden können. Denn die Bestimmung des § 96 verlangt nicht, dass die Aufwendungen sich unmittelbar auf das Gesetz gründen, sie verlangt ihrem Sinne nach nur, dass die Leistungspflicht überhaupt in den Versicherungsgesetzen ihren Grund habe. Letzteres gilt auch für die Orts-, Betriebs-, Bau-, Innungs- u. s. w. Kassen, denn das Gesetz hat die Leistungspflicht dieser Kassen im Allgemeinen geregelt und nur in Ansehung der Höhe der zu gewährenden Unterstützungen einen gewissen Spielraum offen gelassen. Die Aufwendungen dieser Kassen sind daher, so lange sie sich innerhalb des gesetzlich zugelassenen Spielraums bewegen, als „auf Grund des Gesetzes“ gemacht anzusehen. Ueberschreiten die Mehrleistungen dieser Kassen die in den §§ 21, 64, 72 und 73 K.-G. vorgeschriebene Maximalgrenze, so ist bezüglich des Mehrbetrages ein Regressanspruch durch § 96 nicht gewährt.

Voraussetzung der Regressklage ist, dass die Aufwendungen gemacht worden sind. Zur Begründung der Regressklage aus § 96 genügt nicht die Darlegung der Beträge, welche der Verletzte auf Grund des industr. U.-G. und K.-G. beanspruchen kann, vielmehr muss die vorgängige Leistung

dieser Beträge nachgewiesen werden. Dieses ergibt sich schon aus dem Wesen der Regresspflicht. Anders gestaltet sich die Sachlage nach § 98, wie wir später sehen werden. — Vgl. § 23.

b) *Strafgerichtliches Urteil und Inhalt desselben.* Die weitere Voraussetzung des Regresses ist das Vorliegen eines Strafurteils.

Ausnahmsweise ist ein Strafurteil nicht erforderlich, wenn die strafgerichtliche Feststellung wegen des Todes oder der Abwesenheit des Betreffenden oder aus einem anderen in der Person desselben liegenden Grunde nicht erfolgen kann. — § 97. Diese Ausnahme gilt — wie bereits erörtert — auch für die Differenzansprüche der Verletzten und deren Hinterbliebenen gegenüber dem Betriebsunternehmer und seinen Beamten.

Alles, was bezüglich des Strafurteils oben Seite 66 fg. gesagt worden ist, gilt in gleicher Weise auch hier. In dem Urteile muss der in Anspruch Genommene als Angeklagter erscheinen. Es ist demnach nur derjenige regresspflichtig, welcher die That selbst begangen hat und verurteilt worden ist.

Eine Regresspflicht für das Verschulden anderer Personen, insbesondere des Unternehmers für das Verschulden seiner Leute, ist der Regel nach ausgeschlossen. Dies folgt aus dem Worte „gegen“ im § 96. Es ist ein Regressanspruch gegen diejenigen im § 96 aufgezählten Personen statthaft, „gegen welche durch strafgerichtliches Urteil festgestellt ist“ u. s. w.

Von dieser Regel ist im Abs. 2 des § 96 eine Ausnahme gemacht für den Fall, dass gewisse Arten von Personenvereinen Betriebsunternehmer sind. Personenvereine können — wie wir oben gesehen haben — von dem Verletzten oder dessen Hinterbliebenen niemals aus § 95 in Anspruch genommen werden, da eine Bestrafung derselben unmöglich ist.

Hier, wo es sich um die Regressansprüche der Berufsgenossenschaften und Krankenkassen handelt, ist zu Gunsten der Letzteren eine besondere Ausnahme von der Regel statuiert. Diese Ausnahmebestimmung hat einen positiven Charakter und ist daher streng zu interpretieren.

Civilrechtlich sind daher für haftbar erklärt:

1. die Aktiengesellschaft;
2. die Innung;
3. die eingetragene Genossenschaft;
4. die Handelsgesellschaften überhaupt.

Die unter 1 bis einschliesslich 3 aufgeführten Personenvereine haften für das Verschulden ihrer Vorstandsmitglieder; die zu 1 bis einschliesslich 4 genannten für das Verschulden ihrer Liquidatoren.

Um die Haftpflicht dieser Personenvereine zu begründen, ist auch hier — abgesehen von dem Falle des § 97 — das Vorliegen eines strafgerichtlichen Urteils mit dem im § 96 Abs. 1 bezeichneten Inhalt erforderlich, welches gegenüber einem Mitglied des Vorstandes oder einem der Liquidatoren erlassen ist. Die Notwendigkeit dieses Erfordernisses ergibt sich aus den Eingangsworten des Abs. 2: „In gleicher Weise haftet u. s. w.“¹⁾

Die Vorschrift des Absatzes 2 darf wegen ihrer singulären Natur nicht ausgedehnt werden auf die offene Handelsgesellschaft, die Kommanditgesellschaft und die Aktien-Kommanditgesellschaft für den Fall, dass der Unfall durch einen offenen bzw. persönlich haftenden Gesellschafter herbeigeführt ist. Diese Gesellschaften können nur dann zum Ersatz der Aufwendungen herangezogen werden, wenn sie sich in Liquidation befinden und der Unfall durch einen der Liquidatoren herbeigeführt ist. Die Berufsgenossenschaften und Krankenkassen können sich daher im Falle der Herbeiführung des Unfalls durch einen offenen Gesellschafter oder einen Komplementär nur an dessen Privatvermögen halten, an das Gesellschaftsvermögen nur insoweit, als nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs dasselbe für die Privatschulden der offenen Gesellschafter oder Komplementäre haftet.

Durch die Vorschrift des Abs. 2 ist das Recht der Berufsgenossenschaften und Krankenkassen nicht beseitigt, sich mit ihrem Regressanspruch an das Mitglied des Vor-

¹⁾ Weiter geht die entsprechende Bestimmung des österreichischen Unfallversicherungsgesetzes im § 45, welcher folgendermassen lautet: „Der Betriebsunternehmer ist verpflichtet, wenn er oder im Falle seiner Handlungsunfähigkeit sein gesetzlicher Vertreter den Unfall vorsätzlich oder durch grobes Verschulden herbeigeführt hat, die Versicherungsanstalt für alle von derselben auf Grund dieses Gesetzes zu leistenden Entschädigungen schadlos zu halten. — In gleicher Weise haftet eine Aktiengesellschaft, eine Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaft oder ein anderer Verein, wenn ein Mitglied des Vorstandes oder ein Liquidator, sowie eine Handelsgesellschaft, wenn ein zur Geschäftsführung berechtigter Gesellschafter oder ein Liquidator den Unfall vorsätzlich oder durch grobes Verschulden herbeigeführt hat. — Besonders hervorzuheben ist, dass das österr. Recht den Regress von einer vorherigen strafgerichtlichen Feststellung nicht abhängig gemacht hat.

stands oder den Liquidator zu halten, welcher, wie im Abs. 1 angegeben, bestraft ist. Der Abs. 2 hat den Zweck, den Berufsgenossenschaften und Krankenkassen noch eine höhere Sicherheit wegen ihrer Regressansprüche zu gewähren, indem er ihnen die Befugnis giebt, anstatt die Vorstandsmitglieder und Liquidatoren persönlich zu belangen, mit ihren Ansprüchen sich unmittelbar an die Aktiengesellschaft, Innung u. s. w. zu wenden.

Ob die in Anspruch genommenen Handelsgesellschaften, Innungen u. s. w. ihrerseits wieder Regress gegen das bestrafte Vorstandsmitglied oder den bestraften Liquidator nehmen können, ist eine Sache für sich und nach allgemeinen Bestimmungen zu entscheiden.

Das strafgerichtliche Urteil muss zum Inhalt haben, dass der in Anspruch Genommene den Unfall

a) vorsätzlich, oder

b) durch Fahrlässigkeit mit Ausserachtlassung derjenigen Aufmerksamkeit, zu der er vermöge seines Amtes, Berufes oder Gewerbes besonders verpflichtet war, herbeigeführt hat.

Das Bemerkenswerte dieser Bestimmung liegt darin, dass die Haftpflicht des Unternehmers und seiner Beamten den Berufsgenossenschaften und Krankenkassen gegenüber im Vergleich zu der Bestimmung des § 95 eine Erweiterung erfahren hat durch die Aufnahme der fahrlässigen Herbeiführung des Unfalls.

Der Begriff des Vorsatzes ist bereits oben Seite 69 und 70 besprochen und wird deshalb hierauf Bezug genommen.

Die Fahrlässigkeit besteht „in der Herbeiführung eines vorhersehbaren Erfolges durch pflichtwidrige Unvorsichtigkeit.“¹⁾

Fahrlässiges Handeln liegt also dann vor, wenn der Thäter sich eine Vorstellung von dem Erfolg seiner Handlung hätte bilden sollen (Willensschuld) und hätte bilden können (Verstandesschuld), aber nicht gebildet hat.

Die Verurteilung wegen einfacher Fahrlässigkeit genügt aber nicht zur Begründung der Regressklage, vielmehr wird eine sogen. qualifizierte Fahrlässigkeit erfordert. Der Begriff der „qualifizierten Fahrlässigkeit“ deckt sich nicht mit dem der „groben Fahrlässigkeit.“ Grobe Fahrlässigkeit (culpa

¹⁾ v. Liszt, Lehrbuch § 40 I. Binding, Normen II 115, bestimmt die Fahrlässigkeit als „den unbewusst rechtswidrigen Willen“.

lata) ist ein dem bürgerlichen Recht eigentümlicher Begriff und konnte für die Bestimmung des § 96 nicht verwendet werden, da die Feststellung der Schuldfrage dem Strafrichter obliegt. Es ist deshalb der strafrechtliche Begriff der qualifizierten Fahrlässigkeit herangezogen worden, da man einen der groben Fahrlässigkeit möglichst entsprechenden Begriff hier zur Anwendung gebracht haben wollte.

Qualifizierte Fahrlässigkeit liegt dann vor, wenn der Thäter zu der ausser Acht gelassenen Sorgfalt vermöge seines Amtes, Berufes oder Gewerbes besonders verpflichtet war.

Dies wird in den hier in Betracht kommenden Fällen meistens zutreffen, da diejenigen Personen, welche den Beruf, bezw. das Gewerbe als Unternehmer, Repräsentant, Betriebs- oder Arbeiteraufseher stets ausüben, die Pflicht haben, bei ihrer Thätigkeit mit grösserer Sorgfalt zu Wege zu gehen, als diejenigen, welche nur in einzelnen Fällen Unternehmer u. s. w. sind. „Amt, Beruf und Gewerbe“ sind nicht streng von einander zu scheiden, sie umfassen jede selbstgewählte Thätigkeit.¹⁾

Ob im Einzelfalle der Thäter zu der ausser Acht gelassenen Sorgfalt vermöge seines Amtes, Berufes oder Gewerbes verpflichtet war, ist Gegenstand der thatsächlichen Feststellung. Bei Entscheidung dieser Frage werden häufig die vom Bundesrate, den Landesregierungen oder den Berufsgenossenschaften erlassenen Unfallverhütungsvorschriften in Betracht zu ziehen sein. Als Sachverständige in dieser Richtung sind vornehmlich die Fabrikinspektoren geeignet.

Bei der Heranziehung des Begriffs der qualifizierten Fahrlässigkeit hat das Gesetz an die Fälle der §§ 222 Abs. 2 und 230 Abs. 2 R.-St.-G.-B.²⁾ gedacht. Die Strafe, welche in diesen Fällen den Thäter trifft, ist eine härtere als diejenige, welche für das einfache fahrlässige Delikt bestimmt ist. Auch tritt die strafrechtliche Verfolgung in diesen Fällen von Amtswegen ein; der Antrag des Verletzten ist nicht erforderlich. — § 232 R.-St.-G.-B.

Der Anstifter und Gehülfe können bei dem Fahrlässigkeitsdelikt nicht in Frage kommen, da deren That ein vorsätzliches Handeln voraussetzt.

¹⁾ Vgl. v. Schwarze, Kommentar zum Strafgesetzbuche für das deutsche Reich S. 618.

²⁾ Vgl. auch die Vorschrift im § 330 R.-St.-G.-B., welche den Fall betrifft, dass durch die Verletzung der Bauregeln eine Gefahr für andere Personen entstanden, aber eine Körperverletzung oder Tötung noch nicht verursacht ist.

4. Die Höhe der Regressansprüche. Die Höhe der Regressansprüche bestimmt sich nach der Höhe der Aufwendungen, welche die Berufsgenossenschaften und Krankenkassen auf Grund des industr. U.-G. oder K.-G. gemacht haben.

Besonders ist hier zu betrachten das Verhältnis des § 96 zu dem § 5 Abs. 9 und 11 des industr. U.-G.

Nach § 5 Abs. 9 ist der Unternehmer verpflichtet, die Erhöhung des Krankengeldes der beteiligten Krankenkasse zu erstatten. Die Regresspflicht des Unternehmers wegen dieser Mehrleistungen der Krankenkassen ist unbeschränkt, das heisst, sie ist an die Voraussetzungen des § 96 nicht gebunden.

Während die Regressansprüche der Krankenkassen aus § 96 unbestritten vor den ordentlichen Gerichten geltend zu machen sind, ist in Ansehung des Regresses der Krankenkassen wegen ihrer Leistungen aus § 5 Abs. 9 der Rechtsweg ausgeschlossen. Durch § 5 Abs. 11 ist vorgeschrieben, dass Streitigkeiten, welche aus Anlass der Bestimmung im § 5 Abs. 9 entstehen, von den Aufsichtsbehörden der Krankenkassen entschieden werden sollen, gegen deren Entscheidung erst die Berufung auf den Rechtsweg zulässig ist. — Vgl. auch § 58 Abs. 1 K.-G.

Es kann mithin fraglich erscheinen:

- a) ob die im § 5 Abs. 9 bezeichneten Leistungen der Krankenkassen — wenn sie nach § 96 mit eingeklagt werden — von der Regresssumme in Abzug zu bringen seien, weil der Rechtsweg wegen derselben nach § 5 Abs. 11 ausgeschlossen;
- b) ob diese Leistungen — wenn es sich um einen verurteilten Bevollmächtigten, Repräsentanten, Betriebs- oder Arbeiteraufseher handelt — deshalb von der Regresssumme abzusetzen seien, weil nach § 5 Abs. 9 der Unternehmer in allen Fällen für regresspflichtig erklärt sei.

Beide Fragen dürften zu verneinen sein, weil der § 96 wegen aller Aufwendungen der Krankenkassen, also auch wegen der durch § 5 Abs. 9 vorgeschriebenen Erhöhung des Krankengeldes, unter den angegebenen Voraussetzungen einen Regressanspruch gewährt und zwischen den verschiedenen Aufwendungen der Krankenkassen nicht unterscheidet. Un-erheblich ist der Umstand, dass die Krankenkassen auf Grund des § 5 Abs. 9 auch von dem Unternehmer Ersatz beanspruchen

können. Es können daher die Krankenkassen, — wenn z. B. ein Betriebsaufseher so, wie der § 96 vorschreibt, bestraft worden ist, — Ersatz ihrer auf Grund des § 5 Abs. 9 gemachten Leistungen sowohl von dem Unternehmer als auch von dem bestraften Aufseher beanspruchen. Diese Ersatzansprüche charakterisieren sich insoweit rechtlich als Solidarobligationen, so dass, wenn und soweit Ersatz von der einen Seite geleistet, von der anderen Seite dasselbe nicht mehr beansprucht werden kann.¹⁾

Ueber den Regress wegen der dem Verletzten nach § 5 Abs. 10 zukommenden Beträge hat das Gesetz Vorschriften nicht getroffen, weil dieselben nicht von den Berufsgenossenschaften und Krankenkassen, sondern von dem Betriebsunternehmer zu zahlen sind.

Die Aufwendungen der Berufsgenossenschaften und Krankenkassen bestehen — abgesehen von den Kosten des Heilverfahrens und der Beerdigung — in periodisch (monatlich) wiederkehrenden Leistungen (einer Rente) — § 66. — Deshalb kann die Regresssumme ebenfalls in Form einer Rente festgesetzt, kann jedoch auch in Form eines Kapitals gefordert werden. — § 96 Abs. 3. Letzteres ist — wie aus der Begründung des Gesetzentwurfes²⁾ hervorgeht — angeordnet, um zu verhüten, dass die Erfüllung der Verpflichtung sich durch eine längere Zeit von Jahren hindurchziehe.

5. Verjährung der Regressansprüche. Da die im § 96 enthaltenen Regressansprüche von dem Gesetz neu eingeführt sind, so hat das Gesetz auch eine Bestimmung über die Verjährung derselben getroffen. Die Ansprüche verjähren in 18 Monaten von dem Tage der Rechtskraft des Strafurteils ab. — § 96 Abs. 4.

6. Rechtliche Konstruktion der Regressansprüche. Der Anspruch der Berufsgenossenschaften und Krankenkassen lässt sich von verschiedenen Gesichtspunkten aus rechtlich konstruieren.

¹⁾ Sehr zweifelhaft ist die Frage, ob der Unternehmer, welcher auf Grund des § 5 Abs. 9 von der Krankenkasse in Anspruch genommen ist, seinerseits wieder gegen den bestraften Betriebsbeamten einen Regressanspruch hat, und ob umgekehrt der bestrafte Betriebsbeamte, welcher auf Grund des § 96 der Krankenkasse die in § 5 Abs. 9 bezeichneten Aufwendungen erstattet hat, seinerseits gegen den in § 5 Abs. 9 als erstattungspflichtig erklärten Unternehmer Regress nehmen kann.

²⁾ Motive S. 83.

Zunächst liesse sich annehmen, dass der Anspruch sich als ein cedierter Entschädigungsanspruch in begrenzter Höhe darstelle. Die Forderung des Verletzten oder dessen Hinterbliebenen — so könnte man sagen — sei kraft Gesetzes von letzteren auf die Berufsgenossenschaften und Krankenkassen übergegangen. Dieser Gesichtspunkt ist aber nicht der richtige. Die Berufsgenossenschaften oder Krankenkassen, welche ihre Regressansprüche aus § 96 geltend machen, klagen nicht als Rechtsnachfolger des Verletzten oder dessen Hinterbliebenen, sie klagen vielmehr kraft eignen Rechts.

Weiter könnte man annehmen, der Anspruch der Berufsgenossenschaften und Krankenkassen sei der quasikontraktliche Anspruch aus einer Geschäftsführung ohne Auftrag. Die Berufsgenossenschaft und die Krankenkasse hätten die Geschäfte desjenigen, welcher den Unfall herbeigeführt hat, nützlich geführt und hätten dabei Auslagen gehabt, deren Ersatz beansprucht werde. Auch diese Konstruktion ist unrichtig, da die Berufsgenossenschaften und Krankenkassen die Aufwendung zur Erfüllung einer ihnen selbst, also nicht einem Anderen, obliegenden Verbindlichkeit gemacht haben.

Der Anspruch der Berufsgenossenschaften und Krankenkassen gründet sich vielmehr allein auf das Gesetz, und zwar auf die ausdrückliche Bestimmung im § 96 industr. U.-G. Der Kläger hat danach weitere Erfordernisse der Klage nicht nachzuweisen, als diejenigen, welche das Gesetz im § 96 verlangt. Die Klage der Berufsgenossenschaften und Krankenkassen stellt sich mithin als eine *actio ex lege* im Sinne des gemeinen Rechtes dar.

Aus dieser rechtlichen Konstruktion ergibt sich Folgendes:

Der Anspruch der Berufsgenossenschaften und Krankenkassen ist davon unabhängig, ob nach dem etwa in Betracht kommenden Civilrecht der Verurteilte dem Verletzten zum Schadenersatz verpflichtet ist oder nicht. Das industr. U.-G. hat mithin in diesem civilrechtlichen Punkte für ganz Deutschland einheitliches Recht geschaffen.

Der Anspruch der Berufsgenossenschaften und Krankenkassen wird dadurch nicht berührt, dass der Thäter dem Verletzten die volle Entschädigung freiwillig ausbezahlt hat. Ob in diesem Falle der Thäter, wenn er von der Berufsgenossenschaft oder Krankenkasse in Anspruch genommen wird, seinerseits das Gezahlte von dem Verletzten wieder zurückverlangen kann, ist nach dem jeweiligen Civilrecht zu entscheiden.

Ohne Einfluss auf den Anspruch der Berufsgenossenschaften und Krankenkassen ist es sogar, wenn dem Verletzten in einem von diesem gegen den Thäter angestregten Rechtsstreite infolge unrichtiger Behandlung der Sache die volle Entschädigung oder in einem gegen den Thäter anhängigen Strafprozeß die volle Busse zugesprochen worden ist.

7. Verhältnis des § 96 industr. U.-G. zu § 57 Abs. 4 K.-G.¹⁾ Neben der Bestimmung des § 96 industr. U.-G. haben wir die Vorschrift des § 57 Abs. 4 K.-G. zu erörtern, da beide Bestimmungen über Regressansprüche der Krankenkassen handeln. Es fragt sich, wie sich diese beiden Bestimmungen zu einander verhalten. In dieser Beziehung ist folgendes zu bemerken:

Der § 57 Abs. 4 begründet eine gesetzliche Cession der Entschädigungsansprüche, welche den gegen Krankheit Versicherten gegen Dritte zustehen, während der § 96 industr. U.-G. nicht von Ansprüchen der Versicherten, sondern von Ansprüchen handelt, welche der Krankenkasse kraft eigenen Rechts zustehen.

Der § 57 Abs. 4 K.-G. handelt von der Regresspflicht eines jeden Dritten, d. h. hier anderer Rechtssubjekte als der Krankenkassen, während der § 96 industr. U.-G. nur die Regresspflicht des Betriebsunternehmers und der Betriebsbeamten behandelt. Vor dem Inkrafttreten des industr. U.-G. hafteten die Betriebsunternehmer und Betriebsbeamten wie jeder andere Dritte unbeschränkt. Nach dem Inkrafttreten des industr. U.-G. ist die Haftpflicht des Betriebsunternehmers und der Betriebsbeamten durch § 95 eingeschränkt. Daher erwächst den Krankenkassen nach § 57 Abs. 4 K.-G. auch nur dann ein Anspruch gegen den Betriebsunternehmer und seine Beamten, wenn die Voraussetzungen des § 95 industr. U.-G. vorliegen.

Interessant ist bei der Betrachtung der beiden Paragraphen folgender Fall:

Wenn der Betriebsunternehmer oder ein Betriebsbeamter den Unfall vorsätzlich herbeigeführt hat und er deshalb strafrechtlich verurteilt worden ist, so können die Krankenkassen auf zwei Wegen Ersatz ihrer Aufwendungen verlangen:

¹⁾ Vgl. auch §§ 65 Abs. 6; 72 Abs. 3 K.-G.

- a) auf Grund des § 57 Abs. 4 K.-G. in dem durch § 58 Abs. 2 vorgeschriebenen Verfahren¹⁾;
- b) auf Grund des § 96 industr. U.-G. im Wege des Civilprozesses vor den ordentlichen Gerichten.

Sind die Krankenkassen auf dem einen Wege befriedigt worden, so können sie auf dem anderen Wege denselben Anspruch nicht noch einmal geltend machen.

8. Rechtsstellung des Betriebsunternehmers und seiner Beamten nach dem früheren und nach dem jetzigen Recht. Nachdem die Haftpflicht des Betriebsunternehmers und seiner Beamten gegenüber dem Verletzten und seinen Hinterbliebenen auf der einen Seite und gegenüber den Berufsgenossenschaften und Krankenkassen auf der anderen Seite erörtert worden ist, soll zum Schlusse noch ein Vergleich gezogen werden zwischen der Stellung dieser Personen nach dem heutigen und derjenigen nach dem früheren Recht.

In dieser Richtung ist im allgemeinen zu sagen, dass deren rechtliche Lage gegen früher wesentlich günstiger geworden ist.

Was den Betriebsunternehmer anbelangt, so ist die Verbesserung seiner Stellung unverkennbar. Zunächst ist die Haftpflicht desselben für das Verschulden seiner Leute, welche insbesondere nach dem Reichshaftpflichtgesetz eine sehr strenge war, in dem Geltungsbereich der Unfallversicherung beseitigt. Sodann haftet er dem Verletzten oder dessen Hinterbliebenen nur im Falle seiner gerichtlichen Verurteilung wegen vorsätzlicher Herbeiführung des Unfalls, und auch hier nicht einmal für den ganzen Schaden, sondern nur für den die Unfallentschädigung übersteigenden Betrag desselben. Den Berufsgenossenschaften und Krankenkassen haftet er nur im Falle seiner strafgerichtlichen Verurteilung wegen Vorsatz und qualifizierter Fahrlässigkeit, hier aber nicht wie nach allgemeinem Recht für den ganzen Schaden, sondern nur für den geringeren Betrag der Unfallentschädigung. Er hat also nur im Falle einer vorsätzlichen Herbeiführung des Unfalls in derselben Höhe wie nach früherem Recht zu haften.

Die Stellung der Betriebsbeamten scheint auf den ersten Blick gegen früher ungünstiger geworden zu sein.

¹⁾ Im Verwaltungsstreitverfahren, und wo ein solches nicht besteht, vor der Aufsichtsbehörde der Krankenkasse.

Nach dem Reichshaftpflichtgesetz haben nicht die Betriebsbeamten, sondern der Betriebsunternehmer dem Verletzten bzw. dessen Hinterbliebenen für den von ihnen schuldhafter Weise verursachten Schaden zu haften, während nach dem industr. U.-G. die Beamten selbst unter den in den §§ 95 und 96 angegebenen Voraussetzungen für haftbar erklärt sind. Allein die Stellung der Beamten ist nur scheinbar eine ungünstigere, in Wahrheit aber eine günstigere geworden.¹⁾

Das Reichshaftpflichtgesetz hat nämlich nur das Rechtsverhältnis des Verletzten oder seiner Hinterbliebenen zu dem Betriebsunternehmer geregelt, aber keinerlei Bestimmungen getroffen über den Regress des in Anspruch genommenen Unternehmers dem Beamten gegenüber, welcher den Unfall schuldhafter Weise herbeigeführt hat. Das Verhältnis der letzteren zu einander regelte sich nach den Grundsätzen des allgemeinen Rechts. Nach gemeinem Recht z. B. würden die Betriebsbeamten für die geringste Nachlässigkeit (*levissima culpa*), durch welche der Unfall herbeigeführt worden ist, dem in erster Linie in Anspruch genommenen Unternehmer regresspflichtig sein. Nach der neuen Gesetzgebung haften indessen die Betriebsbeamten für die volle Entschädigung nur im Falle des Vorsatzes, welcher überdies noch durch strafgerichtliches Urteil festgestellt werden muss, und zwar den Berufsgenossenschaften und Krankenkassen gegenüber in Höhe der von diesen verauslagten Unfallentschädigung und Krankenunterstützung, und den Verletzten oder dessen Hinterbliebenen gegenüber in Höhe des Mehrbetrages.

Im Falle der Fahrlässigkeit haften sie — wie der Betriebsunternehmer — den Berufsgenossenschaften und Krankenkassen nur in Höhe der von diesen verauslagten Beträge, und auch hier nur bei einer durch strafgerichtliches Urteil festgestellten qualifizierten Fahrlässigkeit.

Auch hier liegt in dem Umstand, dass der Strafrichter die Schuld des in Anspruch Genommenen vor der Geltendmachung des Entschädigungsanspruchs festzustellen hat, ein nicht zu unterschätzendes Moment für die Erleichterung der Haftpflicht der Betriebsunternehmer und Betriebsbeamten.

¹⁾ Beschluss des Reichsversicherungsamts vom 1. April 1885. — Amtl. Nachrichten I No. 33 S. 123. Der Beschluss ist auch abgedruckt bei Döhl S. 303 fg.; und bei Förster, Rechte und Pflichten u. s. w. S. 82 fg.

§ 19.

Das land- und forstwirtschaftliche Unfallversicherungsgesetz.

Literatur: Siehe S. 85 u. 86.

1. Ueber die Regressansprüche der Berufsgenossenschaften u. s. w. gegen den Betriebsunternehmer und seine Beamten enthält das landw. U.-G. in den §§ 117 und 118 im wesentlichen dieselben Vorschriften, wie die §§ 96 und 97 des industr. U.-G.

Neu auf dem Gebiete der land- und forstwirtschaftlichen Unfallversicherung ist nur die Bestimmung, dass der Betriebsunternehmer und seine Beamten unter den im § 117 angeführten Voraussetzungen auch den „Gemeinden“ gegenüber für alle von ihnen gemachten Aufwendungen haftbar sind.

2. Die Sonderbestimmung des landw. U.-G. In dem Bereich des landw. U.-G. kommt ausser den Berufsgenossenschaften ¹⁾ und Krankenkassen ferner die Gemeinde als regressberechtigt in Betracht. Der Grund hierfür liegt darin, dass nach dem System der land- und forstwirtschaftlichen Unfallversicherung die Gemeinde im Notfalle für die ersten 13 Wochen nach dem Unfall einzutreten und dem Verletzten die notwendigste Hülfe (freie ärztliche Behandlung, freie Arznei und freie Heilmittel) zu gewähren hat. Diese Verpflichtung der Gemeinden fällt fort, soweit die Verletzten:

- a) auf Grund landesgesetzlicher Bestimmungen oder
- b) auf Grund der Krankenversicherung Anspruch auf eine gleiche Fürsorge haben oder
- c) nach § 136 landw. U.-G. von der Versicherungspflicht befreit sind oder
- d) sich im Auslande aufhalten.

Aber auch in diesen Ausnahmefällen hat die Gemeinde die bezeichneten Leistungen unter Vorbehalt des Ersatzanspruches zu übernehmen, wenn die zunächst Verpflichteten ihren Verbindlichkeiten nicht nachkommen. — § 10 Abs. 1.

3. Das Verhältniss der Regressansprüche der Gemeinden aus § 117 zu denjenigen aus § 10 Abs. 1 landw. U.-G. Hat die Gemeinde ihren Verpflichtungen aus § 10 Abs. 1 genügt, so haften für diese Aufwendungen ein-

¹⁾ In Preussen besteht für jede Provinz eine landwirtschaftliche Genossenschaft. Die Abgrenzung der Berufsgenossenschaften ist also hier, im Gegensatz zur Versicherung in der Industrie, durchgängig nach geographischen Bezirken angeordnet.

mal der Betriebsunternehmer und seine Beamten, wenn die Voraussetzungen des § 117 vorliegen, zum anderen aber auch die im § 10 Abs. 1 bezeichneten Verpflichteten.

In welchem Verhältnisse stehen nun diese Bestimmungen zu einander?

Zunächst möge vorausgeschickt werden, dass wegen der Ersatzansprüche der Gemeinden aus § 10 Abs. 1 der Rechtsweg ausgeschlossen ist¹⁾, während die Ersatzansprüche der Gemeinden aus § 117 vor den ordentlichen Gerichten geltend zu machen sind.

Hier haben wir es lediglich mit den Ansprüchen der Gemeinden gegen den Betriebsunternehmer und seine Beamten zu thun. Letztere sind nach § 10 Abs. 1 den Gemeinden wegen ihrer Aufwendungen regresspflichtig, wenn und soweit sie dem Verletzten auf Grund landesgesetzlicher Bestimmungen die bezeichneten Leistungen zu gewähren verpflichtet sind. Dieses ist indessen nach § 116 nur dann der Fall, wenn durch strafgerichtliches Urteil festgestellt worden ist, dass sie den Unfall vorsätzlich herbeigeführt haben. Im Uebrigen haben die Verletzten jetzt keine Ansprüche mehr an die genannten Personen. Allerdings spricht das Gesetz im § 10 nur von einer Verpflichtung auf Grund des Landesgesetzes, ohne der Einschränkung des landesrechtlichen Haftpflichtrechts durch § 116 zu gedenken. Man muss indessen annehmen, das unter Landesrecht im Sinne des § 10 auch das durch das Reichsgesetz (den genannten § 116 landw. U.-G.) modifizierte Haftpflichtrecht verstanden ist.

Hieraus ergibt sich, dass die Gemeinden gegen den Betriebsunternehmer und seine Beamten nach § 10 landw. U.-G. Regressansprüche nur in diesem beschränkten Umfange haben. Es steht ihnen namentlich ein Regressanspruch nicht zu, wenn eine der genannten Personen den Unfall aus Fahrlässigkeit verursacht hat.

¹⁾ § 12 Abs. 2 landw. U.-G. Bezüglich des Verfahrens vgl. für Preussen: Gesetz über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883; Gesetz vom 27. April 1885; Allerhöchste Verordnung vom 12. September 1885; Verord., betr. die Zuständigkeit der Verwaltungsgerichte und den Instanzenzug für Streitigkeiten, welche nach reichsgesetzlicher Vorschrift im Verwaltungsstreitverfahren zu entscheiden sind. Vom 26. Juli 1886; — für Sachsen: Gesetz vom 30. Januar 1835 und die dazu gehörigen Nachträge; Verord. des Ministeriums des Innern vom 16. Dezember 1883 (Administrativjustizprozess). — Häpe S. 95 Anmerk. 10; Rumpelt S. 46; — für Württemberg: Art. 8 des Ausführungsgesetzes vom 20. Mai 1884. — Schicker S. 70.

Anders die Bestimmung im § 117 landw. U.-G. Hier ist den Gemeinden wegen ihrer auf Grund des § 10 gemachten Aufwendungen stets dann ein Regressanspruch gegeben, wenn die Voraussetzungen des § 117 vorliegen, ohne Rücksicht darauf, ob dem Verletzten ein civilrechtlicher Anspruch auf Entschädigung gegen den Thäter zusteht. - Insbesondere hat die Gemeinde einen Regressanspruch gegen denjenigen Unternehmer und Betriebsbeamten, welcher den Unfall aus Fahrlässigkeit unter Ausserachtlassung seiner Berufspflicht herbeigeführt hat.

Während die Regressansprüche der Gemeinden nach § 10 zur Voraussetzung haben, dass dem Verletzten ein Anspruch auf Entschädigung gegen den Betriebsunternehmer und seine Beamten zusteht, fällt diese Voraussetzung nach § 117 fort. Denn die Regresspflicht des Betriebsunternehmers und seiner Beamten für die von der Gemeinde gemachten Aufwendungen ist durch § 117 gesetzlich begründet; der § 117 sagt ganz kategorisch: „Der Betriebsunternehmer u. s. w., gegen welche festgestellt worden ist, haften . .“. Anders der § 10, nach dessen ausdrücklichem Wortlaut der Regressanspruch der Gemeinden einen mindestens gleich hohen Anspruch des Verletzten auf Grund des Landesrechts zur Voraussetzung hat.

Aus Vorstehendem ergibt sich, dass die Gemeinden im Falle des durch Strafurteil festgestellten Vorsatzes in der Lage sind, ihre Regressansprüche gegen die Betriebsunternehmer oder dessen Beamte auf zwei verschiedenen Wegen zu verfolgen:

1. auf Grund des § 10 Abs. 1 in dem durch § 12 Abs. 2 geordneten Verfahren, und
- 2. im Wege des Civilprozesses vor dem ordentlichen Richter.

4. Vergleich zwischen den §§ 116, 117 und § 10 landw. U.-G. auf der einen Seite und den §§ 96, 97 industr. U.-G. und § 57 Abs. 4 K.-G. auf der anderen Seite. Die §§ 116 und 117 stehen zu dem § 10 landw. U.-G. in einem ähnlichen Verhältnis wie die §§ 96 und 97 industr. U.-G. zu dem § 57 Abs. 4 des K.-G.

Der § 10 Abs. 1 landw. U.-G. und § 57 Abs. 4 K.-G. gewähren der Gemeinde bzw. der Krankenkasse Ersatzansprüche wegen ihrer Aufwendungen im allgemeinen gegen jeden Dritten, welcher dem Verletzten gesetzlich zur Entschädigung verpflichtet ist. Dieser Satz ist in seiner Allgemeinheit durch die §§ 96 industr. U.-G. und 116 landw. U.-G. zu Gunsten des Betriebsunternehmers und seiner Be-

amenten eingeschränkt worden.¹⁾ Die genannten Personen haften den Verletzten nicht mehr wie jeder Dritte, sondern nur im Falle des strafgerichtlich festgestellten Vorsatzes. Hieraus folgt, dass auch die Ersatzansprüche der Gemeinden und Krankenkassen gegen den Betriebsunternehmer und dessen Beamte aus § 10 Abs. 1 landw. U.-G. und § 57 Abs. 4 K.-G. an diese Voraussetzungen geknüpft sind.

Diese Einschränkung der Ersatzansprüche ist sowohl in Ansehung der Gemeinden als auch der Krankenkassen wieder erweitert worden durch die Vorschriften in den §§ 96 industr. U.-G. und 117 landw. U.-G., wonach die Regressansprüche der Gemeinden und Krankenkassen auch zugelassen werden, wenn der Betriebsunternehmer oder die Betriebsbeamten den Unfall fahrlässig unter Ausserachtlassung ihrer Berufspflicht herbeigeführt haben und deshalb bestraft worden sind.

Auch insofern haben die angeführten beiden Verhältnisse eine unbestreitbare Aehnlichkeit mit einander, als die Ersatzansprüche der Krankenkassen aus § 57 Abs. 4 K.-G. ebenso wie diejenigen der Gemeinde aus § 10 landw. U.-G. der Regel nach im Verwaltungsstreitverfahren bezw. von der Aufsichtsbehörde der in Anspruch genommenen Gemeinde geltend zu machen sind, während die Regressansprüche der Krankenkassen und der Gemeinde aus § 96 industr. U.-G. und § 117 landw. U.-G. vor die ordentlichen Gerichte gehören. — Vgl. noch: K.-G. § 58 Abs. 2; § 65 Abs. 5; § 72 Abs. 4 u. § 73.

§ 20.

Das Bau-Unfallversicherungsgesetz.

Literatur: Siehe Seite 96.

Wie wir bereits oben Seite 96 fg. gesehen haben, bestimmt das Bau-U.-G., dass — abgesehen von der bereits erörterten, im § 49 Abs. 1 enthaltenen Sondervorschrift — in Ansehung der Haftpflicht die Bestimmungen des industr. U.-G. in entsprechender Weise auf dem Gebiete der Bau-Unfallversicherung Anwendung finden sollen.

Die Haftung des Bau-Betriebsunternehmers und seiner Beamten den Berufsgenossenschaften und Krankenkassen gegenüber bestimmt sich daher nach § 96 industr. U.-G. in seiner entsprechenden Anwendung auf die Bau-Unfallversicherung.

¹⁾ Vgl. auch Begründung zum Entwurf des industr. U.-G. S. 81.

1. Die Berechtigten. Regressberechtigt sind nach § 96 industr. U.-G. die Berufsgenossenschaften und die Krankenkassen, also die Träger der industriellen Unfallversicherung.

Das Bau-U.-G. kennt noch andere Träger der Versicherung. Es zählt in § 4 auf:

- a) die Berufsgenossenschaften;
- b) bei Bauarbeiten, welche von dem Reich oder einem Bundesstaat als Unternehmer ausgeführt werden, das Reich oder der Staat, für dessen Rechnung die Bauarbeit erfolgt;
- c) bei Bauarbeiten, welche in anderen als Eisenbahnbetrieben von einem Kommunalverbande oder einer anderen öffentlichen Korporation¹⁾ als Unternehmer ausgeführt werden, den Kommunalverband oder die Korporation, sofern diese Körperschaften zur Uebernahme der durch die Versicherung entstehenden Lasten genügend leistungsfähig sind.

Obwohl das Bau-U.-G. nicht ausdrücklich bestimmt, dass das Reich, der Staat oder die Korporation an die Stelle der Berufsgenossenschaft treten soll — wie dies im § 2 des Ausd.-G. geschehen —, so folgt doch aus der Vorschrift einer entsprechenden Anwendung des § 96 für den Geltungsbereich des Bau-U.-G., dass auch die ausser der Berufsgenossenschaft und Krankenkasse genannten Träger der Versicherung regressberechtigt sind.

2. Die Unfallversicherungsanstalt. Das Bau-U.-G. kennt ferner noch eine eigentümliche Einrichtung, die Unfallversicherungsanstalt. Eine solche ist bei einer jeden Berufsgenossenschaft von Baugewerbetreibenden zu errichten. Dieselbe hat eine besondere Kasse, eine besondere Rechnungsführung, einen besonderen Reservefonds und ein besonderes Statut. Sie hat die Bestimmung, die Versicherung derjenigen Personen zu ermöglichen, welche von den im § 4 Ziff. 4 Abs. 1 bezeichneten Unternehmern bei Bauarbeiten beschäftigt werden. Als Versicherte gehören ihr in erster Linie diejenigen Personen an, welche bei nicht gewerbsmässig betriebenen Bauarbeiten²⁾ beschäftigt sind, sodann aber auch Personen in solchen Baubetrieben, deren Ausführung von

¹⁾ Z. B. Provinzen, Kreise, grosse Städte, Deich- und Meliorationsgenossenschaften, grosse Stiftungen u. a.

²⁾ Z. B. bei Bauarbeiten, welche von jedem beliebigen Hausbesitzer, Pächter oder sonstigen Person vorgenommen werden.

anderen Verbänden und Korporationen als von dem Reich, einem Bundesstaat, einem leistungsfähigen Kommunalverband oder einer sonstigen öffentlichen Korporation erfolgt. — § 16.

Die Kosten der Unfallversicherung in der Versicherungsanstalt haben nach näherer Bestimmung der §§ 21 bis 34 die Unternehmer oder die Gemeindeverbände zu tragen.

Die Versicherungsanstalt ist kein selbständiges Rechtssubjekt, welches klagen und verklagt werden kann; Träger der Versicherungsanstalt ist vielmehr die Berufsgenossenschaft, deren Organe auch die Verwaltung der Anstalt führen. — § 16 Abs. 4.

Die Frage kann daher gar nicht entstehen, ob die Versicherungsanstalt in Gemässheit der entsprechenden Anwendung des § 96 industr. U.-G. den Genossenschaften und Krankenkassen zur Seite zu stellen und für regressberechtigt zu erklären ist. Als regressberechtigtes Subjekt ist vielmehr wegen der Ausgaben der Versicherungsanstalt die Berufsgenossenschaft anzusehen, zu welcher die Versicherungsanstalt gehört.

Es kann mithin auch nicht zweifelhaft sein, dass der Baubetriebsunternehmer bzw. dessen Beamte für die aus der Versicherungsanstalt gemachten Aufwendungen unter der Voraussetzung des § 49 Bau-U.-G. bzw. 96 industr. U.-G. haftbar sind.

3. Sind die Gemeinden auch regressberechtigt? Besonders zu erwähnen sind hier noch die Gemeinden, welche die ihnen nach § 7 Abs. 2 des Bau-U.-G. obliegenden Verbindlichkeiten erfüllt haben. Bezüglich dieser ist es fraglich, ob wegen der Vorschrift der entsprechenden Anwendung des § 96 industr. U.-G. es sich rechtfertigt, den Gemeinden, ebenso wie den Berufsgenossenschaften und Krankenkassen, einen Regressanspruch zu gewähren. Diese Frage dürfte zu verneinen sein, nicht nur deshalb, weil weder der § 49 Bau-U.-G. noch der § 96 industr. U.-G. die Gemeinde als regressberechtigtes Subjekt aufführt, sondern auch noch aus folgendem Grunde:

Nach § 8 Abs. 2 Bau-U.-G. sind die Streitigkeiten über Ersatzansprüche der Gemeinde gegen den zunächst Verpflichteten im Wege des Verwaltungsstreitverfahrens bzw. von der Aufsichtsbehörde der Gemeinde zu entscheiden. Der ordentliche Richter ist daher wegen dieser Vorschrift überhaupt nicht in der Lage, über Regressstreitigkeiten zwischen Gemeinde und Betriebsunternehmer oder Betriebsbeamten zu

erkennen, auch dann nicht, wenn die Voraussetzungen des § 49 Bau-U.-G. bzw. § 96 industr. U.-G. vorliegen. Eine vor dem ordentlichen Gericht erhobene Klage ist deshalb wegen Unzulässigkeit des Rechtswegs abzuweisen.

Anders werden die Regressansprüche der Gemeinde im landw. U.-G. behandelt. Hier ist der Gemeinde infolge ihrer ausdrücklichen Erwähnung im § 117 des landw. U.-G. ein vor dem ordentlichen Richter geltend zu machender Regressanspruch gewährt. Eine solche ausdrückliche Vorschrift fehlt indessen im Bau-U.-G. Es muss daher in allen Fällen bei der Vorschrift des § 8 Abs. 2 verbleiben.

Auf diese Unregelmässigkeit in dem System der Reichsversicherungsgesetzgebung mag hiermit besonders aufmerksam gemacht sein.

4. Die Verpflichteten. Haftbar sind nach § 49 Bau-U.-G. bzw. § 96 industr. U.-G.: der Bau-Betriebsunternehmer, der Bevollmächtigte, Repräsentant, der Betriebs- und Arbeiteraufseher.

Wer als Unternehmer im Sinne des Bau-U.-G. anzusehen ist, haben wir bereits oben S. 99 gesehen.

Im Uebrigen wird auf die Ausführungen im § 18 d. W. hiermit Bezug genommen.

§ 21.

Das See-Unfallversicherungsgesetz.

1. Ueber die Haftpflicht des Betriebsunternehmers und seiner Beamten den Berufsgenossenschaften und Krankenkassen gegenüber bestimmt das See-U.-G. Folgendes:

§ 110. „Diejenigen Betriebsunternehmer, Mitrheder, Lootsen, Bevollmächtigten oder Repräsentanten, Betriebs- oder Arbeiteraufseher oder Personen der Schiffsbesatzung, gegen welche durch strafgerichtliches Urteil festgestellt worden ist, dass sie den Unfall vorsätzlich oder durch Fahrlässigkeit mit Ausserachtlassung derjenigen Aufmerksamkeit, zu der sie vermöge ihres Amts, Berufes oder Gewerbes besonders verpflichtet sind, herbeigeführt haben, haften der Genossenschaft und den Krankenkassen für alle Aufwendungen, welche infolge des Unfalls auf Grund dieses Gesetzes oder des Gesetzes, betr. die Krankenversicherung der Arbeiter, vom 15. Juni 1883 von demselben gemacht worden sind.

In gleicher Weise haftet als Betriebsunternehmer eine Aktiengesellschaft, eine Innung oder eingetragene Genossen-

schaft für die durch ein Mitglied ihres Vorstandes, sowie eine Handelsgesellschaft, eine Innung oder eingetragene Genossenschaft für die durch eine der Liquidatoren herbeigeführten Unfälle.

Als Ersatz für die Rente kann in diesen Fällen deren Kapitalwert gefordert werden.

Der Anspruch verjährt in achtzehn Monaten von dem Tage, an welchem das strafrechtliche Urteil rechtskräftig geworden ist.“

2. Die Berechtigten. Durch die Vorschrift im § 110 ist den Berufsgenossenschaften (§ 16) und den Krankenkassen, wozu auch die Gemeinde-Krankenversicherung gehört, ein Regressanspruch gewährt, nicht dagegen dem Unternehmer, welcher die ihm nach § 10 obliegenden Verbindlichkeiten erfüllt hat.

3. Die Verpflichteten. Als regresspflichtige Personen sind nach § 110 ausser dem Betriebsunternehmer und den bei den bisher besprochenen Unfallversicherungsgesetzen erwähnten Beamten ferner die Mitrheder, Lootsen und Personen der Schiffsbesatzung angeführt.

Die Gründe, weshalb das See-U.-G. die Bestimmungen über die Haftpflicht auch auf diese Personen erstreckt hat, sind oben Seite 104 fg. erörtert worden.

Der § 111 See-U.-G. enthält eine dem § 97 des industr. U.-G. entsprechende Vorschrift.

Im Uebrigen wird auf die Ausführungen im § 18 d. W. Bezug genommen.

§ 22.

Das Beamten-Unfall-Fürsorgegesetz.

Literatur: Siehe S. 108 u. 109.

Das Gesetz, betreffend die Fürsorge für Beamte und Personen des Soldatenstandes infolge von Betriebsunfällen, vom 15. März 1886 hat über das Verhältnis der Betriebsverwaltung und ihrer Beamten zu den Berufsgenossenschaften und Krankenkassen Bestimmungen, wie solche im § 98 industr. U.-G. enthalten sind, nicht getroffen. Es war dieses um deswillen nicht möglich, weil nach dem System des Beamt.-U.-G. für die versicherungspflichtigen Betriebe Berufsgenossenschaften überhaupt nicht gebildet werden, vielmehr das Reich, der Staat, der Kommunalverband die Träger der Unfallversicherung, oder genauer gesagt, der Unfallfürsorge sind. Diesen

Trägern der Fürsorge ist ein Regressanspruch gegen ihre eigenen Beamten, welche den Unfall vorsätzlich oder aus Fahrlässigkeit herbeigeführt haben, durch das Beamt.-U.-G. nicht gewährt.

Aber auch bezüglich der Krankenkassen, welchen die in Betriebsverwaltungen des Reiches ohne ein festes Gehalt und mit weniger als 2000 Mark Jahresverdienst beschäftigten Beamten angehören, enthält das Beamt.-U.-G. eine besondere Bestimmung über etwaige Regressansprüche gegenüber der Betriebsverwaltung und deren Beamten nicht. Es verbleibt daher in dieser Beziehung bei der Vorschrift des § 57 Abs. 4 K.-G.

Kapitel III.

Die Haftpflicht Dritter.

§ 23.

Das industrielle Unfallversicherungsgesetz.

Literatur: Siehe Seite 52 u. 53.

Bezüglich des Rechtsverhältnisses dritter Personen, d. i. anderer als der Betriebsunternehmer und seiner Beamten, zu dem Verletzten oder dessen Hinterbliebenen einerseits und den Berufsgenossenschaften und Krankenkassen andererseits gelten folgende Bestimmungen:

a) § 98 industr. U.-G.¹⁾ „Die Haftung dritter, in den §§ 95 und 96 nicht bezeichneter Personen, welche den Unfall vorsätzlich herbeigeführt oder durch Verschulden verursacht haben, bestimmt sich nach den bestehenden gesetzlichen Vorschriften.“

Jedoch geht die Forderung der Entschädigungsberechtigten an den Dritten auf die Genossenschaft insoweit über, als die Verpflichtung der letzteren zur Entschädigung durch dieses Gesetz begründet ist.“

Diese Bestimmung hat auch Geltung für den Bereich des Ausdehnungsgesetzes. Nur tritt hier für die im § 2 des genannten Gesetzes bezeichneten, einer Berufsgenossenschaft nicht zugewiesenen fiskalischen Betriebe an Stelle der Berufs-

¹⁾ Die entsprechende Vorschrift des österreichischen Unfallversicherungsgesetzes findet sich im § 47 daselbst.

genossenschaft das Reich oder der Bundesstaat, für dessen Rechnung die Verwaltung geführt wird. — Ausd.-G. §§ 1, 2 und 3.

b) § 57 Abs. 4 K.-G. „Ist von der Gemeinde-Krankenversicherung oder von der Ortskrankenkasse Unterstützung in einem Krankheitsfalle geleistet, für welchen dem Versicherten ein gesetzlicher Entschädigungsanspruch gegen Dritte zusteht, so geht dieser Anspruch in Höhe der geleisteten Unterstützung auf die Gemeinde-Krankenversicherung oder die Orts-Krankenkasse über.“

Diese Bestimmung gilt auch für die Betriebs- (Fabrik-), Bau- und Innungskrankenkassen. — §§ 65 Abs. 5, 72 Abs. 3 und 73 Abs. 1 K.-G.

Der § 98 Satz 1 industr. U.-G. regelt die Ansprüche des Verletzten gegen dritte Beschädiger, der § 98 Satz 2 industr. U.-G. das Verhältnis dieser Dritten gegenüber den Berufsgenossenschaften, der § 57 Abs. 4 K.-G. das Verhältnis der Beschädiger zu den Krankenkassen.

1. Die Ansprüche der Verletzten bzw. der Hinterbliebenen des Getöteten gegen dritte Beschädiger. Der § 98 enthält in seinem ersten Satz eine deklarative, in seinem zweiten Satz eine konstitutive Bestimmung. In dem ersten Satz sind die Ansprüche bezeichnet, welche trotz des Unfallversicherungsgesetzes bestehen bleiben; in dem zweiten Satz sind die Modifikationen aufgeführt, welche die bestehen bleibenden Ansprüche erleiden.

Unberührt bleibt nach § 98 Satz 1 die Haftpflicht derjenigen, welche nicht zu den in den §§ 95 und 96 aufgezählten Personen gehören. In diesen Paragraphen sind die Betriebsunternehmer, Bevollmächtigten, Repräsentanten, Betriebs- und Arbeiteraufseher genannt.

Als „Dritte“ im Sinne des § 98 sind vor allen Dingen die einfachen Betriebsarbeiter zu nennen, durch deren Schuld ein Mitarbeiter oder ein versicherter Betriebsbeamter verletzt oder getötet worden ist. Aber auch die Betriebsunternehmer und Betriebsbeamten können unter Umständen unter den Begriff der „Dritten“ im Sinne des § 98 fallen. Aus der Bestimmung des § 98 folgt nämlich nichts, dass die genannten Personen — abgesehen von den in den §§ 95 und 96 bezeichnete Ausnahmefällen — wegen Herbeiführung eines Unfalls nun überhaupt von jedweder Ersatzverbindlichkeit befreit sind. Die Bestimmungen in den §§ 95 und 96 haben vielmehr nur die Unternehmer und Beamte desjenigen Betriebes

im Auge, in welchem der Unfall vorgekommen ist. Diese Personen sind es aber auch, welche der § 98 den „Dritten“ gegenüberstellt. „Dritte“ im Sinne des § 98 sind also andere Personen als der Unternehmer, in dessen Dienst der Verletzte den Betriebsunfall, gegen welchen er versichert ist, erlitten hat, und dessen Beamte. Ein Betriebsunternehmer, welcher einen Unfall in einem fremden, nicht in dem eignen Betriebe herbeiführt, gilt als „Dritter“ und ist daher dem Verletzten nach den bestehenden Gesetzen für den Schaden verantwortlich.

Dieser Satz ist zweifellos richtig, wenn der Thäter dem Verletzten nicht als Arbeitgeber gegenübersteht. Zweifelhaft ist es aber, wenn der Unternehmer mehrere für sich gesonderte Betriebe hat und ein in einem Betriebe ausschliesslich versicherter Arbeiter in dem anderen Betriebe verunglückt.

Ein in dieser Richtung sehr interessanter Fall hat in jüngster Zeit das Reichsgericht beschäftigt. Der Sachverhalt war folgender: Der bei dem königlich bayrischen Oberpostamt in A. als Packetbote bedienstete L.¹⁾ war am 10. Februar 1887 auf dem A.'er Staatsbahnhofe damit beschäftigt, aus dem Bahnpostwagen des Mittagszuges die Postpakete zu entnehmen und auf den vor dem Eisenbahnwagen stehenden Postkarren zu entladen, als plötzlich ein Rangierzug auf den Postwagen stiess, diesen in Bewegung setzte und hierdurch L. zwischen diesen Wagen und den Postkarren gezwängt, eine Quetschung des Unterleibs erlitt, welche einen rechtsseitigen Leistenbruch und eine voraussichtlich dauernde Dienst- und Erwerbsunfähigkeit desselben herbeiführte.

Wegen dieses Unfalls wurde mit Entschliessung der königlichen Direktion der bayrischen Posten und Telegraphen vom 7. Juli 1887 auf Grund des Unfallversicherungsgesetzes bzw. Ausd.-G. eine Entschädigung von $66\frac{2}{3}$ Prozent seines bisherigen, jährlich 900 Mark betragenden Gehalts vorerst auf die Dauer eines Jahres bewilligt.

L. hat nun auf Grund des Reichshaftpflichtgesetzes und der Normen der lex Aquilia den königlich bayrischen Eisenbahnfiskus auf Zahlung der verbleibenden $33\frac{1}{3}$ Prozent seines Gehalts, d. i. 300 Mark jährlich, in Anspruch genommen, und da dieses Begehren auf Grund der §§ 95 und 96 industr. U.-G. abgelehnt wurde, Klage erhoben.

¹⁾ Das Beamt.-U.-G. ist dem Kläger gegenüber nicht zur Anwendung gebracht, da nach den hier nicht weiter interessierenden thatsächlichen Feststellungen Kläger nicht zu den in diesem Gesetz genannten Beamten gehört.

Die Klage ist in 3 Instanzen abgewiesen worden, weil der königlich bayrische Staat in seiner Eigenschaft als Eisenbahnfiscus dem im königlich bayrischen Postdienste Verunglückten gegenüber nicht als ein „Dritter“ im Sinne des § 98 gelten könne.

Aus den Gründen der Entscheidung sind folgende Sätze hervorzuheben:

Unter Betriebsunternehmer sei derjenige zu verstehen, in dessen Unternehmen der Unfall eingetreten und der beschädigte Arbeiter beschäftigt sei, also der Arbeitgeber des Verletzten. Im Gegensatz hierzu erscheine als Dritter im Sinne des § 98 unter Anderen auch derjenige Betriebsunternehmer, der zu dem Verletzten nicht im Verhältniss eines Arbeitgebers stehe.

Da der Eisenbahn- und Postbetrieb in Bayern nicht von verschiedenen Personen, sondern von der einen Person des bayrischen Staates ausgeübt werde, so stehe dieser Staat qua Eisenbahnunternehmer dem Postbediensteten nicht als dritte Person im Sinne des § 98 gegenüber. Dem Postbediensteten stehe, möge er den Unfall im Postdienste oder bei dem Betriebe einer Eisenbahn erlitten haben, nur ein Unternehmer, ein Arbeitgeber gegenüber. — Entsch. R.-G. vom 14. Juni 1888, in den Beilagen zum Reichsanzeiger 1888, S. 449.

Diese Entscheidung dürfte unzutreffend sein. Wenn eine Person verschiedene unfallversicherungspflichtige, von einander gesonderte Unternehmen, z. B. zwei verschiedene Fabriken, betreibt, und wenn ein ausschliesslich in der einen Fabrik beschäftigter und nur gegen die Unfälle im Betriebe dieser Fabrik versicherter Arbeiter in der anderen Fabrik durch ein Verschulden des Unternehmers oder eines Beamten einen Unfall erleidet, so wird die Folge sein, dass dieser Arbeiter auf der einen Seite keine Unfallrente erhält, weil er nicht gegen Unfälle, welche ihm in dem Betriebe dieser Fabrik zustossen, versichert ist, dass er aber auf der anderen Seite seine Ansprüche aus dem allgemeinen Haftpflichtrecht gegen den Unternehmer wird geltend machen können, trotzdem dieser sein Arbeitgeber ist.

Nach diesem Gesichtspunkt wäre auch in dem dargestellten Falle zu entscheiden gewesen.

Es hätte untersucht werden müssen, ob der Unfall im Post- oder im Eisenbahnbetriebe vorgekommen sei. Im ersteren Fall würde der erhobene Anspruch allerdings unbegründet erscheinen, aber nur um deswillen, weil ein Eisenbahn-

unfall nicht vorliege; es würde aber ein Anspruch aus dem Versicherungsgesetz gegeben sein; im zweiten Falle würde die Klage gegen den Eisenbahnfiskus begründet, hingegen der Anspruch auf eine Unfallentschädigung gegenüber dem Postfiskus unbegründet sein, da Kläger nur gegen Unfälle im Postbetriebe nach Massgabe des Gesetzes versichert ist.

Wenn daher eine Person in einem Betriebe verunglückt, in welchem sie nicht versichert ist, so kann sie auf Grund des allgemeinen Haftpflichtrechts den Betriebsunternehmer desjenigen Betriebes, in welchem sie verunglückt ist, in Anspruch nehmen, auch wenn dieselbe Person Unternehmer desjenigen Betriebes ist, in welchem der Verunglückte versichert ist.

Die oben angeführte Entscheidung würde eine andere gewesen sein, wenn der Kläger in dem Reichs- oder in einem Privateisenbahnbetrieb verunglückt wäre. Es ist nicht abzusehen, warum aus dem Grunde, dass zufällig dieselbe Person Unternehmer des Post- und des Eisenbahnbetriebes ist, der Verletzte schlechter gestellt sein soll, als wenn verschiedene Subjekte der beiden Betriebe vorhanden wären.

Es giebt aber noch weitere Fälle, in welchen der Betriebsunternehmer und seine Beamten, sogar bei einem in dem eigenen Betriebe vorgekommenen Unfall, als Dritte im Sinne des § 98 anzusehen sind. Geht man nämlich davon aus, dass der § 98 Satz 1 lediglich die Bedeutung hat, auszusprechen, dass die Ersatzansprüche, bezüglich welcher die §§ 95 und 96 keine Bestimmungen getroffen haben, aufrecht erhalten werden sollen, so muss man auch annehmen, dass der Unternehmer und seine Beamten denjenigen Personen haften, welche nicht zu den Hinterbliebenen im Sinne des industr. U.-G. gehören, aber doch einen Anspruch auf Alimentation gegen den Getöteten hatten. Diesen Personen stehen der Unternehmer und seine Beamten in derselben Weise als Dritte gegenüber, wie den nicht versicherten Personen.

Ferner haften der Betriebsunternehmer und seine Beamten unbeschränkt, wenn dieselben einen ihrer Arbeiter getötet oder körperlich verletzt haben, diese That sich aber nicht als ein Betriebsunfall qualifiziert, denn in diesem Falle ist ein Anspruch des Verletzten oder seiner Hinterbliebenen gegenüber der Berufsgenossenschaft ausgeschlossen.

Der § 98 Satz 1 verlangt ferner, dass die haftbar bleibenden Personen den Unfall „vorsätzlich oder durch Verschulden“ verursacht haben.

Bei dieser Bestimmung muss die Frage aufgeworfen werden, wie es sich mit den Ansprüchen gegen solche Personen verhält, die den Unfall nicht vorsätzlich oder nicht durch eigenes Verschulden verursacht haben, aber doch dem Verletzten haftbar sind. Hierher gehören namentlich die Ansprüche aus dem Reichshaftpflichtgesetz und die Ansprüche, welche mit der *Actio de effusis et dejectis* oder der *Actio de pauperie* und den entsprechenden Klagen der übrigen Rechte verfolgt werden. In diesen Fällen wird gehaftet für das Verschulden anderer Personen, für den Zufall oder für den durch Tiere herbeigeführten Schaden. Sollen alle diese Ansprüche als beseitigt gelten, da der § 98 ihrer nicht gedenkt?

Diese Frage ist zu verneinen,¹⁾ und zwar aus folgendem Grunde: Der Satz 1 des § 98 will — wie bereits bemerkt — nur darauf hinweisen (declarieren), dass diejenigen Ansprüche, welche durch die Vorschrift in den §§ 95 und 96 nicht ausdrücklich beseitigt sind, nach wie vor bestehen bleiben sollen. Die §§ 95 und 96 haben aber die Haftpflicht des Unternehmers und seiner Beamten nur in beschränktem Umfange beseitigt. Soweit sich aus diesen Bestimmungen die Aufhebung des bis zur Reichsversicherungsgesetzgebung geltenden Haftpflichtrechts nicht ableiten lässt, bleibt letzteres in Kraft.

Hat eine Person, welche nicht zu den Beamten des Betriebsunternehmers gehört, für deren Handlung der Betriebsunternehmer aber verantwortlich ist — z. B. ein einfacher Arbeiter im Gebiete des französischen Rechts, der zu den *préposés* gehört — den Unfall schuldhafter Weise herbeigeführt, so haftet der Unternehmer dem Verletzten oder seinen Hinterbliebenen nicht; aber nicht deshalb, weil die Haftung für das Verschulden Anderer durch § 98 principiell beseitigt sei, sondern weil der Unternehmer nicht zu den „Dritten“ im Sinne des § 98 gehört. Die Haftpflicht des Betriebsunternehmers für einen Betriebsunfall ist im § 95 genau geregelt. Bei Erörterung des § 95 ist auch hervorgehoben worden, dass die Haftung des Betriebsunternehmers für das Verschulden seiner Leute, welche den Betriebsunfall ver-

¹⁾ Fuld (Reichsgesetz, betr. die Unfallversicherung der bei Bauten beschäftigten Personen) meint S. 136, dass durch § 98 „lediglich die Fortdauer der Geltung derjenigen Vorschriften ausgesprochen worden, welche die eigene Haftbarkeit dieser dritten Personen für dolose und kulpöse Verursachung des Unfalls zum Gegenstande haben“. Dieser Ansicht steht lediglich der Wortlaut, nicht der Sinn des Gesetzes zur Seite.

ursacht haben, beseitigt sei. Damit ist aber noch nicht gesagt, dass hierdurch die gesetzlich bestehende Haftpflicht für das Verschulden Anderer generell als aufgehoben zu betrachten ist.¹⁾

Aus Vorstehendem ergibt sich, dass ausser der vorsätzlichen und schuldhaften Herbeiführung des Unfalls auch die anderweite Haftpflicht einer jeden dritten Person von der Versicherungsgesetzgebung unberührt geblieben ist.

Die Wortfassung des ersten Satzes im § 98 scheint überhaupt eine wenig glückliche zu sein. Schon auf den ersten Blick muss es auffallen, dass die Worte: „vorsätzlich“ und „durch Verschulden“ alternativ neben einander gesetzt sind, gleich als ob beides verschiedenartige Begriffe seien. In der That ist aber „das Verschulden“ der höhere Begriff, unter welchen der Vorsatz und die Fahrlässigkeit fällt. Der Vorsatz ist danach nur eine bestimmte Unterart des Verschuldens. Es würde demnach ganz derselbe Sinn zum Ausdruck gekommen sein, wenn das Wörtchen „vorsätzlich“ überhaupt in dem Gesetzestexte weggelassen wäre.

Scheinbar spricht aber gegen diese Auffassung der Wortlaut des Gesetzes. Sehen wir nur einmal genau hin! Es heisst im § 98: „... welche den Unfall vorsätzlich herbeigeführt oder durch Verschulden verursacht haben.“ Die von dem Gesetz beliebte Ausdrucksweise muss demnach doch wohl nicht ohne Grund gebraucht sein. Der Unfall soll auf der einen Seite — nämlich bei dem Vorsatzdelikt — „herbeigeführt“, auf der anderen Seite — nämlich bei dem Verschulden überhaupt — „verursacht“ sein. Ein wesentlicher Unterschied zwischen beiden Begriffen ist indessen nicht erfindlich. Bei dem ersteren Ausdruck ist mehr an die Handlung (das Herbeiführen) gedacht, welche den Unfall zur Folge hat, bei dem letzteren Ausdruck mehr an das Setzen einer Thatsache (Ursache), welche ihrerseits den Unfall zur Folge hat.

Beide Ausdrücke kommen im Ergebnis auf dasselbe hinaus.

Da auf der einen Seite ausser den im § 98 ausdrücklich hervorgehobenen Fällen der schuldhaften Herbeiführung eines Unfalls auch die anderweite Haftpflicht Dritter unberührt gelassen wird, und da auf der anderen Seite das Nebeneinanderstellen von Vorsatz und Verschulden zu Missverständnissen Anlass geben kann, so gelangt man zu dem Ergebnis, dass die Bedeutung und Tragweite des § 98 viel klarer geworden

¹⁾ A. M., aber ohne hinreichende Gründe: Fuld, Reichsges., betr. die Unfallversicherung der bei Bauten beschäftigten Personen S. 136.

wäre, wenn der Satz: „welche den Unfall vorsätzlich herbeigeführt oder durch Verschulden verursacht haben“, überhaupt nicht aufgenommen wäre.

In neuester Zeit hat sich von Schulze - Graevernitz ¹⁾ ebenfalls auf den hier vertretenen Standpunkt gestellt und seine Ansicht wie folgt begründet: Der Gesetzgeber sei bei Erlass des Reichshaftpflichtgesetzes, auch bei § 1 desselben, von der Idee des Verschuldens als des Grundes für die Haftung ausgegangen. Der Schwerpunkt des § 1 des Haftpflichtgesetzes habe der Gesetzgeber gerade darin gefunden, dass hier im Schadenfalle ein Verschulden präsumiert werde. Derselben Ansicht sei der Gesetzgeber des Unfallversicherungsgesetzes gewesen (Beweis: Begründung des Gesetzentwurfs vom 8. Mai 1882. — § 118). Daher habe der Gesetzgeber durch den § 98 auch die Haftung der Betriebsunternehmer aus den §§ 1 und 2 des Reichshaftpflichtgesetzes nicht beseitigen wollen, da ja nach dieser Auffassung die Betriebsunternehmer zu den Personen gehören, welche den Unfall durch Verschulden (hier allerdings präsumtives) verursacht haben.

2. Das Verhältnis der Verletzten einerseits und der „Dritten“ andererseits gegenüber den Berufsgenossenschaften und Krankenkassen. (§ 98 Satz 2 industr. U.-G. und § 57 Abs. 4 K.-G.) Der Satz 2 des § 98 hat zum Inhalt eine gesetzliche Cession, wonach die dem Entschädigungsberechtigten an den Dritten zustehende Forderung in Höhe des von der Genossenschaft zu leistenden Betrages auf die letztere übergeht.

Die Bestimmung verfolgt den Zweck, den mehrfachen Bezug einer Entschädigung seitens des Verletzten zu vereiteln.

Ihre Ergänzung findet diese Vorschrift in dem § 57 Abs. 4 K.-G. ²⁾, wonach der dem Versicherten gegen Dritte zustehende Anspruch auf Entschädigung in Höhe der von den Krankenkassen geleisteten Unterstützung auf die letzteren übergeht.

Hieraus ergibt sich, dass wir auch in diesem Kapitel von Differenzansprüchen reden können, denn diejenigen Versicherten bzw. Hinterbliebenen, welche eine Unfallrente erhalten, können nur die Differenz zwischen der ihnen nach

¹⁾ In Grünhuts Zeitschrift Bd. XVI S. 457 fg.

²⁾ § 57 Abs. 4 findet auch auf die Betriebs- (Fabrik-), Bau- und Innungskrankenkassen Anwendung. — §§ 65 Abs. 5; 72 Abs. 3 und 73 Abs. 1.

allgemeinem Recht gebührenden Entschädigung und der Entschädigung aus dem industr. U.-G. verlangen.

Ebenso können die nach Massgabe des K.-G. versicherten Personen nur die ihnen nach allgemeinem Haftpflichtrecht zustehende Entschädigung unter Abzug der erhaltenen Krankenunterstützung beanspruchen.

Der Unterschied zwischen dem Differenzanspruch aus § 98 und demjenigen aus § 95 besteht hauptsächlich darin, dass nach § 98 nicht das Vorliegen eines strafgerichtlichen Urteils erforderlich ist.

Dass auch für die Differenzklage aus § 98 ebenso wie für diejenige aus § 95 der Rechtsweg zulässig ist, ist bereits oben im § 12 dargelegt worden.

Gegenstand der Cessio legis ist die Forderung des Entschädigungsberechtigten — des Cedenten — deren Ausübung kraft Rechtsvorschrift der Genossenschaft — der Cessionarin — zu eignem Recht überlassen ist. Die Forderung des Entschädigungsberechtigten geht also ganz so, aber auch nur so, wie sie dem Letzteren zustand, mit allen Vorteilen und Nachteilen, welche derselben anhaften, auf die Genossenschaft über.

Die Forderung der Berufsgenossenschaften gegen den Dritten entsteht ipso juri, d. i. ohne dass es der weiteren Mitwirkung der dabei in Betracht kommenden Personen bedarf. Der Uebergang des Anspruchs von dem Verletzten auf die Berufsgenossenschaft vollzieht sich in dem Augenblick, in welchem es feststeht, dass der Verletzte oder dessen Hinterbliebene einen Anspruch auf die Versicherungssumme gegen die Berufsgenossenschaften haben.

Mithin ist es ohne Einfluss auf die Ansprüche der Berufsgenossenschaften aus § 98, wenn der Verletzte mit dem Schadenurheber einen Vergleich abschliesst, wenn er diesem gegenüber auf seine Ansprüche verzichtet, wenn er ihm seine Schuld erlässt, wenn er in einem Strafverfahren gegen den Beschädiger eine Busse zugesprochen erhält und endlich, wenn er in einem Civilprozess gegen den Beschädiger infolge unrichtiger Behandlung der Sache mit seiner Klage abgewiesen wird.

In allen diesen Fällen steht der Klage der Berufsgenossenschaft eine Einrede aus den von dem Verletzten vorgenommenen Rechtsgeschäften (Vergleich, Verzicht, Erlass) nicht entgegen, ebenso auch nicht die Einrede der rechtskräftig entschiedenen Sache und der Einwand der Unzulässig-

keit eines weiteren Ersatzanspruches. Diese Folgen ergeben sich daraus, dass mit dem Augenblick des Feststehens der öffentlichen Verbindlichkeit zur Fürsorge in der durch § 98 Satz 2 angegebenen Höhe nicht mehr der Verletzte, sondern die Berufsgenossenschaft anspruchsberechtigt ist.¹⁾

Der Verletzte kann nur noch über den ihm nach § 98 verbleibenden Teil des Entschädigungsanspruches verfügen, bezüglich dieses Teils Rechtsgeschäfte abschliessen, auf Anerkennung einer Busse²⁾ antragen, Klage erheben u. s. w.

Ein wenig anders liegt die Sache auf dem Gebiete der Krankenversicherung. Zwar geht auch hier der Anspruch des Verletzten auf die betreffende Krankenkasse ipso jure über, ohne dass es eines besonderen Rechtsaktes (einer Cession) bedarf, allein der Uebergang vollzieht sich hier erst mit der Leistung der betreffenden Kasse an den Verletzten, da nach dem Wortlaut des K.-G. hier der Anspruch „in Höhe der geleisteten Unterstützung“ übergehen soll. Ferner werden Streitigkeiten zwischen der Krankenkasse und dem Schadenurheber nicht von den ordentlichen Gerichten entschieden, sondern nach Massgabe des § 58 Abs. 2 K.-G. im Verwaltungsverfahren bzw. von der Aufsichtsbehörde.

An dieser Stelle ist noch eine andere Frage zu erörtern. Es ist nämlich zweifelhaft, wie sich der § 98 zu den vertragsmässigen Entschädigungsansprüchen des Verletzten oder dessen Hinterbliebenen gegen „Dritte“ verhält. Diese Entschädigungsansprüche bleiben nach dem Sinn und der Bedeutung des § 98 unberührt.

Fraglich ist es nur, ob dieselben nach Satz 2 auf die Genossenschaft in dem angegebenen Umfange übergehen. Diese Frage dürfte zu bejahen sein, da das Gesetz im § 98 nicht zwischen gesetzlichen und vertragsmässigen Entschädigungsansprüchen unterscheidet.

Auch in diesem Punkte liegt die Sache auf dem Gebiete der Krankenversicherung anders. Nach dem ausdrücklichen Wortlaut des K.-G. § 57 Abs. 4 gehen nur gesetzliche

¹⁾ Vgl. K. Hilse, Einfluss der Kranken- und Unfallfürsorge auf den Ersatzanspruch des Verletzten gegen den Beschädiger. Berlin 1888. S. 16 fg.

²⁾ A. M. Hilse S. 32. Letzterer stellt m. E. ohne hinreichende Gründe den Satz auf: Der Strafrichter dürfe dem Antrag auf Busse nicht stattgeben in denjenigen Fällen, in welchen nach Lage der von ihm amtlich festzustellenden Umstände der Verletzte Ansprüche auf öffentlich-rechtliche Fürsorge hat.

Entschädigungsansprüche des Erkrankten auf die Krankenkassen über.

3. Umfang der cedirten Forderung. Die Forderung des Entschädigungsberechtigten geht nicht in voller Höhe auf die Genossenschaft bzw. Krankenkasse über, vielmehr ist der Umfang der cedirten Forderung gesetzlich beschränkt.

Bei Feststellung des Umfangs der cedirten Forderungen haben wir wiederum zwischen Genossenschaften und Krankenkassen zu unterscheiden.

a) Was die Forderungen der Berufsgenossenschaften angeht, so richtet sich deren Höhe nach dem Umfang desjenigen Anspruchs, welcher dem Entschädigungsberechtigten gegenüber der Genossenschaft zusteht. Es kommt — wie bereits erwähnt — nicht darauf an, ob die Genossenschaft ihren Verpflichtungen in der That nachgekommen ist, obgleich dies in der Regel der Fall sein wird. Sollte die Berufsgenossenschaft ihren Verpflichtungen noch gar nicht oder noch nicht im vollen Umfange genügt haben, so kann sich der Entschädigungsberechtigte nur an die Genossenschaft halten, nicht an den Dritten.

b) Was die Forderungen der Krankenkassen anbelangt, so ist deren Höhe gemäss § 57 Abs. 4 nach der Höhe der von den Krankenkassen thatsächlich geleisteten Unterstützungen zu bemessen.

§ 24.

Das land- und forstwirtschaftliche Unfallversicherungsgesetz.

Literatur: Siehe Seite 85 u. 86.

Die Bestimmungen des landw. U.-G. in Betreff der Haftung Dritter gegenüber dem Verletzten und dessen Hinterbliebenen einerseits und den Berufsgenossenschaften andererseits finden sich in den § 119 dieses Gesetzes, welcher mit dem in dem vorigen Paragraphen behandelten § 98 industr. U.-G. wörtlich übereinstimmt.

Alles, was dort gesagt ist, gilt auch für das landw. U.-G.

Bemerkt möge hier nur werden, dass im § 119 eine ausdrückliche Bestimmung dahin nicht getroffen ist, dass die Forderung des Entschädigungsberechtigten an den Dritten auf die Gemeinde insoweit übergehen solle, als die Verpflichtung der letzteren durch § 10 des Gesetzes begründet ist.

Die Uebergehung der Gemeinde fällt hier auf, weil dieselbe im § 117 neben den Berufsgenossenschaften und Krankenkassen ausdrücklich erwähnt ist.

Die Berechtigung der Gemeinde auf Ersatz der gemachten Aufwendungen gegenüber dem Dritten ergibt sich aber schon aus dem letzten Satz des § 10 Abs. 1. Nur sind diese Ersatzansprüche im Wege des Verwaltungsstreitverfahrens event. vor der Aufsichtsbehörde der in Anspruch genommenen Gemeinde geltend zu machen.¹⁾ — Landw. U.-G. § 12 Abs. 2.

Sind die in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigten Personen gegen Krankheit versichert²⁾, so findet der § 57 Abs. 4 K.-G. auch hier Anwendung.

§ 25.

Das Bau-Unfallversicherungsgesetz.

Literatur: Siehe Seite 96.

Das Bau-U.-G. verweist in Ansehung der Haftpflicht dritter Personen lediglich auf die Bestimmungen des industr. U.-G., welche auf dem Gebiete der Bauunfallversicherung entsprechende Anwendung finden sollen. — § 49 Abs. 2.

Massgebend ist in dieser Richtung der § 98 des industr. U.-G. Die entsprechende Anwendung dieses Paragraphen auf die Bau-Unfallversicherung bietet keine Schwierigkeiten.

Bemerkt sei noch, dass die Ersatzforderung des Berechtigten auch insoweit auf die Berufsgenossenschaft übergeht, als eine Unfallentschädigung aus der Versicherungsanstalt gezahlt wird. Dieses folgt daraus, dass die Versicherungsanstalt — wie oben angeführt — kein selbstständiges Rechtssubjekt, sondern lediglich eine abgesonderte Kasse der Berufsgenossenschaft ist. Daher erscheinen die Zahlungen, welche aus der Versicherungsanstalt bewirkt sind, als Zahlungen der Berufsgenossenschaft selbst.

Hervorzuheben ist ausserdem, dass die Gemeinde, welche an Stelle des säumigen Verpflichteten auf Grund des § 7 Abs. 2 Bau-U.-G. das Erforderliche vorgeschossen hat, als gesetzliche Cessionarin des Verletzten nach Massgabe des § 49 Bau-U.-G. bzw. 98 industr. U.-G. nicht anzusehen ist. Sie hat vielmehr auf Grund des § 7 Abs. 2 Bau-U.-G. gegen

¹⁾ Vgl. für Preussen: Preuss. Gesetz vom 30. Juli 1883; vom 27. April 1885; Verord. vom 12. September 1885 und vom 26. Juli 1886.

²⁾ K.-G. § 2 Ziff. 6 und landw. U.-G. §§ 133 fg.

den Verpflichteten einen Ersatzanspruch, welcher indessen nach § 8 Abs. 2 im Verwaltungsstreitverfahren bezw. vor der Aufsichtsbehörde der Gemeinde geltend zu machen ist. Die Gemeinde hat auch nur Anspruch auf Erstattung derjenigen Aufwendungen, welche sie thatsächlich gemacht hat.

§ 26.

Das See-Unfallversicherungsgesetz.

Die Bestimmung des See-U.-G. über die Haftpflicht Dritter, welche sich in dem § 112 dieses Gesetzes findet, lautet folgendermassen:

„Bei Zusammenstössen mehrerer unter dieses Gesetz fallender Fahrzeuge finden die Bestimmungen der §§ 109 bis 111 auf die Rheder oder Mitheder, Lootsen, Bevollmächtigten und Repräsentanten, Betriebsaufseher und Personen der Schiffsbesatzungen sämtlicher bei dem Zusammenstosse beteiligten Fahrzeuge Anwendung.

Im Uebrigen bestimmt sich die Haftung dritter, in den §§ 109 und 110 nicht bezeichneter Personen, welche den Unfall vorsätzlich herbeigeführt oder durch Verschulden verursacht haben, nach den bestehenden gesetzlichen Vorschriften. Jedoch geht die Forderung der Entschädigungsberechtigten an den Dritten auf die Genossenschaft insoweit über, als die Verpflichtung der letzteren zur Entschädigung durch dieses Gesetz begründet ist.“

1. Die Sonderbestimmung des See-U.-G. Neu für das Gebiet der See-Unfallversicherung ist die Vorschrift im Abs. 1. Ohne diese ausdrückliche Bestimmung würde bei Zusammenstössen mehrerer Fahrzeuge der Rheder, Schiffer u. s. w. des einen Fahrzeuges der Besatzung des anderen Fahrzeuges ersatzpflichtig sein. Diese Personen würden letzteren gegenüber als „Dritte“ anzusehen sein. In Erwägung des Umstandes, dass eine grosse Zahl von Unfällen durch Zusammenstoss mehrerer Fahrzeuge entsteht, und dass deshalb ohne die ausdrückliche Bestimmung des § 112 Abs. 1 der Zweck des See-U.-G. — den Rheder und Schiffer, nachdem für die Versicherten eine genügende Fürsorge getroffen, nach Möglichkeit zu entlasten — nur unvollkommen erreicht werden würde, hat man ausdrücklich bestimmt, dass die Vorschriften über die Haftpflicht des Unternehmers, seiner Beamten und der Personen der Schiffsbesatzung gegenüber dem Verletzten und dessen Hinterbliebenen einerseits und den

Berufsgenossenschaften und Krankenkassen andererseits sich im Falle eines Zusammenstosses mehrerer Fahrzeuge auf die Betriebsunternehmer, Beamten und Personen der Schiffsbesatzung sämtlicher bei dem Zusammenstoss beteiligter Fahrzeuge Anwendung finden sollen. — Vgl. Begründung des Gesetzentwurfs zu §§ 110 bis 113 (in den Verhandl. des Reichstags 1886/87. Bd. III. Drucksache No. 6).

2. Im Uebrigen stimmt der § 112 See-U.-G. mit den entsprechenden Bestimmungen des industriellen, des land- und forstwirtschaftlichen und des Bau-Unfallversicherungsgesetzes überein.

§ 27.

Das Beamten-Unfallfürsorgegesetz.

Literatur: Siehe Seite 108 u. 109.

Das Gesetz, betreffend die Fürsorge für Beamte und Personen des Soldatenstandes infolge von Betriebsunfällen, vom 15. März 1886 enthält über die Haftung Dritter gegenüber dem Verletzten und seinen Hinterbliebenen im § 10 folgende Bestimmung:

„Die dem Verletzten oder dessen Hinterbliebenen auf Grund des § 1 des Gesetzes, betreffend die Verbindlichkeit zum Schadenersatz für die bei dem Betriebe von Eisenbahnen, Bergwerken u. s. w. herbeigeführten Tötungen und Körperverletzungen, vom 7. Juni 1871 gegen Eisenbahn-Betriebsunternehmer zustehenden Ansprüche gehen auf die Betriebsverwaltung, welche dem Verletzten oder dessen Hinterbliebenen auf Grund des gegenwärtigen Gesetzes oder anderweiter reichsgesetzlicher Vorschrift (§§ 1 und 2) Pensionen, Kosten des Heilverfahrens, Renten oder Sterbegelder zu zahlen hat, in Höhe dieser Bezüge und vorbehaltlich der Bestimmungen des Artikels 8 des Gesetzes vom 20. Dezember 1875 über.

Weitergehende Ansprüche als auf diese Bezüge stehen dem Verletzten und dessen Hinterbliebenen gegen das Reich und die Bundesstaaten nicht zu.

Die Haftung anderer, in dem § 8 nicht bezeichneten Personen, welche den Unfall vorsätzlich herbeigeführt oder durch Verschulden verursacht haben, bestimmt sich nach den bestehenden gesetzlichen Vorschriften. Jedoch geht die Forderung des Entschädigungsberechtigten an den Dritten auf die Betriebsverwaltung insoweit über, als sie zu den im Absatz 1 gedachten Zahlungen auf Grund dieses Gesetzes verpflichtet ist.“

Die Sondervorschriften des Beam.-U.-G. Neu sind in dem § 10 der Absatz 1 und 2.

A. Der Abs. 1 hat den Zweck, etwaige Zweifel über die Weitergeltung des Reichshaftpflichtgesetzes, welche bei der wörtlichen Herübernahme des § 98 industr. U.-G. auftauchen könnten, zu beseitigen. — Vgl. Begründung des Gesetzentwurfs (in den Verhandl. des Reichstags 1885/86. Bd. IV, S. 55).

Der § 98 industr. U.-G. spricht nämlich nur von solchen Personen, welche den Unfall vorsätzlich herbeigeführt oder durch Verschulden verursacht haben. Wenn man lediglich den Wortlaut dieser Bestimmung ins Auge fasst, könnte man annehmen, dass die Haftpflicht der Eisenbahnverwaltungen durch § 98 ganz unberührt gelassen sei, da der Eisenbahnunternehmer für alle bei dem Betriebe der Eisenbahn sich ereignenden Unfälle auch ohne den Nachweis eignen Verschuldens haftet. Es ist aber schon oben nachgewiesen, dass die Grundsätze des § 98 industr. U.-G. auch auf das Haftpflichtgesetz Anwendung zu finden haben. Dieser Gedanke, welcher oben aus dem Sinn und Zweck des § 98 industr. U.-G. gefolgert ist, wird in dem Beam.-U.-G. ausdrücklich ausgesprochen, weil hier die Frage nach dem Fortbestand des Reichshaftpflichtgesetzes besonders nahe liegt.

Aufrecht erhalten ist durch § 10 Abs. 1 ferner der Artikel 8 des Gesetzes vom 20. Dezember 1875. Dieses Gesetz hat die Abänderung des § 4 des Gesetzes über das Postwesen des deutschen Reiches vom 28. Oktober 1871 zum Gegenstande. Der Artikel 8 des genannten Gesetzes regelt das Verhältnis zwischen Eisenbahn- und Postverwaltung in den Fällen, in welchen bei dem Betrieb einer Eisenbahn ein im Dienst befindlicher Postbeamter getötet oder körperlich verletzt worden ist.

B. Eine weitere Abweichung von den entsprechenden Bestimmungen der übrigen Unfallversicherungsgesetze enthält der § 10 Abs. 2. Hiernach sollen Reichsbeamte oder deren Hinterbliebene, welche auf Grund des Beam.-U.-G. entschädigt sind, gegen das Reich oder einen Bundesstaat weitergehende Ansprüche nicht geltend machen können.

Bei dieser Bestimmung ist hauptsächlich an den Fall gedacht, dass ein Reichsbeamter bei dem Betriebe einer Reichs- oder Staatseisenbahn, in deren Dienst er nicht gestanden hat¹⁾,

¹⁾ Z. B. ein Reichspostbeamter, welcher wegen seiner Entschädigungsansprüche vom Postfiskus abgefunden ist.

einen Unfall erleidet. In einem solchen Falle sollen sich der Verletzte und seine Hinterbliebenen mit der ihnen nach dem Beamt.-U.-G. zu gewährenden Pension oder Rente begnügen. Die Erhebung weitergehender Ansprüche aus § 1 des Reichshaftpflichtgesetzes soll für diese Personen ausgeschlossen sein. — Vgl. Entsch. R.-G. vom 31. Mai resp. 14. Juni 1888. Bd. XXI, S. 53.

Anders liegt die Sache bei Unfällen auf Privateisenbahnen. In diesem Falle behält der verletzte Beamte seine Ansprüche aus dem allgemeinen Haftpflichtrecht, jedoch mit der Massgabe, dass diese Ansprüche in Höhe der ihm gewährten Pension auf den die Pensionslast tragenden Fiskus übergehen.

Die dem § 10 Abs. 2 entsprechende Vorschrift für die Staats- und Kommunalbeamten findet sich im § 12 des Beamt.-U.-G., dessen Inhalt oben Seite 266 unter c angegeben ist.

Das Beamt.-U.-G. hat über die Fürsorge der Staats- und Kommunalbeamten allgemeine Vorschriften nicht getroffen und konnte sie auch nicht treffen, weil die Reichsgesetzgebung auf dem Gebiete der Dienstpragmatik der Einzelstaaten nicht zuständig ist.

In einer Beziehung musste indessen die Reichsgesetzgebung eingreifen, um eine Uebereinstimmung der Bestimmungen des Landes- bzw. Statutarrechts mit dem Reichsrecht zu ermöglichen. Sie musste, ebenso wie es bezüglich der Reichsbeamten geschehen ist, die weiter gehenden Ansprüche aus dem Haftpflichtgesetz auch in Ansehung der Staats- und Kommunalbeamten, für welche eine dem Beamt.-U.-G. mindestens gleichkommende Fürsorge getroffen ist, beseitigen.

Diese Aufgabe konnte das Reich der Landesgesetzgebung oder gar der statutarischen Feststellung nicht überlassen, weil diese ein Reichsgesetz — das Reichshaftpflichtgesetz — abzuändern nicht im Stande sind.

III. Abschnitt.

Inwieweit ist das Haftpflichtrecht durch die Reichsversicherungsgesetzgebung unberührt geblieben?

§ 28.

A. In seinem gesamten Umfang.

Die Reichsversicherungsgesetzgebung hat das bisherige Haftpflichtrecht nicht in seinem gesamten Umfang, sondern nur für gewisse Fälle aufgehoben bzw. modifiziert. Das letztere, insbesondere das Reichshaftpflichtgesetz hat noch immer die erheblichste praktische Bedeutung, wohingegen die in dem vorigen Abschnitt erörterten positiven haftpflichtrechtlichen Bestimmungen der Reichsversicherungsgesetze wohl seltener in der Praxis zur Anwendung kommen, da die Voraussetzungen des § 95 industr. U.-G. und der entsprechenden Bestimmungen der übrigen Reichsversicherungsgesetze voraussichtlich nicht häufig eintreten werden.

Das Haftpflichtrecht bleibt im Allgemeinen in seinem bisherigen Umfang bestehen, soweit nicht die Reichsversicherungsgesetze besondere Bestimmungen getroffen haben. Diese besonderen Bestimmungen sind im vorigen Abschnitt erörtert worden.

Zum Beweise der grossen praktischen Bedeutung, welche das Haftpflichtrecht auch jetzt noch hat, sollen hier kurz einige der wichtigsten Anwendungsfälle angeführt werden.

Das Haftpflichtrecht ist unverändert in Kraft geblieben:

1. Wenn es sich um Ansprüche solcher Personen handelt, welche in einem der Reichsversicherung nicht unterworfenen Betriebe beschäftigt sind. Namentlich gehören hierher die meisten Handwerksbetriebe, das Handelsgewerbe, die Fischerei u. s. w. Die versicherungspflichtigen Personen sind im Einzelnen

in den §§ 13—17 d. Abh. unter der Ueberschrift: „Die Berechtigten“ aufgeführt worden.

2. Wenn es sich um Entschädigungsansprüche solcher Personen handelt, welche zwar in einem dem Versicherungszwang unterworfenen Betriebe beschäftigt sind, aber nicht zu den Arbeitern oder Betriebsbeamten gehören. Hier sind in erster Linie die nicht technischen Beamten (Buchhalter, Correspondenten) zu nennen.

3. Wenn als Beschädigte in Frage kommen Betriebsbeamte in einem versicherungspflichtigen Betriebe, deren Gehalt 2000 Mark übersteigt und auf welche der Versicherungszwang nicht ausgedehnt ist.

4. Wenn es sich um Entschädigungsansprüche solcher Personen handelt, welche nicht zu den Hinterbliebenen des Getöteten im Sinne der Reichsversicherungsgesetze gehören. Ausser der Wittwe und den Kindern des Getöteten sowie den Ascendenten ihres getöteten einzigen Ernährers können andere Hinterbliebene nach wie vor Entschädigungsansprüche auf Grund des Haftpflichtrechts erheben. Dies gilt namentlich von denjenigen Personen, welchen auf Grund des § 3 Reichshaftpflichtgesetzes, sowie des § 1492 sächs. bürgerlichen Gesetzbuches Ansprüche gegen den Beschädiger zustehen. Ferner gilt dies von dem Wittwer¹⁾ einer getöteten Arbeiterin, welcher z. B. nach preuss. A. L.-R. II 1, 262 und bayr. L.-R. I 6, 12 No. 7 unter Umständen gegen seine bemittelte Ehefrau einen gesetzlichen Anspruch auf Unterhalt hat.

5. Der § 1 des Reichshaftpflichtgesetzes bleibt in Kraft, wenn es sich um Entschädigungsansprüche der Reisenden, der Adjacenten, der auf Perrons oder in den Wartesälen befindlichen Personen handelt. — Vgl. Entsch. R.-G. v. 31. Mai und 14. Juni 1888, Bd. XXI, S. 55. fg.

Ferner -- wie bei dem Haftpflichtrecht überhaupt -- wenn als Berechtigte in Frage kommen Eisenbahnbeamte, welche nicht Betriebsbeamte sind, und solche Betriebsbeamte, deren Jahresverdienst 2000 Mark übersteigt, sofern auf sie die Versicherungspflicht nicht ausgedehnt ist.

6. Der § 2 des Reichshaftpflichtgesetzes bleibt in folgenden Fällen unverändert in Kraft:

a) Wenn Entschädigungsansprüche solcher Personen in Frage kommen, welche nicht im Dienste des Unternehmers

¹⁾ Dem Wittwer steht ein Versicherungsanspruch nach den Reichsversicherungsgesetzen nicht zu.

stehen. Hierher gehören ausser den freiwilligen Besuchern der Bergwerke, Fabriken, Steinbrüche u. s. w. auch solche Personen, deren Beruf ein Verweilen in diesen Betriebsstätten erfordert, z. B. Fabrikinspektoren, Steuerrevisionsbeamte.¹⁾

b) Wenn es sich um Ansprüche solcher Beamten handelt, welche nicht zu den Betriebsbeamten gehören.

c) Wenn Ansprüche solcher Betriebsbeamten in Frage stehen, deren Jahresarbeitsverdienst 2000 Mark übersteigt, und auf welche die Versicherungspflicht nicht ausgedehnt ist.

d) Wenn der Unfall in einem durch Beschluss des Bundesrates eximirten Betriebe vorgekommen ist.

7. Die Bestimmungen der §§ 1 und 2 des Haftpflichtgesetzes bleiben auch den versicherten Arbeitern und Betriebsbeamten gegenüber unverändert in Kraft, wenn als Verpflichteter in Frage kommt ein Betriebsunternehmer im Sinne des Haftpflichtgesetzes, welcher nicht unter den Begriff des Betriebsunternehmers im Sinne der Unfallversicherungsgesetze fällt.

Der Begriff des Betriebsunternehmers im Sinne des Haftpflichtgesetzes ist ein weiterer als der Begriff des „versicherungspflichtigen“ Betriebsunternehmers im Sinne der Unfallversicherungsgesetze.

Der Begriff des Unternehmers im Sinne des Haftpflichtgesetzes ist — wie in zahlreichen oberstrichterlichen Entscheidungen erkannt worden ist — ein wirtschaftlicher, indem das Charakteristische des Unternehmers der Unternehmergeinn bildet. Dagegen erfordert der Begriff des Betriebsunternehmers im Sinne der Unfallversicherungsgesetze weiter das Bestehen eines Vertragsverhältnisses zwischen dem Versicherten und dem Unternehmer.

Zwei Eisenbahnunternehmer vereinigen sich zum gemeinsamen Betrieb eines durchgehenden Zuges mit gemeinsamer Beteiligung am Unternehmergeinn. Wenn hierbei ein nur von einem Unternehmer angestellter Arbeiter verunglückt, so kann derselbe den andern Unternehmer auf Grund des Haftpflichtgesetzes in Anspruch nehmen. Der in Anspruch genommene ist nicht Betriebsunternehmer im Sinne der Unfallversicherungsgesetze, weil er zu dem Verunglückten in keinem Vertragsverhältnisse steht, wohl aber ist er Betriebsunternehmer im Sinne des Haftpflichtgesetzes, weil er an dem Unternehmergeinn partizipiert.

¹⁾ Eger, Die Unfall- und Krankenversicherungsgesetze S. IX.

Der Verunglückte hat in diesem Falle einen Rentenanspruch gegen die Berufsgenossenschaft auf der einen Seite, einen Anspruch aus dem Haftpflichtgesetz auf der andern Seite. Der letztere vermindert sich natürlich um den kraft gesetzlicher Zession auf die Berufsgenossenschaft übergegangenen Betrag. — Vgl. v. Schulze-Graevernitz in Grünhuts Zeitschrift Bd. XVI. S. 457 fg.

8. Das Haftpflichtrecht gilt ferner in dem bisherigen Umfange weiter, wenn Entschädigungsverpflichtete in Frage kommen, die nicht zu den in den §§ 13—17 d. Abh. unter der Ueberschrift: „Die Verpflichteten“ angeführten Personen gehören. In erster Linie sind hier die einfachen Arbeiter anzuführen. Hat ein solcher einen Mitarbeiter schuldhafter Weise körperlich verletzt oder getötet, so haftet er nach den Vorschriften des allgemeinen Haftpflichtrechts.

9. Ferner ist das Haftpflichtrecht unverändert in Kraft geblieben, wenn ein Unfall in Frage kommt, welcher sich nicht als ein Betriebsunfall im Sinne der Reichsversicherungsgesetze darstellt. In diesem Falle haftet auch der Betriebsunternehmer und seine Beamten. Vgl. des Näheren S. 155 d. Abh. Daher sind die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen über die Beschädigung durch Tiere, durch Ausgiessen oder Herauswerfen von Sachen und durch den Einsturz eines Gebäudes in ihrem bisherigen Umfange in Kraft geblieben, denn es werden wohl schwerlich Beschädigungen dieser Art bei dem Betriebe eines versicherungspflichtigen Unternehmens vorkommen.

10. Schliesslich können selbst versicherungspflichtige Personen oder deren Hinterbliebene ihre Ansprüche wegen Körperverschädigung oder Tötung unabhängig von den Voraussetzungen der Unfallversicherungsgesetze geltend machen, wenn sie in einem anderen Betriebe verunglücken als in demjenigen, in welchem sie versichert sind.

§ 29.

B. In beschränktem Umfang.

Das Haftpflichtrecht bleibt in beschränktem Umfange in Kraft, indem die Ansprüche auf Schadenersatz für die Dauer der ersten 13 Wochen nach dem Unfall in folgenden Fällen aufrecht erhalten sind:

1. In dem Geltungsbereich des landw. U.-G., wenn es sich um Entschädigungsansprüche einer nach dem landw. U.-G.

versicherten Person oder dessen Hinterbliebenen handelt, und keine der Ausnahmebestimmungen des § 116 Abs. 3 landw. U.-G. vorliegt. Mithin bleibt das Haftpflichtrecht in Kraft, wenn in Betracht kommen:

- a) kleinere Unfälle, bei welchen die Folgen der Verletzung vor Ablauf der 13. Woche beseitigt sind;
- b) grössere Unfälle für die ersten 13 Wochen der Krankheit.

Das landw. U.-G. hat hiernach das von der Reichsversicherungsgesetzgebung angestrebte Ziel, alle Streitigkeiten zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer nach Möglichkeit zu beseitigen, nicht in dem Masse erreicht, wie das industr. U.-G. Folglich wird durch das landw. U.-G. die Zahl der Haftpflichtprozesse nicht in gleichem Umfange vermindert werden, wie dies durch das industr. U.-G. geschehen ist. Der einzige Unterschied gegen früher besteht darin, dass jetzt die Höhe des Schadens einfacher zu bemessen ist, als früher, indem nur die ersten 13 Wochen der Erwerbsunfähigkeit in Betracht kommen. — Vgl. das Nähere: S. 217 fg. d. Abh.

2. Bei Verletzungen und Tötungen von Arbeitern, welche bei Bauarbeiten der im § 4 Ziff. 4 Abs. 1 Bau-U.-G. bezeichneten Art beschäftigt, aber nicht gegen Krankheit versichert sind. Diese Arbeiter können ihre Ansprüche auf Schadenersatz nicht allein gegen dritte Personen, sondern auch gegen Betriebsunternehmer und Betriebsbeamten geltend machen und zwar ohne Rücksicht darauf, ob die Voraussetzungen des § 95 industr. U.-G. bzw. 49 Bau-U.-G. vorliegen. — Vgl. das Nähere S. 241 fg. d. Abh.

IV. Abschnitt.

Das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz.

§ 30.

Allgemeiner Ueberblick.

Literatur:

- Buschmann, B.* Gesetz, betr. die Invaliditäts- und Altersversicherung vom 22. Juni 1889. Berlin 1889.
- Freund, Richard, Dr. jur.* Das Reichsgesetz, betr. die Invaliditäts- und Altersversicherung vom 22. Juni 1889. Berlin 1890.
- Fuld, Ludw.* Das Reichsgesetz, betr. die Invaliditäts- und Altersversicherung vom 22. Juni 1889. 1. Heft Erlangen 1889 (Separatabdruck aus der „Gesetzgebung des Deutschen Reiches“ mit Erläuterungen).
- Hahn, O.* Reichsgesetz, betr. die Invaliditäts- und Altersversicherung vom 22. Juni 1889. Berlin 1889.
- Hoinghaus, R.* Das neue Reichsgesetz, betr. die Invaliditäts- und Altersversicherung. Ergänzt und erläutert durch die amtlichen Materialien der Gesetzgebung. Berlin 1889.
- Kulemann.* Das Gesetz, betr. die Invaliditäts- und Altersversicherung. 1889.
- Woedtke, E. v.* Das Reichsgesetz, betr. die Invaliditäts- und Altersversicherung vom 22. Juni 1889. Berlin 1889.
- Zeller, W.* Das Reichsgesetz über die Invaliditäts- und Altersversicherung vom 22. Juni 1889. Nördlingen 1889.
- Textausgaben: Mit Sachregister. Breslau 1889. (Kern's Verl.); mit Sachregister. Leipzig 1889 (Rossberg); Berlin (Heymannn); Königsberg (Hartung); Berlin (Brieger); Berlin (Decker); Hamburg (Bruer u. Co.)
- Volksausgabe: Die Invaliditäts- und Altersversicherung der Arbeiter, Gesellen, Dienstboten, Lehrlinge, Gehülfen aller Art. Ravensburg 1889.
- Vgl. ferner: *Borght, R. van der*, Referat über die Alters- und Invalidenversicherung der Arbeiter.
- Derselbe.* Ueber den Entwurf eines Gesetzes, betr. die Alters- und Invalidenversicherung der Arbeiter.
- Derselbe.* Gutachten über die Grundzüge der Alters- und Invalidenversicherung der Arbeiter. Aachen 1888.
- Geller, Leo.* Beiträge zur Lösung der Frage der Alters- und Invalidenversorgung der Arbeiter. Leipzig 1888.
- Huber, F. C.* Die Invaliditätsversicherung der Arbeiter. Stuttgart 1889.

Meyer, Alex. Ueber Altersversicherung der Arbeiter. Berlin 1888.

Möller. Kritische Bemerkungen über den Entwurf, betr. die Alters- und Invalidenversicherung. Berlin 1889.

Wolf, A. W. Beiträge zur Theorie der Invalidenversicherung. Leipzig 1889.

Pfafferoth, C. Führer durch die gesamte Arbeiterversicherung aufgrund der Reichsgesetze über Kranken-, Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung. Berlin 1889.

Nachdem am 22. Juni 1889 das Gesetz, betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung der Arbeiter, ergangen ist, entsteht für uns die Frage, wie sich dieses Gesetz zu dem allgemeinen Haftpflichtrecht auf der einen Seite und zu dem Unfallversicherungsrecht auf der anderen Seite verhält.

Vorauszuschicken ist, dass das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz den grössten Teil der arbeitenden Bevölkerung des deutschen Reiches¹⁾ dem Versicherungszwang unterwirft, dass es sich also auf einen viel grösseren Kreis von Personen bezieht, als nur irgend eins der übrigen sozialpolitischen Gesetze.

Das Invalid.-G. versichert gegen die Folgen der Erwerbsunfähigkeit und des Alters und gewährt den Versicherten dementsprechend Ansprüche entweder auf eine Invaliditätsrente oder auf eine Altersrente. — § 9 Abs. 1.

Die Bestimmungen des Gesetzes über die Altersrente kommen hier nicht in Betracht, wohl aber die Bestimmungen über die Invalidenrente.

Eine solche hat, ohne Rücksicht auf das Lebensalter, derjenige Versicherte zu beanspruchen, welcher dauernd erwerbsunfähig geworden ist. — § 9 Abs. 2.

Die Invalidenrente wird aber auch demjenigen Versicherten, welcher als „dauernd erwerbsunfähig“ nicht bezeichnet werden kann, aber bereits ein Jahr hindurch thatsächlich erwerbsunfähig gewesen ist, für die fernere Dauer seiner Erwerbsunfähigkeit gewährt. — § 10.

Dagegen gewährt das Gesetz dem Halbinvaliden keine Ansprüche, ebenso nicht den Witwen, Waisen und Ascendenten der Verletzten.

Innerhalb der Invaliditätsversicherung beschäftigt uns hier nur der Fall, dass die Invalidität des Versicherten durch eine Körperverletzung herbeigeführt worden ist. In diesem Falle können für eine nach Massgabe des Invalid.-G. versicherte Person möglicher Weise drei Ansprüche in Frage kommen:

¹⁾ Nach E. v. Woedtke S. XIX 11 Millionen Menschen.

1. Der Anspruch aus dem allgemeinen Haftpflichtrecht (der actio legis Aquiliae, dem Haftpflichtgesetz u. s. w.).

2. Ein Anspruch aus einem Unfallversicherungsgesetz, sofern die verletzte Person nach Massgabe des betreffenden Unfallversicherungsgesetzes versichert ist.

3. Der Anspruch auf Invalidenrente.

In der Regel wird der Anspruch auf Grund des allgemeinen Haftpflichtrechts dem Umfang nach der höchste sein (der ganze Schaden), dann folgt der Anspruch aus dem Unfallversicherungsgesetz (bis zu zwei Drittel des Schadens) und endlich folgt als der niedrigste der Anspruch nach Massgabe des Invalid.-G.

Wie verhalten sich nun diese drei Ansprüche zu einander? Das Verhältnis der Ansprüche zu 1 und 2 war Gegenstand der Erörterung in den vorigen drei Kapiteln. Das Verhältnis der Ansprüche zu 1 und 3 wird im folgenden Paragraphen besprochen, und das Verhältnis der Ansprüche zu 2 und 3 soll in dem darauf folgenden Paragraphen erörtert werden.

§ 31.

Das Verhältnis des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes zu dem allgemeinen Haftpflichtrecht.

Bei der Besprechung des Verhältnisses des Invalid.-G. zum allgemeinen Haftpflichtrecht haben wir in dem gegenwärtigen Paragraphen den Fall im Auge, dass der gegen Invalidität versicherte Verletzte Ansprüche aus dem allgemeinen Haftpflichtrecht gegen den Beschädiger geltend machen kann, aber nicht nach Massgabe eines der Unfallversicherungsgesetze versichert ist.

In dieser Beziehung ist zu sagen, dass das Invalid.-G. das allgemeine Haftpflichtrecht nicht erweitert auch nicht eingeschränkt, vielmehr nur in einem Punkte modifiziert hat.

Die hier in Betracht kommenden Bestimmungen finden sich in den §§ 35 und 39 Invalid.-G.

Der § 35 bestimmt, dass „sonstige gesetzliche . . . Verpflichtungen zur Fürsorge für . . . erwerbsunfähige Personen durch dieses Gesetz nicht berührt“ werden.

Der § 39 enthält die einzige Modification des allgemeinen Haftpflichtrechts und lautet folgendermassen:

„Insoweit den nach Massgabe dieses Gesetzes zum Bezuge von Invalidenrenten berechtigten Personen ein gesetz-

licher Anspruch auf Ersatz des ihnen durch die Invalidität entstandenen Schadens gegen Dritte zusteht, geht derselbe auf die Versicherungsanstalt bis zum Betrage der von dieser zu gewährenden Rente über.“

Der § 39 des Invalid.-G. hat den Zweck zu verhindern, dass der Verletzte denjenigen Betrag seiner Ersatzforderung, den er auf Grund des Invalid.-G. in Gestalt einer Invalidenrente erhalten, noch einmal von dem civilrechtlich Verpflichteten beitreibt. Dieser Zweck wird durch die Vorschrift erreicht, dass der Anspruch des Verletzten in Höhe der von der Versicherungsanstalt zu gewährenden Leistungen auf die letztere übergeht. Der Verletzte muss mithin von vorne herein dem civilrechtlich Verpflichteten gegenüber von seiner Forderung den Betrag der Invalidenrente in Abzug bringen. Von dem Augenblick, in welchem der Unfall eintritt, ist der Verletzte in Höhe der ihm zustehenden Invalidenrente nicht mehr Gläubiger des civilrechtlich Verpflichteten, da in demselben Zeitpunkt sich die im § 39 vorgesehene Cession kraft Gesetzes vollzieht.

Der § 39 des Invalid.-G. erinnert an die Bestimmung des § 98 Satz 2 des industr. U.-G. und die entsprechenden Paragraphen der übrigen Unfallversicherungsgesetze. Zwischen dem Invalid.-G. und den Unfallversicherungsgesetzen besteht aber insofern ein Unterschied, als der Begriff des „Dritten“ im Invalid.-G. ein anderer ist als in den übrigen Unfallversicherungsgesetzen. Nach den letzteren ist „Dritter“ jede andere Person ausser dem Betriebsunternehmer und seinen Beamten, nach dem Invalid.-G. dagegen jede andere Person ausser der Versicherungsanstalt. Mithin fallen unter den Begriff des Dritten im Sinne des Invalid.-G. auch die Betriebsunternehmer und Betriebsbeamten.

Ausser den vorstehenden Bestimmungen enthält das Invalid.-G. keine Vorschriften, welche den §§ 95 bis 98 des industr. U.-G. und den entsprechenden Paragraphen der übrigen Versicherungsgesetze an die Seite gestellt werden könnten.

Das allgemeine Haftpflichtrecht bleibt mithin grundsätzlich unverändert mit der alleinigen Ausnahme der im § 39 Invalid.-G. enthaltenen gesetzlichen Cession.

§ 32.

Das Verhältnis des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes zu der Unfallversicherungsgesetzgebung.

Das Invalid.-G. gewährt in dem Fall der Erwerbsunfähigkeit den Versicherten bestimmte Leistungen. Dasselbe

ist aber auch nach den Unfallversicherungsgesetzen der Fall, wenn die Erwerbsunfähigkeit durch einen Unfall herbeigeführt worden ist.

Bei dieser Sachlage entsteht die Frage, wie sich die beiden Gesetzgebungen zu einander verhalten, wenn eine sowohl gegen Unfälle als auch gegen Invalidität versicherte Person durch einen nach Massgabe der Unfallversicherungsgesetze zu entschädigenden Unfall erwerbsunfähig wird. Erhalten diese Personen von beiden Seiten her Unterstützungen bzw. Renten, oder nur von einer und von welcher Seite? Die Antwort auf diese Frage geben uns die §§ 9 Abs. 2 und 34 des Invalid.-G.

1. Die Vorschrift des § 9 Abs. 2 Invalid.-G. Der § 9 Abs. 2 bestimmt, soweit er hier in Betracht kommt:

„Eine durch einen Unfall herbeigeführte Erwerbsunfähigkeit¹⁾ begründet unbeschadet der Vorschriften des § 76 den Anspruch auf Invalidenrente nur insoweit, als nicht nach den Bestimmungen der Reichsgesetze über Unfallversicherung eine Rente zu leisten ist.“

Danach soll in erster Linie die Unfallversicherung eintreten und erst in zweiter Linie die Invaliditätsversicherung. Ein Anspruch auf Invalidenrente besteht nur insoweit, als nicht eine Unfallrente zu zahlen ist.

Der ausdrücklich gemachte Vorbehalt hat für unsere Frage keine Bedeutung. Der § 76 des Invalid.-G. will nur die Versicherten, welche erwerbsunfähig geworden sind, mit thunlichster Beschleunigung in den Besitz der Invalidenrente setzen. Er bestimmt deshalb, dass die blosse Annahme, die Erwerbsunfähigkeit sei von den Berufsgenossenschaften zu entschädigen, nicht ohne weiteres die Ablehnung des Anspruchs auf Invalidenrente rechtfertigen solle, dass vielmehr, sofern im übrigen der Anspruch gerechtfertigt erscheine, die Invalidenrente festzustellen sei.

2. Die Vorschrift des § 34 Invalid.-G. Der § 9 Abs. 2 bezieht sich nur auf den Fall der dauernden Erwerbsunfähigkeit des Versicherten, welche durch einen nach den Unfallversicherungsgesetzen zu entschädigenden Unfall verursacht worden ist.

Im übrigen, z. B. bei nicht dauernder Erwerbsunfähigkeit, regelt sich das Verhältnis zwischen Invaliditäts- und Unfallversicherung nach der Bestimmung des § 35, wonach sonstige

¹⁾ Hier ist eine dauernde Erwerbsunfähigkeit gemeint, wie sich aus § 9 Abs. 2 Satz 1 ergibt.

Ansprüche der Versicherten auf anderweite Fürsorge trotz der Invalidenversicherung bestehen bleiben.

Es ist daher die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, dass Personen, welche bereits eine Unfallrente beziehen, neben derselben eine Invalidenrente beanspruchen können. Dies ist möglich, wenn Arbeiter oder Betriebsbeamte, welche eine Unfallrente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit beziehen, oder wenn die rentenberechtigte Wittve oder die Ascendenten eines verunglückten Versicherten den Bestimmungen des Invalid.-G. unterworfen sind. Diese Personen unterliegen — wenn die Voraussetzungen der Versicherungspflicht gegeben sind — der Invalidenversicherung nach wie vor, trotzdem sie auf Grund eines der Unfallversicherungsgesetze eine Unfallrente beziehen.¹⁾

Ueber den gleichzeitigen Bezug der Unfall- und Invalidenrente enthält der weiter für unsere Frage in Betracht kommende § 34 Invalid.-G. nähere Vorschriften. Er bestimmt:

„Der nach Massgabe dieses Gesetzes erworbene Anspruch auf Rente ruht:

1. für diejenigen Personen, welche auf Grund der reichsgesetzlichen Bestimmungen über Unfallversicherung eine Rente beziehen, solange und soweit die Unfallrente unter Hinzurechnung der diesen Personen nach dem gegenwärtigen Gesetze zugesprochenen Rente den Betrag von 415 Mark übersteigt;

2. für die in den §§ 4 und 7 bezeichneten Beamten und Personen des Soldatenstandes, solange und soweit die denselben gewährten Pensionen oder Wartegelder unter Hinzurechnung der ihnen nach dem gegenwärtigen Gesetze zugesprochenen Rente den Betrag von 415 Mark übersteigen.“

Nach dieser Bestimmung soll ein Teil des Gesamtbetrages beider Renten unter der angegebenen Voraussetzung nicht zur Auszahlung kommen. Die Versicherungsanstalt ist indessen verpflichtet, sobald aus irgend einem Grunde die Unfallrente vermindert wird oder wegfällt, die einstweilen ruhende Invalidenrente zu entrichten.

3. Die Regressansprüche der Versicherungsanstalt bei dem Zusammentreffen von Invaliden- und Unfallrente. Betrachten wir an der Hand des Invalid.-G. und der Unfallversicherungsgesetze schliesslich noch einmal die Regressansprüche der Versicherungsanstalten, wie sich

¹⁾ Nach der Bestimmung des § 4 Abs. 3 Invalid.-G. sind diese Personen jedoch von der Versicherungspflicht zu befreien, wenn die Unfallrente wenigstens den Mindestbetrag der Invalidenrente erreicht.

dieselben bei dem Zusammentreffen von Invaliden- und Unfallrente nunmehr gestalten! Die Versicherungsanstalt hat in Höhe der von ihr gewährten Rente einen Regressanspruch:

a) gegen den Betriebsunternehmer und seine Beamten nur dann, wenn durch strafgerichtliches Urteil festgestellt worden ist, dass diese Personen den Unfall vorsätzlich herbeigeführt haben. Diese Beschränkung ergibt sich daraus, dass nach Massgabe der Unfallversicherungsgesetze nur in diesem Falle der Verletzte einen Anspruch auf Schadenersatz gegen diese Personen hat, und dass nach § 39 Invalid.-G. ein solcher Anspruch des Verletzten die Voraussetzung für die Regressnahme der Versicherungsanstalten bildet.

b) Keine Regressansprüche hat nach dem Invalid.-G. die Versicherungsanstalt gegen den Betriebsunternehmer oder die Betriebsbeamten, wenn durch strafgerichtliches Urteil festgestellt ist, dass eine dieser Personen den Unfall durch sogen. qualifizierte Fahrlässigkeit verursacht hat, denn in diesem Falle hat auch der Versicherte keinen Anspruch gegen den Betriebsunternehmer und seine Beamten.

Etwas anderes gilt für die Berufsgenossenschaften. Ihnen ist durch § 96 industr. U.-G. und die entsprechenden Vorschriften der übrigen Unfallversicherungsgesetze in diesem Falle ausdrücklich ein Regressanspruch gewährt. Eine gleiche Bestimmung fehlt für den Geltungsbereich des Invalid.-G. Es sind sonach in dieser Richtung die Versicherungsanstalten schlechter gestellt als die Berufsgenossenschaften, was gewiss nicht gerechtfertigt erscheint.

c) Gegenüber „dritten“ Personen im Sinne der Unfallversicherungsgesetze kann die Versicherungsanstalt ohne Rücksicht auf die Schranken des § 95 industr. U.-G. und der entsprechenden Paragraphen der übrigen Unfallversicherungsgesetze nach Massgabe des § 39 Invalid.-G. Regress nehmen, da nach den Unfallversicherungsgesetzen die civilrechtlichen Ansprüche der Versicherten diesen Personen gegenüber nicht aufgehoben sind.

S c h l u s s .

Zum Schlusse wollen wir noch einen Blick darauf werfen, wie sich der Entwurf eines bürgerlichen Gesetzbuches für das deutsche Reich zu dem dargestellten Haftpflicht- und Reichsversicherungsrecht stellt.

Was zunächst das Verhältniß des Entwurfes zu dem allgemeinen Haftpflichtrecht anbelangt, so ist zu unterscheiden, ob letzteres dem Landes- oder dem Reichsrecht angehört.

Die privatrechtlichen Vorschriften der Landesgesetze treten nach Art. 32 des Entwurfes eines Einführungsgesetzes zum bürgerlichen Gesetzbuch für das deutsche Reich ausser Kraft, soweit nicht in dem bürgerlichen Gesetzbuch oder dem Einführungsgesetze bestimmt ist, dass sie in Kraft bleiben sollen.

In Ansehung der Schadenersatzpflicht aus unerlaubten Handlungen hat das bürgerliche Gesetzbuch im 3. Abschnitt des 2. Buches, betitelt: „Schuldverhältnisse aus unerlaubten Handlungen“ neue Bestimmungen getroffen. Die im ersten Abschnitt der vorliegenden Abhandlung enthaltenen Bestimmungen des gemeinen, preussischen, französischen, sächsischen, bayrischen, württembergischen und badischen Rechts sollen daher mit dem Inkrafttreten des bürgerlichen Gesetzbuches ihre Gültigkeit verlieren und durch die Bestimmungen der §§ 704 bis 736 ersetzt werden. Diese Bestimmungen im Einzelnen hier zu erörtern, geht über die Aufgabe dieser Abhandlung hinaus. Nur kurz möge hier erwähnt werden, dass in den §§ 704 bis 721 allgemeine Bestimmungen, ferner über die Delikte der Tötung und Körperverletzung in den §§ 722 bis 736 besondere Vorschriften getroffen worden sind. Auch finden wir in dem Entwurfe Bestimmungen wieder, welche den Vorschriften des gemeinen Rechts über die *actio de effusis vel dejectis*, *de posito et suspenso*, *de pauperie*, über die *cautio damni infecti* u. s. w., sowie den entsprechenden Vorschriften der übrigen Landesrechte nachgebildet sind.

In Ansehung der reichsrechtlichen Vorschriften über die Verbindlichkeit zum Schadenersatz im Falle der Körperverletzung oder Tötung bestimmt der Entwurf des Einführungsgesetzes im Art. 9, dass dieselben in Kraft bleiben, jedoch insoweit ausser Kraft treten sollen, als aus dem bürgerlichen Gesetzbuche oder aus dem Einführungsgesetze die Aufhebung sich ergibt. In letzterer Beziehung sind lediglich einige Paragraphen des Reichshaftpflichtgesetzes durch andere Vorschriften ersetzt. — Art. 24 des Einführungsgesetzes.

Diese Abänderungen sind indessen nicht grundsätzlicher Natur, sondern bezwecken nur, die Bestimmungen des Reichshaftpflichtgesetzes dem System des bürgerlichen Gesetzbuchs anzupassen.

Was das Verhältnis des Entwurfs zur Reichsversicherungsgesetzgebung anbelangt, so greift die Bestimmung des Art. 9 des Einführungsgesetzes, wonach die Vorschriften der Reichsgesetze in Kraft bleiben sollen, uneingeschränkt Platz.

Das in dem 2. Abschnitt dieser Abhandlung bezüglich der Reichsversicherungsgesetzgebung Gesagte wird daher auch noch nach dem Inkrafttreten des bürgerlichen Gesetzbuches unverändert zutreffen.

Literatur.

1. Die Lehrbücher des Pandektenrechts von *Arndts, Keller, Sintenis, Dernburg, Windscheid*.
2. Der Sachsenspiegel (Landrecht). Ausgabe von *J. Weiske*. 6. Aufl. besorgt von *Hildebrand*.
3. *Stobbe, O.*, Handbuch des deutschen Privatrechts. 3. Bd. Berlin 1878.
4. *Roth, P. v.*, System des deutschen Privatrechts. 1. Teil. Tübingen 1880.
5. *Mandry, G.*, Der civilrechtliche Inhalt der Reichsgesetze.
6. *Pernice*, Zur Lehre von der Sachbeschädigung nach römischem Recht. Weimar 1867.
7. *Ubbelohde, A.*, Wie weit haftet nach gemeinem Rechte der Schuldner als solcher für diejenigen Personen, deren er sich zum Zwecke der Erfüllung seiner Verbindlichkeit bedient? (in der Zeitschrift f. d. gesamte Handelsrecht Bd. VII S. 199—295).
8. *Ubbelohde, A.*, Ueber die Haftung des Geschäftsherrn aus der Verschuldung der in seinem Geschäfte angestellten Personen bei der Erfüllung übernommener Verbindlichkeiten (Archiv f. prakt. Rechtswissensch. Bd. VII S. 229—276).
9. *Ubbelohde, A.*, Ueber die Haftpflicht der kgl. hannov. Eisenbahnverwaltung für Körperverletzungen durch Eisenbahnunfälle. (Mag. für Hannov. R. Bd. IX S. 191 fg.)
10. *Demelius*, Ueber Compensation der Culpa (in v. Gerber u. Iherings Jahrbüchern. Bd. V S. 52—87).
11. *Hefke, A.*, Das Wesen des *damnum injuria datum* (Archiv f. prakt. Rechtsw. N. F. Bd. XIV S. 212 fg.; u. 321 fg.).
12. *Goldschmidt*, Ueber Verantwortlichkeit des Schuldners für seine Gehülfen (in der Zeitschrift f. d. ges. Handelsrecht. Bd. XVI S. 287 fg.).
13. *Koch*, Allgemeines Landrecht für die preuss. Staaten. 5. Aufl.
14. *Dernburg*, Lehrbuch des preuss. Privatrechts. 4. Aufl.
15. *Förster-Eccius*, Theorie und Praxis des heutigen gemeinen preuss. Privatrechts. 5. Aufl.
16. Der Code civil (verbesserte *Cramer'sche* Uebersetzung). 2. Aufl.
17. *Zachariä*, Handbuch des französischen Civilrechts. Heidelberg 1811.
18. *Fuld, L.*, Die Haftpflicht der Gemeinden für Beschädigungen bei Zusammenrottungen nach französ. Recht (Ges. v. 10. vendémiaire IV.) — in der Zeitschrift f. französ. Civilrecht. Bd. XVI, Beilageheft S. 161 fg.

19. *Siebenhaar*, Das bürgerliche Gesetzbuch f. d. Königreich Sachsen. Leipzig 1863.
20. Das bayrische Landrecht. 1756.
21. *Roth, v.*, Bayrisches Civilrecht.
22. *Bierer*, Handbuch des ges. in Württemberg geltenden Rechts. 1863.
23. *Reyscher*, Das gemeine und württemberg. P.-R. 1846—48.
24. *Wächter*, Handb. des im Königreich Württemberg gelt. P.-R. II. Bd.
25. Das Regierungsblatt für das Königreich Württemberg im Auszuge. Bd. V.
26. *Knapp*, Ausgabe des württembergischen Gesetzes über die privatrechtlichen Folgen der Verbrechen und Strafen, mit Motiven. Stuttgart 1840.
27. Grossherzoglich badisches Regierungsblatt für 1845.
28. Landrecht für das Grossherzogtum Baden nebst Handelsgesetzen (Amtl. Ausgabe).
29. *Lehmann, Gust.*, Körperverletzungen und Tötungen auf deutschen Eisenbahnen und die Unzulänglichkeit des Rechtsschutzes. Erlangen 1869.
30. *Lehmann, Gust.*, Der Notstand des Schadenprozesses. Leipzig 1865.
31. *Westerkamp*, Die Haftpflicht (in Endemanns Handbuch des deutschen Handels-, See- und Wechselrechts) Bd. III S. 616—713.
32. *Eger*, Reichshaftpflichtgesetz.
33. *Frantz, A.*, Die Haftpflicht der Eisenbahnen; Bergwerks- und Fabrikunternehmer. Beuthen 1872.
34. *Jakobi, L.*, Die Verbindlichkeit zum Schadensersatz für die bei dem Betriebe von Eisenbahnen, Bergwerken, Fabriken u. s. w. herbeigeführten Tötungen u. Körperverletzungen. 11. Aufl. Berlin 1878.
35. *Genzmer*, Das Reichshaftpflichtgesetz. Berlin und Leipzig 1882.
36. *Kah*, Das Haftpflichtgesetz. Mannheim und Strassburg 1874.
37. *Endemann*, Die Haftpflicht der Eisenbahnen, Bergwerke u. s. w. 2. Aufl. Berlin 1876.
38. *Hilse, K.*, Die Haftpflicht der Strassenbahnen und sonstigen Fuhrbetriebe. Berlin 1888. (Vom legislatorischen Standpunkt aus behandelt.)
39. *Zimmermann, Fried.*, Ueber den Entwurf eines norddeutschen Bundesgesetzes, betr. die Verbindlichkeit zum Schadenersatz für die bei dem Betriebe von Eisenbahnen, Bergwerken u. s. w. herbeigeführten Tötungen und Körperverletzungen (in Siebenhaars Archiv für deutsches Wechselrecht. N. F. Bd. II 1. Heft. Leipzig 1870).
40. *Exner*, Der Begriff der höheren Gewalt (in Grünhuts Zeitschr. X).
41. *Kowalzig, F.*, Das reichsgesetzliche Urheberrecht an Schriftwerken, das Reichshaftpflichtgesetz u. s. w. erläutert. Berlin 1877.
42. *Römer, R.*, Das rechtliche Verhältnis der Haftung des Betriebsunternehmers aus dem Reichsgesetz vom 7. Juni 1871 zu der Haftung des an der Tötung oder Körperverletzung Schuldigen nach gemeinem Recht und die actio de recepto (in der Zeitschrift f. d. ges. Handelsrecht. Ed. XVIII S. 1 fg.).
43. *Schmidt*, Die Grenzen der Haftpflicht der Reichspostverwaltung, insbesondere auch im Geltungsbereich des französischen bürgerlichen Gesetzbuchs. Berlin 1889.
44. *Liszt, F. v.*, Lehrbuch des deutschen Strafrechts. 3. Aufl. Berlin und Leipzig 1888.
45. *Schwarze, v.*, Kommentar zum Strafgesetzbuche für das deutsche Reich. 5. Aufl. Leipzig 1884.

46. *Lewis, Schröder, Reatz*, Das Seerecht (in Endemanns Handbuch des deutschen Handels-, See- und Wechselrechts. Bd. IV).
47. *Ehrenberg*, Die Haftung nach See- und Handelsrecht.
48. *Gareis*, Das deutsche Handelsrecht. 3. Aufl. Berlin u. Leipzig 1888.
49. *Weinrich, v.*, Die Haftpflicht wegen Körperverletzung und Tötung eines Menschen. Strassburg 1883.
50. *Waentig, H.*, Ueber die Haftung für fremde unerlaubte Handlungen nach römischem, gemeinem, kgl. sächsischem und neuerem deutschen Reichsrechte. Leipzig 1875.
51. *Hasbach, W.*, Das englische Arbeiterversicherungswesen. Leipzig 1883 (in G. Schmollers Staats- und sozialwissenschaftlichen Forschungen. Bd. V 1. Heft S. 1—447).
52. *Randa, A. und Braf, A.*, Gutachten über die Haftpflichtfrage beim Betriebe gewerblicher Unternehmungen nach österreichischem Rechte (Schriften des Vereins für Sozialpolitik XIX S. 1—15).
53. *Bojanowski, B. v.*, Die Haftpflicht gewerblicher Unternehmer nach englischem Rechte (Schriften d. Vereins f. Sozialpolitik XIX S. 17—28 und Nachtrag S. 133—137).
54. *Rest, M. van der*, Ueber Haftpflichtgesetzgebung in Belgien (aus dem Manuscript übersetzt von L. Ehrhardt. Schriften d. Vereins f. Sozialpol. XIX S. 28—48).
55. *Kerdijk, A.*, Ueber Haftpflicht im Königreich der Niederlande (Schriften d. Vereins f. Sozialpolitik XIX S. 49—52).
56. *Petersen*, Die Grundsätze des französischen Rechts über Haftpflicht (Schriften d. Vereins f. Sozialpolitik XIX S. 53—67).
57. *Wyss, F. v.*, Die Haftpflichtfrage nach dem in der Schweiz geltenden Rechte (Schriften d. Vereins f. Sozialpolitik XIX S. 69—93).
58. *Whiting, John H.*, Das Recht der Vereinigten Staaten in bezug auf die Haftpflicht von Unternehmern für Verletzungen ihrer Arbeiter (übersetzt von H. W. Farmam. Schriften des Vereins für Sozialpolitik XIX S. 95—99).
59. *Baron, J.*, Zur Fortbildung des Haftpflichtgesetzes vom 7. Juni 1871 (Schriften d. Vereins f. Sozialpolitik XIX S. 101—129).
60. *Held, A.*, Bericht über verschiedene Ansichten betr. die Haftpflichtfrage (Schriften d. Vereins f. Sozialpolitik XIX S. 139—154).
61. *Kretschmann, Fr.*, Die Altersversorgung der Arbeiter in Deutschland. Leipzig 1882.
62. *Huber, F. C.*, Die Invaliditätsversicherung der Arbeiter. Stuttgart 1889.
63. *Mataja, V.*, Das Recht des Schadenersatzes vom Standpunkt der Nationalökonomie. Leipzig 1888.
64. *Bödiker, T.*, Die Unfallgesetzgebung der europäischen Staaten (in G. Schmollers Staats- und sozialwissenschaftlichen Forschungen. Bd. V 2. Heft).
65. *Bödiker, T.*, Die Gewerbe- und Versicherungsgesetzgebung des deutschen Reichs. 2. Aufl. Berlin 1887 mit Nachtrag Berlin 1889 (III. Teil Die Versicherungsgesetzgebung S. 253—462 des Hauptwerks und S. 5—90 des Nachtrags).
66. *Hoinghaus*, Das neue Reichsgesetz, betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter. Berlin 1885.
67. *Ebert*, Gesetzgebung über die Krankenversicherung der Arbeiter. 1884.
68. *Petersen*, Das Gesetz vom 15. Juni 1883, betr. die Krankenversicherung der Arbeiter (Schmollers Jahrbuch 1. Heft S. 63—134).

69. *Balck, C. W. A.*, Grossherzogl. Mecklenburg. Geh. Finanzrat, Die Krankenversicherung der Arbeiter nach Gesetz und Praxis. Wismar 1885. 100 S. (Die Abhandlung enthält eine Erläuterung des Gesetzes in der Reihenfolge der Paragraphen des Gesetzes, letzteres selbst ist am Schlusse abgedruckt. Register.)
70. *Schmitz, J.*, Redakteur der „Arbeiterversorgung“, Reichsgesetz, betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter, vom 15. Juni 1883 nebst den die Krankenversicherung betreffenden Bestimmungen des Ausdehnungs-Gesetzes vom 28. Mai 1885 und den einschlägigen Bekanntmachungen des Reichsversicherungsamtes. 3. Aufl. Berlin und Neuwied 1886. (Das kleine Buch — 95 S. — enthält, was der Titel besagt, den Text der Gesetze und Bekanntmachungen des Reichsversicherungsamtes mit Berücksichtigung der von den Centralbehörden der einzelnen Bundesstaaten erlassenen Verordnungen und ergangenen gerichtlichen Entscheidungen.)
71. *Woedtke, E. v.*, Kais. Geh. Regierungsrat, vortrag. Rat im Reichsamt des Innern, Krankenversicherungsgesetz vom 15. Juni 1883 und die dasselbe ergänzenden reichsgesetzlichen Bestimmungen. Mit Einleitung (32 S.), Erläuterungen und Sachregister. 3. Aufl. Berlin und Leipzig 1886. (Des Buch ist wohl der beste Kommentar zum Gesetze. 368 S. mit Register 393 S.)
72. *Häpe, Georg*, Kgl. Sächs. Regierungs-Assessor, Das Krankenversicherungsrecht nach dem Reichsgesetz vom 15. Juni 1883. Leipzig 1885. (Systematische Darstellung des K.-G. vom rechtswissenschaftlichen Standpunkt aus. 101 S. mit Quellen- und Sachregister 116 S.)
73. *Ohly, Albrecht*, Oberbürgermeister zu Darmstadt, Die Krankenversicherung der Arbeiter nach dem Reichsgesetz vom 15. Juni 1883. Ein Beitrag zur Erläuterung und Einführung des Gesetzes. Darmstadt 1884. (58 S. und 2 Uebersichtstabellen.)
74. *Zeller, W.*, Das Reichsgesetz, betr. die Krankenversicherung der Arbeiter. (Mit einer geschichtlichen Einleitung, einer Darstellung der Prinzipien des Gesetzes auf Grund der Motive, Kommissionsberichte, Reichstagsverhandlungen u. s. w.) Nördlingen 1883.
75. *Friedemann, E.*, Dr. jur., Das Krankenversicherungsgesetz (Soziale Zeitfragen, Sammlung gemeinverständlicher Abhandlungen. Herausgegeben von E. H. Lehnsmann. Minden i./W. Heft 6).
76. *Müller, L. A. v.*, Dr., Oberregierungsrat im K. Staatsministerium des Innern, Die Krankenversicherung der Arbeiter (Abdruck des Reichsgesetzes vom 15. Juni 1883; des bayrisch. Ausführungsges. vom 28. Februar 1884, der k. Verordnung vom 14. Mai 1884 und und der Vollzugsbekanntmachungen f. Bayern, der vom Bundesrat veröffentlichten Entwürfe zu Statuten für Orts- und Betriebskrankenkassen u. s. w. Mit einleitenden Bemerkungen sowie ausführlichem Sachregister). Ergänzungsheft zu Dr. v. Riedels Kommentar zum bayr. Gesetz über öffentliche Armen- und Krankenpflege vom 29. April 1869. 2. Aufl. Nördlingen 1885. — 168 S.
77. *Schicker, K.*, Regierungsrat im kgl. württemb. Minist. d. Innern, stellvertr. Bundesratsbevollmächtigter, Die Reichsgesetze über die Krankenversicherung der Arbeiter und über die eingeschriebenen Hilfskassen mit Erläuterungen, den württembergischen Vollzugsvorschriften und Musterstatuten. Stuttgart 1884. (415 S. mit Sachregist. 434 S.)
78. *Reger, A.*, Kgl. Bezirksamts-Assessor, Das Reichsgesetz, betr. die Krankenversicherung der Arbeiter vom 15. Juni 1883 nebst Novelle

- vom 28. Januar 1885 und bayrischem Ausführungsgesetze vom 28. Februar 1884. Erläutert und mit sämtlichen hierzu erlassenen Vollzugsvorschriften sowie den vom Reichskanzler veröffentlichten Statutenentwürfen herausgegeben. 4. Aufl. mit Beidruck des Hilfskassengesetzes. Ansbach 1885.
79. *Engelmann, Jul.*, Dr. jur., Das Reichsgesetz, betr. die Krankenversicherung der Arbeiter nebst den Ergänzungsgesetzen. Ansbach 1886.
 80. *Ebert, A.*, Gesetzgebung über die Unfallversicherung der Arbeiter. Hannover 1885 (Der Verfasser, Regierungsrat und Mitglied der kgl. Kloster-Kammer zu Hannover, giebt lediglich den Text des industr. U.-G.; der Bekanntmachung vom 14. Juli 1884 betr. Einsetzung des Reichsversicherungsamts; der Bekanntmachung von demselben Tage, betr. die Anmeldung der unfallversicherungspflichtigen Betriebe mit Anleitung und Formular für die Anmeldung; der Verord. z. Ausföhr. d. industr. U.-G. vom 30. Juli 1884; des Reichshaftpflichtgesetzes u. der Verord. d. Ministers d. öffentl. Arbeiten vom 13. August 1884, betr. die Ausführung des industr. U.-G. bezügl. der den Bergbehörden unterworfenen Betriebe. 88 S.).
 81. *Hoinghaus, R.*, Unfallversicherungsgesetz für das deutsche Reich. Berlin 1884. 148 S. (Das Gesetz ist in diesem Buche erläutert durch die amtliche Begründung der Reichsregierung, die Erklärungen der Bundeskommissare und die Verhandlungen des Reichstags.)
 82. *Döhl, C.*, erster Sekretär beim kgl. Polizeipräsidium zu Frankfurt a. M., Die Unfallversicherung der gewerblichen, Fabrik- und Betriebsarbeiter. Leipzig 1886. 508 S. (Ausführliches Sammelwerk des bis Oktober 1886 vorliegenden amtlichen Materials der Unfallversicherung, der Motive, der Kommissions- und Plenarbeschlüsse, Allerhöchsten Erlasse, Beschlüsse des Bundesrats, Ausführungsverordnungen, Beschlüssen, Entscheidungen und Mitteilungen des Reichsversicherungsamtes. Den Schluss bilden Formulare und Schemata).
 83. *Woedtke, E. v.*, Kais. Geh. Regierungsrat, vortrag. Rat im Reichsamt d. Innern, Unfallversicherungsgesetz v. 6. Juli 1884. Mit Einleitung (32 S.), Erläuterungen und dem Gesetz über die Ausdehnung der Unfall- und Krankenversicherung v. 28. Mai 1885. Kommentar. 3. verm. Aufl. Berlin 1887. 455 S. mit Sachreg. 500 S. (Dies Buch ist wohl der beste Kommentar des Gesetzes).
 84. *Engelmann, Jul.*, Dr. jur., Das Unfallversicherungsgesetz vom 6. Juli 1884 nebst dem Gesetz über die Ausdehnung der Unfall- und Krankenversicherung vom 28. Mai 1885 (Das Buch enthält eine Einleitung, 8 S., den Text des Gesetzes mit Erläuterungen, die Verordnungen, betr. die Formen des Verfahrens und den Geschäftsgang des Reichsversicherungsamts vom 5. August 1885. 158 S.)
 85. *Grünwald, E.*, Landgerichtsrat, u. *R. Haas*, Landrichter in Metz, Unfallversicherungsgesetz für das deutsche Reich v. 6. Juli 1884. Mit kurzen Erläuterungen, entnommen aus den Grundzügen der Motive, dem Berichte der Kommission des Reichstags und den Verhandlungen des letzteren selbst, nebst Ausführungsbestimmungen im Anhang. Berlin 1884. (Das Buch bezweckt die an der Unfallversicherungsgesetzgebung Interessierten mit deren Inhalt schnell bekannt zu machen. 138 S.)
 86. *Förster, Oskar*, Bürgermeister a. D., Rechte und Pflichten der Betriebsunternehmer und deren Beamten- und Arbeiterpersonals

- gegenüber den Berufsgenossenschaften. Düsseldorf 1885. (Die Brochüre, 97 S., enthält den Text des Gesetzes, die Motive, Auszüge aus den „amtlichen Nachrichten des Reichsversicherungsamts“ und des Normalstatuts, Auszüge aus den Ausführungsverordnungen der Landesregierungen und 76 Lohn-, Renten- und Entschädigungstarife.)
87. *Landmann, Robert*, Regierungsrat i. k. b. Staatsministerium des Innern, Das Unfallversicherungsgesetz v. 6. Juli 1884 nebst den Gesetzen v. 28. Mai 1885 über die Ausdehnung der Unfall- und Krankenversicherung, und vom 15. März 1886, betr. die Fürsorge für Beamten und Personen des Soldatenstandes infolge von Betriebsunfällen, mit den Vollzugsvorschriften herausgegeben und erläutert. Nördlingen 1886. — 494 S. mit Sachregister 515 S.
 88. *Schenkel, K.*, Dr. Ministerialrat, Das Unfallversicherungsgesetz. Vortrag, gehalten im Karlsruher Gewerbeverein am 14. April 1886. (Separatabdruck aus der „Bad. Gewerbezeitung“) Karlsruhe 1886. — 30 S.
 89. *Schmitz, J.*, Redacteur der „Arbeiterversorgung“, Das Reichsgesetz, betr. die Ausdehnung der Unfall- und Krankenversicherung vom 28. Mai 1885. Textausgabe mit ausführlichen Erläuterungen, den einschlägigen Bestimmungen des Gesetzes v. 6. Juli 1884 und den Ausführungsbestimmungen. Berlin u. Neuwied 1886. — 80 S. mit Sachreg. 86.
 90. *Zeller, W.*, Dr., Grossherzogl. hessischer Amtmann, Das Reichsgesetz über die Ausdehnung der Unfall- und Krankenversicherung v. 28. Mai 1885. (Mit einer Einleitung, sowie einer Darstellung der Prinzipien des Gesetzes auf Grund der Motive, Kommissionsberichte und Reichstagsverhandlungen, mit Noten und Sachregister. — 44 S.)
 91. *Seltsam, Ferd.*, Dr. Magistratssecr., Die Gesetze über die Unfall- und Krankenversicherung. (Uebersichtlich und populär dargestellt.) Wien. — 95 S.
 92. *Zeller, W.*, Dr. Unfallversicherungsgesetz für das Deutsche Reich v. 6. Juli 1884, nebst Bekanntmachungen des Reichsversicherungsamtes v. 14. Juli 1884. (Mit einer geschichtlichen Einleitung sowie kurzen Anmerkungen u. s. w.) Nördlingen 1884.
 93. *Nienholdt, Albert*, Dr. jur., Polizei-Assessor, Die Unfallversicherung. I. Bd. Unfallversicherung vom 6. Juli 1884 und Gesetz über die Ausdehnung der Unfall- und Krankenversicherung vom 28. Mai 1885 mit erläuternden Bemerkungen. Leipzig 1886. (Die Erläuterungen sind der Begründung des Gesetzentwurfes, den Kommissionsberichten und Reichstagsverhandlungen entnommen. — Die angeführten Verordnungen, Bescheide und Beschlüsse des Reichsversicherungsamts und anderer Behörden reichen bis zum 7. November 1885.) — 376 S. mit Register 388.
 94. *Rohr, v.*, Regierungsassessor, Unfallversicherung I. Unfallversicherungsgesetz v. 6. Juli 1884, Bekanntmachung des Bundesrates v. 22. Januar 1885 und Ausdehnungsgesetz v. 28. Mai 1885. (Mit einer systematischen Darstellung, 37 S., dem Text des Gesetzes mit Erläuterungen und dem genannten amtlichen Ausführungsmaterial. — 290 S. mit Sachregister 308.)
 95. *Schlossmacher, Joseph*, Handelskammer-Sekretär, Die öffentlich-rechtliche Unfallversicherung im Zusammenhange der Sozialreform. (In den Sozialen Zeitfragen, Sammlung gemeinverständlicher Ab-

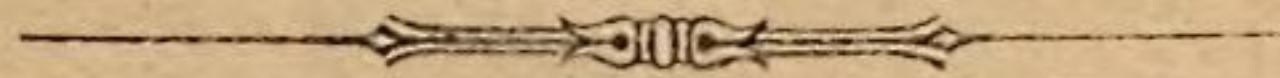
- handlungen. Herausgegeben von Ernst Henriet Lehnsmann. Heft XVI. Minden i. W. 1886. — 28 S.)
96. *Gräf, C. K.*, Regierungsassessor, Das Unfallversicherungsgesetz v. 6. Juli 1884 nebst dem Reichsgesetz über die Ausdehnung der Unfall- und Krankenversicherung v. 28. Mai 1885. Erläutert und mit den hierzu erlassenen Vollzugsvorschriften, sowie mit dem vom Reichsversicherungsamt festgestellten Normalstatut für Berufsgenossenschaften. Ansbach 1886. 2. Aufl. — 205 S.
 97. *Reuss, Hermann*, kgl. Bezirksamts-Assessor, Das Unfallversicherungsgesetz vom 6. Juli 1884. Ein Vortrag. Ansbach 1886. — 19 S. (Ueber das Verhältnis des Unfallversicherungsgesetzes zum Haftpflichtrecht enthält der Vortrag so gut wie Nichts.)
 98. *Eger, Georg*, Dr. jur., Regierungsrat und Justiziar der kgl. Eisenbahndirektion zu Breslau, Die Unfall- und Krankenversicherungsgesetze. Erläutert unter Berücksichtigung der Bescheide des Reichsversicherungsamtes. Nebst einem Anhang, enthaltend alle wichtigeren bezügl. Gesetze, Verordnungen und Erlasse. Breslau 1886. 209 S. mit Register 220. (Für vorliegende Abhandlung ist von Bedeutung die Vorbemerkung S. X, XI u. XII, welche die jetzige Anwendbarkeit des Reichshaftpflichtgesetzes zum Gegenstande hat.)
 99. *Tzschoppe, W. v.*, Die landwirtschaftliche Unfallversicherung in der Provinz Schlesien. Breslau 1888. (Der Verfasser, Landrat, giebt eine knappe, 58 S., gemeinverständliche Darstellung des Gesetzes, des preuss. Ges. v. 20. Mai 1887, der Ministerial-Anweisung vom 4. Juni 1887 und des schlesischen Genossenschaftsstatuts vom 21. Dezember 1887 u. 16. Januar 1888. (Das Buch ist für Landwirte, insbes. Kreisausschussmitglieder, Gemeinde- und Gutsvorsteher bestimmt.)
 100. *Fuld, Ludwig*, Rechtsanwalt in Mainz, Reichsgesetz, betreffend die Unfall- und Krankenversicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen vom 5. Mai 1886. 162 S. (Das Buch stellt sich als ein Kommentar zum Gesetze dar. Vorangeschickt ist ein Vorwort, 3 S., und eine Einleitung, 10 S.)
 101. *Woedtke, E. v.*, Kais. Geh. Regierungsrat, vortr. Rat im Reichsamt des Innern, Unfallversicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen. Nach dem Reichsgesetz vom 5. Mai 1886. Als Kommentar bearbeitet. 2. Aufl. Berlin 1888. (524 S. mit Sachregister 564 S. Dies Werk ist anerkanntermassen der beste Kommentar des Gesetzes.)
 102. *Eberts, E.*, Forstassessor, Gesetz betr. die Unfall- und Krankenversicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen vom 5. Mai 1886. (Das Buch enthält ausser dem Text des Gesetzes Anmerkungen, welche meist lediglich den Wortlaut der in Bezug genommenen Gesetzesstellen oder einen kurzen Hinweis auf den Unterschied zwischen Regierungsvorlage und Gesetz enthalten. — 83 S. mit Register 87.)
 103. *Meyer*, Die land- und forstwirtschaftliche Unfallversicherung in Oldenburg. Oldenburg 1889. — 64 S.
 104. *Just*, kgl. preuss. Regierungsrat in Hildesheim, Die Unfallversicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen nach dem Reichsgesetz vom 5. Mai 1886 und den zu demselben ergangenen Ausführungsbestimmungen der Bundesstaaten unter besonderer Berücksichtigung der für die einer Berufsgenossenschaft nicht angeschlossenen Betriebe des Reichs und des Staats

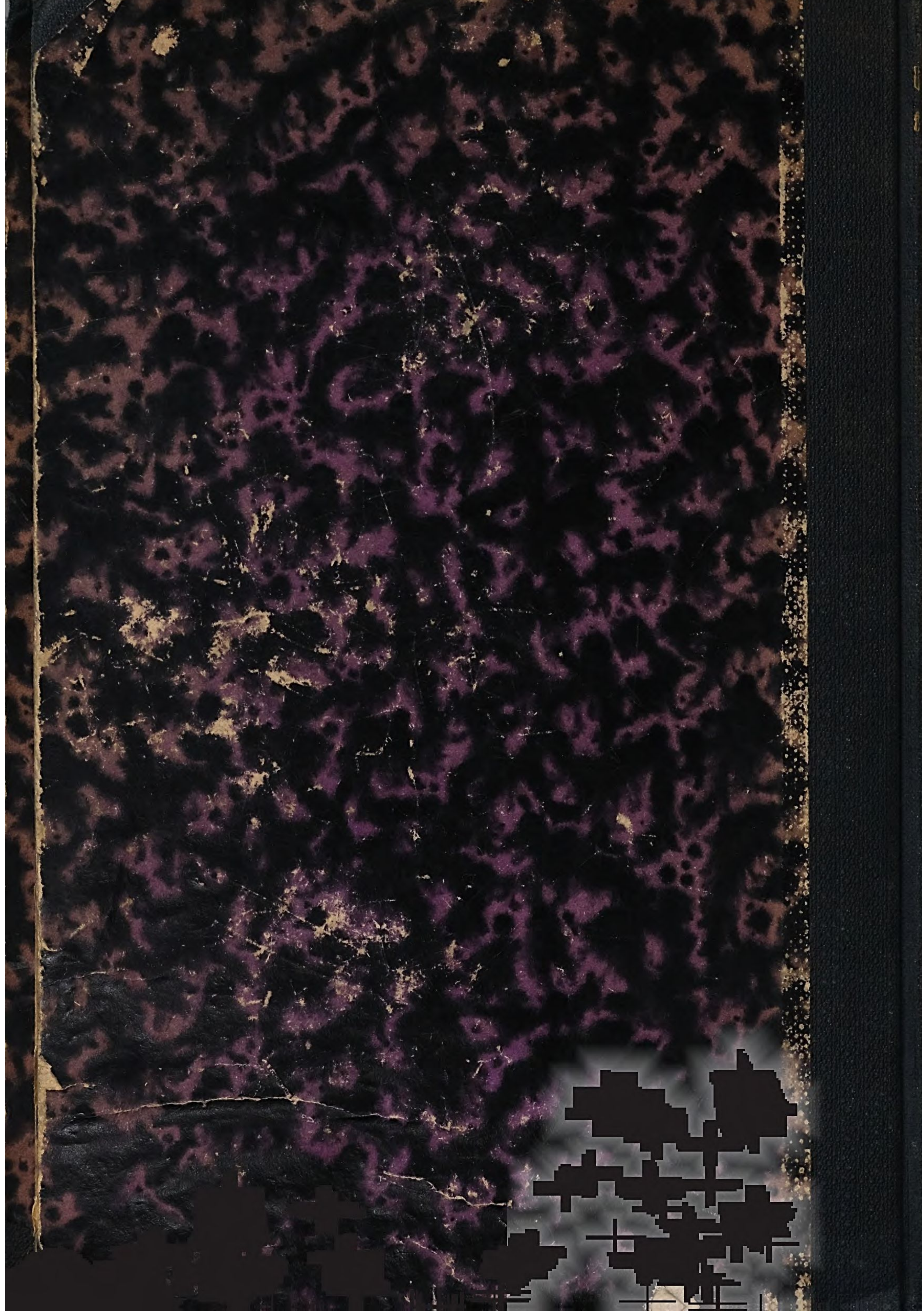
- massgebenden Vorschriften. Berlin 1888. — 397 S. (Das Buch bezweckt vornehmlich den Organen der land- und forstwirtschaftlichen Staatsversicherung die Handhabung des Gesetzes zu erleichtern.)
105. *Schmitz, J.*, Redakteur der „Arbeiterversorgung“, Reichsgesetz, betr. die Unfall- und Krankenversicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen vom 5. Mai 1886 nebst Ausführungsverordnungen. (Textausgabe mit Anmerkungen und ausführlichem Sachregister versehen.) Berlin 1888. — 107 S. mit Sachregister 129.
 106. *Engelmann, Jul.*, Dr. jur., Das Reichsgesetz betr. die Unfall- und Krankenversicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen vom 5. Mai 1886. (Einleitung 2 S., Gesetz mit Erläuterungen 109 S. mit Sachregister 113.) Erlangen 1886.
 107. *Rasp, Karl*, Regierungsassessor im k. Staatsministerium d. Innern u. ständ. Mitglied des k. b. Landesversicherungsamts, Die land- u. forstwirtschaftliche Unfall- und Krankenversicherung nach dem Reichsgesetz vom 5. Mai 1886 und dem bayrischen Ausführungsgesetz vom 5. April 1888. Nördlingen 1889. — 454 S. mit Reg. 477 S. (Das Buch enthält eine 51 S. lange Einleitung, vom Regierungsassessor Rudolph Schreiber verfasst; den Text des Gesetzes mit Erläuterungen aus den Motiven, Ausschussberichten und dem Landmannschen Kommentar des industr. U.-G. entnommen; sämtliche Vollzugsvorschriften u. Entscheidungen d. Reichsversicherungsamts.)
 108. *Tzschoppe, W. v.*, Landrat des Kreises Uelzen, Die landwirtschaftliche Unfallversicherung in der Provinz Hannover. 4. Aufl. Hannover 1888. (Knappe kurzgefasste Darstellung des landw. U.-G., des preuss. Ges. v. 20. Mai 1887, der Ministerialanweisung vom 4. Juni 1887 und des hannov. Genossenschaftsstatuts vom 20. Dezember 1887 u. 2. Februar 1888. — 52 S.)
 109. *Rumpelt, A.*, Dr. jur., Regierungsassessor im kgl. sächs. Minister. d. Innern u. ständiges Mitglied des Landesversicherungsamts, Unfall- und Krankenversicherung für Land- und Forstwirtschaft im Königreich Sachsen. (Handausgabe d. Reichsgesetzes v. 5. Mai 1886 und des sächs. Landesgesetzes v. 22. März 1888. Mit erläuternden Anmerkungen, Anhang und Sachregister. Im amtlichen Auftrage bearbeitet. — 279 S., m. Sachreg. 292. Nachtrag 79 S.)
 110. *Reuss, Hermann*, kgl. Bezirksamts-Assessor, Die landwirtschaftliche Unfallversicherung nach dem Reichsgesetze vom 5. Mai 1886. Ein Vortrag. Ansbach 1889. — 22 S. (Der Vortrag enthält nichts über den hier behandelten Gegenstand.)
 111. *Trutzer, K.*, kgl. Bezirksamts-Assessor, Unfall- und Krankenversicherung für land- und forstwirtschaftliche Betriebe. Reichs-Ges. v. 5. Mai 1886. 2. Aufl. mit sämtlichen Vollzugsvorschriften, erläutert. Ansbach 1888. — 394 S.
 112. *Lange, E.*, Dr., Geschäftsführer der Brennerei-Berufsgenossenschaft, Reichsgesetz, betreffend die Unfall- und Krankenversicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen, nebst dem Ausführungsgesetz für Preussen. (Mit Erläuterungen und ausführlichem Sachregister, für den Gebrauch des praktischen Landwirts.) Berlin 1887.
 113. *Zeller, W.*, Das Reichsgesetz, betr. die Unfallversicherung der bei Bauten beschäftigten Personen, vom 11. Juli 1887. Nördlingen 1887. (Der Verfasser, grossherzogl. hess. Regierungsrat, giebt zunächst eine 20 S. lange Einleitung, dann den Text des Gesetzes mit An-

- merkungen, welche aus den Motiven, Kommissionsberichten und Reichstagsverhandlungen entnommen sind. Der § 49 enthält keine Anmerkungen. — 89 S.)
114. *Mugdan, L.*, Das Reichsgesetz, betr. die Unfallversicherung der bei Bauten beschäftigten Personen vom 11. Juli 1887. Berlin 1888. (Der Verfasser, Magistratsassessor zu Berlin, giebt zunächst eine Einleitung, 12 S., dann den Text des Gesetzes mit Anmerkungen und in einem Anhang den Text des industr. U.-G., die Anleitung d. R.-Versicherungsamts betr. die Anmeldung unfallversicherungspflichtige Tiefbau- und andere Baubetriebe vom 14. Juli 1887, Formular f. Anmeldung und die Bekanntmachung d. R.-Versicherungsamts v. 12. Dezember 1887 betr. die Nachweisungen v. Regiebauarbeiten. Mugdan verweist bei Erörterung des § 49 im wesentlichen auf Woedtkes industr. U.-G.)
 115. *Fuld, Ludwig*, Rechtsanwalt, Reichsgesetz, betr. die Unfallversicherung der bei Bauten beschäftigten Personen vom 11. Juli 1887. (Das Buch stellt sich dar als ein Kommentar zum Gesetz mit Einleitung und Sachregister. 142 S.) Berlin 1887.
 116. *Haagen, G.*, Amtmann, Das Reichsgesetz, betr. die Unfallversicherung der bei Bauten beschäftigten Personen vom 11. Juli 1887. (Der Verfasser giebt eine Einleitung, welche lediglich ein Abdruck des allgemeinen Teils der Motive enthält, dann den Text des Gesetzes mit Erläuterungen, welche meist den amtlichen Materialien entnommen sind, und die württemberg. Vollzugsbestimmungen. Mit Sachregister 140 S.)
 117. *Mosthaf*, Regierungsrat bei d. kgl. Centralstelle in Stuttgart, Abhandlung über die Unfallversicherung der bei Bauten beschäftigten Arbeiter (im Amtsblatt d. württemberg. Ministeriums d. Innern 1887 No. 33 S. 461 fg.).
 118. *Braun, F.*, Die Pensionierung der Staatsbeamten und die Fürsorge f. d. Hinterbliebenen derselben unter Berücksichtigung der neuesten gesetzlichen Vorschriften über die Fürsorge f. Beamte infolge von Betriebsunfällen. 4. Aufl. Berlin 1889. 149 S.
 119. *Gräf, C.*, kgl. Regierungsassessor, Das Reichsgesetz, betreffend die Fürsorge f. Beamte und Personen des Soldatenstandes infolge von Betriebsunfällen vom 15. März 1886. (Auf Grund der Motive, des Kommissionsberichts und der Reichstagsverhandlungen erläutert.) 50 S., mit Register 53.
 120. *Zeller, W.*, Dr., grossherz. hess. Regierungsrat, Das Reichsgesetz, betr. die Fürsorge f. Beamte und Personen des Soldatenstandes infolge von Betriebsunfällen vom 15. März 1886. (Mit einer Einleitung, sowie einer Darstellung der Prinzipien des Gesetzes auf Grund der Motive, Kommissionsberichte und Reichstagsverhandlungen, mit Anmerkungen.) Nördlingen 1886.
 121. *Hoinghans, R.*, Das neue deutsche Reichsgesetz, betr. d. Invaliditäts- und Altersversicherung. (Der Verfasser giebt zunächst eine 18 S. lange Einleitung und erläutert dann das Gesetz durch die amtl. Materialien. — 43 S.)
 122. *Buschmann, B.*, exped. Sekretär im Reichsversicherungsamt, Gesetz, betr. die Invaliditäts- und Altersversicherung. Berlin 1889. (Textausgabe mit Einleitung, Anmerkungen und Sachregister.) 109 S.
 123. *Kulemann, W.*, Amtsrichter, Das Reichsgesetz betr. d. Invaliditäts- und Altersversicherung der Arbeiter. Berlin 1889. (Gemeinverständliche Darstellung der wesentlichsten Bestimmung. d. Ges. — 55 S.)

124. *Zeller, W.*, Dr., Das Reichsgesetz über die Invaliditäts- u. Altersversicherung vom 22. Juni 1889. (Mit Einleitung und Anmerkungen u. s. w.) Nördlingen 1889. — 183 S.
125. *Woodtke, E. v.*, kais. Geh. Regierungsrat, vortr. Rat im Reichsamts d. Innern, Das Reichsgesetz, betr. die Invaliditäts- und Altersversicherung vom 22. Juni 1889. (Textausgabe mit Anmerkungen und Sachregister.) Berlin 1889. — 180 S. mit Register 201 S.
126. *Hahn, Oskar*, kgl. preuss. Ober-Verwaltungsgerichtsrat, Mitglied des Reichstags, Reichsgesetz betr. die Invaliditäts- und Altersversicherung, vom 22. Juni 1889. (Auf Grund der Materialien der Gesetzgebung ergänzt und erläutert, sowie mit einem Inhaltsverzeichniss und Sachregister versehen.) Berlin 1889. (XIII u. 140 S.)
127. *Pfafferoth, C.*, Führer durch die gesamte Arbeiterversicherung auf Grund d. Reichsgesetze über Kranken-, Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung. Berlin 1889. — 88 S.
128. *Wolf, A. W.*, Beiträge zur Theorie der Invalidenversicherung. Leipzig 1889. — 40 S.
129. Die Invaliditäts- und Altersversicherung der Arbeiter, Gesellen, Dienstboten, Lehrlinge, Gehülfen aller Art. Ravensberg 1889. (Volksausgabe.)
130. Textausgaben des Invalid.-Gesetz: Berlin (Heymann) 72 S.; Königsberg (Hartung) 40 S.; Berlin (Brieger) 67 S.; Berlin (Decker) 54 S.; Hamburg (Bruer u. Comp.) 34 S.; Breslau (Kern); Leipzig (Rossberg).
131. Amtliche Nachrichten des Reichs-Versicherungsamts vom 1. Dezbr. 1884 ab.
132. *Merklinghaus*, Verwaltungsgesetze f. d. Provinz Hessen-Nassau. Wiesbaden 1886.
133. *Seufferts* Archiv f. Entscheidungen der obersten Gerichte in den deutschen Staaten.
134. *Fenner u. Mecke*, Civilrechtliche Entscheidungen f. die gemeinrechtlichen Bezirke des preuss. Staates.
135. Zeitschrift f. französisches Civilrecht. Herausgegeben von M. Heinsheimer. Mannheim.
136. Entscheidungen des Reichsgerichts in Civilsachen.
137. Juristische Wochenschrift. Organ des deutschen Anwaltvereins.
138. Besondere Beilagen zum deutschen Reichs- und kgl. preussischen Staatsanzeiger.
139. Entscheidungen des Reichsoberhandelsgerichts.
140. Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags.
141. *Stupp, M.*, Handbuch zur Unfallversicherung. Verordnungen, Bekanntmachungen, sowie Beschlüsse und Bescheide auf diesem Gebiete nebst einer Sammlung der wichtigeren Rekursentscheidungen des Reichsversicherungsamts. 1. Jahrgang bis Ende 1885. München 1887. 2. Jahrgang 1886. München 1887. 3. Jahrgang 1887. München 1888.
142. *Rosin*, Prof. in Freiburg i. B., Der Begriff des Betriebsunfalls als als Grundlage des Entschädigungsanspruchs nach den Reichsgesetzen über die Unfallversicherung (im Archiv f. öffentl. Recht von Laband und Störk. Bd. III, Heft 2, 3. S. 291—362).
143. *Menzen, A.*, Dr. Landrichter, Reichsges. betr. die Invaliditäts- und Altersversicherung. Vom 22. Juni 1889. Nebst einleitenden Bemerkungen, Anmerkungen und Sachregister. Paderborn 1890. 74 S.

144. *Fuld, L.*, Rechtsanwalt in Mainz, Das Verhältniß des Unfallversicherungsgesetzes zu dem Haftpflichtgesetz und dem französischen Civilrecht. In der Zeitschr. f. franz. Civilrecht Bd. XVI S. 315 fg. (Die Abhandlung ist nur 7 Seiten lang und enthält lediglich eine kurze Uebersicht der Bestimmungen der §§ 95—98 industr. U.-G. Die Ausführungen sind nach dem jetzigen Stand der Gesetzgebung nicht mehr ganz zutreffend.)
145. *Geller, L.*, Oesterreichisches Gesetz betreff. die Unfallversicherung der Arbeiter. (Mit Erläuterungen aus den Materialien.) Wien 1888.
146. *Hilse, Karl*, Dr., Einfluss der Kranken- und Unfallfürsorge auf den Ersatzanspruch des Verletzten gegen den Beschädiger. Ein Rechtsgutachten f. die Strassenbahn-Berufsgenossenschaft. Berlin 1888. (Der Verfasser erläutert: 1. das Recht des Verletzten auf Busse, 2. Wirkung eines vom Verletzten mit dem Beschädiger abgeschlossenen Vergleichs, Erlasses, Verzichts, 3. das Klagerecht des Verletzten, unter dem Einfluss des § 98 industr. U.-G. und § 57 Abs. 4 K.-G. — 53 S.)
147. *Gallati, R.*, Advocat, Haftpflichtgesetze und Unfallversicherung, Vortrag, gehalten in der Kreisversammlung der Grütlivereine des Kanton Glarus am 29. April 1888 zu Ennenda. 2. Aufl. Glarus. 28 S.
148. *Schulze-Grävernitz, Gerhard v.*, Die Geltung des Reichshaftpflichtgesetzes neben dem Unfallversicherungsgesetz (in Grünhuts Zeitschrift f. d. Privat- und öffentliche Recht der Gegenwart. Bd. XVI S. 457—479).
149. *Fuld, Ludwig*, Dr., Rechtsanwalt in Mainz, Das Reichsgesetz, betr. die Invaliditäts- und Altersversicherung vom 22. Juni 1889. 1. Heft Erlangen 1889. (Separatabdruck aus der „Gesetzgebung des deutschen Reiches mit Erläuterungen“.)
150. *Freund, Richard*, Dr. jur. Magistrats-Assessor, Das Reichsgesetz, betr. die Invaliditäts- und Altersversicherung vom 22. Juni 1889 erläutert. Berlin 1890. 223 S.
151. *Bornhak, Conrad*, Preussisches Verwaltungsrecht. Bd. II No. 6 Anhang. Freiburg i. B. 1890.





Laß, Ludwig,

Haftpflichtrecht und Reichsversicherungsgesetzgebung zum praktischen
Gebrauche

Marburg 1890

J.germ. 112 o

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11633534-5